

Unsere Sozialversicherung



Wissenswertes speziell
für junge Leute

Herausgeber: Deutsche Rentenversicherung Bund
Geschäftsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Kommunikation
10709 Berlin, Ruhrstraße 2
Postanschrift: 10704 Berlin
Telefon: 030 865-0, Telefax: 030 865-27379
Internet: www.deutsche-rentenversicherung.de
E-Mail: drv@drv-bund.de

45., überarbeitete Auflage (6/2017)

Fotos: Bildarchiv Deutsche Rentenversicherung Bund
Grafiken: Julia Gandras, Berlin © Bergmoser + Höller Verlag, Aachen
Druck: Fa. H. Heenemann GmbH & Co., Berlin

Unsere Sozialversicherung

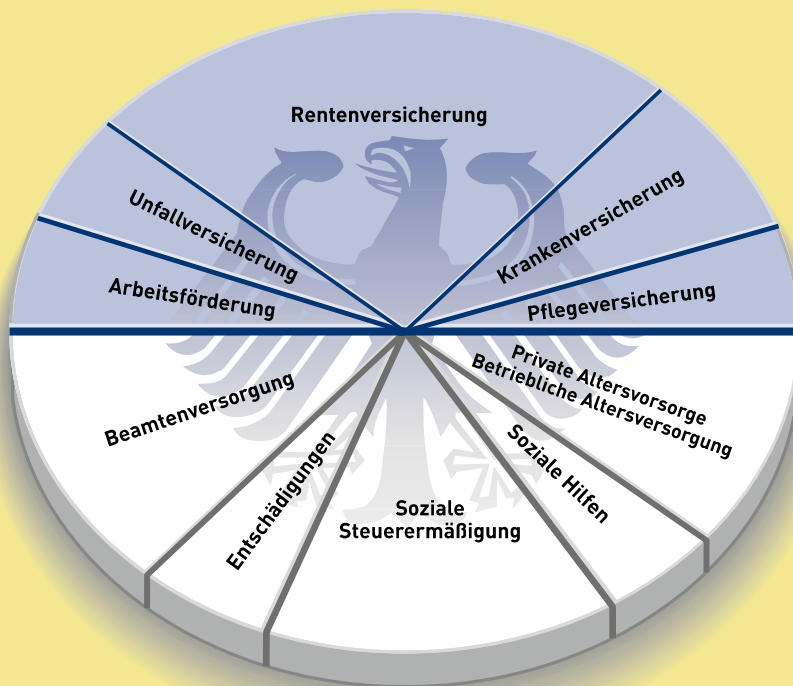
Unsere Sozialversicherung hat mehr und mehr an Bedeutung gewonnen, für den Einzelnen, für uns alle, für den Staat. Aufklärung, Information und Wissen über die Sozialversicherung sind in besonderem Maße notwendig. Die Deutsche Rentenversicherung hofft, mit diesem Buch dazu beizutragen, die Sozialversicherung überschaubarer zu machen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Rentenversicherung.

Das Buch wendet sich in erster Linie an junge Leute, Schüler und Berufsanfänger. Sie sollen einen Überblick erhalten über ihre sozialen Rechte und Pflichten, die sie stets begleiten. Ihr Verständnis für die staatliche Wirklichkeit soll geweckt werden.

Das Buch wendet sich aber auch an alle anderen an der Sozialversicherung Interessierten. Ihnen soll der wichtigste Teil unserer Sozialen Sicherung nähergebracht werden, damit sie ihn besser verstehen, beurteilen und mitgestalten können.

Die Deutsche Rentenversicherung

Unsere Sozialversicherung – wichtigster Teil der Sozialen Sicherung



Inhaltsverzeichnis

5 Geschichte

der Sozialversicherung

- 6 Frühzeit und Mittelalter
- 8 Zeit der Industrialisierung
- 13 Zeit des Übergangs
- 14 Zeit der Reformen
- 16 Gegenwart

19 Selbstverwaltung

- 20 Selbstverwaltungsorgane
- 21 Wahl der Organmitglieder
- 22 Aufgaben der Organe
- 23 Geschäftsführer
- 24 Träger der Deutschen Rentenversicherung
- 25 Deutsche Rentenversicherung Bund
- 29 Bundesagentur für Arbeit
- 30 Spitzenverband Bund der Krankenkassen
- 32 Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
- 34 Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V.

38 Allgemeine Rentenversicherung

- 39 Versicherte Personen
- 44 Finanzierung
- 47 Versicherungskonto
- 52 Rehabilitation
- 57 Rentenarten
- 67 Rentenhöhe
- 74 Krankenversicherung der Rentner
- 75 Pflegeversicherung der Rentner
- 76 Besteuerung von Renten und Beiträgen

- 77 Versicherungsträger und Zuständigkeit

- 80 Jugendkommunikation: Den richtigen Ton treffen

81 Knappschaftliche Rentenversicherung

- 82 Versicherte Personen
- 82 Finanzierung
- 83 Rehabilitation
- 84 Rentenarten
- 85 Rentenhöhe
- 86 Versicherungsträger

88 Alterssicherung der Landwirte

- 89 Versicherte Personen
- 90 Finanzierung
- 91 Rehabilitation
- 92 Rentenarten
- 98 Rentenhöhe
- 100 Hilfen zur Aufrechterhaltung des Unternehmens
- 102 Träger der Alterssicherung

103 Arbeitsförderung

- 104 Versicherte Personen
- 106 Finanzierung
- 107 Leistungen der Arbeitsförderung
- 115 Entgeltersatzleistungen
- 121 Träger der Arbeitsförderung

122 Grundsicherung für Arbeitsuchende

- 123 Berechtigte
- 123 Leistungen
- 126 Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Inhaltsverzeichnis

128 Krankenversicherung

- 129 Versicherte Personen
- 133 Finanzierung
- 143 Leistungen
- 151 Versicherungsträger

156 Unfallversicherung

- 157 Versicherte Personen
- 159 Finanzierung
- 161 Prävention
- 163 Leistungen
- 172 Versicherungsträger

174 Pflegeversicherung

- 175 Versicherte Personen
- 177 Finanzierung
- 181 Leistungsberechtigte Personen
- 185 Leistungen der Pflegeversicherung
- 195 Versicherungsträger

196 Sozialgerichtsbarkeit

- 197 Aufbau der Gerichte
- 199 Gerichtsverfahren
- 205 Rechtsmittel
- 207 Beispiel aus der Praxis

212 Begriffe

223 Sachverzeichnis

Geschichte der Sozialversicherung

Das Bedürfnis sich gegen bestimmte Lebensrisiken abzusichern und für diese Fälle Vorsorge zu treffen, hatten Menschen zu jeder Zeit. Solche sozialen Lebensrisiken, die als „Wechselfälle des Lebens“ bezeichnet werden, sind insbesondere Krankheiten, Unfälle, Invalidität (verminderte Erwerbsfähigkeit), Alter, Pflegebedürftigkeit und Tod.

Soziale Sicherung gehört heute zur Lebensgrundlage eines jeden Bürgers. Ein Teil hiervon – der wichtigste Teil – ist unsere Sozialversicherung.

Was ist das?

Unsere Sozialversicherung – das ist die Versicherung, die unser ganzes Leben begleitet; eine wertvolle Begleitung. Jeder kann die Gewissheit haben, geschützt zu sein vor Schwierigkeiten, Unvorhergesehenem, Unerwartetem, materieller Not und sozialem Abstieg.

Unsere Sozialversicherung – das ist die Versicherung, die unter den Versicherten ausgleicht. Jeder trägt mit seinen Beiträgen dazu bei, hat soziale Pflichten, hat Anspruch auf Leistungen, hat soziale Rechte.

Unsere Sozialversicherung – das ist die Versicherung, die wir selbst verwalten, an der die von uns gewählten Vertreter mitwirken, Rechte ausüben, die Verwaltung sozial und lebensnah gestalten.

Wer heute in der Sozialversicherung versichert ist, hat im Rahmen der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte ein Recht auf die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit sowie wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, verminderter Erwerbsfähigkeit und Alter. Ein Recht auf wirtschaftliche Sicherung haben auch die Hinterbliebenen eines Versicherten.

Frühzeit und Mittelalter

Eine soziale Sicherung über eine soziale Versicherung gab es in der Antike und der Frühzeit nicht. Damals sorgte die Familie oder die Sippe für die Invaliden, Alten oder die Hinterbliebenen. Dies war eine allgemein anerkannte gesellschaftliche Aufgabe.

Griechische und römische Antike

Bürger des antiken Griechenlands erhielten bei Invalidität durch ein kriegerisches Ereignis, im Alter oder bei Vorliegen eines körperlichen Gebrechens eine staatliche Unterstützung. Kriegswaisen erhielten bis zur Volljährigkeit ebenfalls eine finanzielle Unterstützung sowie Aufsicht und Erziehung. Daneben erhielten erwerbslose und mittellose Menschen, deren Existenz bedroht war, staatliche Armenfürsorge in Form von Geld, Nahrung und Kleidung. Das öffentliche Gesundheitswesen war vorrangig für die Bekämpfung von Epidemien und für die Therapie von Kriegsinvaliden zuständig.

Im antiken Rom gab es eine gezielte Armenpolitik, indem die Getreidepreise für die städtische Bevölkerung durch staatliche Zuschüsse niedrig gehalten wurden. Getreide oder Brot wurde an ärmere Bürger der Stadt auch kostenlos abgegeben. Zur Sicherung der Ernährung armer Kinder existierte außerdem ein System von Familienbeihilfen, das durch Stiftungsgelder finanziert wurde. Daneben gab es auch Selbsthilfeeinrichtungen (beispielsweise Kranken- und Sterbekassenvereine) auf berufständischer Grundlage. Sie gewährten Heilmittel und Krankenhilfe bei Krankheit oder Unfall sowie Geldbeträge an Hinterbliebene von Mitgliedern. Diese wurden durch Beitrittsgebühren und Beiträge finanziert. Für das öffentliche Gesundheitswesen im antiken Rom waren Ärzte zuständig, die von den Lokalverwaltungen bezahlt wurden und für jeden Bürger verfügbar waren.

Mittelalter

In den landwirtschaftlich geprägten Regionen erfolgte eine soziale Sicherung vom Mittelalter bis weit in die Neuzeit hauptsächlich durch die Familie und Sippe. Die Betreuung der Armen, Kranken, Alten, Witwen und Waisen war in erster Linie Sache der Familien und der Verwandtschaft. Daneben gab es Fürsorgepflichten der Grundherren (der Adligen und Ritter) für die Armen und Schwachen, die zuvor als Dienstpersonal von ihnen abhängig waren.

Das griechische Wort
„Almosen“ bedeutet
„mildtätige Gabe“.

Die Kirchen entwickelten aus dem Geist der christlichen Nächstenliebe (Caritas) verschiedene Einrichtungen wie Asyle und Hospitäler zur Hilfe, Unterstützung und Pflege von Armen, Kranken, Alten, Witwen und Waisen. Getragen und finanziert wurden diese durch die Kirchengemeinden und Klöster sowie die Almosengabe der Gläubigen an die Bedürftigen.

Im 12. Jahrhundert verhängte die Kirche ein Praxisverbot für Geistliche. Daraufhin überließen zahlreiche deutsche und europäische Klöster ihre Herbergen und Spitäler Laienhelfern oder Laienbrüdern. Aus diesen gingen teilweise weltliche Orden hervor, zum Beispiel die noch heute aktiven Johanniter und Malteser.

Mit dem Aufstieg der Städte seit dem 14. Jahrhundert ging auch ein Wandel der Armen- und Krankenhilfe einher: Es wurden städtische Armenfonds zur Unterstützung Bedürftiger eingerichtet. Dies hatte eine Zurückdrängung der kirchlichen Fürsorge zur Folge. Die Armenfonds wurden überwiegend durch Stiftungen und durch gesonderte Armensteuern finanziert.

Die im Spätmittelalter entstehenden Zünfte und Gilden schufen Unterstützungseinrichtungen für ihre Mitglieder und deren Familien. Zünfte waren örtliche Handwerkervereinigungen mit meist verpflichtender Zugehörigkeit (Zunftzwang). Gilden waren Zusammenschlüsse von Kaufleuten und Händlern, die aus wirtschaftlichen Interessen geschaffen wurden. Sie sollten ihre Mitglieder jedoch auch bei Unfall oder Krankheit so gut wie eben möglich unterstützen. Gilden wurden auch von Bauern oder als Bruderschaften aus religiösen Motiven gegründet.

Wegen der besonderen Berufsgefahr im Bergbau gab es in diesem Bereich schon frühzeitig Selbsthilfeeinrichtungen. Die Bruderschaft der Bergleute – die Knappschaft – half Betroffenen. Außerdem verrichtete sie deren Arbeit mit, sodass kein Verdienstausfall eintrat. Später stellte man an den Lohntagen Büchsen auf, in die jeder Knappe nach Belieben Geld einwarf. Aus der freiwilligen Spende wurde dann die Verpflichtung zur Entrichtung des „Büchsenpfennigs“ und aus der Spende später feste Beiträge. Die Büchsenkassen entwickelten sich schließlich zu Knappschaftskassen, aus denen den Bergleuten und ihren Familien Krankheitskosten, Arzneien oder Sterbegeld ersetzt wurden.

Die Büchsenkasse verwaltete ein Knappschaftsältester.

Als Auftakt der deutschen und auch der europäischen Sozialversicherung wird heute der 28.12.1260 angesehen. Damals sicherte der Hildesheimer Bischof Johann I. von Brakel urkundlich der Sankt Johannis Bruderschaft am Rammelsberg bei Goslar seinen Schutz zu. Die Sankt Johannis Bruderschaft unterstützte kranke und verletzte Bergleute und deren Hinterbliebenen. Diese Urkunde ist deshalb so bedeutend, weil sie erstmals einen Hinweis auf eine organisierte Sozialfürsorge enthält.



Gedenkstein auf dem Marktplatz von Goslar: Rammelsberg Wiege der Sozialversicherung

Zeit der Industrialisierung

Der Beginn der Industrialisierung war zugleich eine völlig neue Herausforderung an die soziale Sicherung. Zünfte und Gilden hatten hier keine Aufgaben mehr; sie verloren an Bedeutung. Wer als Industriearbeiter aus dem Arbeitsleben wegen Krankheit, Invalidität oder Alter ausscheiden musste, konnte nicht mehr eine solidarische Hilfe anderer erwarten.

Diese tiefgreifende soziale Umwälzung machte ein Eingreifen des Staates erforderlich. Als Erster wurde im deutschen Raum der preußische Staat aktiv. Im Preußischen Allgemeinen Land-

recht vom 5.2.1794 finden sich schon Bestimmungen über die staatliche Armenpflege. Hier heißt es zum Beispiel, dass es dem Staat zukommt, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und ihn auch von anderen Privatpersonen, die nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können.

Die Entwicklung blieb aber nicht bei der staatlichen Fürsorge stehen. Es folgten Zeiten, in denen Einrichtungen (Versicherungen) entstanden, an die Beiträge gezahlt wurden, um später Leistungen zu erhalten, die vor wirtschaftlichem Schaden bewahren.

Erste Gesetze in der Knappschaft

Das Gesetz über die Vereinigung der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter in Knappschaften vom 10.4.1854 war die erste landesgesetzliche, öffentlich-rechtliche Arbeiterversicherung. Mit diesem Gesetz wurden die Knappschaftskassen einheitlich organisiert und der Zwang zu ihrer Bildung eingeführt; die Bergarbeiter wurden zur Beitragszahlung verpflichtet und die Mindestleistungen der Kassen festgelegt.

Gerhart Hauptmann thematisierte diese Situation beispielsweise in seinem Theaterstück „Die Weber“.

Doch diese und auch andere landesgesetzliche Regelungen waren zur Lösung der sozialen Fragen noch unzureichend, weil sie nur einen Teil der Bevölkerung betrafen. Die sozialen Missstände der anderen Berufsgruppen verlangten auch eine Lösung.

Kaiserliche Botschaft als Meilenstein

Anlässlich der Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags am 17.11.1881 verlas Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck anstelle der Thronrede des damals erkrankten Kaisers Wilhelm I. eine Kaiserliche Botschaft, die heute als „Magna Charta“ oder auch als die Geburtsurkunde der deutschen Sozialversicherung bezeichnet wird. Das Ziel sollte eine Sozialreform zur Absicherung der arbeitenden Bevölkerung, vor allem der Industriearbeiter sein:

- Die Arbeiter sollen gegen die Risiken der Krankheit, des Betriebsunfalls und der Erwerbsunfähigkeit durch Alter oder Invalidität versichert werden.
- Sie sollen einen Rechtsanspruch auf die Leistungen haben.
- Die Versicherung soll auf der Grundlage der Selbstverwaltung durchgeführt werden.

Deutschland war das erste Land, das eine Sozialversicherung auf nationaler Ebene einführte. Es wurde damit weltweit zum Vorreiter beim Aufbau von staatlichen Sozialsystemen.

In der Kaiserlichen Botschaft heißt es unter anderem wörtlich:

„Schon im Februar d. J. haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Berathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können.

Für die Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form kooperativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.“



hien künst und fügen ferner zu
weisen:

Wer jedoch den im vorigen
Reichstag beschlossenen Wunsch
aufgreift, den feierlichen Ge-
setz entgegen, den Reichstag noch
im laufenden Jahre berufen, um
seiner Heiligkeit zuwage für die
Erfüllung des Reichstagswuns-
ches in Aussicht zu nehmen
das Gesetz vom Reichsta-
ge vorzulegen zu lassen.

Verfassen

Unterzeichnet durch Kaiser's Hof-
rathsrathlichen Untersekretär, Prinz
Ludwig Reichsfürst von Bismarck.
Gegeben Berlin, den 17. November 1881.



Wilhelm

Verfassen

Krankenversicherung

Der Reformprozess wurde mit dem Gesetz betreffend der Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. 6. 1883 in Gang gesetzt. Für Industriearbeiter und Beschäftigte in Handwerks- und Gewerbebetrieben wurde eine Pflichtversicherung gegen die Risiken von Krankheiten eingeführt. Es bestand eine Pflichtmitgliedschaft in einer der staatlichen Aufsicht unterstellten Krankenkasse. Die Beiträge wurden zu zwei Dritteln vom Arbeitnehmer und zu einem Drittel vom Arbeitgeber gezahlt. Die Versicherten hatten einen Rechtsanspruch auf Krankenunterstützung (unter anderem freie ärztliche Behandlung, Arznei und Krankengeld für 13 Wochen). Auch Wöchnerinnen bekamen Wochenhilfeunterstützung (bei Schwangerschaft und Mutterschaft nach der Geburt des Kindes). Im Todesfall erhielten Hinterbliebene ein Sterbegeld.

Unfallversicherung

Der nächste Schritt zur Umsetzung der Reformziele war die Einführung der gesetzlichen Unfallversicherung durch das Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884. Anstelle der privaten Haftpflicht des einzelnen Unternehmers bei Betriebsunfällen gab es eine Zwangsversicherung bei einer Berufsgenossenschaft. Die

Beiträge waren daher von den Unternehmen allein zu zahlen. Versichert waren alle Arbeiter. Der im Betrieb verunglückte Arbeiter erhielt medizinische Heilbehandlung sowie bei Erwerbsunfähigkeit eine Unfallrente. Bei tödlichen Betriebsunfällen wurden Hinterbliebenenrenten gezahlt.

Invaliditäts- und Altersversicherung

Mit dem Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. 6. 1889 wurde die Grundlage für die gesetzliche Rentenversicherung geschaffen. Versicherungspflicht bestand ab dem 16. Lebensjahr für alle Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder Dienstboten und für Angestellte mit einem Jahresverdienst bis zu 2 000 Mark. Die Beiträge zahlten Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte. Die gesetzliche Rentenversicherung erbrachte Invaliden- und Altersrenten. Träger waren die Landesversicherungsanstalten.

Die gesetzliche Rentenversicherung wurde am 1. 1. 1891 eingeführt.

Mit der Reichsversicherungsordnung vom 19. 7. 1911 wurden die Sozialversicherungsgesetze der Jahre 1883 bis 1889 über die Kranken-, Renten- und Unfallversicherung erstmals zu einem einheitlichen Gesetzbuch zusammengefasst und gleichzeitig reformiert. Sie war in sechs Bücher eingeteilt:

- 1. Buch: Gemeinsame Vorschriften
- 2. Buch: Krankenversicherung
- 3. Buch: Unfallversicherung
- 4. Buch: Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung
- 5. Buch: Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten
- 6. Buch: Verfahren

Der Kreis der Krankenversicherten wurde um die Landarbeiter, die Dienstboten und die Hausgewerbetreibenden erweitert. Für Witwen und Waisen wurden Hinterbliebenenrenten eingeführt.

Rentenversicherung der Angestellten

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz hatte nur Angestellte mit niedrigen Verdiensten in die Versicherungspflicht der Rentenversicherung einbezogen. Für höher qualifizierte und besser verdienende Angestellte bestand bis dahin kein Versicherungsschutz. Sie forderten aber eine selbständige und unabhängige Angestelltenversicherung mit eigenem Versicherungsträger. Dies geschah mit dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. 12. 1911, das am 1. 1. 1913 in Kraft trat.

Die Beiträge waren höher als die für die Arbeiter. Dafür bot die Angestelltenversicherung auch bessere Leistungen bei Berufs-

unfähigkeit, im Alter und an Hinterbliebene. Träger war die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin.

Zeit des Übergangs

Durch den wirtschaftlichen Niedergang im Jahr 1929 als Folge des Ersten Weltkriegs von 1914 bis 1918 konnte das bewährte System der sozialen Sicherheit nicht aufrecht-erhalten werden. Deshalb wurden sowohl Kriegsgesetze als auch Währungsgesetze erlassen, wie sie für diese Notzeiten typisch sind.

Beim Umlageverfahren werden die Renten unmittelbar aus den laufenden Beitragseinnahmen finanziert und nur geringe Rücklagen gebildet.

Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 und seine Folgen stellte auch das System der Sozialversicherung auf eine harte Probe. Die Zahl der Invaliden- und Hinterbliebenenrenten stieg kriegsbedingt sprunghaft an. Die Rentenversicherungsträger verloren durch Entwertung der Geldanlagen und die Inflation etwa 90 % des Versicherungsvermögens. Die Renten von Millionen Versicherten konnten nicht mehr gezahlt werden. Das Umlageverfahren wurde eingeführt und das Rentensystem somit stabilisiert.

Trotz der schweren wirtschaftlichen Umstände wurde das Sozialversicherungssystem in den 1920er Jahren weiter ausgebaut: Mit dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. 7. 1927 wurde eine staatliche Arbeitslosenversicherung eingeführt. Träger war die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Die durch die Weltwirtschaftskrise in der Rentenversicherung entstandenen Defizite versuchte die Reichsregierung per Notverordnungen durch die Auflösung von Reserven und durch zusätzliche staatliche Zuschüsse auszugleichen. Die Rentenpolitik unterlag einem strikten Sparkurs. Die Ausgaben wurden erheblich reduziert. Leistungsvoraussetzungen wurden verschärft und die laufenden Renten gekürzt.

Sozialversicherung im Dritten Reich

Mit dem Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Versicherung vom 7. 12. 1933 sollte die durch die Weltwirtschaftskrise angeschlagene Rentenversicherung finanziell saniert werden. Die Ausgaben wurden durch einen Leistungsumbau gedämpft und die staatlichen Zuschüsse des Reiches ausgeweitet.

Entsprechend dem totalitären Prinzip wurde durch das Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom 5. 7. 1934 die Selbstverwaltung aufgegeben. Alle Sozialversicherungszweige wurden unter dem Dach einer Reichsversicherung zusammengefasst und dem Reichsversicherungsamt unterstellt.

Einfluss der Besatzungsmächte

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches am 8. 5. 1945 waren die Gesetze zur sozialen Sicherheit weiter in Kraft. Sie wurden jedoch von den jeweiligen Besatzungsmächten durch Anordnungen stark beeinflusst.

Die für den Bereich der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone ergangenen gesetzlichen Regelungen wichen zwar voneinander ab, änderten jedoch den Gesamtcharakter der Sozialversicherung nicht. Die bisherigen Sozialversicherungsgesetze blieben im Wesentlichen bestehen.

Die Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone ging dagegen einen eigenen Weg. In der sowjetischen Besatzungszone wurde ab 1947 eine Einheitsversicherung aufgebaut und das Gesundheitssystem verstaatlicht. Es entstand ein völlig anderes System der sozialen Sicherheit.

Nach Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurden zunächst Gesetze erlassen, die den Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Rechnung trugen. Auch wurde die Selbstverwaltung wiederhergestellt (Selbstverwaltungsgesetz vom 22. 2. 1951). Außerdem wurde mit dem Sozialgerichtsgesetz vom 3. 9. 1953 für das Sozialrecht eine besondere Gerichtsbarkeit eingeführt: die Sozialgerichte.

Zeit der Reformen

Der durch den wirtschaftlichen Aufschwung nach 1945 erreichte Wohlstand ermöglichte auch Reformen im Bereich der Sozialen Sicherung.

Die Neuordnung der Rentenversicherung im Jahr 1957 war der erste große Schritt in die Zukunft auf dem Gebiet der Sozialreform. Die Rentenversicherung wurde grundlegend umgestaltet.

Ziel der Reform war es, auch Rentner an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilnehmen zu lassen. Die Rente sollte nicht länger ein Zuschuss zum Lebensunterhalt, sondern Lohnersatz sein. An die Stelle eines statischen Systems trat ein dynamisches.

Die jährliche Renten-
anpassung berücksichtigte die jeweilige
Erhöhung der Bruttolöhne.

Die Rentenhöhe sollte sich im Wesentlichen an dem durchschnittlichen (Brutto-)Lohnniveau im Versichertenleben und der Anzahl der Versicherungsjahre orientieren und gleichzeitig das aktuelle Lohnniveau berücksichtigen. Außerdem waren Rentenanpassungen vorgesehen. Dies wurde mit Hilfe einer neuen Rentenformel erreicht. Für Arbeiter und Angestellte wurde ein im Wesentlichen gleiches Recht geschaffen.

Zur Finanzierung der Renten in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung wurde statt des Kapitaldeckungsverfahrens ein „modifiziertes Umlageverfahren“ eingeführt: Für jeweils zehn Jahre sollte ein einheitlicher Beitragssatz so festgelegt werden, dass am Ende dieses Deckungsabschnitts eine Vermögensreserve im Umfang von einer Jahresausgabe vorhanden war.

Im selben Jahr folgte das Gesetz über die Altershilfe für Landwirte, mit dem diese erstmals in die Soziale Sicherung einbezogen wurden. Sie ging davon aus, dass der ältere Landwirt (der „Altenteiler“) das Recht auf Wohnung und Verpflegung auch nach der Hofübergabe behält. Die landwirtschaftliche Altershilfe nahm daher bewusst von einer vollen finanziellen Versorgung im Alter Abstand.

Im Jahr 1963 trat die Neuordnung der gesetzlichen Unfallversicherung in Kraft.

Weitere Entwicklung der Sozialen Sicherung:

- Versicherungspflicht aller Angestellten (1968)
- Öffnung der Rentenversicherung, insbesondere für Selbstständige und Hausfrauen (1972)
- Anpassung der Unfallrenten (1964) und Kriegsopferrenten (1972) an die wirtschaftliche Entwicklung
- Sozialversicherung der Rehabilitanden und Behinderten (1974 und 1975)

Gegenwart

Durch die heutige Gesetzgebung soll vorrangig der Standard in der Sozialen Sicherung erhalten werden. Das gesamte Sozialrecht wird im Sozialgesetzbuch, dem SGB, zusammengefasst. Die Rechtsgebiete der Sozialversicherung sind schrittweise in dieses Sozialgesetzbuch überführt worden.

Bücher des Sozialgesetzbuches

Das Erste Buch des Sozialgesetzbuches vom 11. 12. 1975, das SGB I, enthält Allgemeines über Sozialleistungen und Leistungsträger sowie gemeinsame Vorschriften und Grundsätze für alle Sozialleistungsbereiche.

Das SGB II betrifft zwar nicht die Sozialversicherung, es wird hier aber erläutert, da zahlreiche Verbindungen zu verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung bestehen.

Durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. 12. 2003 wurde das Zweite Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II), welches die Grundsicherung für Arbeitsuchende regelt, eingefügt. Die meisten Vorschriften gelten seit 1. 1. 2005.

Das Dritte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB III) ist erst mit dem Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung vom 24. 3. 1997 eingerichtet worden. Es trat am 1. 1. 1998 in Kraft.

Das Vierte Buch (SGB IV) gibt es seit 1976. Es enthält allgemeine Vorschriften für alle Versicherungszweige der Sozialversicherung.

Das Fünfte Buch (SGB V) wurde durch das Gesundheitsreformgesetz vom 20. 12. 1988 eingerichtet. Am 1. 1. 1989 trat es in Kraft.

Mit dem Rentenreformgesetz 1992 vom 18. 12. 1989 wurde das Sechste Buch des Sozialgesetzbuches geschaffen. Das SGB VI ist – von einigen Ausnahmen abgesehen – am 1. 1. 1992 in Kraft getreten.

Für die Unfallversicherung ist mit dem Unfallversicherungseinordnungsgesetz vom 20. 8. 1996 das Siebte Buch (SGB VII) eingerichtet worden. Es ist am 1. 1. 1997 in Kraft getreten.

Das SGB VIII betrifft nicht die Sozialversicherung und wird deshalb in diesem Buch nicht erläutert.

Das Achte Buch (SGB VIII) ist durch das Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts vom 26. 9. 1990 in das Sozialgesetzbuch aufgenommen worden und trat am 1. 1. 1991 in Kraft.

Durch das Gesetz vom 19.6.2001 ist das Neunte Buch (SGB IX) eingerichtet worden. Es ist am 1.7.2001 in Kraft getreten und hat für alle Sozialleistungsträger die Leistungen zur Rehabilitation und zur Teilhabe behinderter Menschen neu geregelt.

Im Jahr 1980 wurde im Zehnten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB X) das Verwaltungsverfahren für die Träger der Sozialen Sicherheit zusammengefasst und teilweise neu geregelt. 1982 ergänzte der Gesetzgeber das SGB X um Regelungen zum Datenschutz und zur Zusammenarbeit der Leistungsträger.

Bei der Einführung der sozialen Pflegeversicherung durch das Pflege-Versicherungsgesetz vom 26.5.1994 ist das Elfte Buch (SGB XI) eingerichtet worden. Es trat am 1.1.1995 in Kraft.

Das SGB XII betrifft nicht die Sozialversicherung und wird deshalb in diesem Buch nicht erläutert.

Das Zwölfte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII) wurde durch das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 aufgenommen. Es ersetzt ab 1.1.2005 in wesentlichen Teilen das bisher geltende Bundessozialhilfegesetz.

Einfluss anderer Gesetze

Das Sozialrecht wird ständig den sich verändernden Bedingungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes angepasst. Viele gesetzliche Regelungen haben in der letzten Zeit Einfluss auf die Sozialgesetze genommen, so zum Beispiel:

- Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetz – AWStG) vom 18.7.2016
- Neuntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Rechtsvereinfachung – sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.7.2016
- Gesetz zur Änderung des Sachverständigenrechts und zur weiteren Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes, der Verwaltungsgerichtsordnung, der Finanzgerichtsordnung und des Gerichtskostengesetzes vom 11.10.2016
- Sechstes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (6. SGB IV-Änderungsgesetz – 6. SGB IV-ÄndG) vom 11.11.2016

- Bekanntmachung der Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2017 vom 17. 11. 2016
- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2017 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2017) vom 28. 11. 2016
- Gesetz zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben (Flexirentengesetz) vom 8. 12. 2016
- Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 22. 12. 2016
- Drittes Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Drittes Pflegestärkungsgesetz – PSG III) vom 23. 12. 2016
- Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) vom 23. 12. 2016
- Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2017 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2017 – RWBestV 2017)

Selbstverwaltung

Gegenstand der sozialen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland sind die in den Sozialgesetzbüchern vorgesehenen Dienst-, Sach- und Geldleistungen. Zuständig für diese Sozialleistungen sind besondere Körperschaften, Anstalten und Behörden (Leistungsträger).

Ein Teil der Sozialleistungen wird durch eine gesetzliche Versicherung (Sozialversicherung) gedeckt. In der Sozialversicherung werden Personen durch Versicherungspflicht kraft Gesetzes oder Satzung oder aufgrund freiwilligen Beitritts oder freiwilliger Fortsetzung der Versicherung (Versicherungsberechtigung) versichert.

Die Träger der Sozialversicherung (Versicherungsträger) sind rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Die Versicherungsträger erfüllen ihre Aufgaben im Rahmen der Gesetze und des sonstigen für sie maßgebenden Rechts in eigener Verantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben können die Bürger mitwirken. Diese Mitwirkung wird Selbstverwaltung genannt.

Die Selbstverwaltung wird grundsätzlich durch die Vertreter der Versicherten und Rentner sowie Arbeitgeber ehrenamtlich ausgeübt. Die Vertreter werden in freien, gleichen und geheimen Wahlen – den Sozialwahlen – gewählt. Sozialwahlen finden alle sechs Jahre statt (die letzte war im Mai 2017).

Sinn der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist es:

- Versicherte, Arbeitgeber und Verwaltung möglichst eng zu verbinden,
- Erfahrungen und Nöte der Versicherten der Verwaltung nahe zu bringen,
- die Entscheidung der Verwaltung sozial und lebensnah zu machen.

Die gesetzliche Grundlage ist das Vierte Buch des Sozialgesetzbuches.

Selbstverwaltungsorgane

Für die Mitwirkung der Versicherten und Rentner sowie der Arbeitgeber in der Selbstverwaltung der Versicherungsträger werden zwei Organe gebildet: die Vertreterversammlung und der Vorstand.

Die Vertreterversammlung wird dabei als „Parlament“ des Versicherungsträgers, der Vorstand als seine „Regierung“ bezeichnet. Jeder Versicherungsträger hat einen Geschäftsführer, der dem Vorstand mit beratender Stimme angehört. Die Vertreterversammlung, der Vorstand und der Geschäftsführer nehmen im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Aufgaben des jeweiligen Versicherungsträgers wahr.

Bei den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie den Ersatzkassen werden hiervon abweichend ein Verwaltungsrat als Selbstverwaltungsorgan sowie ein hauptamtlicher Vorstand gebildet. Der Verwaltungsrat hat die Aufgaben der Vertreterversammlung und ihres Vorstandes.

Die Vertreterversammlung hat höchstens 60 Mitglieder. Dem Verwaltungsrat der Krankenkassen gehören jedoch höchstens 30 Mitglieder an.

Zusammensetzung der Organe

Die Selbstverwaltungsorgane setzen sich in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung unterschiedlich zusammen:

- in der Krankenversicherung, in der Rentenversicherung und in der Unfallversicherung je zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber;
- bei den Ersatzkassen sind Organmitglieder nur die Versicherten (also nicht die Arbeitgeber); bei den Betriebskrankenkassen ist außer den Versicherten nur der jeweilige Arbeitgeber Organmitglied; er hat die gleiche Anzahl der Stimmen wie die Versichertenvertreter;
- in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau je zu einem Drittel aus Vertretern der Versicherten, der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte und der Arbeitgeber.

Dies gilt nicht nach Fusionen mit einer Krankenkasse einer anderen Kassenart.

Satzung

Jeder Versicherungsträger hat eine Satzung. Darin ist auch die Anzahl der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane festgelegt. Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie Ersatzkassen können die Zusammensetzung des Verwaltungsrates in ihrer

Der Verwaltungsrat muss mindestens zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten bestehen.

Satzung mit einer Dreiviertelmehrheit der stimmberechtigten Mitglieder von der folgenden Wahlperiode an abweichend regeln. Das betrifft besonders die Zahl der Arbeitgeber- und Versichertenvertreter sowie die Zahl und die Verteilung der Stimmen. Vereinigen sich Krankenkassen, können ihre Verwaltungsräte die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der neuen Krankenkasse auch für die laufende Wahlperiode regeln.

Nach der entsprechenden Satzung werden bei den Rentenversicherungsträgern und auch bei anderen Versicherungsträgern Versicherungsberater und Versichertenälteste gewählt. Sie beraten und betreuen die Versicherten in unmittelbarer Nachbarschaft.

Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane sowie die Versichertenältesten und die Vertrauenspersonen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.



Merke:

Selbstverwaltung ist das Mitwirken des Bürgers bei der Erfüllung der Staatsaufgaben. Sie gibt es auch in der Sozialversicherung. Selbstverwalten heißt mitgestalten.

Organe der Selbstverwaltung sind im Allgemeinen die Vertreterversammlung und der Vorstand. Sie setzen sich zusammen aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber.

Wahl der Organmitglieder

Versicherte und Rentner wählen die Vertreter der Versicherten, die Arbeitgeber wählen getrennt davon ihre Vertreter. Von dieser Vertreterversammlung werden die Mitglieder des Vorstandes gewählt.

Die Vertreterversammlung besteht aus Vertretern der Versicherten und Rentner sowie der Arbeitgeber.

Die Sozialwahlen unterscheiden sich kaum von den politischen Wahlen. Sie sind frei und geheim; es gelten die Grundsätze der Verhältniswahl. Aber: Bei den Sozialwahlen stellen sich nicht die politischen Parteien zur Wahl. Hier nominieren die Gewerkschaften und andere Arbeitnehmervereinigungen mit sozial- oder berufspolitischer Zielsetzung sowie die Vereinigungen von Arbeitgebern die zu wählenden Kandidaten.

Wahlberechtigt sind Versicherte, die am 2. Januar des Wahljahres das 16. Lebensjahr vollendet haben, und Arbeitgeber. Auch Rentner sind wahlberechtigt.

Die Wahlen finden alle sechs Jahre statt. Einigen sich die Vereinigungen der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber auf eine Vorschlagsliste, so gelten die in der Liste genannten Kandidaten als gewählt. Dann findet keine Wahlhandlung statt.

Merke:

Versicherte, Rentner und Arbeitgeber wählen die Mitglieder der Vertreterversammlung. Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen nominieren die Kandidaten. Die Wahl ist frei und geheim. Die Vertreterversammlung wählt den Vorstand.

Amtsdauer der Organmitglieder ist sechs Jahre.

Aufgaben der Organe

Vertreterversammlung und Vorstand haben Aufgaben, die für den Versicherten und den Versicherungsträger wichtig sind. Sie sind ihnen durch Gesetz und Satzung zugewiesen.

Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung hat insbesondere die Aufgabe,

- den Haushalt festzustellen, also die Einnahmen und Ausgaben für das kommende Jahr zu beschließen,
- die Jahresrechnung für das vergangene Jahr abzunehmen und damit den Vorstand zu entlasten,
- die Mitglieder des Vorstandes zu wählen,
- die Satzung zu beschließen und
- die Geschäftsführung zu wählen.

Vorstand

Der Vorstand hat insbesondere die Aufgabe,

- den Versicherungsträger gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten,
- den Entwurf des Haushaltsplanes für das kommende Jahr aufzustellen und ihn der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zuzuleiten,

- die Jahresrechnung zu prüfen und sie der Vertreterversammlung zur Abnahme vorzulegen,
- den jährlichen Geschäftsbericht zu erstatten,
- das Vermögen des Versicherungsträgers anzulegen,
- Grundstücke zu erwerben, zu veräußern und zu belasten,
- Angestellte und Beamte höherer Gehaltsgruppen einzustellen, zu befördern und zu entlassen sowie
- Richtlinien für die Führung der Verwaltungsgeschäfte zu erlassen.



Merke:

Vertreterversammlung und Vorstand haben Aufgaben, die ihnen durch Gesetz und Satzung zugewiesen sind. Es sind für den Versicherten und den Versicherungsträger besonders wichtige Aufgaben: Finanz- und Personalfragen.

Geschäftsführer

Der Geschäftsführer führt hauptamtlich die laufenden Verwaltungsgeschäfte, soweit Gesetz oder sonstiges für den Versicherungsträger maßgebendes Recht nichts Abweichendes bestimmen. Er vertritt den Versicherungsträger insoweit gerichtlich und außergerichtlich.

Jeder Versicherungsträger hat einen Geschäftsführer. Dies gilt nicht für die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie die Ersatzkassen und die Bundesagentur für Arbeit. Die Krankenkassen haben einen hauptamtlichen Vorstand. Der Geschäftsführer übt seine Tätigkeit hauptberuflich aus und ist verantwortlich für die laufenden Verwaltungsgeschäfte und den täglichen Dienstbetrieb.

Der Geschäftsführer ist mit den Organen der Selbstverwaltung eng verknüpft. Er wird von der Vertreterversammlung auf Vorschlag des Vorstandes in sein Amt gewählt. Dem Vorstand gehört er mit beratender Stimme an.

Bei Versicherungsträgern mit besonders hoher Versichertenzahl kann die Satzung eine aus drei Personen bestehende Geschäftsführung vorsehen. Das gilt auch für Versicherungsträger, die für mehrere Versicherungszweige zuständig sind.

Träger der Deutschen Rentenversicherung

Die Träger der Deutschen Rentenversicherung sind Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Organe der Selbstverwaltung sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. Die Mitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Die Träger der Rentenversicherung sind:

Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg
Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd
Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg
Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover
Deutsche Rentenversicherung Hessen
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland
Deutsche Rentenversicherung Nord
Deutsche Rentenversicherung Nordbayern
Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen
Deutsche Rentenversicherung Rheinland
Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz
Deutsche Rentenversicherung Saarland
Deutsche Rentenversicherung Schwaben
Deutsche Rentenversicherung Westfalen

Deutsche Rentenversicherung Bund
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Vertreterversammlung

Das höchste Organ der Selbstverwaltung ist die Vertreterversammlung. Sie besteht aus jeweils höchstens 30 Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber. Die Vertreterversammlung wird für sechs Jahre von Arbeitgebern und Versicherten gewählt. Der Vorsitz wechselt jährlich am 1. 10. zwischen dem Vertreter der Versicherten und dem Vertreter der Arbeitgeber.

Die Zusammensetzung der Vertreterversammlungen wird durch die Sozialwahl bestimmt. Dies geschieht entweder in einer Urwahl mit Wahlhandlung (ausschließlich Briefwahl) oder in einer sogenannten Friedenswahl (ohne Wahlhandlung). Bei der Friedenswahl wird auf die eigentliche Wahlhandlung verzichtet. Das ist möglich, wenn genau so viele Kandidaten von den Sozialpartnern vorgeschlagen wurden, wie Mandate zu vergeben sind. Bei den letzten Sozialwahlen im Mai 2017 fanden für die Rentenversicherung nur bei der Deutschen Rentenversicherung Bund Urwahlen statt; bei allen anderen Rentenversicherungsträgern erfolgte eine Friedenswahl.

Neben den auf Seite 22/23 genannten Aufgaben ist die Vertreterversammlung für die Wahl der Versichertenältesten verantwortlich. Sie stellt zudem die Mitglieder der Widerspruchsausschüsse. Diese entscheiden unter anderem über die Widersprüche zu Versicherungs-, Beitrags- und Rentenangelegenheiten sowie zu medizinischen und beruflichen Rehabilitationsleistungen.

Die Vertreterversammlungen der Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See wählen aus ihrer Selbstverwaltung jeweils zwei Mitglieder in die Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund. Die Gewählten müssen je zur Hälfte der Gruppe der Versicherten und der Gruppe der Arbeitgeber angehören.

Vorstand

Der Vorstand trifft die grundsätzlichen Entscheidungen des jeweiligen Rentenversicherungsträgers. Als seine „Regierung“ wird der Vorstand von der Vertreterversammlung gewählt. Er besteht aus Vertretern der Arbeitgeber und Vertretern der Versicherten. Arbeitgeber- und Versichertenvertreter wechseln sich an der Spitze des Vorstands im jährlichen Turnus jeweils am 1. 10. ab.

Die wichtigsten Aufgaben des Vorstands sind auf Seite 22/23 aufgeführt.

Deutsche Rentenversicherung Bund

Die Deutsche Rentenversicherung Bund hat eine Doppelfunktion: Sie nimmt die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben für die gesamte Rentenversicherung wahr und hat gleichzeitig Trägeraufgaben auf Bundesebene als Versicherungsträger der allgemeinen Rentenversicherung.

Dieser doppelten Aufgabenstruktur entsprechend müssen auch die Selbstverwaltungsorgane gebildet werden. Die Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Bund besteht daher aus der Bundesvertreterversammlung und dem Bundesvorstand sowie der Vertreterversammlung und dem Vorstand.

Bundesvertreterversammlung

Die Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund besteht aus 60 Mitgliedern. Von den Versicherten und Rentnern sowie den Arbeitgebern der Deutschen

Rentenversicherung Bund (als Träger der allgemeinen Rentenversicherung auf Bundesebene) wurden in den Sozialwahlen 2017 insgesamt 30 Mitglieder gewählt. Diese sind Teil der Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund. Ferner wurden noch je zwei Mitglieder von den 14 Regionalträgern (ehemals Landesversicherungsanstalten) sowie von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in die Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund entsandt.

30 + 2 Mitglieder der Bundesebene haben eine Gewichtung von 45 %, 28 Mitglieder der Regionalebene eine von 55 %.

Da die Zusammensetzung der Bundesvertreterversammlung nicht der im Gesetz vorgesehenen Quotierung von Bundes- und Regionalebene von 45 : 55 entspricht, erfolgen Abstimmungen mit gewichteten Stimmen. Entscheidungen der Bundesvertreterversammlung müssen mit einer Zweidrittelmehrheit der gewichteten Stimmen getroffen werden.

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund besteht aus 22 Mitgliedern. Zwölf Mitglieder werden auf Vorschlag der Vertreter der Regionalträger, acht Mitglieder auf Vorschlag der im Rahmen der Sozialwahlen gewählten Vertreter der Deutschen Rentenversicherung Bund und zwei Mitglieder auf Vorschlag der Vertreter der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gewählt.

Die Gewählten müssen je zur Hälfte der Gruppe der Versicherten und der Gruppe der Arbeitgeber angehören.

Aufgaben der Selbstverwaltungsorgane

Bundesvertreterversammlung und Bundesvorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund sind zuständig, wenn es sich um Beschlüsse zu Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und um gemeinsame Angelegenheiten handelt.

Vertreterversammlung und Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund entscheiden in den Angelegenheiten, die die Deutsche Rentenversicherung Bund als Träger der allgemeinen Rentenversicherung wahrnimmt (Trägerangelegenheiten).

Die Vertreterversammlung wird von den Versicherten und Arbeitgebern der Deutschen Rentenversicherung Bund gewählt. Sie hat 30 Mitglieder.

Wahl im Jahr 2017



Der Vorstand umfasst acht Mitglieder und wird durch die Vertreterversammlung gewählt.

Die Organe sind beispielsweise für folgende Trägerbelange zuständig:

- Haushalt,
- Personalentscheidungen,
- Wahl der Versichertenberater und
- Wahl der Widerspruchsausschüsse.

Geschäftsführung

Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund werden die Aufgaben des Geschäftsführers durch das Direktorium wahrgenommen. Dieses führt hauptamtlich die laufenden Verwaltungsgeschäfte und vertritt die Deutsche Rentenversicherung Bund insoweit gerichtlich und außergerichtlich.

Das Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund besteht aus einem Präsidenten als Vorsitzenden und zwei Geschäftsführern. Es wird von der Vertreterversammlung auf Vorschlag des Vorstandes für sechs Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist möglich.

Das Direktorium ist sowohl für die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben als auch für die Trägeraufgaben der Deutschen Rentenversicherung Bund zuständig. Die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und die Außendarstellung nimmt grundsätzlich der Präsident wahr. Im Übrigen werden die jeweiligen Aufgabenbereiche der einzelnen Mitglieder des Direktoriums durch die Satzung der Deutschen Rentenversicherung Bund bestimmt.

Daneben gibt es noch ein Erweitertes Direktorium. Zu seinen Aufgaben zählt unter anderem, notwendige ergänzende Maßnahmen zur Stabilisierung der Arbeitsmenge bei den Trägern sowie die Ausgestaltung des Ausgleichsverfahrens zu beschließen. Es nimmt außerdem Aufgaben im Bereich des Finanzverbundes der Rentenversicherungsträger wahr.

Zum Ausgleichsverfahren siehe Seite 79.

Das Erweiterte Direktorium setzt sich aus drei Mitgliedern der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Bund, fünf Geschäftsführern der Regionalträger und einem Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zusammen.

Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit ist Träger der Arbeitsförderung. Sie gliedert sich in die Zentrale in Nürnberg, die Regionaldirektionen und die Agenturen für Arbeit. Als eine rechtsfähige bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung führt sie ihre Aufgaben im Rahmen des für sie geltenden Rechts eigenverantwortlich durch.

Verwaltungsrat und Verwaltungsausschüsse

Organe der Selbstverwaltung sind bei der Bundesagentur für Arbeit der Verwaltungsrat und bei den Agenturen für Arbeit die Verwaltungsausschüsse.

Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane setzen sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kommunen) zusammen. Sie werden nicht gewählt, sondern auf Vorschlag berufen.

Der Vorschlag für die Mitglieder im Verwaltungsrat kommt für die Gruppe der Arbeitnehmer von den Gewerkschaften und ihren Verbänden, für die Gruppe der Arbeitgeber von den Arbeitgeberverbänden sowie ihren Vereinigungen. Für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften schlagen die Bundesregierung und der Bundesrat jeweils drei Mitglieder und die Spitzenvereinigungen der kommunalen Selbstverwaltungs-körperschaften ein Mitglied vor.

Für die Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit sind nur die für den Bezirk zuständigen Gewerkschaften und ihre Verbände sowie die Arbeitgeberverbände und ihre Vereinigungen vorschlagsberechtigt. Die Mitglieder der Gruppe der öffentlichen Körperschaften in den Verwaltungsausschüssen werden von den Aufsichtsbehörden der Gemeinden und Gemeindeverbänden vorgeschlagen.

Die Amtsdauer beträgt jeweils sechs Jahre.

Die Berufung der Mitglieder des Verwaltungsrats erfolgt durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Mitglieder der Verwaltungsausschüsse beruft der Verwaltungsrat.

Vorstand

Die Bundesagentur für Arbeit wird von einem Vorstand geleitet, der aus einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern besteht. Die Mitglieder des Vorstands werden auf Vorschlag des Verwaltungsrats von der Bundesregierung benannt. Der Bundespräsident ernennt die Mitglieder des Vorstands.

Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Mehrere Amtszeiten sind zulässig.

Spitzenverband Bund der Krankenkassen

Die Krankenkassen bilden einen Spitzenverband mit der Bezeichnung „Spitzenverband Bund der Krankenkassen“. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.

Dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen gehören alle gesetzlichen Krankenkassen an. Er vertritt als zentrale Interessenvertretung die Belange der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf Bundesebene und gestaltet die Rahmenbedingungen für einen intensiven Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit der gesundheitlichen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen führt im Rechts- und Geschäftsverkehr den Namen „GKV-Spitzenverband“. Er ist gleichzeitig der Spitzenverband der Pflegekassen.

Die „Verbände der Kranken- und Pflegekassen auf Bundesebene“ der verschiedenen Krankenkassenarten wirken als Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Sie konzentrieren sich auf verschiedene Serviceleistungen und wettbewerbliche sowie leistungsrechtliche Fragestellungen für ihre Kassenart.

Organe der Selbstverwaltung

Selbstverwaltungsorgane des GKV-Spitzenverbands sind der Verwaltungsrat und der von ihm gewählte Vorstand sowie die Mitgliederversammlung.

In die Mitgliederversammlung entsendet jede Mitgliedskasse jeweils einen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber aus ihrem Verwaltungsrat oder ihrer Vertreterversammlung. Ersatzkassen, deren Verwaltungsrat nicht zur Hälfte mit Arbeitgebervertretern besetzt ist, entsenden jeweils zwei Vertreter der Versicherten aus ihrem Verwaltungsrat.

Die Mitgliederversammlung wählt alle sechs Jahre den Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbands, also jeweils Versicherten- und Arbeitgebervertreter für die Allgemeinen Ortskrankenkassen, die Ersatzkassen, die Betriebskrankenkassen und die Innungskrankenkassen sowie gemeinsame Versicherten- und Arbeitgebervertreter für die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und die Landwirtschaftlichen Krankenkassen.

Ersatzkassen, deren Verwaltungsrat nur aus Versichertenvertretern besteht, entsenden nur diese in den Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbands.

Der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbands besteht aus höchstens 52 Mitgliedern. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter bestimmt.

Vor Beginn der jeweiligen Amtsperiode regelt der GKV-Spitzenverband in seiner Satzung die genaue Sitzanzahl und die Stimmgewichtung entsprechend der bundesweiten Versichertenanteile der Kassenarten. Die Satzung kann außerdem auch vorsehen, dass die Stimmenverteilung während einer Wahlperiode an die Entwicklung der Versichertenzahlen angepasst wird.

Der Vorstand
besteht aus höchstens
drei Personen.

Der Vorstand des GKV-Spitzenverbands wird vom Verwaltungsrat gewählt. Der Vorstand verwaltet den Spitzenverband und vertritt ihn sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich. Die Mitglieder des Vorstands sind hauptamtlich tätig.

Aufgaben

Der GKV-Spitzenverband hat folgende Aufgaben:

- Er unterstützt die Krankenkassen und ihre Landesverbände bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Wahrnehmung ihrer Interessen. Dazu gehören die Entwicklung, Optimierung und Abstimmung des elektronischen Datenaustauschs in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie mit den Arbeitgebern.
- Er nimmt die Interessen der gesetzlichen Krankenkassen bei über- und zwischenstaatlichen Organisationen wahr.
- Er trifft Entscheidungen zu grundsätzlichen Fach- und Rechtsfragen, zum Beitrags- und Meldeverfahren sowie zur einheitlichen Beitragserhebung.
- Er gibt Empfehlungen zur Benennung und Verteilung von beauftragten Stellen.
- Er trifft Entscheidungen zur Organisation des Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitswettbewerbs der Krankenkassen.

Der GKV-Spitzenverband untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für Gesundheit. In seiner Funktion als Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland wird die Aufsicht vom Bundesministerium für Gesundheit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales ausgeübt.

Soweit grundsätzliche Entscheidungen in Fach- und Rechtsfragen zum Beitrags- und Meldeverfahren oder zur einheitlichen Erhebung der Beiträge getroffen werden, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Aufsicht.

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) ist der Träger für die landwirtschaftliche Sozialversicherung. Sie ist eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Ihre gesetzlichen Aufgaben führt sie eigenverantwortlich unter staatlicher Aufsicht durch.

Die SVLFG nimmt die Aufgaben der bisherigen Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, Alterskassen, Kranken- und Pflegekassen) sowie des Spitzenverbands der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wahr.

Sie führt die landwirtschaftliche Unfallversicherung, die Alterssicherung der Landwirte, die landwirtschaftliche Krankenversicherung und die landwirtschaftliche Pflegeversicherung durch.

Sie ist ein Bundesträger, der zweistufig aufgebaut ist. Er besteht aus der Hauptverwaltung sowie den regionalen Geschäftsstellen. Der Hauptsitz Kassel wird durch die Satzung bestimmt. Die regionalen Geschäftsstellen wurden aus den Hauptverwaltungen der bisherigen Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung gebildet.

Das Vermögen sowie die Rechte und Pflichten der bisherigen Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung und des Spitzenverbands der landwirtschaftlichen Sozialversicherung gingen als Ganzes auf die SVLFG über.

Organe der Selbstverwaltung

Selbstverwaltungsorgane sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. Diese ehrenamtlichen Organe setzen sich zu je einem Drittel zusammen aus

- Vertretern der versicherten Arbeitnehmer,
- Vertretern landwirtschaftlicher Unternehmer ohne fremde Arbeitskräfte (Selbständige ohne fremde Arbeitskräfte) und
- Vertretern der Arbeitgeber.

Das Bundesarbeitsministerium berät nicht zu Fragen der landwirtschaftlichen Krankenversicherung.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gehören den Selbstverwaltungsorganen der SVLFG mit beratender Stimme an.

Vertreterversammlung

Nach der Sozialwahl im Jahr 2017 und ab Beginn der neuen Wahlperiode am 1. 10. 2017 besteht die Vertreterversammlung der SVLFG aus 60 ehrenamtlichen Mitgliedern, von denen jeweils 20 den Gruppen der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte angehören.

Zu den wesentlichen Aufgaben der Vertreterversammlung gehören die Beschlussfassung über die Satzung und deren Änderung, die Feststellung des Haushaltsplanes und die Beschlussfassung über die Unfallverhütungsvorschriften.

Vertrauenspersonen

Um die Unternehmer vor Ort zu beraten und zu betreuen, wählt die Vertreterversammlung auf Vorschlag der gärtnerischen, berufsständischen Organisationen Vertrauenspersonen für die Sparte Gartenbau.

Die Vertrauenspersonen haben insbesondere folgende Aufgaben:

- Sie geben Auskunft in Fragen der Sozialversicherung.
- Sie fördern den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung.
- Sie nehmen Anträge entgegen und leiten sie an die zuständige Stelle weiter.

Fachausschüsse

Die SVLFG richtet ab 1. 1. 2018 insbesondere für die Sparten Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau fachbezogene besondere Ausschüsse ein.

Vorstand

Ab dem Beginn der neuen Wahlperiode am 1. 10. 2017 besteht der Vorstand der SVLFG aus 15 Personen. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstands müssen je zu einem Drittel der Gruppe der versicherten Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte angehören.

Der Vorstand verwaltet den Versicherungsträger, soweit es sich nicht um die laufenden Verwaltungsgeschäfte handelt.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der SVLFG besteht aus drei hauptamtlichen Geschäftsführern. Sie führen die laufenden Verwaltungsgeschäfte der SVLFG und vertreten sie gerichtlich und außergerichtlich.

Aufgaben

Die Hauptverwaltung der SVLFG erfüllt die ihr zugewiesenen Aufgaben sowie Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und unterstützt die regionalen Geschäftsstellen bei ihren Aufgaben.

Zu den Grundsatz- und Querschnittsaufgaben gehören insbesondere die Vertretung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung gegenüber Politik, Bundes-, Landes-, europäischen und sonstigen nationalen und internationalen Institutionen sowie Sozialpartnern, anderen Trägern der Sozialversicherung und deren Verbänden, nationalen und internationalen Behörden, obersten Bundesgerichten sowie dem Europäischen Gerichtshof.

Die Hauptverwaltung der SVLFG hat außerdem unter anderem folgende Aufgaben:

- Sie stellt die Informationstechnik bereit und betreibt das gemeinsame Rechenzentrum,
- Sie erbringt Leistungen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung mit Auslandsberührung.
- Sie prüft die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der regionalen Geschäftsstellen.

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.

Bei der „Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung“ e.V. handelt es sich um einen eingetragenen Verein, der als Spitzenverband die gesetzliche Unfallversicherung gegenüber Politik, Bundes-, Landes-, europäischen und sonstigen nationalen und internationalen Institutionen sowie Sozialpartnern vertritt.

Mitglieder der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften sowie die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Organe

Organe des Verbands sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die öffentlichen Unfallversicherungsträger senden jeweils einen Vertreter der Arbeitgeber und einen Vertreter der Versicherten aus ihrer Vertreterversammlung in die Mitgliederversammlung der DGUV.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ebenfalls paritätisch besetzt. Er führt die Geschäfte der DGUV und wählt den Hauptgeschäftsführer.

Aufgaben

Der Verband nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Koordinierung, Durchführung und Förderung gemeinsamer Maßnahmen sowie der Forschung auf dem Gebiet der Prävention von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren,
- Vorbereitung und Ausarbeitung von Muster-Unfallverhütungsvorschriften sowie deren Pflege, Mitwirkung beim Erlass von Unfallverhütungsvorschriften,
- Weiterentwicklung des Berufskrankheitenrechts,
- Erlass von Richtlinien für die Erbringung von Leistungen der medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben und dem Leben in der Gemeinschaft,
- Bedarfs- und Belegungsplanung von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen,
- Abschluss von Verträgen mit den Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigungen sowie Besetzung der Schiedsämter,
- Klärung von allen grundsätzlichen Fach- und Rechtsfragen zur Sicherung der einheitlichen Rechtsanwendung in der gesetzlichen Unfallversicherung,
- Abschluss von Tarifverträgen, soweit die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für den Abschluss von Tarifverträgen zuständig ist,
- Empfehlungen für die Klassifikationen zur Bildung von Gefahrtarifen,
- Durchführung des Ausgleichs und weiterer gesetzlich übertragener Aufgaben im Rahmen der Lastenverteilung,
- Organisation des Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitswettbewerbs zwischen den Mitgliedern,
- Erarbeitung von Grundsätzen und Durchführung der Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- Koordinierung der Datenverarbeitung,
- Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland nach über- und zwischenstaatlichem Recht.

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. wirkt darauf hin, dass die Verwaltungs- und Verfahrenskosten vermindert werden. Sie hat jedes Jahr dem Bundesministerium für Arbeit

und Soziales über die Entwicklung der Verwaltungs- und Verfahrenskosten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften sowie über die Maßnahmen zur Optimierung dieser Kosten zu berichten.

Fragen:

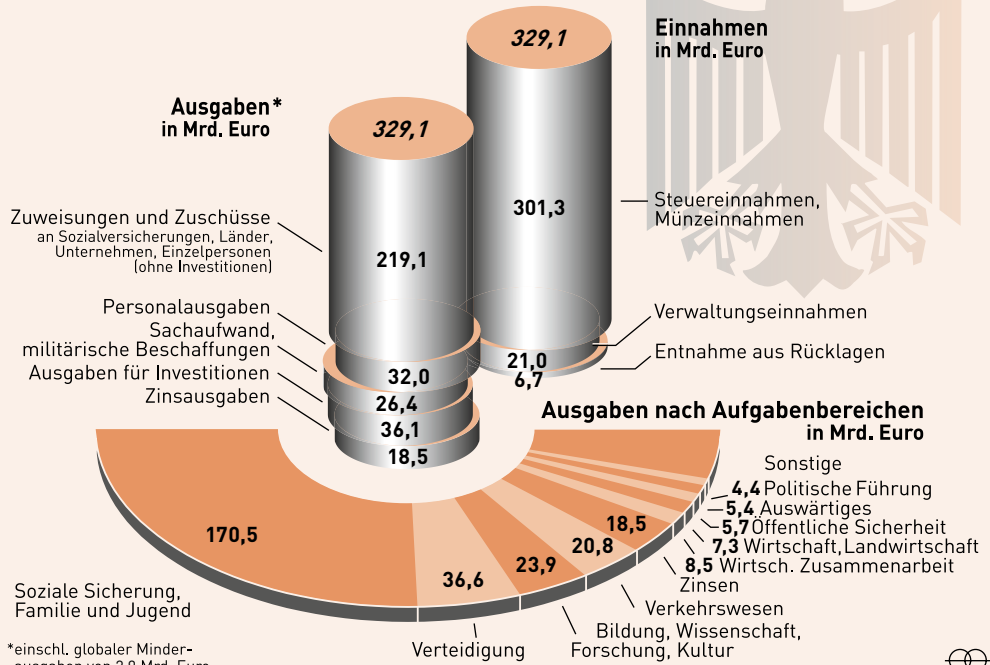
1. Was versteht man unter Selbstverwaltung?
2. Warum gibt es eine Selbstverwaltung auch in der Sozialversicherung?
3. Welche Organe der Selbstverwaltung gibt es, und wie setzen sie sich zusammen?
4. Wer wählt die Organmitglieder?
5. Welche Aufgaben haben Vertreterversammlung und Vorstand?
6. Welche Funktion hat der Geschäftsführer?

Aufgaben:

1. Informieren Sie sich über die Selbstverwaltung in anderen Bereichen (zum Beispiel in Schulen, Universitäten, Gemeinden).
2. Diskutieren Sie über das Prinzip der Selbstverwaltung in der Demokratie, ihre Erweiterung und Grenzen.
3. Erörtern Sie die unterschiedliche Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane in der Sozialversicherung.
4. Erklären Sie die Unterschiede zwischen Sozialwahlen und politischen Wahlen.
5. Diskutieren Sie die Möglichkeit der fiktiven Wahl in der Sozialversicherung.
6. Vergleichen Sie: Vertreterversammlung – Parlament, Vorstand – Regierung.

Bundeshaushalt 2017 (in Mrd. Euro)

Haushalts-Soll



Allgemeine Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung, die betriebliche Altersversorgung und private Altersvorsorge bilden das klassische „3-Säulen-System“ der Alterssicherung. Nach wie vor kommt der Rentenversicherung eine besondere Bedeutung zu, da zwei Drittel der Ausgaben der gesamten Alterssicherung in Deutschland von der Rentenversicherung gedeckt werden.

Durch die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland verschiebt sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern. Künftig werden weniger Beitragszahler mehr Rentner finanzieren müssen. Deshalb soll das Rentenniveau leicht gesenkt und die Beitragssätze stabilisiert werden. Um weiterhin das Versorgungsniveau im Alter zu sichern, wird die private und betriebliche Altersvorsorge seit 2002 stärker gefördert: durch eine Zulage (als Grund- und Kinderzulage) beziehungsweise steuerliche Vorteile. Die mit der Förderung verbundenen Aufgaben wurden der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen der Deutschen Rentenversicherung Bund übertragen.

Aus der gesetzlichen Rentenversicherung können folgende Leistungen in Anspruch genommen werden:

- Heilbehandlungen, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und andere Leistungen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit einschließlich wirtschaftlicher Hilfen,
- Renten wegen Alters,
- Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit,
- Renten wegen Todes,
- Witwen- und Witwerrentenabfindungen sowie Beitragserstattungen,
- Zuschüsse zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung und
- Leistungen für Kindererziehung.

Die rechtliche Grundlage der Rentenversicherung ist das SGB VI.

Versicherte Personen

Die gesetzliche Rentenversicherung ist eine Versicherung für alle. Jeder kann ihr beitreten: Arbeiter, Angestellte, Selbständige, Schüler und Hausfrauen. Es gibt zwei Möglichkeiten, der gesetzlichen Rentenversicherung anzugehören: durch Pflichtversicherung oder freiwillige Versicherung.

Teilnehmer an dualen Studiengängen sind den Beschäftigten zur Berufsausbildung gleichgestellt.

Pflichtversicherte

Pflichtversichert sind Personen, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind; das sind alle Arbeitnehmer. Die Pflichtversicherung ist eine Zwangsversicherung. Sie kann weder mündlich noch schriftlich ausgeschlossen werden.

Zu den pflichtversicherten Beschäftigten zählen auch behinderte Menschen, die in Behindertenwerkstätten tätig sind, und Personen, die in solchen Werkstätten oder ähnlichen Einrichtungen für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen.

Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst leisten, werden wie Beschäftigte rentenversichert.

In der gesetzlichen Rentenversicherung ist nur ein Teil der Selbständigen versicherungspflichtig. Hierzu gehören im Wesentlichen:

- selbständige Lehrer und Erzieher, die in ihrem Betrieb keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen,
- Selbständige, die in der Kranken-, Wochen-, Säuglings- oder Kinderpflege tätig sind und in ihrem Betrieb keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen,
- freiberufliche Hebammen und Entbindungspfleger,
- selbständig tätige Seelotsen,
- selbständig tätige Künstler oder Publizisten,
- selbständig tätige Hausgewerbetreibende,
- Küstenschiffer oder Küstenfischer,
- Gewerbetreibende in Handwerksbetrieben,
- Selbständige mit einem Auftraggeber, die im Zusammenhang mit ihrer selbständigen Tätigkeit keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen.

Besonderheiten gelten für Selbständige in den neuen Ländern, die bereits am 31. 12. 1991 rentenpflichtversichert waren.

So meldet die Handwerkskammer jede Anmeldung, Änderung oder Löschung in der Handwerksrolle.

Damit die Rentenversicherungspflicht durchgeführt werden kann, müssen sich bestimmte Selbständige innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme ihrer Tätigkeit bei ihrem zuständigen Rentenversicherungsträger melden. Andere Selbständige werden automatisch gemeldet.

Außerdem können nicht pflichtversicherte Selbständige innerhalb von fünf Jahren nach Aufnahme ihrer selbständigen Tätigkeit die Versicherungspflicht beantragen. Es besteht dann kein Unterschied zu gesetzlich pflichtversicherten Selbständigen.

Bestehen Zweifel, ob eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit vorliegt, entscheidet die sogenannte Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung Bund darüber in einem Statusfeststellungsverfahren.

Pflichtversichert sind auch Personen in der Zeit, in der sie

- eine oder mehrere pflegebedürftige Personen mit mindestens Pflegegrad 2 wenigstens zehn Stunden wöchentlich, verteilt auf regelmäßig mindestens zwei Tage pro Woche, in ihrer häuslichen Umgebung nicht erwerbsmäßig pflegen, wenn der Pflegebedürftige Anspruch auf Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung oder einer privaten Pflege-Pflichtversicherung hat,
- Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld, Arbeitslosengeld I oder Pflegeunterstützungsgeld erhalten.

Dies gilt seit 1. 1. 2017.
Bis 31. 12. 2016 musste ein Pflegebedürftiger wenigstens 14 Stunden wöchentlich gepflegt werden.

Geringfügige Beschäftigungen (Minijob)

Personen, die ab 2013 eine Beschäftigung aufnehmen und nicht mehr als 450 Euro monatlich verdienen, sind als geringfügig Be-

Rentenpflichtversicherte

Arbeitnehmer

**Künstler,
Publizisten**

**freiwillig
Wehrdienst-
leistende**

**Selbständige
(auch auf Antrag)**

**Kinder-
erziehende**

Pflegepersonen

Handwerker

**Sozialleistungs-
empfänger**



schäftigte in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Dadurch können sie ihre spätere Rente erhöhen, Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente erwerben, die Riester-Förderung nutzen und Lücken in der Versicherungsbiografie vermeiden.

Die Minijob-Zentrale ist bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingerichtet, siehe auch Seite 87.

Geringfügig Beschäftigte können sich auf Antrag von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreien lassen. Der Befreiungsantrag wird über den Arbeitgeber bei der Minijob-Zentrale gestellt.

Personen, die bereits vor dem 1. 1. 2013 mit einem Verdienst von bis zu 400 Euro geringfügig beschäftigt und damit versicherungsfrei waren, bleiben es auch weiterhin. Sie können aber auch ab dem 1. 1. 2013 die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung wählen.

Für kurzfristige Beschäftigungen oder selbständige Tätigkeiten sind regelmäßig keine Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen. Sie werden als geringfügig und damit als versicherungsfrei angesehen. Geringfügig ist die Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit, wenn sie innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist. Nicht geringfügig sind Beschäftigungen oder selbständige Tätigkeiten, die berufsmäßig ausgeübt werden und aus denen mehr als 450 Euro im Monat erzielt werden.

Vom 1. 1. 2015 bis 31. 12. 2018 gelten drei Monate oder 70 Arbeitstage.

Kindererziehungszeiten

Die ersten drei Lebensjahre (bei vor 1992 geborenen Kindern die ersten zwei Lebensjahre) werden jeweils dem Elternteil als Kindererziehungszeit angerechnet, der das Kind in dieser Zeit überwiegend erzogen hat. In dieser Zeit besteht Versicherungspflicht und es werden Pflichtbeiträge erworben.

Der Elternteil darf von der Anrechnung nicht ausgeschlossen sein.

Haben die Eltern das Kind gemeinsam erzogen, wird nur einem Elternteil die Erziehungszeit angerechnet. Durch eine übereinstimmende Erklärung können die Eltern bestimmen, welchem Elternteil sie zugeordnet wird. Die Zuordnung kann auf einen Teil der Erziehungszeit beschränkt werden. Die übereinstimmende Erklärung der Eltern ist mit Wirkung für künftige Kalendermonate abzugeben. Wurde das Kind gemeinsam erzogen und liegt eine übereinstimmende Erklärung der Eltern nicht vor, wird die Kindererziehungszeit der Mutter zugeordnet.

Eine rückwirkende Zuordnung kann maximal für zwei Kalendermonate vorgenommen werden.

Kindererziehungszeiten können nicht nur für leibliche Kinder geltend gemacht werden, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch für Adoptiv-, Stief- oder Pflegekinder.

Das Kind muss in Deutschland erzogen worden sein. Allerdings gibt es verschiedene Ausnahmen, zum Beispiel wenn der erziehende Elternteil sich mit seinem Kind gewöhnlich im Ausland aufhält, aber während der Erziehung oder unmittelbar vor der Geburt des Kindes Pflichtbeitragszeiten wegen einer in Deutschland ausgeübten Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit hat.

Für Zwillinge werden zum Beispiel 72 Monate angerechnet.

Die Kindererziehungszeit beginnt mit dem Kalendermonat, der dem Geburtsmonat folgt und endet nach 36 Monaten. Wird während dieses Zeitraums ein weiteres Kind erzogen, wird die Kindererziehungszeit für dieses und jedes weitere Kind um die Anzahl an Monaten der gleichzeitigen Erziehung verlängert.

Beispiel:

Geburt des ersten Kindes:	17.4.2002
Kindererziehungszeit:	1.5.2002 bis 30.4.2005
Geburt des zweiten Kindes:	2.1.2004
Kindererziehungszeit:	1.2.2004 bis 31.1.2007
Verlängerungszeit 15 Monate:	1.2.2007 bis 30.4.2008

Nähere Informationen zur Beitragsbemessungsgrenze gibt es auf Seite 46. Die Berechnung von Entgeltpunkten wird auf Seite 68 erläutert.

Die Anerkennung der Kindererziehungszeit bewirkt die Anrechnung von Pflichtbeitragszeiten, die in ihrer Höhe dem Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer entsprechen. In dieser Höhe werden dem Elternteil Entgeltpunkte angerechnet. Sind während der Kindererziehungszeit weitere Pflichtbeiträge vorhanden (zum Beispiel wenn der Elternteil gleichzeitig arbeitet), werden die jeweiligen Entgeltpunkte addiert. Eine Anrechnung ist jedoch höchstens bis zur Beitragsbemessungsgrenze möglich.

Kindererziehungszeiten fließen nicht automatisch in das Versicherungskonto des erziehenden Elternteils ein. Sie müssen beim Rentenversicherungsträger beantragt werden. Liegen die Voraussetzungen vor, werden für die Kindererziehungszeiten ohne eigene Beitragsleistung Pflichtbeiträge gutgeschrieben. Die Beiträge zahlt der Bund.

Von der Pflichtversicherung ausgenommen

sind Beschäftigte, die durch andere Einrichtungen ähnlich wie in der Rentenversicherung geschützt sind. Das sind zum Beispiel

- Beamte, Richter, Berufssoldaten oder
- Beschäftigte von Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Anspruch auf beamtenähnliche Versorgung.

Diese Personen sind versicherungsfrei oder auf Antrag von der Versicherungspflicht zu befreien.

Minijobber können auf die Versicherungsfreiheit verzichten.

Versicherungsfrei sind auch Personen, die

- einen Minijob mit einem Verdienst bis zu monatlich 400 Euro (versicherungsfreie geringfügige Beschäftigungen) vor dem 1. 1. 2013 aufgenommen haben und ausüben,
- nur kurzfristig beschäftigt oder selbständig tätig sind,
- als Studierende einer Fach- oder Hochschule ein Praktikum leisten, das in ihrer Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschrieben ist, oder
- nach Ablauf des Monats, in dem sie die Regelaltersgrenze erreichen, eine Vollrente wegen Alters aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen oder
- eine Versorgung nach Erreichen einer Altersgrenze (zum Beispiel Beamtenpension) erhalten.

Zur Regelaltersgrenze siehe Seite 61.

Bezieher einer Vollrente wegen Alters, die eine Beschäftigung ausüben und die Regelaltersgrenze bereits erreicht haben, können durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber für die Zukunft auf die Versicherungsfreiheit verzichten. Selbständig Tätige müssen den Verzicht gegenüber dem zuständigen Rentenversicherungsträger erklären.

Diese Regelung gilt seit dem 1. 1. 2017.

Freiwillig Versicherte

Eine freiwillige Versicherung ist vom vollendeten 16. Lebensjahr für jeden möglich, der der Rentenversicherung nicht schon als Pflichtversicherter angehört. Dadurch wird jedem die Möglichkeit gegeben, für sich selbst eine ausreichende Versorgung aufzubauen.

Dies gilt auch für Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben.

Wer eine Vollrente wegen Alters bezieht, kann sich noch bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze freiwillig versichern.



Merke:

Die Rentenversicherung schützt ihre Versicherten bei Erwerbsminderung, im Alter und deren Hinterbliebene. Es gibt die Pflichtversicherung und die freiwillige Versicherung.

Beschäftigte, also Arbeitnehmer, sind pflichtversichert. Nur ein Teil der Selbständigen ist in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Nicht versicherungspflichtige Selbständige können innerhalb von fünf Jahren nach Aufnahme der Tätigkeit die Versicherungspflicht beantragen.

Nicht versicherungspflichtige Personen können sich freiwillig versichern.

Finanzierung

Die Finanzierung der Rentenversicherung hat drei Grundlagen: die Beiträge der Versicherten, die Beiträge der Arbeitgeber und den Bundeszuschuss.

Der weitaus größte Teil der Ausgaben wird durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber gedeckt.

Beim Bundeszuschuss wird zwischen dem allgemeinen und dem zusätzlichen Zuschuss unterschieden. Der allgemeine Zuschuss dient ebenso wie die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber der Finanzierung von Leistungen. Der zusätzliche Zuschuss soll die nicht beitragsgedeckten Leistungen der Rentenversicherung abgelden. Hierzu zählen zum Beispiel Leistungen für Anrechnungszeiten und die Zurechnungszeit.

Was Anrechnungszeiten und die Zurechnungszeit ist, wird auf Seite 50 erklärt.

Umlageverfahren und Generationenvertrag

Merkmale des Finanzierungssystems sind das Umlageverfahren und der Generationenvertrag. Umlageverfahren heißt: Was heute als Beitrag von den Versicherten und den Arbeitgebern eingezahlt wird, wird sogleich als Rente an die Rentner ausgezahlt („umgelegt“). Die Beiträge werden nicht für den Einzelnen als Rücklage gesammelt, sondern sofort für die laufenden Ausgaben wieder ausgegeben.

Der Generationenvertrag ist ein unausgesprochener und nicht schriftlich festgelegter Vertrag zwischen der beitragszahlenden und der rentenempfangenden Generation. Er beinhaltet die Verpflichtung der heutigen Generation, durch ihre Beiträge die Renten der vorausgehenden Generation zu sichern, in der Erwartung, dass die ihr folgende die gleiche Verpflichtung übernimmt.

Finanzverbund

In der allgemeinen Rentenversicherung besteht ein Finanzverbund. Die Ausgaben für Renten, Beitragserstattungen, die von der allgemeinen Rentenversicherung zu tragenden Beiträge zur Krankenversicherung und die sonstigen Geldleistungen, die nicht Leistungen zur Teilhabe oder Aufwendungen für Verwaltungs- und Verfahrenskosten sowie Investitionen sind, werden von den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung nach dem Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen jeweils für ein Kalenderjahr gemeinsam getragen.

Der allgemeinen Rentenversicherung gehören alle Arbeitnehmer an.

Reichen in der allgemeinen Rentenversicherung die liquiden Mittel der Nachhaltigkeitsrücklage nicht aus, um die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, leistet der Bund den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung eine Liquiditätshilfe in Höhe der fehlenden Mittel (Bundesgarantie).

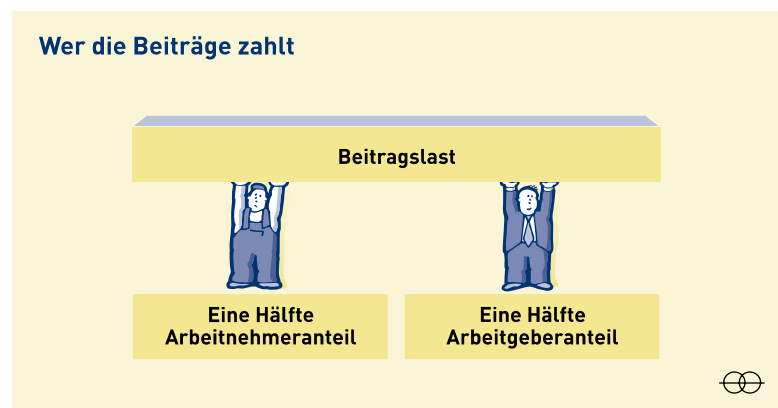
Beitragslast

Wie die Beitragslast verteilt ist, hängt davon ab, ob man Pflichtversicherter oder freiwillig Versicherter ist.

Wer als Arbeitnehmer pflichtversichert ist, braucht seinen Beitrag nicht allein zu zahlen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen den Beitrag je zur Hälfte.

Der Arbeitnehmeranteil wird vom Lohn oder Gehalt einbehalten; der Arbeitgeber legt seinen Anteil dazu und überweist beide Anteile zusammen als Pflichtbeitrag an die Krankenkasse. Die Krankenkasse leitet dann die Beiträge an die Rentenversicherung weiter.

Die Krankenkasse ist Einzugsstelle für alle Sozialversicherungsbeiträge, siehe Seite 138.



Freiwillig Versicherte und Selbständige zahlen ihren Beitrag in voller Höhe selbst. Die Beiträge für Kindererziehungszeiten und für freiwillig Wehrdienstleistende zahlt der Bund.

Die Beiträge für die selbständigen Künstler und Publizisten werden von der Künstlersozialkasse gezahlt. Sie müssen sich an diesen Beiträgen beteiligen.

Bei geringfügigen Beschäftigungen zahlt der Arbeitgeber einen Pauschalbeitrag zur Rentenversicherung. Dieser Beitrag wird an die Minijob-Zentrale als Einzugsstelle abgeführt. Ist der Beschäf-

tigte versicherungspflichtig oder hat er auf die Versicherungsfreiheit verzichtet, muss er sich mit einem eigenen Beitragsanteil beteiligen.

Höhe der Beiträge

Bei Arbeitnehmern richtet sich die Beitragshöhe nach dem Arbeitsentgelt. Vom 1. 1. 2015 an sind 18,7 % des Arbeitsentgelts als Pflichtbeitrag zu zahlen, und zwar 9,35 % vom Versicherten und 9,35 % von seinem Arbeitgeber. Der Beitragsanteil ist bundesweit einheitlich.

Beiträge sind aber nur bis zu einer bestimmten Höhe des Arbeitsentgelts zu zahlen, der Beitragsbemessungsgrenze. Diese Grenze beträgt 2017 in den alten Bundesländern monatlich 6 350 Euro und in den neuen Bundesländern 5 700 Euro. Sie folgt der Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsentgelte.

Solange noch unterschiedliche Einkommensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern bestehen, wird es auch unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen geben.

Beispiel:

Arbeitnehmer	Stuttgart	Leipzig
Arbeitsverdienst Juni 2017	6 500,00 Euro	6 500,00 Euro
Beitragsbemessungsgrenze 2017	6 350,00 Euro	5 700,00 Euro
Pflichtbeitrag 18,7 %	1 187,45 Euro	1 065,90 Euro
Arbeitnehmeranteil 9,35 %	593,72 Euro	532,95 Euro
Arbeitgeberanteil 9,35 %	593,73 Euro	532,95 Euro

Der Arbeitgeber trägt den vollen Beitrag allein für

- Auszubildende mit einem monatlichen Bruttoverdienst bis zu 325 Euro und
- Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder Bundesfreiwilligendienst leisten.

Bei geringfügig beschäftigten Personen (Minijobs) zahlt der Arbeitgeber einen Pauschalbeitrag von 15 % des Arbeitsentgelts, bei Minijobs in Privathaushalten 5 %. Ist der Arbeitnehmer versicherungspflichtig oder hat er auf die Versicherungsfreiheit verzichtet, zahlt er die Differenz zum vollen Beitrag selbst.

Zum Minijob siehe
Seite 40.



Merke:

Die Finanzierung der Rentenversicherung hat drei Grundlagen: die Beiträge der Versicherten, die Beiträge der Arbeitgeber und den Bundeszuschuss. Umlageverfahren und Generationenvertrag sind Merkmale des Finanzierungssystems.

Der Arbeitnehmer trägt den Beitrag zur Hälfte, die andere Hälfte der Arbeitgeber. Freiwillig Versicherte und Selbständige zahlen den Beitrag in voller Höhe selbst.

Der monatliche Beitrag für Pflichtversicherte beträgt 18,7 % des Arbeitsverdienstes (höchstens jedoch bis zur Beitragsbemessungsgrenze). Freiwillig Versicherte bestimmen ihre Beitragshöhe selbst.

Versicherungskonto

Jeder Monat, den man im Laufe seines Lebens zurücklegt, zählt mit, wenn der Anspruch auf Rehabilitations- oder Rentenleistungen geprüft wird. Deshalb ist es wichtig, alle Zeiten im Versicherungskonto zu erfassen.

Die Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung vergibt die VSNR und stellt den SV-Ausweis aus.

Im Allgemeinen wird bei Aufnahme der ersten Beschäftigung für jeden Arbeitnehmer eine Versicherungsnummer (VSNR) vergeben. Er erhält darüber einen Sozialversicherungsausweis (SV-Ausweis). Unter der VSNR führt der Rentenversicherungsträger das Versicherungskonto des Versicherten.

Beispiel: 65 160684 M 007

Die VSNR setzt sich zusammen aus

- der Bereichsnummer des zuständigen Trägers der Rentenversicherung (zwei Stellen),
- dem Geburtsdatum ohne Jahrhundertangabe (sechs Stellen),
- dem Anfangsbuchstaben des Geburtsnamens (eine Stelle) und
- der Seriennummer mit der Aussage über das Geschlecht (00 bis 49 für männliche Versicherte, 50 bis 99 für weibliche Versicherte) sowie der Prüffiffer (letzten drei Stellen).

Die VSNR ist ein unverwechselbares persönliches Identifikationsmerkmal. Sie wird nur einmal vergeben und ändert sich auch bei einem Namenswechsel oder einem Wechsel des Versicherungsträgers nicht.

In bestimmten Fällen ist der SV-Ausweis mit einem Lichtbild zu versehen.

Der SV-Ausweis enthält die VSNR des Beschäftigten, seinen Familiennamen und Geburtsnamen sowie den Vornamen. Er ist dem Arbeitgeber unverzüglich nach Ausstellung oder bei Beginn jeder weiteren Beschäftigung vorzulegen.

Beitragsnachweis

Zum Meldeverfahren siehe Seite 138.

Der Arbeitgeber meldet der Einzugsstelle die Arbeitsverdienste, für die er Beiträge an sie gezahlt hat. Das geschieht einmal jährlich maschinell (Jahresmeldung). Die Einzugsstelle leitet die Meldung an den Rentenversicherungsträger weiter. Für den Rentenversicherungsträger ist das der Beitragsnachweis. Der Arbeitnehmer erhält über diese maschinelle Meldung von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung als Beitragsnachweis.

Der Rentenversicherungsträger erteilt über die Geldeingänge eine Beitragsbescheinigung.

Versicherungspflichtige Selbständige und freiwillig Versicherte zahlen ihre Beiträge direkt an den Rentenversicherungsträger. Dies geschieht durch Abbuchungsaufträge von ihrem Girokonto. Freiwillig Versicherte können ihre Beiträge auch durch Dauer- oder Einzelüberweisungen auf ein Konto des Rentenversicherungsträgers oder durch Bareinzahlung an seinem Kassenschalter zahlen.

Versicherungsverlauf

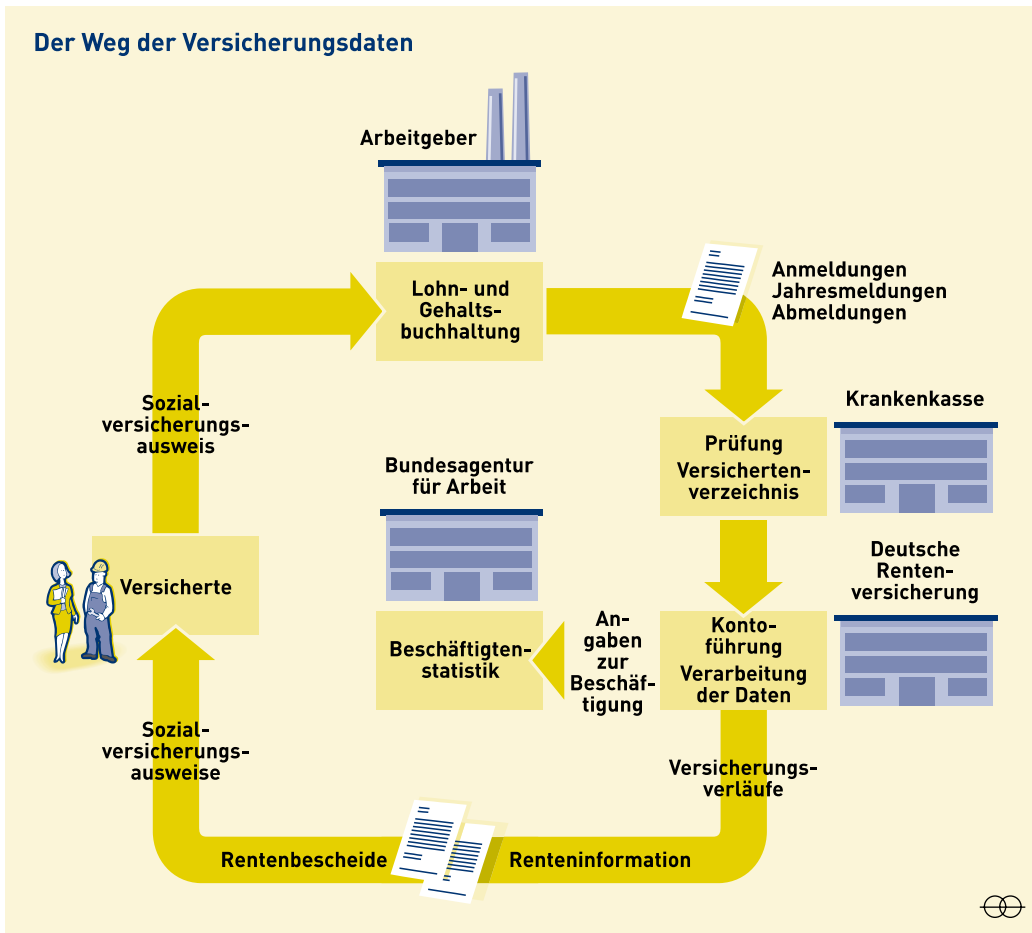
Der Rentenversicherungsträger teilt den Versicherten regelmäßig die in ihrem Versicherungskonto gespeicherten Sozialdaten mit, die für die Feststellung der Höhe einer Rentenanwartschaft erheblich sind (Versicherungsverlauf). Hat der Versicherungsträger das Versicherungskonto geklärt oder hat der Versicherte innerhalb von sechs Kalendermonaten nach Versendung des Versicherungsverlaufs seinem Inhalt nicht widersprochen, stellt der Versicherungsträger die im Versicherungsverlauf enthaltenen und nicht bereits festgestellten Daten, die länger als sechs Kalenderjahre zurückliegen, durch Bescheid fest.

Rentenrechtliche Zeiten

Zur Wartezeit siehe Seite 50.

Sie umfassen die Zeiten, die sich auf den Rentenanspruch (Erfüllung von Wartezeiten und besonderer versicherungsrechtlicher Voraussetzungen) und die Rentenhöhe auswirken können. Zu den rentenrechtlichen Zeiten gehören Beitragszeiten, beitragsfreie Zeiten und Berücksichtigungszeiten. Beitragsfreie Zeiten sind Ersatzzeiten, Anrechnungszeiten und die Zurechnungszeit.

Der Weg der Versicherungsdaten



Beitragszeiten

sind Zeiten, für die Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt sind.

Dazu gehören auch die Beiträge, die früher zur reichsgesetzlichen Rentenversicherung oder zur Sozialversicherung in der ehemaligen DDR gezahlt worden sind.

Ersatzzeiten

Ersatzzeiten spielen heute kaum noch eine Rolle.

sind Zeiten, in denen der Versicherte ohne eigenes Verschulden keine Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt hat, vor allem

- Zeiten des Wehrdienstes, des Kriegsdienstes oder der Kriegsgefangenschaft im Ersten und Zweiten Weltkrieg,
- Zeiten der Verfolgung durch den Nationalsozialismus,
- Zeiten der Vertreibung oder Flucht infolge des Zweiten Weltkriegs und
- Zeiten einer politischen Haft in der DDR.

Anrechnungszeiten

sind Zeiten, in denen der Versicherte zum Beispiel

- wegen Krankheit arbeitsunfähig war,
- wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft nicht versichert war,
- wegen Arbeitslosigkeit nicht versichert war oder
- nach dem 17. Lebensjahr eine Schule sowie eine Fach- oder Hochschule besucht hat (maximal acht Jahre).

Zurechnungszeit

Eine Zurechnungszeit wird bei Renten wegen Erwerbsminderung angerechnet, wenn der Versicherte vor seinem 62. Geburtstag teilweise oder voll erwerbsgemindert geworden ist. Bei Eintritt des Todesfalls vor dem 62. Lebensjahr gilt dies entsprechend auch für Hinterbliebenenrenten. Bei Erziehungsrenten muss der Rentenbeginn davor liegen. Die Zeit bis zum 62. Lebensjahr zählt dann in vollem Umfang als Zurechnungszeit.

Es ist geplant, die Zurechnungszeit ab 2024 bis zum 65. Lebensjahr zu verlängern. Dies soll von 2018 bis 2023 schrittweise erfolgen.

Berücksichtigungszeiten

sind vor allem Zeiten der Kindererziehung bis zum vollendeten 10. Lebensjahr des Kindes. Außerdem sind das Zeiten der häuslichen Pflege eines Pflegebedürftigen, jedoch nur vom 1. 1. 1992 bis zum 31. 3. 1995.

Wartezeit

Die Wartezeit ist eine Mindestversicherungszeit. Sie muss erfüllt sein, damit eine Rente gezahlt werden kann. Auf die verschiedenen Wartezeiten werden bestimmte rentenrechtliche Zeiten angerechnet: Für die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren, die Wartezeit von 15 Jahren und für die von 20 Jahren sind Beitragszeiten und Ersatzzeiten zu berücksichtigen. Für die Wartezeit von 35 Jahren zählen außerdem Anrechnungszeiten und Berücksichtigungszeiten mit – also alle rentenrechtlichen Zeiten.

Die allgemeine Wartezeit kann in bestimmten Fällen vorzeitig erfüllt werden.

Monate aus einem Versorgungsausgleich, einem Rentensplitting unter Ehegatten und aus Zuschlägen an Entgeltpunkten für Arbeitsentgelt aus geringfügiger und geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung zählen für die allgemeine Wartezeit sowie für die Wartezeiten von 15, 20 und 35 Jahren.

Für die Wartezeit von 45 Jahren zählen

- Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung/Tätigkeit,
- Pflichtbeiträge für sonstige Versicherte (Kindererziehung, Pflege, Wehr-/Zivildienst),
- Berücksichtigungszeiten,

- Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung, Leistungen bei Krankheit und Übergangsgeld, soweit sie Pflichtbeitragszeiten oder Anrechnungszeiten sind,
- freiwillige Beiträge, wenn mindestens 18 Jahre mit Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung/Tätigkeit beziehungsweise gleichgestellten Pflichtbeiträgen vorhanden sind,
- Ersatzzeiten und
- Monate aus geringfügiger und geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung.

Nicht mitzuzählen sind

- Pflichtbeiträge oder Anrechnungszeiten für Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn,
- freiwillige Beiträge, wenn nicht mindestens 18 Jahre mit Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung/Tätigkeit beziehungsweise gleichgestellten Pflichtbeiträgen vorhanden sind,
- Zeiten einer freiwilligen Beitragszahlung in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn, wenn gleichzeitig Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit vorliegen,
- Pflichtbeiträge, die durch den Bezug von Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe entstanden sind,
- sonstige Anrechnungszeiten (zum Beispiel Bezug von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld II, Mutterschutz, schulische Ausbildung) sowie
- Kalendermonate, die durch Versorgungsausgleich oder Rentensplitting erworben wurden.

Bei Insolvenz oder vollständiger Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers werden Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn ausnahmsweise berücksichtigt.

Renteninformation und Rentenauskunft

Alle Versicherten, die älter als 27 Jahre alt sind, erhalten einmal jährlich eine schriftliche Renteninformation. Sie enthält insbesondere:

- Angaben über die Grundlage der Rentenberechnung,
- Angaben über die Höhe einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit,
- eine Prognose über die Höhe der zu erwartenden Regelaltersrente,
- Informationen über die Auswirkungen künftiger Rentenanpassungen sowie
- eine Übersicht über die Höhe der Beiträge, die bisher gezahlt worden sind.

Die Renteninformation ist eine kurze Berechnung mit Prognose zur Rentenhöhe.

Die letzte Renteninformation, die vor dem 50. Lebensjahr erteilt wird, enthält die Hinweise, dass die Erteilung einer Rentenaus-

kunft auch vor Vollendung des 55. Lebensjahres möglich ist und dass die Rentenauskunft auf Antrag auch die Höhe der Beitragszahlung zum Ausgleich einer Rentenminderung bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente enthält.

Nach Vollendung des 55. Lebensjahres erhalten Versicherte anstelle der Renteninformation alle drei Jahre eine Rentenauskunft. In Ausnahmefällen kann dies auch schon früher oder in kürzeren Abständen geschehen. Die Rentenauskunft muss enthalten:

- einen Versicherungsverlauf mit den gespeicherten rentenrechtlichen Zeiten,
- eine Darstellung der Ermittlung der persönlichen Entgeltpunkte verbunden mit dem Hinweis, dass sich die Berechnung der Entgeltpunkte für beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten ändern kann und von der weiteren Versicherungsbiografie abhängig ist,
- Angaben über die Höhe von verschiedenen Rentenarten, die auf Grundlage der gespeicherten rentenrechtlichen Zeiten nach dem zurzeit geltenden Recht zu zahlen wären,
- eine Prognose über die Höhe der zu erwartenden Regelaltersrente,
- allgemeine Hinweise zur Erfüllung der persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Rentenanspruch sowie zum Ausgleich von Abschlägen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente, zu den Auswirkungen der Inanspruchnahme einer Teilrente und zu den Folgen für den Hinzuverdienst,
- Hinweise zu den Auswirkungen der vorzeitigen Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters und zu den Auswirkungen eines Rentenbeginns nach Erreichen der Regelaltersgrenze.

Die Rentenauskunft enthält insbesondere allgemeine Hinweise zu Rentenansprüchen und eine ausführliche Rentenberechnung.

Rehabilitation

Ziel der Rehabilitation in der Rentenversicherung ist, den Auswirkungen einer Krankheit beziehungsweise einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung auf die Erwerbsfähigkeit der Versicherten vorzubeugen, entgegenzuwirken oder sie zu überwinden. Dadurch sollen Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit oder das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verhindert oder die Versicherten möglichst dauerhaft wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden.

- Die gesetzliche Rentenversicherung erbringt hierzu
- Leistungen zur Prävention,

Die Leistungen zur Teilhabe haben Vorrang vor Rentenleistungen.

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
- Leistungen zur Nachsorge sowie
- ergänzende Leistungen.

Die Leistungen werden erbracht, wenn die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Insbesondere für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Personen, die einen Anspruch auf beamtenähnliche Versorgung haben, sind Leistungen zur Teilhabe ausgeschlossen.

- Die persönlichen Voraussetzungen erfüllen vor allem Versicherte,
- deren Erwerbsfähigkeit wegen Krankheit oder Behinderung erheblich gefährdet oder gemindert ist und
 - bei denen voraussichtlich eine Minderung der Erwerbsfähigkeit abgewendet beziehungsweise wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann.

Die persönlichen Voraussetzungen für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben liegen auch vor, wenn die Erhaltung des bisherigen Arbeitsplatzes eines Versicherten mit teilweiser Erwerbsminderung nicht möglich ist, dieser aber voraussichtlich durch entsprechende Leistungen erhalten oder ein anderer in Aussicht stehender Arbeitsplatz erlangt werden kann.

Die Wartezeit ist eine Mindestversicherungszeit. Lesen Sie dazu bitte auch Seite 50.

Die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen liegen vor, wenn der Versicherte bei Antragstellung die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt hat oder eine Erwerbsminderungsrente erhält.

Für Leistungen zur Prävention und zur medizinischen Rehabilitation sind die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen auch erfüllt, wenn der Versicherte

- in den letzten zwei Jahren vor der Antragstellung für mindestens sechs Kalendermonate Pflichtbeiträge gezahlt hat oder
- innerhalb von zwei Jahren nach Beendigung einer Ausbildung eine versicherte Beschäftigung aufgenommen und bis zum Antrag ausgeübt hat beziehungsweise bis dahin arbeitsunfähig oder arbeitslos war oder
- bereits vermindert erwerbsfähig ist oder dies in absehbarer Zeit zu erwarten ist und die allgemeine Wartezeit hat.

Die allgemeine Wartezeit beträgt fünf Jahre. Lesen Sie dazu bitte auch Seite 50.

Leistungen zur Prävention

Versicherte, die erste gesundheitliche Beeinträchtigungen haben, die die ausgeübte Beschäftigung gefährden, können Präventionsleistungen beantragen.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

Sie umfassen insbesondere

- Behandlung durch Ärzte und Angehörige anderer Heilberufe,
- Arznei- und Verbandsmittel,
- Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie,
- Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung,
- Körperersatzstücke sowie orthopädische und andere Hilfsmittel,
- Belastungserprobung und Arbeitstherapie.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation einschließlich der erforderlichen Unterkunft und Verpflegung werden überwiegend stationär in Rehabilitationskliniken oder Spezialeinrichtungen durchgeführt.

Eine stationäre Rehabilitation dauert längstens drei Wochen. Sie kann auch verlängert werden, wenn es das Erreichen des Rehabilitationsziels erfordert.

Für jeden Tag der stationären Heilbehandlung müssen Versicherte über 18 Jahre einen Betrag von 10 Euro zuzahlen. Bei einer unmittelbar vorausgegangenen Krankenhausbehandlung ist die Zuzahlung für längstens 14 Tage zu leisten.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden regelmäßig nur alle vier Jahre erbracht. Dabei sind auch Rehabilitationsleistungen anderer öffentlich-rechtlicher Träger zu berücksichtigen. Sollte allerdings eine vorzeitige Leistung aus gesundheitlichen Gründen dringend erforderlich sein, kann eine medizinische Rehabilitation auch schon früher durchgeführt werden.

Leistungen zur Kinderrehabilitation

Die Träger der Rentenversicherung erbringen Leistungen zur medizinischen Rehabilitation auch

- für Kinder von Versicherten,
- für Kinder von Beziehern einer Alters- oder Erwerbsminderungsrente und
- für Kinder, die eine Waisenrente beziehen.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation an Kinder können erbracht werden, wenn

- voraussichtlich eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit beseitigt oder die insbesondere durch chronische Erkran-

Kinder können unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Begleitperson mitnehmen.

- kungen bereits beeinträchtigte Gesundheit wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann und
→ ein Einfluss auf die spätere Erwerbsfähigkeit möglich ist.

Die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen muss nicht das Kind, sondern der entsprechende Versicherte erfüllen.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Die Leistungen umfassen insbesondere

- Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschließlich Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung,
- eine Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung,
- die individuelle betriebliche Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung,
- die berufliche Anpassung und Weiterbildung, auch soweit die Leistungen einen zur Teilnahme erforderlichen schulischen Abschluss einschließen,
- die berufliche Ausbildung, auch soweit die Leistungen in einem zeitlich nicht überwiegenden Abschnitt schulisch durchgeführt werden,
- die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit und
- Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen.

Zu den Leistungen gehört auch die Übernahme der erforderlichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung, von Lehrgangskosten, Prüfungsgebühren, Lernmittel, Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

Außerdem gehören zu den Leistungen

- Kraftfahrzeughilfe,
- Ausgleich für unvermeidbare Verdienstaufschläge,
- Kosten einer notwendigen Arbeitsassistentin,
- Kosten für Hilfsmittel zur Berufsausübung,
- Kosten technischer Arbeitshilfen und
- Kosten der Beschaffung, der Ausstattung und der Erhaltung einer behinderungsgerechten Wohnung.

Die Leistungen werden durch Berufsbildungswerke, Berufsförderungswerke und vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt, wenn die Art oder Schwere der Behinderung oder die Sicherung des Erfolgs die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen erforderlich machen.

Leistungen zur Nachsorge

Um den Erfolg der vorangegangenen Teilhabeleistung zu sichern, erbringen die Rentenversicherungsträger Leistungen zur Nachsorge.

Übergangsgeld

Das Übergangsgeld ist die wichtigste ergänzende Leistung zur Teilhabe. Es stellt die wirtschaftliche Versorgung des Versicherten und seiner Familie sicher.

Bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gilt diese Einschränkung nicht.

Bei medizinischen Leistungen zur Rehabilitation besteht ein Anspruch auf Übergangsgeld nur für die Versicherten, die unmittelbar vor diesen Leistungen oder einer vorausgegangenen Arbeitsunfähigkeit Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt haben.

Die Höhe des Übergangsgeldes richtet sich nach der Berechnungsgrundlage. Das sind 80 % des zuletzt regelmäßig erzielten Arbeitsentgelts (Regelentgelt) oder des Arbeitseinkommens, für das zuletzt Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt worden sind. Höchstens ist jedoch das Nettoarbeitsentgelt zu berücksichtigen. Berechnungsgrundlage bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben ist mindestens ein Betrag von 65 % des fiktiven Arbeitsentgelts einer altersmäßig und beruflich vergleichbaren nicht behinderten Person.

Das Übergangsgeld beträgt 68 % der Berechnungsgrundlage; für Versicherte, die mindestens ein Kind erziehen, jedoch 75 %. Eigenes Einkommen ist anzurechnen.

Nach Ablauf eines Jahres wird das Übergangsgeld angepasst.

Das Übergangsgeld wird für die Dauer der medizinischen Leistungen zur Rehabilitation und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gezahlt. Nach dem Ende von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben kann es für die Dauer von drei Monaten weitergezahlt werden, wenn der Versicherte arbeitslos ist. Es beträgt dann aber nur noch 60 % beziehungsweise 67 % der Berechnungsgrundlage.

Ergänzende Leistungen zur Teilhabe

Ergänzende Leistungen zur Teilhabe sind neben dem Übergangsgeld noch

- Beiträge zur Sozialversicherung und zur Arbeitsförderung,
- ärztlich verordneter Rehabilitationssport und Funktionstraining,
- Reisekosten sowie
- Betriebs- oder Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten.

Sonstige Leistungen

Als sonstige Leistungen zur Teilhabe können erbracht werden:

- Leistungen zur Eingliederung von Versicherten in das Erwerbsleben, die nicht bereits von den anderen Teilhabeleistungen erfasst werden,
- Leistungen zur onkologischen Nachsorge für Versicherte, Bezieher einer Rente und ihre jeweiligen Angehörigen sowie
- Zuwendungen für Einrichtungen, die auf dem Gebiet der Rehabilitation forschen oder die Rehabilitation fördern.



Rentenarten

Die Deutsche Rentenversicherung zahlt Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, wegen Alters oder wegen Todes.

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

sind seit dem 1. 1. 2001:

- Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung und
- Rente wegen voller Erwerbsminderung.

Bestand am 31.12.2000 Anspruch auf eine Rente wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit, so besteht dieser bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze weiter, solange die Voraussetzungen vorliegen.

Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung

erhalten Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze, wenn sie

- teilweise erwerbsgemindert sind,
- in den letzten fünf Jahren vor dem Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge gezahlt und
- vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfüllt haben.

Die allgemeine Wartezeit beträgt fünf Jahre.

Teilweise erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

Versicherte, die vor dem 2.1.1961 geboren sind und aus gesundheitlichen Gründen in ihrem Beruf weniger als sechs Stunden arbeiten können, sind ebenfalls teilweise erwerbsgemindert.

Rente wegen voller Erwerbsminderung

erhalten Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze, wenn sie

- voll erwerbsgemindert sind,
- in den letzten fünf Jahren vor dem Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge gezahlt und
- vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfüllt haben.

Voll erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

Rentenarten

**Renten wegen
verminderter
Erwerbsfähigkeit**

Altersrenten

**Renten
wegen Todes**



Der Zeitraum von fünf Jahren für den Nachweis der drei Jahre Pflichtbeiträge verlängert sich um bestimmte Zeiten: Die wichtigste hiervon ist die Berücksichtigungszeit für Kindererziehung. In bestimmten Fällen ist dieser Nachweis auch nicht erforderlich, zum Beispiel bei einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit.

Diese Regelung betrifft insbesondere Beschäftigte in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

Wer schon vor Erfüllung der allgemeinen Wartezeit wegen einer Behinderung nicht (mehr) erwerbsfähig ist, kann einen Anspruch auf volle Erwerbsminderungsrente haben, wenn er bis zur Erfüllung der Wartezeit von 20 Jahren ununterbrochen voll erwerbsgemindert geblieben ist.

Renten wegen Erwerbsminderung enden mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze (siehe Abschnitt „Regelaltersrente“ auf Seite 61).

Renten auf Zeit

Die Renten wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung werden auf Zeit geleistet, längstens bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Rentenbeginn. Eine erneute Befristung ist möglich. Ist es auf Dauer unwahrscheinlich, dass die Erwerbsminderung behoben werden kann, kann die Rente auch unbefristet gezahlt werden.

Beim Restleistungsvermögen handelt es sich um die verbliebene Arbeitskraft, die trotz der vorhandenen Krankheit oder Behinderung noch vorhanden ist.

Hinzuverdienst

Neben einer Erwerbsminderungsrente darf ein Hinzuverdienst nur im Rahmen des noch verbliebenen Restleistungsvermögens erzielt werden, weil ansonsten nicht mehr von einer Minderung der Erwerbsfähigkeit ausgegangen werden kann und der Rentenanspruch damit gefährdet ist. Bei Renten wegen voller Erwerbsminderung wird von einem Restleistungsvermögen von unter drei Stunden und bei Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung von unter sechs Stunden am Tag ausgegangen.

Die Höhe einer Erwerbsminderungsrente ist abhängig von der Höhe des Hinzuverdienstes. Sie kann nur in voller Höhe gezahlt werden, wenn die Hinzuverdienstgrenze nicht überschritten wird.

Für Renten wegen Erwerbsminderung, die bereits am 30. 6. 2017 gezahlt wurden, besteht Bestandsschutz.

Seit dem 1. 7. 2017 wird der Hinzuverdienst stufenlos auf die Rente angerechnet. Die bisher geltende monatliche Grenze von 450 Euro wird durch eine kalenderjährliche Hinzuverdienstgrenze ersetzt. Die neuen Hinzuverdienstgrenzen gelten einheitlich für die alten und neuen Bundesländer.

Dabei ist unerheblich, wann im Kalenderjahr der Hinzuverdienst erzielt wurde und wie lange die Beschäftigung andauerte.

Die Hinzuverdienstgrenze für volle Erwerbsminderungsrenten beträgt 6 300 Euro im Kalenderjahr. Der Hinzuverdienst, der die Hinzuverdienstgrenze übersteigt wird in Höhe von 40 % zu einem Zwölftel auf die monatliche Rente angerechnet.

Die gekürzte Rente darf zusammen mit dem Hinzuverdienst nicht über dem bisherigen Einkommen liegen. Daher wird die Summe der beiden Beträge auf einen Höchstbetrag – den Hinzuverdienstdeckel – begrenzt. Der Betrag, der den Hinzuverdienstdeckel übersteigt, wird in vollem Umfang auf die bereits gekürzte Rente angerechnet.

Der Hinzuverdienstdeckel entspricht dem höchsten beitragspflichtigen Verdienst der letzten 15 Kalenderjahre (auf das aktuelle Verdienstniveau angehoben).

Beispiel:

Monatliche Rente wegen voller Erwerbsminderung:	1 150 Euro
Hinzuverdienst aus einer Beschäftigung:	18 000 Euro im Kalenderjahr
Hinzuverdienstdeckel:	3 000 Euro

Der kalenderjährliche Hinzuverdienst übersteigt die Hinzuverdienstgrenze um 11 700 Euro (18 000 Euro – 6 300 Euro).

Zunächst wird ein Zwölftel des übersteigenden Betrags ermittelt:
 $11\,700 \text{ Euro} : 12 = 975 \text{ Euro}$

Dieser Betrag wird zu 40 % von der vollen Rente abgezogen.
 $975 \text{ Euro} \times 40 \% = 390 \text{ Euro}$ (Anrechnungsbetrag)

1 150 Euro	monatliche Rente in voller Höhe
– 390 Euro	Anrechnungsbetrag
760 Euro	

Anschließend wird geprüft, ob die Summe aus diesem Rentenbetrag (760 Euro) und einem Zwölftel des kalenderjährlichen Hinzuverdienstes ($18\,000 \text{ Euro} : 12 = 1\,500 \text{ Euro}$) den Hinzuverdienstdeckel überschreitet. Dies ist nicht der Fall ($760 \text{ Euro} + 1\,500 \text{ Euro} = 2\,260 \text{ Euro} \leq 3\,000 \text{ Euro}$). Die teilweise zu leistende Rente wegen voller Erwerbsminderung beträgt daher 760 Euro.

Die jährliche Hinzuverdienstgrenze beträgt mindestens 81 % des halben Jahreseinkommens eines Durchschnittsverdieners. Das sind im Jahr 2017 mindestens 14 458,50 Euro.

Für Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung wird die jährliche Hinzuverdienstgrenze individuell berechnet. Sie orientiert sich an dem höchsten beitragspflichtigen Jahreseinkommen der letzten 15 Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung – angehoben auf das aktuelle Verdienstniveau – und beträgt 81 % von diesem Betrag. Der Verdienst, der über der Hinzuverdienstgrenze liegt, wird zu 40 % auf die Rente angerechnet.

Der Hinzuverdienstdeckel bei einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung ergibt sich aus der Summe aus einem Zwölftel der Hinzuverdienstgrenze und dem Monatsbetrag der Rente in voller Höhe.

Um Rentenüberzahlungen oder -nachzahlungen zu vermeiden, werden auf Antrag Änderungen des prognostizierten Hinzuverdienstes berücksichtigt, wenn sie mindestens 10 % betragen.

Die Prüfung der Hinzuverdienstgrenze erfolgt zu Beginn einer Rente und anschließend jeweils zum 1.7. des Folgejahres. Dabei wird die Höhe der Rente zunächst auf Grundlage einer Prognose des Hinzuverdienstes festgestellt. Am 1.7. des Folgejahres wird die bisherige Berechnung für das vorherige Kalenderjahr überprüft und eine neue Prognose erstellt. Weicht der tatsächliche Hinzuverdienst ab, wird die Rente für das vorherige Kalenderjahr neu berechnet.

Renten wegen Alters

Regelaltersrente

erhält, wer die Regelaltersgrenze erreicht und die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt hat.

Für die Jahrgänge 1947 bis 1954 gilt die Regelaltersgrenze von 65 Jahren, wenn vor dem 1. 1. 2007 Alters-
teilzeit vereinbart wurde.

Die Regelaltersgrenze wird mit Vollendung des 67. Lebensjahres erreicht. Dies gilt allerdings nur für Versicherte der Jahrgänge 1964 und jünger. Bis 1946 geborene Versicherte erreichten die Regelaltersgrenze bereits mit 65 Jahren. Für Versicherte der Jahrgänge 1947 bis 1963 wird sie stufenweise angehoben.

Die Regelaltersrente wird generell ohne Rentenabschläge gezahlt.

Altersrente für besonders langjährig Versicherte

können Versicherte nach Vollendung des 65. Lebensjahres und Erfüllung der Wartezeit von 45 Jahren beanspruchen. Sie wird ohne Rentenabschläge gezahlt.

Versicherte, die vor dem 1. 1. 1953 geboren sind, haben bereits nach Vollendung des 63. Lebensjahres Anspruch auf die abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährig Versicherte.

Der Jahrgang 1956 kann die Altersrente für besonders langjährig Versicherte zum Beispiel mit 63 Jahren und 8 Monaten erhalten.

Für Versicherte der Jahrgänge 1953 bis 1963 wird die Altersgrenze von 63 Jahren allerdings für jeden Jahrgang jeweils um zwei Monate angehoben. Für die Jahrgänge 1964 und jünger gilt dann die Vollendung des 65. Lebensjahres als maßgebliches Alter für diese Altersrente.

Altersrente für langjährig Versicherte

erhalten Versicherte nach Vollendung des 67. Lebensjahres, wenn sie die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben.

Die Altersgrenze von 65 Jahren gilt auch für Versicherte bis Jahrgang 1954, wenn vor dem 1. 1. 2007 Alters-
teilzeitarbeit vereinbart wurde.

Wurde Altersteilzeitarbeit vor dem 1. 1. 2007 vereinbart, gilt für die Jahrgänge 1948 bis 1954 ein schrittweise auf das 62. Lebensjahr gesenktes Mindestalter für die vorzeitige Inanspruchnahme.

Schwerbehinderung liegt bei einem Grad der Behinderung von mindestens 50 vor.

Für Versicherte der Jahrgänge 1949 bis 1963 wird die bisherige Altersgrenze von 65 Jahren stufenweise angehoben. Ab dem Jahrgang 1964 beträgt sie 67 Jahre.

Wird die Altersrente mit dem für den entsprechenden Jahrgang maßgeblichen Alter in Anspruch genommen, wird sie ohne Rentenabschläge gezahlt.

Die vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente ist jedoch bereits nach Vollendung des 63. Lebensjahres möglich. Die Versicherten müssen dann aber Abschläge für die Zeit hinnehmen, in der die Rente vor Vollendung des maßgeblichen Lebensalters vorzeitig in Anspruch genommen wurde. Die Höhe des Rentenabschlags steigt mit der Dauer der Zeit, für die die Rente vorfristig gezahlt wird.

Die Abschläge bleiben für den weiteren Rentenbezug – auch nach Vollendung des maßgeblichen Lebensjahres – erhalten.

Altersrente für schwerbehinderte Menschen

erhalten Versicherte, wenn sie

- das 65. Lebensjahr vollendet haben,
- bei Rentenbeginn als schwerbehinderte Menschen anerkannt sind und
- die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben.

Die Altersgrenze für die Altersrente für schwerbehinderte Menschen beträgt für Geburtsjahrgänge bis 1951 63 Jahre. Für Versicherte der Jahrgänge 1952 bis 1963 wird die Altersgrenze von 63 Jahren stufenweise angehoben. Ab dem Jahrgang 1964 beträgt sie 65 Jahre. Die Jahrgänge 1952 bis 1954 erhalten diese Rente weiter mit 63 Jahren oder vorzeitig mit dem 60. Lebensjahr, wenn sie am 1. 1. 2007 als schwerbehinderte Menschen anerkannt waren und vor dem 1. 1. 2007 Altersteilzeitarbeit vereinbart wurde.

Wird die Altersrente mit 65 Jahren beziehungsweise mit dem für den entsprechenden Jahrgang maßgeblichen Alter in Anspruch genommen, wird sie ohne Rentenabschläge gezahlt.

Die Jahrgänge bis 1951 konnten diese Altersrente bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres – mit Abschlägen – erhalten. Für die Geburtsjahrgänge 1952 bis 1963 wird die Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme von 60 Jahren stufenweise angehoben. Ab dem Jahrgang 1964 beträgt sie 62 Jahre.

Rentenminderungen wegen einer vorzeitigen Inanspruchnahme der Altersrenten können durch eine besondere Beitragszahlung ausgeglichen werden.

Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit und Altersrente für Frauen konnten nur Versicherte der Jahrgänge bis 1951 erhalten. Da inzwischen die Regelaltersgrenze von allen Berechtigten überschritten wurde, haben diese Renten keine Bedeutung mehr.

Hinzuverdienstgrenze

Vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze kann eine Altersrente in voller Höhe nur gezahlt werden, wenn der Hinzuverdienst die Hinzuverdienstgrenze nicht überschreitet. Die Höhe der Altersrente ist in diesen Fällen von der Höhe des Hinzuverdienstes abhängig. Als Hinzuverdienst werden Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen und vergleichbares Einkommen berücksichtigt und unter Umständen auch zusammengerechnet. Nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze kann neben der Altersrente unbegrenzt hinzuverdient werden.

Nicht als Hinzuverdienst gilt das Entgelt, das eine Pflegeperson für die Pflege sowie ein behinderter Mensch von dem Träger einer entsprechenden Einrichtung erhält.

Seit dem 1.7.2017 beträgt die Hinzuverdienstgrenze für Altersrenten kalenderjährlich 6 300 Euro. Der Hinzuverdienst, der die Hinzuverdienstgrenze übersteigt wird durch zwölf geteilt und dann zu 40 % auf die monatliche Altersrente angerechnet. Dabei ist unerheblich, wann im Kalenderjahr der Hinzuverdienst erzielt wurde und auf welche Anzahl von Monaten er entfällt.

Für Altersrenten, die am 30.6.2017 als Teilrenten geleistet wurden, besteht ein Bestandsschutz.

Auch hier ist der Hinzuverdienstdeckel zu beachten. Maßgebend ist der Zeitraum der letzten 15 Kalenderjahre vor dem Rentenbeginn. Der Betrag, der den Hinzuverdienstdeckel übersteigt, wird in vollem Umfang auf die bereits gekürzte Rente angerechnet.

Vergleiche hierzu die Erläuterungen zur Erwerbsminderungsrente auf Seite 59/60.

Renten wegen Todes

Witwen- und Witwerrente

Witwen und Witwer haben nach dem Tod des versicherten Ehepartners Anspruch auf Witwenrente oder Witwerrente, wenn der Ehepartner die allgemeine Wartezeit erfüllt hat. Ist die Ehe in der Zeit ab 1.1.2002 geschlossen worden, besteht ein Anspruch auf die Witwen- oder Witwerrente jedoch nur, wenn die Ehe mindestens ein Jahr gedauert hat. Ausnahmen sind hier vorgesehen.

Eingetragene Lebenspartner haben ebenfalls Anspruch auf diese Leistungen, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen.

Ist ein Rentensplitting unter Ehepartnern durchgeführt worden, kann eine Witwen- oder Witwerrente nicht gezahlt werden. Ein Rentensplitting unter Ehepartnern kann statt einer Witwen- oder Witwerrente gewählt werden, wenn die Ehe ab 1. 1. 2002 geschlossen wurde oder beide Ehepartner nach dem 1. 1. 1962 geboren worden sind und das Versicherungsleben abgeschlossen ist.

Bis 2011 galt das 45. Lebensjahr. Bei Todesfällen in den Jahren 2012 bis 2028 wird es stufenweise auf 47 angehoben.

Anspruch auf eine große Witwen- oder Witwerrente besteht, wenn die Witwe oder der Witwer

- ein Kind erzieht, das noch nicht 18 Jahre alt ist,
- das 47. Lebensjahr vollendet hat oder
- teilweise oder voll erwerbsgemindert ist.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, besteht ein Anspruch auf die kleine Witwen- oder Witwerrente. Die kleine Witwen- oder Witwerrente wird nur für 24 Monate nach Ablauf des Todesmonats gezahlt. Sie wird aber auf Dauer geleistet, wenn der Ehepartner vor dem 1. 1. 2002 gestorben ist oder ein Partner vor dem 2. 1. 1962 geboren und die Ehe vor dem 1. 1. 2002 geschlossen wurde.

Die Witwen- oder Witwerrente fällt weg, wenn der Berechtigte, das ist der überlebende Ehepartner, wieder heiratet. Auf Antrag wird dann eine Rentenabfindung gezahlt. Sie beträgt das 24fache des durchschnittlichen Monatsbetrages der zuletzt gezahlten Rente.

Wird die neue, letzte Ehe wieder aufgelöst oder für nichtig erklärt, besteht ein Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente aus der vorletzten Ehe. Diese Rente heißt Witwenrente oder Witwerrente nach dem vorletzten Ehegatten.

Witwen- oder Witwerrente erhalten geschiedene Ehepartner,

- deren Ehe vor dem 1. 7. 1977 geschieden wurde,
- die nicht wieder geheiratet haben,
- die im letzten Jahr vor dem Tod des geschiedenen Ehepartners von ihm in den alten Bundesländern Unterhalt erhalten haben oder Anspruch darauf hatten und
- wenn der Verstorbene die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt hat.

Waisenrente

Kinder haben nach dem Tod eines Elternteils einen Anspruch auf Halbwaisenrente, wenn der Vater oder die Mutter die

allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt hat. Sind beide Eltern gestorben, wird eine Vollwaisenrente gezahlt.

Ein Anspruch auf Waisenrente besteht bis zum 18. Lebensjahr. Er verlängert sich bis zum 27. Lebensjahr durch eine Schul- oder Berufsausbildung, ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, den Bundesfreiwilligendienst sowie weitere nationale und internationale Freiwilligendienste. Dies gilt auch, wenn die Waise wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu versorgen. Die Waisenrente kann über das 27. Lebensalter hinaus gezahlt werden, wenn die Schul- oder Berufsausbildung durch Wehr- oder Zivildienst unterbrochen oder verzögert wurde.

Erziehungsrente

Versicherte haben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Erziehungsrente, wenn

- ihre Ehe nach dem 30.6.1977 geschieden wurde und ihr geschiedener Ehepartner gestorben ist,
- sie ein eigenes Kind oder ein Kind des geschiedenen Ehepartners erziehen,
- sie nicht wieder geheiratet haben und
- sie bis zum Tod des geschiedenen Ehepartners die allgemeine Wartezeit erfüllt haben.

Anspruch auf Erziehungsrente besteht bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze auch für verwitwete Ehepartner, für die ein Rentensplitting durchgeführt wurde, wenn

- sie ein eigenes Kind oder ein Kind des verstorbenen Ehepartners erziehen,
- sie nicht wieder geheiratet haben und
- sie bis zum Tod des Ehepartners die allgemeine Wartezeit erfüllt haben.

Die Erziehungsrente wird aus dem Versicherungskonto des (der) lebenden Versicherten berechnet. Für einen Anspruch auf Erziehungsrente gelten als Scheidung einer Ehe auch die Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, als geschiedener Ehepartner der frühere Lebenspartner, als Heirat die Begründung einer Lebenspartnerschaft, als verwitweter Ehepartner ein überlebender Lebenspartner und als Ehepartner der Lebenspartner.

Rentenbeginn und Rentenantrag

Renten werden nur auf Antrag der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen gezahlt. Die Initiative zur Rentenzahlung muss also vom Rentenberechtigten ausgehen.

Der Antrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden.

Der Rentenanspruch kann bei allen Dienststellen der Träger der Sozialversicherung gestellt werden. Für die Rentenversicherung sind das die Hauptverwaltungen, die regionalen Geschäfts-, Beratungs- oder Auskunftsstellen sowie die Versichertenberater. Versicherungsämter der Stadt- und Landkreise, Gemeindeverwaltungen sowie amtliche Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland nehmen ebenfalls Anträge entgegen.

Der Tag der Antragstellung ist für den Rentenbeginn wichtig. Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Altersrenten können längstens für drei Monate vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden. Frühester Rentenbeginn ist jedoch der Monat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

Witwen-/Witwerrenten und Waisenrenten werden vom Todestag an geleistet. Hat der Verstorbene bereits eine Rente erhalten, beginnt die Hinterbliebenenrente mit dem Monat, der dem Todesmonat folgt. Wird die Rente jedoch später als zwölf Monate nach dem Tod beantragt, kann sie längstens für zwölf Monate vor dem Monat der Antragstellung (rückwirkend) gezahlt werden.

Merke:

Die Rentenversicherung zahlt Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, Altersrenten und Renten wegen Todes. Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sind Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung und Renten wegen voller Erwerbsminderung. Ihre Höhe ist vom Hinzuverdienst abhängig.

Altersrenten werden gezahlt als Regelaltersrente, Altersrente für besonders langjährig Versicherte, Altersrente für langjährig Versicherte und Altersrente für schwerbehinderte Menschen. Renten werden erst dann gezahlt, wenn eine Mindestversicherungszeit (Wartezeit) zurückgelegt ist. Es gibt die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren sowie die Wartezeiten von 15, 20, 35 und 45 Jahren.

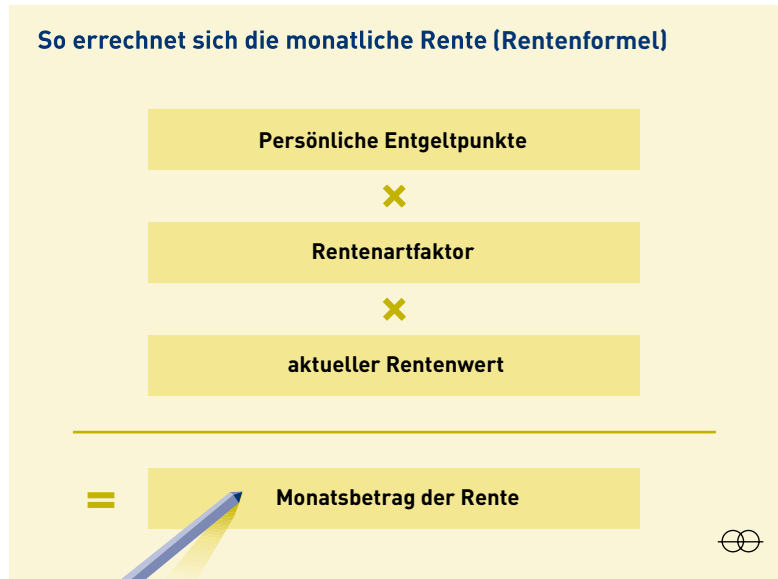
Bei den Altersrenten vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze ist eine Hinzuverdienstgrenze zu beachten. Sie beträgt seit dem 1.7.2017 kalenderjährlich 6300 Euro. Ein Hinzuverdienst, der diesen Betrag übersteigt, wird zu 40 % angerechnet.

Renten können nur auf Antrag gezahlt werden. Es ist möglich, sie sowohl schriftlich als auch mündlich zu beantragen. Der Tag der Antragstellung ist wichtig für den Rentenbeginn.



Rentenhöhe

Die Rentenberechnung ist kompliziert, weil sie den persönlichen Lebenslauf eines Versicherten berücksichtigt. Die individuelle Leistung des Einzelnen in einem solidarischen System steht dabei im Mittelpunkt.



Die persönlichen Entgeltpunkte

setzen sich zusammen aus Entgeltpunkten für

- Beitragszeiten,
- beitragsfreie Zeiten,
- Zuschläge für beitragsgeminderte Zeiten,
- Zuschläge oder Abschläge aus einem durchgeführten Versorgungsausgleich oder Rentensplitting,
- Zuschläge aus Zahlung von Beiträgen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente oder bei Abfindung von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung oder von Anrechten bei der Versorgungsausgleichskasse,
- Zuschläge an Entgeltpunkten für Arbeitsentgelt aus geringfügiger Beschäftigung,
- Arbeitsentgelt aus aufgelösten Wertguthaben,
- Zuschläge an Entgeltpunkten aus Beiträgen nach Beginn einer Altersrente,
- Zuschläge an Entgeltpunkten für Zeiten einer besonderen Auslandsverwendung und
- Zuschläge an Entgeltpunkten für nachversicherte Soldaten auf Zeit.

Zum Zugangsfaktor
lesen Sie bitte
Seite 69.

Die persönlichen Entgeltpunkte ergeben sich, indem die Summe an Entgeltpunkten mit einem sogenannten Zugangsfaktor vervielfältigt wird.

Der Durchschnittsverdienst im Jahr 2017 beträgt 37 103 Euro.

Die Entgeltpunkte für Beitragszeiten spiegeln das Arbeitsleben des Versicherten wider. Sie sind der Verhältniswert, in dem seine Arbeitsverdienste zu den durchschnittlichen Arbeitsverdiensten aller Arbeitnehmer stehen. Wer in einem Jahr genau den Arbeitsverdienst hat, der dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst dieses Jahres entspricht, bekommt einen Entgeltpunkt. War das 40 Jahre lang so, erhält er 40 Entgeltpunkte.

Es ist geplant, die Hochwertung der Verdienste nur noch bis zum 31. 12. 2024 fortzuführen. Die bisherige Hochwertung soll aber erhalten bleiben.

Für den durchschnittlichen Arbeitsverdienst werden nur die Arbeitsverdienste der Arbeitnehmer in den alten Bundesländern berücksichtigt. Diesem Durchschnittsverdienst sind auch die Arbeitsverdienste gegenüberzustellen, die Versicherte in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern erzielt haben. Diese Arbeitsverdienste werden aber zuvor an das Einkommensniveau in den alten Bundesländern angeglichen, um ein geringeres Lohnniveau in den neuen Bundesländern auszugleichen. Dafür gibt es gesetzlich festgelegte Hochwertungsfaktoren.

So errechnen sich Entgeltpunkte für Beitragszeiten

**Arbeitsverdienst des Versicherten
in einem Jahr**

:

**durchschnittlicher Arbeitsverdienst aller
Arbeitnehmer im gleichen Jahr**

=

Entgeltpunkte des Versicherten für ein Jahr

Entgeltpunkte für alle Jahre zusammenzählen

**Summe ergibt ...
Entgeltpunkte für Beitragszeiten**



Beitragsgemindert sind Monate, in denen gleichzeitig Beitragszeiten und beitragsfreie Zeiten vorliegen.

Die Entgeltpunkte für beitragsfreie Zeiten und die Zuschläge für beitragsgeminderte Zeiten sind nach der sogenannten Gesamtleistungsbewertung zu berechnen. Maßgebend dafür ist der Durchschnittswert an Entgeltpunkten aus der Gesamtleistung an

Beiträgen im belegungsfähigen Zeitraum. Dabei werden auch Entgeltpunkte für Berücksichtigungszeiten mitgezählt.

Ein Versorgungsausgleich ist bei einer Ehescheidung in den alten Bundesländern seit 1. 7. 1977 und in den neuen Bundesländern seit 1. 1. 1992 durchzuführen. Damit werden die in der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften zwischen den Ehepartnern wertmäßig ausgeglichen. Auch nach Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft findet ein Versorgungsausgleich statt.

Unter Lebenspartnern ist ebenfalls ein Rentensplitting möglich.

Ein Rentensplitting unter Ehepartnern kann durchgeführt werden, wenn die Ehe in der Zeit vom 1. 1. 2002 an geschlossen wurde oder beide Ehepartner ab 2. 1. 1962 geboren worden sind und das Versicherungsleben abgeschlossen ist. Der Versicherungsträger stellt fest, welchem Ehepartner und in welcher Höhe ein Splittingzuwachs zusteht. Der andere Ehepartner muss in gleicher Höhe einen Abschlag hinnehmen.

Der **Zugangsfaktor** richtet sich nach dem Alter bei Rentenbeginn und bestimmt, in welchem Umfang Entgeltpunkte bei der Ermittlung des Monatsbetrags der Rente zu berücksichtigen sind.

Er beträgt im Normalfall 1,0. Wird eine Altersrente vorzeitig in Anspruch genommen, ist der Zugangsfaktor für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme um 0,003 niedriger.



Beispiel:

Paul R. ist im August 1954 geboren. Er will die Altersrente für langjährig Versicherte ab dem 63. Lebensjahr beziehen und diese 32 Monate vorzeitig in Anspruch nehmen. Der Zugangsfaktor ist dann $32 \times 0,003 = 0,096$ niedriger und beträgt nur noch 0,904. Das bedeutet für Paul R. einen Abschlag von 9,6 % auf den Monatsbetrag der Rente.

Bei Waisenrenten erhöhen sich die Entgeltpunkte um einen Zuschlag. Für die Vollwaisenrente sind mindestens die Entgeltpunkte für beide verstorbenen Versicherten zu berücksichtigen.

Bei Witwen- und Witwerrenten erhöhen sich die Entgeltpunkte um einen Zuschlag für die Erziehung von Kindern. Maßgebend hierfür ist die Dauer der Erziehung der Kinder in den ersten

drei Lebensjahren durch die Witwe oder den Witwer. Diesen Zuschlag gibt es jedoch nicht, wenn der Ehepartner vor dem 1. 1. 2002 gestorben ist oder die Ehe vor diesem Zeitpunkt geschlossen wurde und mindestens ein Ehepartner vor dem 2. 1. 1962 geboren ist.

Der Rentenartfaktor

berücksichtigt die unterschiedlichen Sicherungsziele der einzelnen Rentenarten. Seine Höhe ist auf die Altersrente ausgerichtet, für sie beträgt er 1,0.

Für die Rente wegen voller Erwerbsminderung beträgt der Rentenartfaktor auch 1,0, für die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung aufgrund des geringeren Sicherungsziels dagegen nur 0,5.

Die große Witwen- und Witwerrente hat einen Rentenartfaktor von 0,55. Er erhöht sich auf 0,6, wenn der Ehepartner vor dem 1. 1. 2002 gestorben ist oder die Ehe vor diesem Zeitpunkt geschlossen wurde und mindestens ein Ehepartner vor dem 2. 1. 1962 geboren ist. Für die kleine Witwen- und Witwerrente ist der Rentenartfaktor 0,25 maßgebend.

Bis zum Ende des dritten Kalendermonats nach dem Monat, in dem der Ehepartner gestorben ist, ist sowohl für die große als auch für die kleine Witwen- und Witwerrente der Rentenartfaktor 1,0 maßgebend. Damit wird erreicht, dass für diese Zeit eine Rente in Höhe der Versichertenrente gezahlt wird (Sterbeübergangszeit).

Bei Halbwaisenrenten beträgt der Rentenartfaktor 0,1 und bei der Vollwaisenrente 0,2.

Für Erziehungsrenten ist der Rentenartfaktor 1,0 maßgebend.

Der aktuelle Rentenwert

ist Teil der Rentenformel und bewirkt die jährliche Dynamisierung der Rente. Er entspricht dem monatlichen Betrag, den ein Durchschnittsverdiener für die Beitragszahlung eines Jahres zur allgemeinen Rentenversicherung als Altersrente erhält. Solange noch unterschiedliche Einkommensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern bestehen, gibt es jeweils verschiedene aktuelle Rentenwerte.

Ab. 1. 7. 2017 beträgt er monatlich 31,03 Euro in den alten und 29,69 Euro in den neuen Bundesländern.

Es ist geplant, den aktuellen Rentenwert (Ost) an den aktuellen Rentenwert in sieben Schritten anzugleichen. In einem ersten

Schritt soll der aktuelle Rentenwert (Ost) zum 1. 7. 2018 auf 95,8 % des Westwerts erhöht werden. In den weiteren Schritten soll der Verhältniswert zwischen aktuellem Rentenwert (Ost) und dem Westwert jedes Jahr um 0,7 % angehoben werden, bis der aktuelle Rentenwert (Ost) zum 1. 7. 2024 100 % des Westwerts erreicht hat.

Die letzte Rentenerhöhung war am 1. 7. 2017.

Die Höhe des aktuellen Rentenwerts wird zum 1. 7. eines jeden Jahres überprüft und gegebenenfalls angepasst. Der bisherige aktuelle Rentenwert wird dann mit den Faktoren für die Veränderung der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme, des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung und dem Nachhaltigkeitsfaktor vervielfältigt. Mit dem gegebenenfalls neuen aktuellen Rentenwert wird dann der neue Monatsbetrag der Renten errechnet.

Das nennt man Faktor für die Veränderung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung.

Die Veränderung der Höhe des aktuellen Rentenwerts und damit die der Renten ist also an die Lohn- und Gehaltsentwicklung der versicherten Beschäftigten gekoppelt. Daneben bewirken Veränderungen des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung unter Einbeziehung der Aufwendungen der Arbeitnehmer für ihre private Altersvorsorge („Riester-Rente“) auch eine entsprechende Änderung. Steigt beispielsweise der Beitragssatz beziehungsweise der Altersvorsorgeanteil, führt dies zu einer geringeren Erhöhung des aktuellen Rentenwerts.

Der Nachhaltigkeitsfaktor soll die Relation von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern wiedergeben. Hierbei werden die Entwicklung der Lebenserwartung, die der Geburten und die der Erwerbstätigkeit berücksichtigt. Je stärker also die Zahl von Rentenempfängern zu Beitragszahlern steigt, desto größer wird der Nachhaltigkeitsfaktor, und desto geringer werden die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst. Weniger Beitragszahler führen so zu geringeren Rentenerhöhungen. Steigt hingegen die Zahl der Beitragszahler, steigen auch die Renten.

Bei der Rentenanpassung verhindert eine Schutzklausel, dass sich der aktuelle Rentenwert (und die Bruttorente) verringert. Die unterbliebene Minderungswirkung (negative Rentenanpassung) wird als Ausgleichsbedarf bezeichnet.

Der durch die Schutzklausel entstandene Ausgleichsbedarf wird mit späteren positiven Rentenanpassungen verrechnet. Für die Bestimmung des Ausgleichsbedarfs wird ein Ausgleichsfaktor gebildet. Ab 2011 wurde eine sich ergebende Rentenerhöhung um die Hälfte verringert, um den Ausgleichsbedarf abzubauen.

Ab 1. 7. 2017 beträgt der Ausgleichsbedarf in den alten und neuen Bundesländern 0 %. Er ist damit komplett abgebaut.

Es ist geplant, die bisherigen Entgeltpunkte (Ost) zum 1. 7. 2024 durch Entgeltpunkte zu ersetzen und mit dem dann bundeseinheitlichen aktuellen Rentenwert zu bewerten.

Solange es einen aktuellen Rentenwert West und Ost gibt, ist auch in Entgeltpunkte West und Ost zu unterscheiden. Hauptsächlich für Beitragszeiten, die in der ehemaligen DDR beziehungsweise in den neuen Bundesländern erworben wurden beziehungsweise bis heute erworben werden, erhalten die Versicherten Entgeltpunkte Ost.

Davon ausgenommen sind die Versicherten, die am 18. 5. 1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet der alten Bundesländer hatten – sie bekommen für die bis dahin zurückgelegten Zeiten Entgeltpunkte West.

Der Monatsbetrag der Rente

wird auf den Cent genau ausgerechnet. Sind sowohl Entgeltpunkte West als auch Entgeltpunkte Ost zu berücksichtigen, sind Monatsteilbeträge für die persönlichen Entgeltpunkte West und für diejenigen Ost zu errechnen. Die Summe aus den Teilbeträgen ergibt den Monatsbetrag der Rente.

Bei einer Teilrente ist der Monatsbetrag der Rente aus dem Teil der Entgeltpunkte zu errechnen, der ihrem Anteil an der jeweiligen Rente in voller Höhe entspricht.

Ab 1. 7. 2017 beträgt der Freibetrag 819,19 Euro für die alten und 783,82 Euro für die neuen Bundesländer.

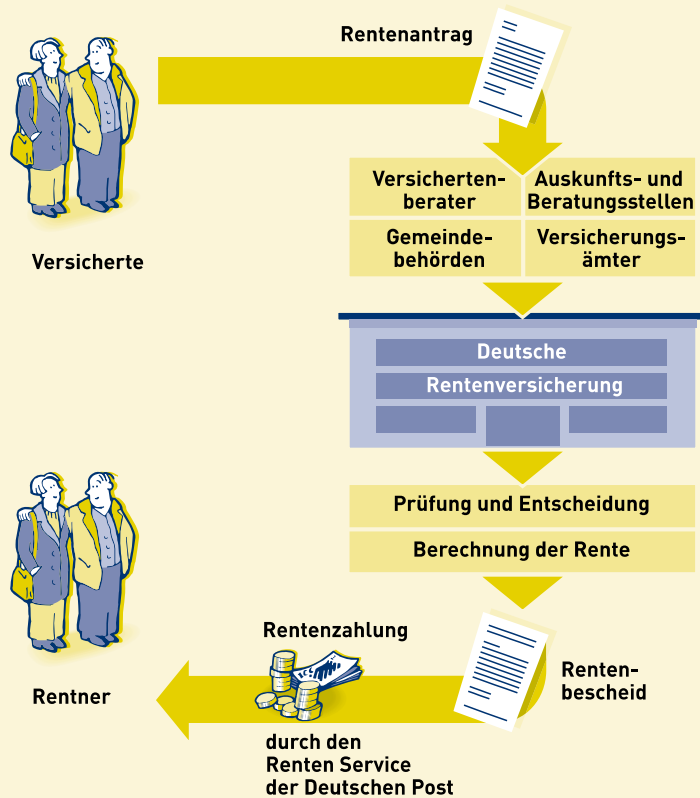
Auf die Monatsrente ist in bestimmten Fällen Einkommen anzurechnen. Der häufigste Fall ist die Anrechnung von eigenem Einkommen der Witwe oder des Witwers auf die Witwen- oder Witwerrente. Dieses Einkommen ist jedoch nur anzurechnen, soweit es einen Freibetrag überschreitet – und dann nur in Höhe von 40 %.

Waisenrenten werden stets unabhängig vom eigenen Einkommen gezahlt.

Die monatliche Rente erhöht sich um die Zusatzleistung für Beiträge zur Höherversicherung.

Außerdem sind Leistungen für Kindererziehung zu zahlen. Diese erhalten Mütter, die vor 1921 geboren sind und am 18. 5. 1990 in den alten Bundesländern wohnten, für ihre in Deutschland geborenen Kinder. Mütter aus den neuen Bundesländern erhalten diese Leistung, wenn sie vor 1927 geboren sind.

Der Weg zur Rente



Schutz der Rentenansprüche des Beitrittsgebiets

Denjenigen, die bereits am 31.12.1991 Rentner waren, ist mindestens die Rente zu zahlen, die sie im Dezember 1991 erhielten. Die sich für den individuellen Versicherungsverlauf nach Bundesrecht ergebende Rente ist auf diesen Betrag aufzufüllen.

Bei Versicherten oder Hinterbliebenen, deren Rente in der Zeit vom 1.1.1992 bis zum 31.12.1996 begonnen hat, war zu prüfen, ob sich eine günstigere Rente nach dem Recht im Beitrittsgebiet am 31.12.1991 ergeben hätte. Wäre das der Fall gewesen, wurde die Rente, die sich nach Bundesrecht ergab, um einen Renten- oder Übergangszuschlag auf diesen Betrag erhöht.

Der Auffüllbetrag beziehungsweise der Rentenzuschlag wird seit 1996 mit den Erhöhungsbeträgen aus einer Rentenanpassung verrechnet.

Merke:

Der Monatsbetrag der Rente ergibt sich, indem die persönlichen Entgeltpunkte, der Rentenartfaktor und der aktuelle Rentenwert miteinander vervielfältigt werden.

Die Entgeltpunkte für Beitragszeiten spiegeln das Arbeitsleben des Versicherten wider. Wer in einem Jahr den Arbeitsverdienst hat, der dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst aller Arbeitnehmer entspricht, erwirbt für dieses Jahr einen Entgeltpunkt.

Der Rentenartfaktor für die Altersrente beträgt 1,0. Gleich hoch ist er für die Rente wegen voller Erwerbsminderung. Für die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung beträgt er 0,5. Für die große Witwenrente ist er auf 0,55 beziehungsweise 0,6 und für die kleine Witwenrente auf 0,25 festgesetzt. Bis zum Ende der ersten drei Kalendermonate nach dem Todesmonat beträgt er 1,0 (Sterbeübergangszeit).

Der aktuelle Rentenwert ist der Monatsbetrag der Rente für einen Entgeltpunkt. Er dient der Dynamisierung der Rente. Für die neuen Bundesländer gibt es einen aktuellen Rentenwert Ost.

Zum 1. 7. eines jeden Jahres wird ein neuer aktueller Rentenwert bestimmt. Mit dem neuen aktuellen Rentenwert wird ein neuer Monatsbetrag der Rente errechnet. Die letzte Rentenerhöhung war am 1. 7. 2017.

Krankenversicherung der Rentner

Rentner, die mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte ihres Arbeitslebens Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse waren, sind während des Rentenbezugs in der Krankenversicherung pflichtversichert. Ihre Angehörigen, die kein eigenes Einkommen haben, besitzen ebenfalls einen Krankenversicherungsschutz.

Die Rentner und ihre Angehörigen erhalten die gleichen Leistungen wie alle übrigen Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. Krankengeld bekommen sie nicht.

Für Rentner, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig sind, gilt der einheitliche allgemeine Beitragssatz zur Krankenversicherung. Bei einem allgemeinen

Lesen Sie dazu bitte
auch Seite 136.

Beitragssatz von 14,6 % zahlen die Rentenversicherung und der Rentner jeweils 7,3 % der Rente als Krankenversicherungsbeitrag. Erhebt die Krankenkasse einen kassenindividuellen Zusatzbeitrag, trägt der Rentner diesen allein.

Beitragszuschuss

Rentner, die freiwillig oder privat krankenversichert sind, erhalten zu ihrer Rente als Zusatzleistung einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung.

Für freiwillig Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung beträgt der monatliche Beitragszuschuss 7,3 %. Der Zuschuss entspricht dem Beitragsanteil, den der Rentenversicherungsträger für einen pflichtversicherten Rentner aufbringen müsste. Für privat krankenversicherte Rentner wird der Beitragszuschuss in gleicher Weise errechnet. Der monatliche Zuschuss wird jedoch auf die Hälfte der tatsächlichen Aufwendungen für die Krankenversicherung begrenzt.



Merke:

Für versicherungspflichtige Rentner gilt der allgemeine Beitragssatz der Krankenversicherung. Der Rentner zahlt 7,3 % sowie den kassenindividuellen Zusatzbeitrag und die Rentenversicherung 7,3 % der Rente als Krankenversicherungsbeitrag.

Rentner, die freiwillig oder privat krankenversichert sind, erhalten einen Beitragszuschuss. Für Privatversicherte darf der Zuschuss nicht höher als die Hälfte des Beitrages sein.

Pflegeversicherung der Rentner

Rentner, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert oder freiwillige Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse sind, sind in der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert.

Sie erhalten die gleichen Leistungen der Pflegeversicherung wie andere Pflegeversicherte, müssen aber auch die gleichen Beiträge zahlen.

Die Beiträge der Rentner, die auch in der Krankenversicherung pflichtversichert sind, werden vom Rentenversicherungsträger

bei der Rentenzahlung einbehalten. Der Rentner trägt den Beitrag zur Pflegeversicherung allein.

Merke:

Rentner sind in der Pflegeversicherung pflichtversichert. Sie zahlen die gleichen Beiträge wie andere Versicherte der Pflegeversicherung.

Der Rentner trägt den Beitrag zur Pflegeversicherung allein.

Besteuerung von Renten und Beiträgen

Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden grundsätzlich zur Hälfte vom Arbeitgeber und zur Hälfte vom Arbeitnehmer gezahlt. Da der Arbeitgeberbeitrag zusätzlich steuerfrei zum Arbeitsentgelt gewährt wird, stellt dieser für den Arbeitnehmer eine steuerfreie Einnahme dar, für die keine Steuer zu zahlen ist.

Seit 2005 unterliegen Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, der landwirtschaftlichen Alterskassen, der berufsständischen Versorgungswerke und bestimmte private Leibrenten – ebenso wie bisher schon die Beamtenpensionen – der sogenannten nachgelagerten Besteuerung. Das bedeutet, dass während des Arbeitslebens die Altersvorsorgeaufwendungen (zum Beispiel die Rentenversicherungsbeiträge) steuerfrei bleiben und später die Rente voll besteuert wird.

Da die Beiträge für die Altersvorsorge nur schrittweise von der Steuer freigestellt werden können, wird auch die nachgelagerte Besteuerung der Renten Schritt für Schritt umgesetzt.

Der Höchstbetrag 2017 beträgt für Alleinstehende 23 362 Euro, für Ehepaare 46 724 Euro. Zum knappschaftlichen Höchstbeitrag siehe Seite 82 und 83.

Der Gesamtbeitrag (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) für die Altersvorsorge ist bis zu einem Höchstbeitrag steuerlich absetzbar. Bei steuerlich zusammenveranlagten Ehepartnern verdoppelt er sich. Seit 2015 entspricht der Höchstbetrag dem maximalen Rentenversicherungsbeitrag der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Steuerfreistellung begann 2005 mit 60 % der Beiträge. Seitdem steigt der Anteil jedes Jahr um 2 %. Im Jahr 2025 sind die Beiträge zur Altersvorsorge zu 100 % abziehbar.

Für Bestandsrentner und Neuzugänge des Jahres 2005 betrug der steuerpflichtige Anteil der Renten 50 %. Bei Rentenzugängen seit 2006 steigt dieser Anteil bis 2020 jährlich um zwei Prozentpunkte auf 80 % und danach um einen Prozentpunkt jährlich auf 100 % im Jahr 2040.

Der steuerfreie Anteil der Rente wird als persönlicher Rentenfreibetrag festgeschrieben und ändert sich für die Dauer des Rentenbezugs grundsätzlich nicht mehr.



Merke:

Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden seit dem Jahr 2005 nachgelagert besteuert, also erst dann, wenn sie bezogen werden. Dafür werden die Beiträge für die Altersvorsorge bis zu einer Höchstgrenze steuerfrei gestellt.

Sowohl die Besteuerung der Renten als auch die Freistellung der Beiträge erfolgt schrittweise. Die volle Besteuerung der Renten erfolgt erst ab 2040, die volle Freistellung der Beiträge von der Steuer bereits im Jahr 2025.

Versicherungsträger und Zuständigkeit

Die Rentenversicherung wird von besonderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften durchgeführt, also nicht von privaten Unternehmen. Sie verwalten sich selbst durch eigene Organe (Vertreterversammlung, Vorstand). Diese Organe setzen sich je zur Hälfte aus ehrenamtlichen Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammen. Für die Deutsche Rentenversicherung Bund gelten Besonderheiten.

Schon Geschichte: BfA und LVAen

Bis zum 30. 9. 2005 wurde die gesetzliche Rentenversicherung für die Angestellten bundesweit von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) und die Arbeiterrentenversicherung regional von 22 Landesversicherungsanstalten (LVAen) durchgeführt. Für die Beschäftigten in den Branchen der Knappschaft, Bahn oder See war jeweils ein eigenständiger Rentenversicherungsträger (Bundesknappschaft, Bahnversicherungsanstalt oder Seekasse) bundesweit zuständig. Die Spitzenverbandsfunktion nahm der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e.V. (VDR) wahr.

Seit 1. 10. 2005: Deutsche Rentenversicherung

Die BfA wurde unter dem Namen „Deutsche Rentenversicherung Bund“ fortgeführt. Sitz der Deutschen Rentenversicherung Bund ist Berlin mit Verwaltungsstellen in Gera, Stralsund, Brandenburg/Havel und Würzburg. Der VDR wurde am 1. 10. 2005 in die Deutsche Rentenversicherung Bund eingegliedert. Die Deutsche Rentenversicherung Bund ist der zentrale Bundesträger, der auch die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung wahrnimmt.

Die Regionalebene wurde aus den bisherigen Landesversicherungsanstalten gebildet. Aus der LVA Westfalen wurde beispielsweise der Regionalträger Deutsche Rentenversicherung Westfalen. Durch Fusionen hat sich außerdem auf der Regionalebene die Anzahl der Rentenversicherungsträger von 20 auf 14 verringert.

Die Bundesknappschaft wird unter dem Namen „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ mit Sitz in Bochum fortgeführt. Die Bahnversicherungsanstalt und die Seekasse wurden aufgelöst und gingen in der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See auf.

Neue Zuständigkeiten

Neue Versicherte werden im Verhältnis von 45 % zu 55 % über ein spezielles Vergabeverfahren anhand ihrer Versicherungsnummer der Bundes- oder Regionalebene zugeordnet – die Art der ausgeübten Tätigkeit spielt keine Rolle mehr. Das erfolgt ganz überwiegend elektronisch über die Datenstelle der Rentenversicherung.

Die zentrale Datenstelle befindet sich in Würzburg.

Innerhalb der Bundesebene werden die Versicherten im Verhältnis von 40 % zu 5 % zwischen der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See verteilt. Für die Beschäftigten in den Branchen der Knappschaft, Bahn oder See ist vorrangig die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zuständig. Diese Versicherten werden auf die Quote von 5 % angerechnet.

Innerhalb der Regionalebene bestimmt sich die Zuständigkeit der Rentenversicherungsträger nach dem Wohnsitz des Versicherten.

Bei der einmal festgelegten Zuständigkeitszuweisung zwischen der Bundes- und der Regionalebene verbleibt es unabhängig davon, welche Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit der

Versicherte später ausübt. Eine Ausnahme bilden nur Beschäftigte, die in den Branchen der Knappschaft, Bahn oder See tätig sind oder waren.

Wird erstmals eine Beschäftigung in diesen Branchen aufgenommen, wechselt die Zuständigkeit vom bisherigen Träger zur Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

Zuständigkeitswechsel können auch innerhalb der Regional-ebene auftreten, wenn der Versicherte seinen Wohnort wechselt.

Versicherte, die bis 31. 12. 2004 bereits eine Versicherungsnummer erhalten haben, werden grundsätzlich von dem Rentenversicherungsträger weiterbetreut, der ihr Konto am 31. 12. 2004 geführt hat.

Die Versicherten der Jahrgänge 1945 und jünger werden in einem Zeitraum von 15 Jahren in einem Ausgleichsverfahren im Verhältnis von 45 % zu 55 % zwischen den Bundes- und Regionalträgern verteilt.

Auskunfts- und Beratungsstellen

Zu den gemeinsamen Aufgaben der Rentenversicherungsträger zählt auch die Gewährleistung der flächendeckenden Auskunft und Beratung der Versicherten, Rentner und Arbeitgeber zu allen Fragen der gesetzlichen Rentenversicherung. Im Bereich der Auskunft und Beratung werden an allen Standorten die gleichen Aufgaben wahrgenommen, damit in der Regel bundesweit ein einheitliches Serviceangebot für alle Kunden der Deutschen Rentenversicherung besteht.

Die Regionalträger unterhalten für den Bereich der Auskunft und Beratung in der allgemeinen Rentenversicherung ein Dienststellennetz für die Deutsche Rentenversicherung.

Die Bundesträger können an ihren jeweiligen Standorten die ihnen obliegenden Auskunfts- und Beratungspflichten selbst erfüllen. Dies geschieht in den Auskunfts- und Beratungsstellen an den Standorten der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin, Gera, Stralsund und Brandenburg/Havel.

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See führt an ihren Standorten die Auskunft und Beratung ebenfalls selbst durch. Das sind die Standorte in Bochum, Berlin, Bergheim, Chemnitz, Cottbus, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Moers, München, Münster, Rosenheim,

Saarbrücken und Wuppertal. Die an weiteren Standorten bestehenden knappschaftlichen Auskunft- und Beratungseinrichtungen nehmen neben ihren Aufgaben im Bereich der knappschaftlichen Krankenversicherung auch Auskunft- und Beratungsaufgaben im Bereich der knappschaftlichen Rentenversicherung wahr.

Jugendkommunikation: Den richtigen Ton treffen

Rente und Reha gehen auch junge Menschen an, die lernen, auf eigenen Beinen zu stehen. Wer dazu Fragen hat, bekommt von der Jugendinitiative Rentenblicker der Deutschen Rentenversicherung verlässliche und verständliche Antworten.

Unter www.rentenblicker.de wird Grundwissen zum Rentensystem und zum Nutzen der gesetzlichen Rentenversicherung vermittelt. Jugendnahe Aspekte wie der Schutz vor Unfällen, die Waisenrente oder die Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen stehen dabei im Vordergrund. Neu ist die Serie „Tolle Aktion“, mit der der Rentenblicker auf nachahmenswerte soziale Aktionen von jungen Menschen hinweist.

Die Website spricht Jugendliche in ihren Lebenswelten an und bündelt Informationen zum Beispiel für Schüler, Auszubildende oder Berufsstarter. Ergänzend erscheinen eine Infobroschüre und praxisnahe Unterrichtsmaterialien für Lehrer und Schüler. Außerdem können hier Referenten der Deutschen Rentenversicherung für den Schulunterricht angefordert werden. Tipps für Schülerzeitungsmacher runden das Angebot ab.



Rente und junge Leute – das muss kein Widerspruch sein. Besuchen Sie uns doch auf unserer Website www.rentenblicker.de! Hier finden Sie alles Wissenswerte rund um die Rente – leicht verständlich, informativ und jugendgemäß.

Knappschaftliche Rentenversicherung

Die knappschaftliche Versicherung schützt eine besondere Berufsgruppe: die in bergmännischen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer, die Bergleute, die Knappen. Sie ist der älteste Zweig der Sozialversicherung. Ursprünglich war sie wegen der besonderen Gefährdung in diesem Beruf gegründet worden. Heute ist sie ein Teil des gesetzlichen Schutzes der Sozialversicherung.

Die knappschaftliche Versicherung umfasst sowohl die Krankenversicherung als auch die Rentenversicherung.

Die knappschaftliche Krankenversicherung richtet sich ausschließlich nach den Vorschriften der allgemeinen Krankenversicherung. Maßgebend sind damit allein die im Abschnitt Krankenversicherung erläuterten Regeln.

Für die knappschaftliche Rentenversicherung ist vom 1. 1. 1992 an die gesetzliche Grundlage das Sechste Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB VI). Das SGB VI gilt gleichermaßen für die allgemeine Rentenversicherung. Es enthält jedoch für die knappschaftliche Rentenversicherung so viele Besonderheiten, dass es sinnvoll ist, diese separat zu erläutern.

Die Aufgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung sind die gleichen wie in der allgemeinen Rentenversicherung.

Versicherte Personen

Die knappschaftliche Rentenversicherung ist hauptsächlich für Versicherte zuständig, die in einem knappschaftlichen Betrieb beschäftigt sind.

Knappschaftliche Betriebe sind alle Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch gewonnen werden oder in denen üblicherweise unter Tage gearbeitet wird. Die Versicherungspflicht in der knappschaftlichen Rentenversicherung richtet sich nach den Regeln, die auch für die allgemeine Rentenversicherung gelten. Freiwillig kann man ihr nicht beitreten.

Merke:

Die knappschaftliche Rentenversicherung bietet einen besonderen Schutz für die in knappschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene. Er geht über den Schutz der allgemeinen Rentenversicherung hinaus, weil die Beschäftigung als Bergmann als besonders gefährlich galt.

Finanzierung

Die Finanzierung der knappschaftlichen Rentenversicherung hat zwei Grundlagen: den Beitrag des Versicherten und den Beitrag des Arbeitgebers. Der Bund zahlt einen Zuschuss.

Die Zuschusshöhe richtet sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen aus den Beiträgen und den Ausgaben. Weil die Beiträge nur zu einem geringen Teil die Ausgaben decken, ist er wesentlich höher als in der allgemeinen Rentenversicherung.

Beitragslast und Beitragshöhe

Wer pflichtversichert ist, braucht seinen Beitrag nicht allein zu tragen. Der Arbeitgeber zahlt mehr als die Hälfte der Beiträge. Die Beitragshöhe richtet sich nach dem Arbeitsverdienst, soweit dieser die Beitragsbemessungsgrenze nicht überschreitet. Sie beträgt 2017 in den alten Bundesländern monatlich 7 850 Euro und in den neuen Bundesländern 7 000 Euro.

Der Beitrag beträgt vom 1. 1. 2015 an 24,8 % des Arbeitsverdienstes. Hiervon zahlt der Arbeitnehmer so viel wie in der allgemeinen Rentenversicherung, das sind 9,35 %. Der Arbeitgeber trägt den übrigen Beitragsanteil.

Nachweis der Beiträge

Knappschaftliche Betriebe übermitteln die Meldungen und Beitragsnachweise für ihre Beschäftigten durch elektronische Datenübertragung an die Einzugsstellen.

Das knappschaftliche Meldeverfahren weicht teilweise vom allgemeinen Verfahren ab, da die knappschaftlichen Besonderheiten berücksichtigt werden müssen (zum Beispiel ständige Arbeiten unter Tage). Die Einzugsstellen leiten die Meldungen an die entsprechenden Sozialversicherungsträger weiter. Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See nimmt diese Meldung in das für jeden Versicherten geführte maschinelle Konto auf.

Das allgemeine Meldeverfahren wird ab Seite 138 beschrieben.



Merke:

Die Finanzierung der knappschaftlichen Rentenversicherung hat zwei Grundlagen: den Beitrag des Versicherten und den Beitrag des Arbeitgebers; der Bund zahlt einen erheblichen Zuschuss.

Der monatliche Beitrag des Pflichtversicherten ist so hoch wie in der allgemeinen Rentenversicherung. Das sind vom 1. 1. 2015 an 9,35 % des Arbeitsverdienstes bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

Rehabilitation

Die knappschaftlichen Leistungen zur Rehabilitation sind die gleichen wie in der allgemeinen Rentenversicherung.

Sie werden hauptsächlich in den eigenen Rehabilitationskliniken der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See durchgeführt.

Rentenarten

Die knappschaftliche Rentenversicherung zahlt unter den gleichen Voraussetzungen Renten wie die allgemeine Rentenversicherung. Das sind alle Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, alle Altersrenten und die Renten wegen Todes. Wegen der besonderen Gefährdung des Bergmannes gibt es jedoch zusätzlich die Rente für Bergleute und die Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute.

Rente für Bergleute

erhält der Versicherte bis zur Regelaltersgrenze, der

- im Bergbau vermindert berufsfähig ist,
- in den letzten fünf Jahren vor der verminderten Berufsfähigkeit für drei Jahre knappschaftliche Pflichtbeiträge gezahlt hat und
- die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren in der knappschaftlichen Rentenversicherung vor der verminderten Berufsfähigkeit erfüllt hat.

Zur Regelaltersgrenze
siehe Seite 61.

Vermindert berufsfähig im Bergbau ist der Versicherte, der wegen Krankheit oder Behinderung nicht imstande ist, die bisher ausgeübte knappschaftliche Beschäftigung oder eine andere gleichwertige Beschäftigung auszuüben.

Die Rente für Bergleute erhält außerdem der Versicherte, der

- das 50. Lebensjahr vollendet hat,
- eine der knappschaftlichen Beschäftigung gleichwertige Beschäftigung nicht mehr ausüben kann und
- die Wartezeit von 25 Jahren mit Beitragszeiten aufgrund einer Beschäftigung mit ständigen Arbeiten unter Tage erfüllt hat.

Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute

erhält der Versicherte, der

- das 62. Lebensjahr vollendet hat und
- die Wartezeit von 25 Jahren mit Beitragszeiten aufgrund einer Beschäftigung mit ständigen Arbeiten unter Tage erfüllt hat.

Geburtsjahrgänge bis 1951 erhielten diese Altersrente frühestens mit 60 Jahren. Für die Jahrgänge 1952 bis 1963 erfolgt eine stufenweise Anhebung.



Merke:

Renten aus der knappschaftlichen Rentenversicherung sind unter den gleichen Voraussetzungen zu zahlen wie aus der allgemeinen Rentenversicherung.

Zusätzlich gibt es Rente für Bergleute und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute. Hierfür gelten auch besondere Wartezeiten. Sie können nur mit Beitragszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung erfüllt werden, die Wartezeit von 25 Jahren sogar nur mit Beitragszeiten für eine Beschäftigung mit ständigen Arbeiten unter Tage.

Rentenhöhe

Der monatliche Rentenbetrag ist nach der gleichen Formel zu berechnen wie in der allgemeinen Rentenversicherung. Die knappschaftliche Rentenversicherung kennt aber andere Rentenartfaktoren als die allgemeine Rentenversicherung. Mit diesen besonderen Faktoren wird der größeren Gefährdung der Bergleute Rechnung getragen.

Der Rentenartfaktor für die knappschaftlichen Entgeltpunkte beträgt für die Altersrente 1,3333. Für die Rente wegen voller Erwerbsminderung ist er gleich hoch. Für die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung beträgt er 0,6, jedoch 0,9, solange eine knappschaftliche Beschäftigung nicht ausgeübt wird.

Bei der Rente für Bergleute ist der Rentenartfaktor 0,5333.

Der Rentenartfaktor für die große Witwen- und Witwerrente beträgt 0,7333. Er beträgt jedoch 0,8, wenn der Ehepartner vor dem 1. 1. 2002 gestorben ist oder die Ehe vor diesem Zeitpunkt geschlossen wurde und mindestens ein Ehepartner vor dem 2. 1. 1962 geboren ist. Für die kleine Witwen- und Witwerrente ist der Rentenartfaktor 0,3333. Für die Sterbeübergangszeit ist bei beiden Renten 1,3333 maßgebend.

Die Sterbeübergangszeit („Sterbevierteljahr“) endet drei Kalendermonate nach dem Tod des Versicherten.

Bei Halbwaisenrenten beträgt der Rentenartfaktor 0,1333 und bei Vollwaisenrenten 0,2667.

Versicherte erhalten nach sechs Jahren ständiger Arbeiten unter Tage für jedes volle Jahr mit solchen Arbeiten zusätzliche Entgeltpunkte (Leistungszuschlag).

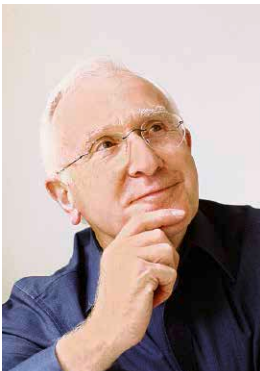
Der aktuelle Rentenwert

ist in der knappschaftlichen Rentenversicherung und in der allgemeinen Rentenversicherung gleich hoch.

Der Monatsbetrag der Rente

ist ebenso zu berechnen wie in der allgemeinen Rentenversicherung.

Sind persönliche Entgeltpunkte sowohl in der knappschaftlichen Rentenversicherung als auch in der allgemeinen Rentenversicherung vorhanden, sind aus diesen Entgeltpunkten und den unterschiedlichen Rentenartfaktoren getrennt Monatsteilbeträge zu berechnen. Die Summe aus diesen Monatsteilbeträgen ist der Monatsbetrag der Rente.



Merke:

Die Rentenformel für die knappschaftliche Rentenversicherung entspricht der für die allgemeine Rentenversicherung. Für sie gelten jedoch besondere Rentenartfaktoren. Außerdem gibt es noch Vergünstigungen für ständige Arbeiten unter Tage.

Sind auch Entgeltpunkte in der allgemeinen Rentenversicherung vorhanden, sind für die jeweiligen Entgeltpunkte Monatsteilbeträge zu errechnen. Die Summe daraus ist die zu zahlende Rente.

Versicherungsträger

Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See mit Sitz in Bochum. Sie führt vom 1. 10. 2005 an die Aufgaben der Bundesknappschaft sowie die der aufgelösten Bahnversicherungsanstalt und Seekasse fort.

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist – wie alle Träger der Sozialversicherung – eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Das bedeutet, dass Versicherte und Arbeitgeber durch ihre gewählten Vertreter in

den Organen die Aufgaben der Sozialversicherung in eigener Verantwortung wahrnehmen und erfüllen.

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See betreut insgesamt 5 % aller Rentenversicherten. Sie ist vorrangig für die Beschäftigten in den Branchen der Knappschaft, Bahn oder See zuständig. Diese Versicherten werden auf die Quote von 5 % angerechnet. Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist also sowohl Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung als auch der allgemeinen Rentenversicherung.

Außerdem ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ein umfassender Sozialversicherungsträger, zu dessen Verbund die Kranken- und Pflegeversicherung, das eigene Medizinische Netz, die Renten-Zusatzversicherung, die Seemannskasse sowie die Minijob-Zentrale gehören.

Für die Bereiche der Kranken- und Pflegeversicherung gelten für sie die allgemeinen Regelungen. Sie ist auch in Bezug auf die Wählbarkeit den anderen Krankenkassen gleichgestellt und nimmt dadurch umfassend am Kassenwettbewerb teil.

Das eigene Medizinische Netz besteht aus niedergelassenen Ärzten, modernen Krankenhäusern und Reha-Kliniken sowie einem Sozialmedizinischen Dienst.

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See betreibt eine eigenständige, betriebliche Altersvorsorge des öffentlichen Dienstes und ergänzt die gesetzliche Rentenversicherung für Eisenbahner.

Die Seemannskasse ist eine Vorruhestands- und Zusatzversorgungskasse für Seeleute. Die Selbstverwaltungsorgane und die Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See vertreten und verwalten die Seemannskasse nach dem für die Rentenversicherungsträger geltenden Recht sowie nach Maßgabe der Satzung der Seemannskasse.

Die Minijob-Zentrale ist bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als zentrale Einzugs- und Meldestelle für geringfügige versicherungsfreie Beschäftigungen eingerichtet. Sie berät Arbeitgeber und Beschäftigte, erhält Meldungen sowie Beitragsnachweise und zieht die Pauschalabgaben ein.

Alterssicherung der Landwirte

Die Alterssicherung schützt die Landwirte bei Gefährdung und Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod die Hinterbliebenen.

Gesetzliche Grundlage ist das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. Es ist Teil des Agrarsozialreform-Gesetzes vom 29. 7. 1994 und am 1. 1. 1995 in Kraft getreten.

Folgende Leistungen können in der Alterssicherung der Landwirte in Anspruch genommen werden:

- Heilbehandlungen und andere Leistungen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit einschließlich Betriebs- oder Haushaltshilfe,
- Renten wegen Erwerbsminderung und Alters,
- Renten wegen Todes,
- Beitragszuschüsse sowie
- Betriebs- und Haushaltshilfe oder sonstige Leistungen zur Aufrechterhaltung des Unternehmens der Landwirtschaft.

Für die wirtschaftliche Sicherung der Landwirte ist auch die Produktionsaufgaberente nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit vom 21. 2. 1989 von Bedeutung. Sie kann gezahlt werden, wenn die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit eingestellt wird. Sie ist jedoch keine Leistung der Sozialversicherung und wird daher auch in diesem Buch nicht näher erklärt.

Versicherte Personen

In der Alterssicherung der Landwirte kann man versicherungspflichtig oder freiwillig versichert sein. Bestimmte Personen gehören diesem Sicherungssystem nicht an oder können sich von der Versicherungspflicht befreien lassen.

Ehe- und Lebenspartner gelten als Landwirte.

Pflichtversicherte

Versicherungspflichtig sind Landwirte und mitarbeitende Familienangehörige. Landwirt ist, wer ein Unternehmen der Landwirtschaft betreibt, das eine bestimmte Mindestgröße erreicht.

Das Unternehmen muss auf Bodenbewirtschaftung beruhen; das sind Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaus, der Fischzucht und der Teichwirtschaft. Die Imkerei, Binnenfischerei und Wanderschäferei gelten ebenfalls als solche Unternehmen. Die Mindestgröße richtet sich nach den örtlichen oder regionalen Gegebenheiten. Sie wird von der landwirtschaftlichen Alterskasse bestimmt. Maßstab für die Mindestgröße ist der Wirtschaftswert des Unternehmens, den die Finanzbehörde im Einheitswertbescheid festgesetzt hat.

Mitarbeitende Familienangehörige des Landwirts oder seines Ehe- oder Lebenspartners sind versicherungspflichtig, wenn sie hauptberuflich in seinem Unternehmen tätig sind. Familienangehörige sind Verwandte bis zum dritten Grad, Verschwägte bis zum zweiten Grad und Pflegekinder.

Ausnahme von der Versicherungspflicht

Versicherungsfrei sind Landwirte und mitarbeitende Familienangehörige, die jünger als 18 Jahre sind oder die die Regelaltersgrenze bereits erreicht haben. Familienangehörige sind außerdem versicherungsfrei, solange sie selbst als Landwirt versichert sind.

Zur Regelaltersgrenze siehe Seite 61.

Landwirte und mitarbeitende Familienangehörige werden auf Antrag von der Versicherungspflicht in der Alterssicherung befreit, solange sie anderes Einkommen beziehen, das jährlich 4 800 Euro überschreitet. Sie werden auch befreit, wenn sie wegen der Erziehung eines Kindes oder der Pflege eines Pflegebedürftigen in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig sind.

Freiwillig Versicherte

Die Versicherung in der Alterssicherung können die Personen freiwillig fortsetzen (freiwillige Weiterversicherung), die als

Landwirt nicht mehr versicherungspflichtig sind und die Wartezeit von fünf Jahren erfüllt, aber die Wartezeit von 15 Jahren noch nicht erfüllt haben. Die Weiterversicherung muss allerdings innerhalb von sechs Monaten nach dem Ende der Versicherungspflicht beantragt werden.

In der Alterssicherung können sich außerdem Ehe- und Lebenspartner von ehemaligen Landwirten freiwillig versichern, wenn sie selbst nicht versicherungspflichtig sind und der ehemalige Landwirt bereits eine Rente bezieht.



Merke:

Versicherungspflichtig sind Landwirte, die ein Unternehmen der Landwirtschaft betreiben, das auf Bodenbewirtschaftung basiert und eine bestimmte Mindestgröße erreicht.

Ehe- und Lebenspartner gelten als Landwirte.

Mitarbeitende Familienangehörige sind versicherungspflichtig, wenn sie hauptberuflich in dem Unternehmen des Landwirts tätig sind.

Finanzierung

Die Ausgaben der Alterssicherung werden durch Beiträge der Versicherten und Mittel des Bundes finanziert. Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und den Ausgaben eines Kalenderjahres.

Im Jahr 2017 beträgt er monatlich 241 Euro in den alten und 216 Euro in den neuen Bundesländern.

Beitragshöhe und Beitragslast

Für die Alterssicherung der Landwirte und deren Ehe- beziehungsweise Lebenspartner ist ein fester, vom Einkommen unabhängiger Beitrag zu zahlen. Er wird von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung festgestellt. Für mitarbeitende Familienangehörige ist die Hälfte zu zahlen.

Der Landwirt trägt seine Beiträge allein. Ist der Ehe- beziehungsweise der Lebenspartner ebenfalls als Landwirt versicherungspflichtig, tragen beide die Beiträge gemeinsam.

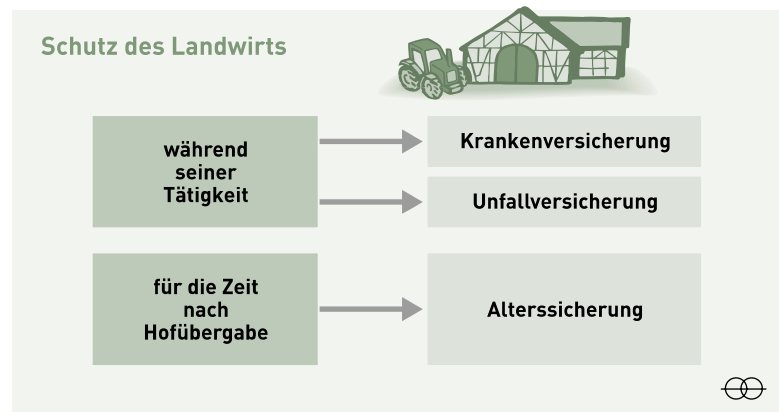
Die Beiträge für mitarbeitende Familienangehörige sind in voller Höhe vom Landwirt zu tragen. Freiwillig Versicherte zahlen ihre Beiträge selbst.

Beitragszuschüsse

Landwirte und Ehe- beziehungsweise Lebenspartner eines Landwirts erhalten auf Antrag einen Zuschuss zu ihrem Beitrag und dem Beitrag für ihre mitarbeitenden Familienangehörigen, wenn das jährliche Einkommen 15 500 Euro für Unverheiratete und 31 000 Euro für Verheiratete nicht übersteigt.

Der Zuschuss beträgt im Jahr 2017 zwischen 145 und 10 Euro in den alten und zwischen 130 und 9 Euro in den neuen Bundesländern.

Die Höhe des Beitragszuschusses ist an die Höhe des zu zahlenden Beitrages gekoppelt. Bis zu einem Jahreseinkommen von 8 220 Euro für Unverheiratete und 16 440 Euro für Verheiratete beträgt der Zuschuss 60 % des Beitrages. Bei höherem Einkommen sinkt der Beitragszuschuss stufenweise.



Rehabilitation

Ziel der Rehabilitation in der Alterssicherung der Landwirte ist, den Auswirkungen einer Krankheit oder Behinderung auf die Erwerbsfähigkeit der Versicherten vorzubeugen, entgegenzuwirken oder sie zu überwinden und dadurch Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit der Versicherten oder ihr vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern oder sie möglichst dauerhaft in das Erwerbsleben wieder einzugliedern.

Die Alterssicherung der Landwirte erbringt hierzu Leistungen zur Teilhabe; das sind

- Leistungen zur Prävention,
- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,

- Leistungen zur Nachsorge sowie
- ergänzende Leistungen.

Lesen Sie hierzu ab
Seite 54.

Medizinische Leistungen umfassen alle Leistungen, die auch die allgemeine Rentenversicherung als medizinische Leistungen zur Rehabilitation zu erbringen hat. Besonders hervorzuheben ist dabei die stationäre Heilbehandlung in Rehabilitationskliniken oder Spezialeinrichtungen.

Die ergänzenden Leistungen bestehen im Wesentlichen im Zahlen von Übergangsgeld. Auch hier gelten die Regelungen der allgemeinen Rentenversicherung.

Als ergänzende Leistung kann auch Betriebs- oder Haushaltshilfe bis zu drei Monate erbracht werden. Sie ist zu leisten, wenn der Landwirt außerhalb des eigenen Haushaltes untergebracht ist und in seinem Unternehmen keine mitarbeitenden Familienangehörigen oder Arbeitnehmer beschäftigt sind.

Rentenarten

Die Alterssicherung der Landwirte zahlt Renten wegen Erwerbsminderung, Altersrenten, Renten wegen Todes und Landabgaberenten.

Renten wegen Erwerbsminderung

Landwirte (Unternehmer und Ehe- beziehungsweise Lebenspartner) erhalten eine Rente wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung, wenn sie

- erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind,
- vor Eintritt der Erwerbsminderung die Wartezeit von fünf Jahren erfüllt,
- in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung mindestens drei Jahre Pflichtbeiträge zurückgelegt und
- das Landwirtschaftsunternehmen abgegeben haben.

Genaueres zur Abgabe
des Unternehmens
erfahren Sie auf
Seite 96/97.

Mitarbeitende Familienangehörige erhalten eine Erwerbsminderungsrente unter den gleichen Bedingungen. Die Voraussetzung, dass das Unternehmen der Landwirtschaft abgegeben ist, gilt hier allerdings nicht. Sie dürfen aber nicht Landwirt sein.

Altersrenten

Zur Regelaltersgrenze
siehe Seite 61.

Nach Erreichen der Regelaltersgrenze können ehemalige Landwirte und deren mitversicherte Ehe- und Lebenspartner sowie mitarbeitende Familienangehörige eine Altersrente von der landwirtschaftlichen Alterskasse (LAK) beziehen. Außerdem besteht die Möglichkeit, vor Erreichen der Regelaltersgrenze eine vorzeitige Altersrente – grundsätzlich mit Abschlag – in Anspruch zu nehmen.

Landwirte (Unternehmer und Ehe- beziehungsweise Lebenspartner) erhalten eine Regelaltersrente, wenn sie

- die Regelaltersgrenze erreicht,
- die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt und
- das Unternehmen der Landwirtschaft abgegeben haben.

Mitarbeitende Familienangehörige haben Anspruch auf Regelaltersrente, wenn sie

- die Regelaltersgrenze erreicht,
- die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben und
- nicht Landwirt sind.

Vorzeitige Altersrenten

Landwirte können schon zehn Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze eine vorzeitige Altersrente beziehen, wenn sie

- die Wartezeit von 15 Jahren erfüllen,
- das Unternehmen der Landwirtschaft abgegeben haben und
- der Ehepartner bereits Anspruch auf eine Regelaltersrente oder eine vorzeitige Altersrente nach Vollendung des 65. Lebensjahres aus der Alterssicherung der Landwirte hat oder gehabt hat.

Geburtsjahrgänge bis 1956 konnten diese Altersrente frühestens mit 55 Jahren erhalten. Bei den Jahrgängen 1957 bis 1963 wird die Altersgrenze stufenweise angehoben.

Das gilt auch für
mitarbeitende
Familienangehörige.

Landwirte können eine Altersrente für langjährig Versicherte frühestens ab Vollendung des 65. Lebensjahres vorzeitig in Anspruch nehmen, wenn das Unternehmen der Landwirtschaft abgegeben und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt ist.

Die vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte wird abschlagsfrei gezahlt, wenn für insgesamt 45 Jahre diese Zeiten zurückgelegt wurden:

- Pflichtbeiträge als Landwirt oder mitarbeitender Familienangehöriger,

Vergleiche hierzu
Seite 50.

Dies trifft zum Beispiel
für Zeiten zu, in denen
der Landwirt Beamter
war.

- freiwillige Beiträge zur landwirtschaftlichen Alterskasse, sofern für mindestens 18 Jahre Pflichtbeiträge als Landwirt oder für mitarbeitende Familienangehörige vorhanden sind,
- Zeiten, die in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Wartezeit von 45 Jahren anrechenbar sind,
- Zeiten einer Beschäftigung oder Tätigkeit, in denen für besondere Personengruppen Versicherungsfreiheit vorgelegen hat beziehungsweise eine Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgte.

Landwirte und mitarbeitende Familienangehörige der Jahrgänge bis 1952, die insgesamt 45 Jahre an entsprechenden Zeiten zurückgelegt haben, können die vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte frühestens mit Vollendung des 63. Lebensjahres in Anspruch nehmen. Für die Jahrgänge 1953 bis 1963 wird die Altersgrenze von 63 Jahren für jeden Jahrgang jeweils um zwei Monate angehoben, bis sie das 65. Lebensjahr erreichen. Für die Jahrgänge ab 1964 gilt dann das vollendete 65. Lebensjahr als maßgebliches Alter für diese vorzeitige Altersrente.

Renten wegen Todes

Renten wegen Todes sind Witwen- und Witwerrente und Waisenrente. Die Regelungen für Witwen und Witwer gelten entsprechend für hinterbliebene Lebenspartner.

Witwen- und Witwerrente

Witwen oder Witwer haben nach dem Tod des Versicherten Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente, wenn

- das Unternehmen der Landwirtschaft des Verstorbenen abgegeben ist,
- der verstorbene Ehepartner die Wartezeit von fünf Jahren erfüllt hat,
- sie nicht Landwirt sind und
- ein Kind erziehen, das jünger als 18 Jahre ist oder das 47. Lebensjahr vollendet haben oder erwerbsgemindert sind.

Zur stufenweisen
Anhebung des Lebens-
alters vergleiche
Seite 64.

Ist die Ehe in der Zeit ab 1.1.2002 geschlossen worden, besteht ein Anspruch auf die Witwen- oder Witwerrente jedoch nur, wenn die Ehe mindestens ein Jahr gedauert hat.

Ausnahmen sind
vorgesehen.

Die Witwen- und Witwerrente fällt weg, wenn die Witwe oder der Witwer wieder heiratet. Wird diese Ehe wieder aufgelöst, lebt der Anspruch auf die Witwen- oder Witwerrente wieder auf. Sie heißt dann Witwen- oder Witwerrente nach dem vorletzten Ehegatten.

Nach dem Tod eines mitarbeitenden Familienangehörigen erhalten die Witwe oder der Witwer unter den gleichen Bedingungen eine Witwen- oder Witwerrente. Die Voraussetzung, dass das Unternehmen der Landwirtschaft abgegeben ist, gilt hier allerdings nicht.

Witwen- oder Witwerrente ist auch geschiedenen Ehepartnern zu zahlen, wenn

- deren Ehe vor dem 1. 7. 1977 geschieden wurde,
- während der Dauer der Ehe Beiträge gezahlt sind,
- sie nicht Landwirte sind und nicht wieder geheiratet haben und
- sie erwerbsgemindert sind und der Verstorbene die Wartezeit von fünf Jahren erfüllt hat oder andere Voraussetzungen erfüllt sind.

Waisenrente

Kinder erhalten nach dem Tod eines Elternteils Waisenrente, wenn

- sie nicht Landwirte sind und
- der verstorbene Elternteil die Wartezeit von fünf Jahren erfüllt hat.

Seit 1. 7. 2015 können weitere nationale und internationale Freiwilligendienste zu einem Anspruch auf Waisenrente führen.

Ein Anspruch auf Waisenrente besteht bis zum 18. Lebensjahr. Er verlängert sich bis zum 27. Lebensjahr durch eine Schul- oder Berufsausbildung, ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr sowie den Bundesfreiwilligendienst. Dies gilt ebenfalls, wenn die Waise wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

Die Waisenrente kann über das 27. Lebensalter hinaus gezahlt werden, wenn die Schul- oder Berufsausbildung durch den gesetzlichen Wehr- oder Zivildienst unterbrochen oder verzögert wurde.

Landabgaberente

Landwirte, die am 31. 12. 1994 Anspruch auf eine Landabgaberente hatten, erhalten diese Rente auch weiterhin. Voraussetzung für eine Landabgaberente war unter anderem, dass der Landwirt sein landwirtschaftliches Unternehmen bis zum 31. 12. 1983 zum Zweck der Strukturverbesserung abgegeben hat.

Bei einer Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit ab 1. 1. 1984 ist eine Produktionsaufgaberente möglich. Dabei handelt es sich aber um keine Leistung der Alterssicherung der Landwirte.

Den Witwen oder Witwern, die am 31. 12. 1994 eine Landabgaberente nach dem verstorbenen Landwirt erhalten haben, wird die Rente auch vom 1. 1. 1995 an weitergezahlt. Verstirbt der Empfänger einer Landabgaberente nach dem 31. 12. 1994, erhält die Witwe oder der Witwer eine Landabgaberente, wenn sie oder er nicht Landwirt ist.

Wartezeit

Auf die Wartezeit von fünf und 15 Jahren werden Beitragszeiten angerechnet. Das sind Zeiten, für die Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zu einer landwirtschaftlichen Alterskasse gezahlt sind.

Sind für den Landwirt Beitragszeiten vorhanden, gelten für den Ehepartner ebenfalls Beiträge als gezahlt.

Beitragszeiten vor dem 1. 1. 1995 werden für Landwirte nur dann angerechnet, wenn der Versicherte bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres oder bis zum Eintritt der Erwerbsunfähigkeit beziehungsweise bis zum Tod, längstens jedoch bis zum 31. 12. 1994 Beitragszeiten zurückgelegt hat.

Auf die Wartezeit werden auch Zeiten angerechnet, in denen Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt wurden. Außerdem zählen Monate, in denen für besondere Personenkreise Versicherungsfreiheit vorgelegen hat oder eine Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgte. Dies trifft zum Beispiel für Zeiten zu, in denen der Landwirt Beamter war.

Wurde ein Versorgungsausgleich zugunsten des Versicherten durchgeführt und Anrechte übertragen oder begründet, so kann sich das auch positiv auf die Wartezeit auswirken, da gegebenenfalls Lücken in der Ehe- oder Lebenspartnerschaftszeit durch zusätzliche Wartezeitmonate geschlossen werden können.

Die Wartezeit von fünf Jahren ist vorzeitig erfüllt, wenn Versicherte wegen eines Arbeitsunfalls erwerbsunfähig geworden oder gestorben sind.

Abgabe des Unternehmens

Das Unternehmen kann auch an den Ehepartner abgegeben werden.

Ein Unternehmen der Landwirtschaft ist abgegeben, wenn das Eigentum an den landwirtschaftlich genutzten Flächen auf einen Dritten übergegangen ist.

Das Unternehmen gilt als abgegeben, wenn
→ die landwirtschaftlich genutzten Flächen verpachtet sind,

Der Mindestzeitraum hierfür beträgt neun Jahre ab Rentenbeginn.

- sie mit einem Nießbrauch zugunsten Dritter belastet sind oder
- in ähnlicher Weise die eigene landwirtschaftliche Nutzung unmöglich gemacht ist.

Der Abgabe steht es gleich, wenn die landwirtschaftlich genutzten Flächen stillgelegt sind. Ruht die landwirtschaftliche Nutzung, gelten die Flächen als stillgelegt.

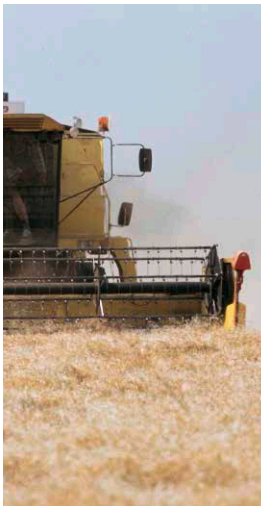
Rentenbeginn und Rentenantrag

Renten der Alterssicherung der Landwirte werden nur auf Antrag der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen gezahlt. Hierfür gelten die gleichen Regeln wie in der allgemeinen Rentenversicherung.

Vergleiche dazu
Seite 65/66.

Der Tag der Antragstellung ist für den Beginn der Rente wichtig. Erwerbsminderungs- und Altersrenten können längstens für drei Monate vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden. Frühester Rentenbeginn ist der Monat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

Renten wegen Todes oder Landabgaberenten an Witwen, Witwer oder hinterbliebene Lebenspartner werden vom Todes- tag an geleistet. Hat der Verstorbene bereits eine Rente erhalten, beginnt die Rente mit dem Monat, der dem Todesmonat folgt. Wird die Rente jedoch später als zwölf Monate nach dem Tod beantragt, kann sie längstens für zwölf Monate vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden.



Merke:

Die Alterssicherung der Landwirte zahlt ehemaligen Landwirten, Ehe- und Lebenspartnern von Landwirten sowie mitarbeitenden Familienangehörigen Renten wegen Erwerbsminderung und Altersrenten. Bei Tod des Versicherten werden den Hinterbliebenen Witwen-, Witwer- und Waisenrenten gezahlt.

Renten können nur dann gezahlt werden, wenn die Wartezeit erfüllt ist. Für den Rentenanspruch ist außerdem Voraussetzung, dass das Unternehmen der Landwirtschaft abgegeben ist.

Renten können nur auf Antrag gezahlt werden. Der Tag der Antragstellung ist für den Beginn der Rente wichtig.

Rentenhöhe

Die Renten der Alterssicherung der Landwirte sind beitragsgerechte Leistungen. Sie sollen aber nicht den vollen Lebensbedarf im Rentenfall sichern.

Berechnung der Renten

Der Monatsbetrag der Rente richtet sich nach der Steigerungszahl, dem Rentenartfaktor und dem allgemeinen Rentenwert.

Steigerungszahl

Die Steigerungszahl ergibt sich, indem die Anzahl der Kalendermonate mit zurückgelegten Zeiten mit dem maßgebenden Faktor vervielfältigt wird.

Zurückgelegte Zeiten sind Kalendermonate, die mit Beitragszeiten, einer Zurechnungszeit und Zeiten eines Rentenbezugs, die mit einer Zurechnungszeit zusammentreffen, belegt sind.

Beitragszeiten liegen vor, wenn Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zu einer landwirtschaftlichen Alterskasse gezahlt worden sind.

Die Zurechnungszeit wird bei der Berechnung einer Rente wegen Erwerbsminderung oder einer Rente wegen Todes rentensteigernd hinzugerechnet. Die Zurechnungszeit beginnt bei einer Rente wegen Erwerbsminderung mit dem Eintritt der hierfür maßgebenden Erwerbsminderung, bei einer Witwen-, Witwer- und einer Waisenrente mit dem Tod des Versicherten. Die Zeit bis zum 62. Lebensjahr zählt dann in vollem Umfang als Zurechnungszeit.

Ab 2024 ist geplant, die Zurechnungszeit bis zum 65. Lebensjahr zu verlängern. Dies soll von 2018 bis 2023 schrittweise erfolgen.

Der Faktor beträgt 0,0833 für die Beiträge eines versicherten Landwirts und die für ihn zu berücksichtigenden Zurechnungs- und Rentenbezugszeiten. Der Faktor 0,0833 gilt auch für die Beiträge eines mitarbeitenden Familienangehörigen, wenn eine Waisenrente zu zahlen ist. Für alle anderen Fälle beträgt der Faktor 0,0417.

Das Ergebnis aus der Vervielfältigung der Anzahl der Kalendermonate mit dem Faktor ist die Steigerungszahl. Sie ist auf vier Dezimalstellen auszurechnen.

Allgemeiner Rentenwert

Der allgemeine Rentenwert dient der Dynamisierung der Rente. Mit ihm wird die Rente jeweils zum 1.7. eines Jahres an die

Ab 1. 7. 2017 beträgt er 14,33 Euro in den alten und 13,69 Euro in den neuen Bundesländern.

wirtschaftliche Entwicklung angepasst. Er richtet sich nach der Veränderung der Rentenwerte in der allgemeinen Rentenversicherung. Solange noch unterschiedliche Einkommensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern bestehen, sind unterschiedliche Rentenwerte maßgebend.

Siehe hierzu Seite 70/71.

Es ist geplant, den allgemeinen Rentenwert (Ost) und die Rechengrößen für das Beitrittsgebiet wie in der gesetzlichen Rentenversicherung an die Werte für die alten Bundesländer anzugleichen.

Bis 2011 galt für die Feststellung des Abschlags das 63. Lebensjahr. Von 2012 bis 2023 erfolgt eine stufenweise Anhebung.

Für jeden Kalendermonat, für den eine Erwerbsminderungsrente vor dem 65. Lebensjahr in Anspruch genommen wird, mindert sich der allgemeine Rentenwert um 0,3 %, höchstens jedoch um 10,8 % (Abschlag). Dies gilt auch für Renten wegen Todes, wenn der Versicherte vor Vollendung des 65. Lebensjahres stirbt.

Für jeden Kalendermonat, für den eine Altersrente vorzeitig in Anspruch genommen wird, vermindert sich der allgemeine Rentenwert ebenfalls um 0,3 % (Abschlag). Bei vorzeitigen Altersrenten gibt es keine Abschlagsbegrenzung.

Altersrenten, die mit dem 65. Lebensjahr vorzeitig in Anspruch genommen werden können, erhalten jedoch keinen Abschlag, wenn für 45 Jahre entsprechende Zeiten vorhanden sind. Für Landwirte und mitarbeitende Familienangehörige der Jahrgänge bis 1963 gelten hiervon abweichende Altersgrenzen.

Vergleichen Sie bitte dazu Seite 94.

Rentenartfaktor

Die Höhe des Rentenartfaktors entspricht dem in der allgemeinen Rentenversicherung; bei Waisenrenten gilt abweichend ein einheitlicher Rentenartfaktor von 0,2.

Lesen Sie hierzu bitte Seite 70.

Auf die Renten wegen Todes ist eigenes Einkommen des Rentenberechtigten anzurechnen. Das gilt aber nur, soweit ein Freibetrag überschritten wird, und dann auch nur zu 40 %.



Merke:

Der Monatsbetrag der Rente ergibt sich, indem die Steigerungszahl mit dem Rentenartfaktor und dem allgemeinen Rentenwert vervielfältigt wird. Die Steigerungszahl setzt sich aus den zurückgelegten Zeiten und einem Faktor zusammen. Der allgemeine Rentenwert dient der Dynamisierung.

Hilfen zur Aufrechterhaltung des Unternehmens

Damit der Landwirt sein Unternehmen aufrechterhalten kann, leistet die Alterssicherung der Landwirte unter bestimmten Voraussetzungen Betriebs- und Haushaltshilfen bei Arbeitsunfähigkeit, Schwangerschaft und Vorsorge- oder Rehabilitationskuren oder bei Tod des Landwirts sowie Überbrückungsgeld.

Das Gleiche gilt bei Schwangerschaft (bis acht Wochen nach der Geburt) und Kuren.

Betriebs- und Haushaltshilfe

Bei Arbeitsunfähigkeit des Versicherten kann Betriebs- und Haushaltshilfe gestellt werden, wenn dies zur Aufrechterhaltung des Unternehmens erforderlich ist und diese Leistung von der landwirtschaftlichen Krankenkasse, der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft oder einem anderen Träger der Sozialversicherung nicht erbracht werden könnte.

Wer als naher Angehöriger gilt, kann der Seite 188 entnommen werden.

Sind landwirtschaftliche Unternehmer an der Führung des Unternehmens gehindert, weil sie für einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in einer akut aufgetretenen Pflegesituation eine bedarfsgerechte Pflege organisieren oder eine pflegerische Versorgung in dieser Zeit sicherstellen müssen, erhalten sie anstelle des Pflegeunterstützungsgeldes für bis zu zehn Arbeitstage Betriebshilfe.

Die Kosten für die Betriebshilfe werden der landwirtschaftlichen Pflegekasse von der Pflegeversicherung des pflegebedürftigen nahen Angehörigen erstattet.

Bei Tod eines Landwirts kann für den überlebenden Ehe- beziehungsweise Lebenspartner Betriebs- und Haushaltshilfe erbracht werden, wenn der das Unternehmen als versicherungspflichtiger Landwirt weiterführt und die Hilfe zur Aufrechterhaltung des Unternehmens erforderlich ist. Sie wird innerhalb von zwei Jahren nach dem Tod des Landwirts für insgesamt zwölf Monate gewährt.

Nach Ablauf von sechs Monaten ist gesetzlich vorgesehen, dass sich der überlebende Ehe- oder Lebenspartner in angemessenem Umfang an den Aufwendungen beteiligt. Als Betriebs- und Haushaltshilfe wird eine Ersatzkraft gestellt. Ist dies nicht möglich, werden die Kosten für eine selbstbeschaffte Ersatzkraft in angemessener Höhe vom zuständigen Träger erstattet.

Überbrückungsgeld

Witwen, Witwer und hinterbliebene Lebenspartner eines versicherten Landwirts erhalten Überbrückungsgeld, wenn

- sie das Unternehmen als versicherungspflichtiger Landwirt weiterführen,
- sie die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben und
- in ihrem Haushalt mindestens ein waisenrentenberechtigtes Kind lebt, das jünger als 18 Jahre oder wegen einer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

Überbrückungsgeld kann außerdem nur gezahlt werden, wenn der verstorbene Landwirt zum Zeitpunkt des Todes

- einen Beitragszuschuss zu seinen Beiträgen erhalten hat,
- in den letzten fünf Jahren für drei Jahre Pflichtbeiträge gezahlt hat und
- die Wartezeit von fünf Jahren erfüllt ist.

Das Überbrückungsgeld wird längstens für drei Jahre nach dem Todesmonat des Landwirts gezahlt. Es wird wie eine Regelaltersrente berechnet.



Merke:

Betriebs- und Haushaltshilfe ist zu erbringen, wenn sie zur Aufrechterhaltung des Unternehmens der Landwirtschaft erforderlich ist.

Sie ist bei Arbeitsunfähigkeit, Schwangerschaft und Kuren des Landwirts möglich.

Nach dem Tod des Landwirts kann sie geleistet werden, wenn die Witwe, der Witwer oder der hinterbliebene Lebenspartner das Unternehmen weiterführt.

Überbrückungsgeld können Witwen, Witwer oder hinterbliebene Lebenspartner eines versicherten Landwirts erhalten, wenn bestimmte persönliche und versicherungsrechtliche Voraussetzungen erfüllt sind. Es ist für längstens drei Jahre zu zahlen und so hoch wie eine Regelaltersrente.

Träger der Alterssicherung

Träger der Alterssicherung der Landwirte ist die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG). In Angelegenheiten der Alterssicherung der Landwirte und bei der Durchführung dieser gesetzlichen Aufgaben führt sie die Bezeichnung landwirtschaftliche Alterskasse.

Die SVLFG ist eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Organe der Selbstverwaltung sind die Vertreterversammlung und der Vorstand der SVLFG. Die Vertreter der Arbeitnehmer und der Selbständigen, die in der betreffenden Versicherung nicht versichert sind, wirken in Angelegenheiten der Alterssicherung der Landwirte jedoch nicht mit.

Die SVLFG hat folgende Geschäftsstellen:

- Schleswig-Holstein und Hamburg: Standorte in Hamburg und Kiel
- Niedersachsen und Bremen: Standorte in Aurich, Braunschweig, Hannover, Lingen, Oldenburg und Stade
- Nordrhein-Westfalen: Standorte in Detmold, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Lübbecke, Münster und Soest
- Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland: Standorte in Darmstadt, Koblenz, Saarbrücken, Speyer und Trier
- Bayern (Franken und Oberbayern): Standorte in Bayreuth, Feuchtwangen, Fürth, Mühldorf, München und Würzburg
- Bayern (Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben): Standorte in Augsburg und Landshut
- Baden-Württemberg: Standorte in Karlsruhe und Stuttgart
- Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen: Standorte in Hoppegarten und Neukieritzsch

Die SVLFG ist als Bundesträger zweistufig gegliedert: mit einem Hauptsitz und regionalen Geschäftsstellen. Durch die Satzung wurde Kassel als Hauptsitz bestimmt.



Merke:

Träger der Alterssicherung der Landwirte ist die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) mit Hauptsitz in Kassel und regionalen Geschäftsstellen.

In Angelegenheiten der Alterssicherung der Landwirte und bei der Durchführung dieser gesetzlichen Aufgaben führt sie die Bezeichnung landwirtschaftliche Alterskasse.

Arbeitsförderung

Die Arbeitsförderung soll dazu beitragen, dass ein hoher Beschäftigungsstand erreicht und die Beschäftigungsstruktur ständig verbessert wird. Die Leistungen der Arbeitsförderung sind insbesondere darauf auszurichten, das Entstehen von Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verkürzen. Dabei wird die Gleichstellung von Frauen und Männern groß geschrieben. Die Leistungen sind so einzusetzen, dass sie der beschäftigungspolitischen Zielsetzung der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung entsprechen.

Die gesetzliche Grundlage der Arbeitsförderung ist das Dritte Buch des Sozialgesetzbuches, das SGB III. Dieses Gesetz ist in der Vergangenheit durch zahlreiche gesetzliche Neuregelungen ständig verändert worden. Nach dem zurzeit geltenden Stand können folgende Leistungen der Arbeitsförderung in Anspruch genommen werden:

- Berufsberatung und Arbeitsmarktberatung,
- Ausbildungsvermittlung und Arbeitsvermittlung,
- Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, zur Berufswahl und Berufsausbildung, zur beruflichen Weiterbildung, zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, zum Verbleib in Beschäftigung, der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sowie
- Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Arbeitslosengeld bei Weiterbildung und Insolvenzgeld.

Versicherte Personen

Versichert sind Personen, die per Gesetz als Beschäftigte oder aus sonstigen Gründen versicherungspflichtig sind. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Versicherungspflicht zu beantragen. Bestimmte Personen sind versicherungsfrei.

Versicherungspflichtige Beschäftigte

Alle gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigten Personen sind versicherungspflichtig. Auszubildende, die in einer außerbetrieblichen Einrichtung ausgebildet werden, und Teilnehmer an dualen Studiengängen, sind den Beschäftigten zur Berufsausbildung gleichgestellt. Mit wenigen Ausnahmen unterliegen damit alle Arbeitnehmer der Versicherungspflicht.

Sonstige Versicherungspflichtige

Versicherungspflichtig sind

- Jugendliche, die in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten, sowie Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen,
- Gefangene, die Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe oder Ausfallentschädigung erhalten,
- Personen, die als nicht satzungsmäßige Mitglieder geistlicher Genossenschaften oder ähnlicher religiöser Gemeinschaften für den Dienst in einer solchen Genossenschaft oder Gemeinschaft außerschulisch ausgebildet werden.

Versicherungspflichtig sind auch Personen in der Zeit, in der sie

- Mutterschaftsgeld, Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletztengeld oder Übergangsgeld erhalten,
- Krankentagegeld von einem privaten Krankenversicherungsunternehmen erhalten,
- Leistungen für den Ausfall von Arbeitseinkünften im Zusammenhang mit einer Spende von Organen oder Geweben, Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen erhalten,
- Pflegeunterstützungsgeld von einer Pflegekasse, einem privaten Versicherungsunternehmen, der Festsetzungsstelle für die Beihilfe oder dem Dienstherrn erhalten,
- Rente wegen voller Erwerbsminderung von einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten,
- ein Kind erziehen, das das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet hat und sich mit dem Kind gewöhnlich im Inland

aufhalten oder bei Aufenthalt im Ausland Anspruch auf Kindergeld haben,
wenn sie unmittelbar davor versicherungspflichtig waren oder Anspruch auf eine laufende Entgeltersatzleistung der Arbeitsförderung hatten.

Versicherungspflicht besteht auch, wenn die Voraussetzungen durch die Pflege mehrerer Pflegebedürftiger erfüllt werden.

Versicherungspflichtig sind Pflegepersonen, die einen Pflegebedürftigen mit mindestens Pflegegrad 2 nicht erwerbsmäßig wenigstens zehn Stunden wöchentlich (verteilt auf regelmäßig mindestens zwei Tage in der Woche) in seiner häuslichen Umgebung pflegen. Der Pflegebedürftige muss dabei Leistungen aus der Pflegeversicherung oder gleichartige Leistungen erhalten. Die Pflegeperson muss unmittelbar vor Beginn der Pflegetätigkeit versicherungspflichtig gewesen sein oder Anspruch auf eine laufende Entgeltersatzleistung der Arbeitsförderung gehabt haben.

Versicherungspflicht auf Antrag

Selbständige können versicherungspflichtig werden, wenn eine entsprechende Vorversicherung zur Arbeitsförderung bestand. Dies gilt auch während einer Elternzeit und für Personen, die sich beruflich weiterbilden, wenn dadurch ein beruflicher Aufstieg ermöglicht, ein beruflicher Abschluss vermittelt oder zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigt wird.

Versicherungsfreiheit

Versicherungsfreiheit besteht insbesondere für solche Personen, für die es nicht als notwendig angesehen wird, dass sie von der Arbeitsförderung geschützt werden.

Das sind unter anderem

- Beamte, Richter, Soldaten auf Zeit sowie Berufssoldaten der Bundeswehr, Geistliche,
- nur geringfügig Beschäftigte und
- Schüler einer allgemeinbildenden Schule oder ordentlich Studierende einer Hoch- beziehungsweise Fachschule.

Versicherungsfrei sind außerdem

- Personen, die das Lebensalter für die Regelaltersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht haben, und
- Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, die wegen einer Minderung ihrer Leistungsfähigkeit dauernd nicht mehr verfügbar sind.

Zur stufenweisen Anhebung der Altersgrenze siehe Seite 61.

Finanzierung

Die Finanzierung der Leistungen der Arbeitsförderung hat verschiedene Grundlagen: die Beiträge der Versicherungspflichtigen, der Arbeitgeber und Dritter (Beitrag zur Arbeitsförderung), Umlagen, Bundesmittel und sonstige Einnahmen.

Zur Beitragsbemessungsgrenze siehe Seite 46.

Beitrag zur Arbeitsförderung

Die Beiträge werden nach einem Prozentsatz, dem Beitragssatz, von der Beitragsbemessungsgrundlage erhoben. Der Beitragssatz beträgt 3 %. Beitragsbemessungsgrundlage ist das Arbeitsentgelt. Es ist bis zur Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung zu berücksichtigen.

Die Beiträge zur Arbeitsförderung werden von den Versicherungspflichtigen und den Arbeitgebern grundsätzlich je zur Hälfte getragen. Für Auszubildende zahlt der Arbeitgeber den Beitrag allein, wenn das monatliche Arbeitsentgelt 325 Euro nicht übersteigt.

Umlagen

Zum Wintergeld zählen Zuschuss-Wintergeld und Mehraufwands-Wintergeld.

In den Zweigen des Baugewerbes und in weiteren Wirtschaftszweigen, die von saisonbedingtem Arbeitsausfall betroffen sind, wird eine Umlage zur Finanzierung des Wintergeldes sowie der damit entstehenden Kosten erhoben. Die Umlage wird von Arbeitgebern oder gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der betroffenen Branchen finanziert.

Die Mittel für die Zahlung des Insolvenzgeldes werden durch eine monatliche Umlage von den Arbeitgebern aufgebracht. Die Umlage wird zusammen mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag an die Einzugsstelle gezahlt.

Bundesmittel

Der Bund beteiligt sich seit 2013 nicht mehr an den Kosten der Arbeitsförderung. Sollten die Mittel der Bundesagentur für Arbeit nicht ausreichen, leistet der Bund als vorübergehende Unterstützung entsprechende Darlehen.

Leistungen der Arbeitsförderung

Die Leistungen der Arbeitsförderung werden im Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit den Agenturen für Arbeit erbracht. Hierzu zählen insbesondere die aktive Arbeitsförderung sowie Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld.

Leistungen der aktiven Arbeitsförderung

Diese Leistungen werden als Beratung und Vermittlung, Aktivierung und berufliche Eingliederung, Berufswahl und Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung, Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, Verbleib in Beschäftigung, Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben und befristete Leistungen erbracht.

Zu den Leistungen der aktiven Arbeitsförderung gehören im Einzelnen:

- Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine,
- Berufsausbildungsbeihilfe während der ersten Berufsausbildung oder einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme,
- Leistung zur Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Schulabschlusses im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme,
- Weiterbildungskosten zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Schulabschlusses,
- Kurzarbeitergeld bei Arbeitsausfall,
- Wintergeld,
- Leistungen zur Förderung der Teilnahme an Transfermaßnahmen,
- besondere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und
- Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

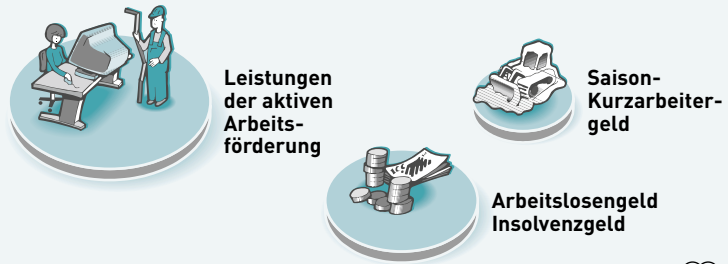
Alle weiteren Leistungen der aktiven Arbeitsförderung werden von den Agenturen für Arbeit als Ermessensleistungen erbracht.

Entgeltersatzleistungen

Zu den Entgeltersatzleistungen gehören

- Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit und bei beruflicher Weiterbildung,
- Teilarbeitslosengeld bei Teilarbeitslosigkeit,
- Übergangsgeld bei Teilnahme an Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
- Kurzarbeitergeld bei Arbeitsausfall und
- Insolvenzgeld bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers.

Arbeitsförderung



Die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit hat Vorrang vor einer Entgeltersatzleistung sowie den sonstigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung.

Die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sind entsprechend ihrer jeweiligen Zielbestimmung und den Ergebnissen der Beratungs- und Vermittlungsgespräche so einzusetzen, dass Entgeltersatzleistungen nicht nur vorübergehend vermieden und Langzeitarbeitslosigkeit vorgebeugt wird.

Beratung und Vermittlung

Die Agentur für Arbeit bietet jungen Erwachsenen, die am Arbeitsleben teilnehmen oder teilnehmen wollen, eine Berufsberatung an. Arbeitgeber erhalten eine Arbeitsmarktberatung. Diese Leistungen sind – ebenso wie die Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen – kostenlos.

Die Berufsberatung umfasst Auskunft und Rat

- zur Berufswahl, beruflichen Entwicklung und zum Berufswechsel,
- zur Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Berufe,
- zu den Möglichkeiten der beruflichen Bildung,
- zur Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und
- zu Leistungen der Arbeitsförderung und
- zu Fragen der Ausbildungsförderung und der schulischen Bildung, soweit sie für die Berufswahl und die berufliche Bildung von Bedeutung sind.

Bei der Berufsberatung sind Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten der Ratsuchenden zu berücksichtigen.

Berufliche Orientierung

Junge Erwachsene, Ausbildungsuchende, Arbeitsuchende, Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhalten im Rahmen der Beratung zur Berufswahl und -orientierung von den Arbeitsagenturen Auskunft und Rat über

- Fragen der Berufswahl,
- die Berufe und ihre Anforderungen und Aussichten,
- Wege und Förderung der beruflichen Bildung sowie
- beruflich bedeutsame Entwicklungen in den Betrieben, Verwaltungen und auf dem Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarktberatung

Die Arbeitsmarktberatung soll Arbeitgeber bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsstellen unterstützen. Gleichzeitig soll die Agentur für Arbeit die Beratung zur Gewinnung von Ausbildungs- und Arbeitsstellen für die Vermittlung nutzen. Sie soll auch von sich aus Kontakt zu den Arbeitgebern aufnehmen und unterhalten.

Die Arbeitsmarktberatung umfasst die Erteilung von Auskunft und Rat

- zur Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Berufe,
- zur Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsstellen,
- zur Gestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit von Auszubildenden sowie von Arbeitnehmern,
- zur betrieblichen Aus- und Weiterbildung,
- zur Eingliederung von förderungsbedürftigen Auszubildenden und Arbeitnehmern,
- zu Leistungen der Arbeitsförderung.

Eingliederungsvereinbarung

Nachdem sich der Ausbildung- oder Arbeitsuchende gemeldet hat, muss die Agentur für Arbeit mit ihm zusammen unverzüglich seine für die Vermittlung erforderlichen beruflichen und persönlichen Merkmale, seine beruflichen Fähigkeiten und Eignung feststellen. Die Feststellung erstreckt sich auch darauf, ob und durch welche Umstände die berufliche Eingliederung erschwert ist.

Diese Feststellung wird Potenzialanalyse genannt.

In einer Eingliederungsvereinbarung werden das Eingliederungsziel, die Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit, die Art, die Häufigkeit und der Nachweis der Eigenbemühungen des Ausbildung- oder Arbeitsuchenden sowie die vorgesehenen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung festgelegt.

Die Vereinbarung ist spätestens nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit zu überprüfen; arbeitslose und ausbildungsuchende Jugendliche werden bereits nach drei Monaten überprüft.

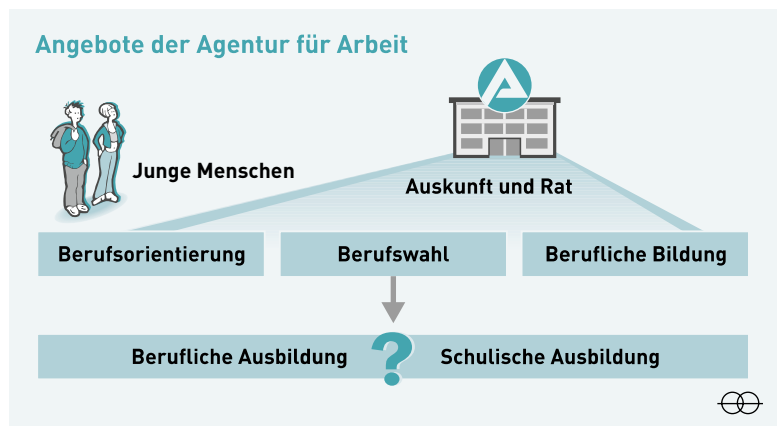
Aktivierung und berufliche Eingliederung

Ausbildungsuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeit-suchende und Arbeitslose können aus dem Vermittlungsbudget der Agentur für Arbeit bei der Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gefördert werden, wenn dies für die berufliche Eingliederung notwendig ist. Es sollen insbesondere die in der Eingliederungsvereinbarung festgelegten Eingliederungsziele erreicht werden.

Die Förderung umfasst die Übernahme der angemessenen Kosten, soweit der Arbeitgeber gleichartige Leistungen nicht oder voraussichtlich nicht erbringen wird.

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung können gefördert werden, wenn die berufliche Eingliederung unterstützt wird durch

- Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,
- Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen,
- Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung,
- Heranführung an eine selbständige Tätigkeit oder
- Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme.



Maßnahmen, die ganz oder teilweise von einem Arbeitgeber durchgeführt werden, dürfen jeweils die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten. Die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung darf maximal acht Wochen dauern. Bei Langzeit-

arbeitslosen oder Arbeitslosen, deren berufliche Eingliederung aufgrund von Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist, dürfen die Maßnahmen jeweils die Dauer von zwölf Wochen nicht überschreiten.

Die Agentur für Arbeit kann bescheinigen, dass die Voraussetzungen für eine Förderung vorliegen und Maßnahmeziel sowie -inhalt festlegen. Die Entscheidung über die Ausgabe eines Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins soll von der Eignung und den persönlichen Verhältnissen der Förderberechtigten oder der örtlichen Verfügbarkeit von Arbeitsmarktdienstleistungen abhängig gemacht werden.

Der Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein berechtigt zur Auswahl

- eines Trägers, der eine dem Maßnahmeziel und -inhalt entsprechende zugelassene Maßnahme anbietet,
- eines Trägers, der eine ausschließlich erfolgsbezogen vergütete Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung anbietet, oder
- eines Arbeitgebers, der eine dem Maßnahmeziel und -inhalt entsprechende betriebliche Maßnahme von einer Dauer bis zu sechs Wochen anbietet.

Der Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein kann zeitlich befristet sowie regional beschränkt werden.

Arbeitslose, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und nach einer Arbeitslosigkeit von sechs Wochen innerhalb einer Frist von drei Monaten noch nicht vermittelt sind, haben ebenfalls Anspruch auf einen Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein.

Förderung der Berufswahl und der Berufsausbildung

Schüler der allgemeinbildenden Schulen können von der Agentur für Arbeit durch vertiefte Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung gefördert werden (Berufsorientierungsmaßnahmen). Allerdings müssen sich Dritte mit mindestens 50 % an der Förderung beteiligen.

Die Maßnahmen dauern bis zu vier Wochen und sollen in der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden.

Außerdem kann die Agentur für Arbeit förderungsbedürftige junge Menschen durch Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung fördern, um sie beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung zu unterstützen. Dritte müssen sich mit mindestens 50 % an der Förderung beteiligen.

Förderungsbedürftig sind junge Menschen, die voraussichtlich Schwierigkeiten haben werden, den allgemeinen Schulabschluss oder den Übergang in eine Berufsausbildung zu schaffen.

Die Maßnahmen beinhalten die individuelle Begleitung und Unterstützung förderungsbedürftiger junger Menschen durch sogenannte Berufseinstiegsbegleiter, um die Eingliederung in eine Berufsausbildung zu erreichen (Berufseinstiegsbegleitung).

In der Regel beginnt die Berufseinstiegsbegleitung mit dem Besuch der Vorabgangsklasse der allgemeinbildenden Schule und endet ein halbes Jahr nach Beginn einer Berufsausbildung.

Durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen können junge Menschen gefördert werden, um sie auf die Aufnahme einer Berufsausbildung vorzubereiten. Dies ist auch möglich, wenn die Aufnahme einer Berufsausbildung wegen in ihrer Person liegender Gründe nicht möglich ist und ihnen die berufliche Eingliederung dadurch erleichtert wird.

Gefördert wird unter anderem die Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Schulabschlusses im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme.

Auszubildende haben Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe während einer Berufsausbildung, wenn

- die Berufsausbildung förderungsfähig ist,
- sie zum förderungsfähigen Personenkreis gehören und die sonstigen persönlichen Voraussetzungen für eine Förderung erfüllt sind und
- ihnen die erforderlichen Mittel zur Deckung des Bedarfs für den Lebensunterhalt, die Fahrkosten und die sonstigen Aufwendungen (Gesamtbedarf) nicht anderweitig zur Verfügung stehen.



Förderungsfähig
ist die erste Berufsausbildung.

Eine Berufsausbildung ist förderungsfähig, wenn sie in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf betrieblich oder außerbetrieblich durchgeführt wird und der dafür vorgeschriebene Berufsausbildungsvertrag abgeschlossen worden ist.

Zu den persönlichen Voraussetzungen gehört unter anderem, dass der Auszubildende außerhalb des Haushalts der Eltern oder eines Elternteils wohnt und eine Ausbildungsstätte von der Wohnung der Eltern oder eines Elternteils aus nicht in angemessener Zeit erreichen kann. Für Auszubildende, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, verheiratet, geschieden oder verwitwet sind und mit mindestens einem Kind zusammenleben, gelten erleichterte Bedingungen.

Zur Berufsausbildungsbeihilfe zählen Beihilfe zum Lebensunterhalt, Fahrkosten, sonstige Aufwendungen wie beispielsweise Gebühren für Fernunterricht und für Lehrgangskosten.

Arbeitgeber können für die betriebliche Aus- oder Weiterbildung von behinderten und schwerbehinderten Menschen durch Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung gefördert werden. Träger von Maßnahmen der beruflichen Ausbildung können durch Zuschüsse gefördert werden, wenn sie durch zusätzliche Maßnahmen für förderungsbedürftige Auszubildende diesen eine berufliche Ausbildung ermöglichen und ihre Eingliederungsaussichten verbessern.

Förderung der beruflichen Weiterbildung

Bei Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung können Arbeitnehmer durch Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Weiterbildung notwendig ist, um die Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern oder eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden.

Ferner kann die Teilnahme an der Maßnahme nur gefördert werden, wenn eine Beratung durch die Agentur für Arbeit erfolgt ist und die Maßnahme und deren Träger für die Förderung zugelassen sind.

Weiterbildungskosten

Als Weiterbildungskosten können übernommen werden:

- Lehrgangskosten und Kosten für die Eignungsfeststellung,
- Fahrkosten,
- Kosten für eine auswärtige Unterbringung und Verpflegung,
- Kosten für die Betreuung von Kindern.

Kosten, die dem Träger der Maßnahme entstehen, werden direkt an diesen gezahlt.

Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Eingliederungszuschuss

Arbeitgeber können zur Eingliederung von Arbeitnehmern, deren Vermittlung wegen in ihrer Person liegender Gründe

erschwert ist, einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt erhalten (Eingliederungszuschuss). Die Förderhöhe und die Förderdauer richten sich nach der Einschränkung der Arbeitsleistung und nach den Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes.

Bei Arbeitnehmern, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, kann die Förderdauer bis zu 36 Monate betragen, wenn die Förderung bis zum 31. 12. 2019 begonnen hat.

Der Eingliederungszuschuss kann höchstens 50 % des Arbeitsentgelts betragen und bis zu zwölf Monate gewährt werden. Für behinderte und schwerbehinderte Menschen sind bis zu 70 % des Arbeitsentgelts und bis zu 24 Monate förderfähig, für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen verlängert sich die Förderdauer auf bis zu 60 Monate (bei über 55-Jährigen bis zu 96 Monate).

Nach zwölf Monaten (beziehungsweise für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen nach 24 Monaten) ist die Höhe des Eingliederungszuschusses um 10 % jährlich zu mindern.

Gründungszuschuss

Arbeitnehmer, die durch Aufnahme einer selbständigen, hauptberuflichen Tätigkeit die Arbeitslosigkeit beenden, können zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung in der Zeit nach der Existenzgründung einen Gründungszuschuss erhalten, wenn der Arbeitnehmer

Ein Gründungszuschuss kann an behinderte Menschen auch gezahlt werden, wenn sie einen Anspruch von weniger als 150 Tagen oder keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

- bis zur Aufnahme der selbständigen Tätigkeit einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, dessen Dauer noch mindestens 150 Tage beträgt,
- der Agentur für Arbeit die Tragfähigkeit der Existenzgründung nachweist und
- seine Kenntnisse und Fähigkeiten zur Ausübung der selbständigen Tätigkeit darlegt.

Als Gründungszuschuss wird für sechs Monate der Betrag geleistet, den der Arbeitnehmer als Arbeitslosengeld zuletzt bezogen hat, zuzüglich monatlich 300 Euro. Für weitere neun Monate kann der Gründungszuschuss in Höhe von monatlich 300 Euro geleistet werden, wenn die geförderte Person ihre Geschäftstätigkeit anhand geeigneter Unterlagen darlegt.

Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Für behinderte Menschen können allgemeine Leistungen sowie besondere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und diese ergänzende Leistungen erbracht werden.

Zu den allgemeinen Leistungen zählen Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, zur Förderung der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung einschließlich der Berufs-

ausbildungsbeihilfe, zur beruflichen Weiterbildung und zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit.

Die besonderen Leistungen sind das Übergangsgeld, das Ausbildungsgeld – wenn Übergangsgeld nicht gezahlt werden kann – und die Übernahme der Teilnahmekosten für eine Maßnahme. Diese werden jedoch nur erbracht, wenn wegen der Art oder Schwere der Behinderung nicht bereits durch die allgemeinen Leistungen eine Teilhabe am Arbeitsleben erreicht werden kann.

Entgeltersatzleistungen

Unter bestimmten Voraussetzungen zahlt die Agentur für Arbeit Entgeltersatzleistungen. Hierzu zählen Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Übergangsgeld, Kurz-arbeitergeld sowie Insolvenzgeld.

Arbeitslosengeld

Arbeitnehmer haben Anspruch auf Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung. Anspruch auf Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit besteht, wenn der Arbeitnehmer arbeitslos ist, sich bei Agentur für Arbeit arbeitslos meldet und die Anwartschaftszeit erfüllt hat.

Arbeitslos ist ein Arbeitnehmer, der nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht (Beschäftigungslosigkeit), sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht (Verfügbarkeit).

Das Ausüben einer Beschäftigung, selbständigen Tätigkeit oder Tätigkeit als mithelfender Familienangehöriger (Erwerbstätigkeit) schließt die Beschäftigungslosigkeit nicht aus, wenn die Arbeits- oder Tätigkeitszeit (Arbeitszeit) weniger als 15 Stunden wöchentlich umfasst.

Der Arbeitslose hat im Rahmen seiner Eigenbemühungen alle Möglichkeiten zur beruflichen Eingliederung zu nutzen. Wer eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des für ihn in Betracht kommenden Arbeitsmarktes ausüben kann und darf, steht den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung.

Entgeltersatzleistungen

**Arbeitslosen-
geld**



**Übergangs-
geld**



**Kurzarbeiter-
geld**



**Insolvenz-
geld**



Eine Meldung ist auch zulässig, wenn die Arbeitslosigkeit noch nicht eingetreten ist.

Der Arbeitslose hat sich unverzüglich persönlich bei der zuständigen Agentur für Arbeit arbeitslos zu melden. Geschieht dies nicht, mindert sich das Arbeitslosengeld für jeden Tag der verspäteten Meldung.

Anwartschaftszeit

Die Anwartschaftszeit ist erfüllt, wenn in der Rahmenfrist von zwei Jahren mindestens zwölf Monate ein Versicherungsverhältnis bestanden hat.

Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld ist abhängig von der Zahl der in den letzten fünf Jahren zurückgelegten Versicherungsverhältnisse und dem Lebensalter des Arbeitslosen.

Anspruch auf Arbeitslosengeld

Alter des Arbeitslosen	Versicherungs- pflichtverhältnis von ... Monaten	Anspruch auf Arbeitslosengeld von ... Monaten
–	12	6
–	16	8
–	20	10
–	24	12
50	30	15
55	36	18
58	48	24

Auf kurze Zeit befristet gelten Beschäftigungen, die auf nicht mehr als sechs Wochen durch Arbeitsvertrag zeit- oder zweckbefristet sind.

Für Arbeitslose, die überwiegend nur auf kurze Zeit befristete Beschäftigungen ausüben und deshalb die Anwartschaftszeit für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens zwölf Monaten innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist nicht erfüllen können, gilt bis zum 31. 7. 2018 eine verkürzte Anwartschaftszeit von sechs Monaten. Das in den letzten zwölf Monaten vor der Beschäftigungslosigkeit erzielte Arbeitsentgelt darf

die Bezugsgröße (2017 monatlich 2 975 Euro) nicht übersteigen.

Höhe des Arbeitslosengeldes

Das letzte Jahr ist der „Bemessungszeitraum im Bemessungsrahmen“.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes richtet sich nach dem Leistungsentgelt und dem Leistungssatz. Das Leistungsentgelt wird aus dem Bemessungsentgelt ermittelt. Das Bemessungsentgelt ist grundsätzlich das durchschnittlich auf den Tag entfallende beitragspflichtige Bruttoarbeitsentgelt, das der Arbeitslose im letzten Jahr erzielt hat.

Das Bruttoarbeitsentgelt wird durch pauschalierte Abzüge für Beiträge zur Sozialversicherung, Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag in ein pauschaliertes Nettoentgelt (Leistungsentgelt) umgerechnet. Grundlage für die Berechnung des Arbeitslosengeldes ist also nicht das tatsächlich erzielte Nettoarbeitsentgelt, sondern das pauschaliert verminderte Leistungsentgelt.

Das Arbeitslosengeld beträgt 60 % (allgemeiner Leistungssatz); für Arbeitslose, die mindestens ein Kind haben, aber 67 % (erhöhter Leistungssatz) des Leistungsentgelts.

Zahlungsdauer

Das Arbeitslosengeld wird für Kalendertage berechnet und geleistet. Ist es für einen vollen Kalendermonat zu zahlen, ist dieser mit 30 Tagen zugrunde zu legen.

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht während der Zeit, für die der Arbeitslose einen Anspruch auf Sozialleistungen wie zum Beispiel Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletzten-geld, Mutterschaftsgeld oder Übergangsgeld, Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung hat.

Zu den ähnlichen Leistungen zählt die Entlassungs-entschädigung.

Hat der Arbeitslose wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Abfindung, Entschädigung oder ähnliche Leistung erhalten oder einen Anspruch darauf und ist das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer der ordentlichen Kündigungsfrist des Arbeitgebers entsprechenden Frist beendet worden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld vom Ende des Arbeitsverhältnisses an bis zu dem Tag, an dem das Arbeitsverhältnis bei Einhaltung dieser Frist geendet hätte.

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht auch während der Zeit, für die der Arbeitslose Arbeitsentgelt erhält oder zu beanspruchen hat (zum Beispiel Urlaubsabgeltung).

Sperrzeit

Hat sich der Arbeitnehmer versicherungswidrig verhalten, ohne dafür einen wichtigen Grund zu haben, ruht der Anspruch für die Dauer einer Sperrzeit. Sperrzeiten gibt es bei

- Arbeitsaufgabe,
- Arbeitsablehnung,
- unzureichenden Eigenbemühungen,
- Ablehnung einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme,
- Abbruch einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme,
- Meldeversäumnis oder
- verspäteter Arbeitsuchendmeldung.

Die Dauer der Sperrzeit beträgt grundsätzlich zwölf Wochen. Eine Verkürzung auf drei oder auf sechs Wochen ist möglich. Bei unzureichenden Eigenbemühungen beträgt die Sperrzeit zwei Wochen und bei einer Meldeversäumnis eine Woche.

Teilarbeitslosengeld

Anspruch auf das Teilarbeitslosengeld hat ein Arbeitnehmer, wenn er

- teilarbeitslos ist,
- sich arbeitslos gemeldet und
- die Anwartschaftszeit für das Teilarbeitslosengeld erfüllt hat.

Teilarbeitslos ist, wer eine versicherungspflichtige Beschäftigung verloren hat, die er neben einer weiteren versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt hat (Mehrfachbeschäftigter), und eine versicherungspflichtige Beschäftigung sucht.

Die Anwartschaftszeit für das Teilarbeitslosengeld hat erfüllt, wer in der Rahmenfrist von zwei Jahren als Mehrfachbeschäftigter mindestens zwölf Monate eine weitere versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat.

Das Teilarbeitslosengeld kann für sechs Monate gezahlt werden. Im Übrigen gelten für das Teilarbeitslosengeld die gleichen Regeln wie für das Arbeitslosengeld.

Übergangsgeld

Das Übergangsgeld ist eine Entgeltersatzleistung. Anspruch auf Übergangsgeld besteht nur, wenn die Vorbeschäftigungszeit erfüllt ist. Sie ist erfüllt, wenn der behinderte Mensch innerhalb der letzten drei Jahre mindestens zwölf Monate in einem Versicherungsverhältnis stand oder Anspruch auf Arbeitslosengeld hat und Leistungen beantragt hat.

Ausnahmen von der Vorbeschäftigungszeit sind möglich.

Die Höhe des Übergangsgeldes richtet sich nach der Berechnungsgrundlage. Das sind 80 % des zuletzt regelmäßig erzielten Arbeitsentgelts und des Arbeitseinkommens (Regelentgelt), für das zuletzt Beiträge gezahlt worden sind – höchstens jedoch das Nettoarbeitsentgelt. Berechnungsgrundlage ist aber mindestens ein Betrag von 65 % des fiktiven Arbeitsentgelts einer altersmäßig und beruflich vergleichbaren nicht behinderten Person.

Das Übergangsgeld beträgt 68 % der Berechnungsgrundlage; für Versicherte, die mindestens ein Kind erziehen, sind es 75 %. Auf das Übergangsgeld ist eigenes Einkommen anzurechnen.

Nach Ablauf eines Jahres wird das Übergangsgeld angepasst. Maßgebend dafür ist die Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer.

Kurzarbeitergeld

Arbeitnehmer haben Anspruch auf Kurzarbeitergeld, wenn

- ein erheblicher Arbeitsausfall mit Entgeltausfall vorliegt,
- die betrieblichen Voraussetzungen erfüllt sind,
- die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind und
- der Arbeitsausfall der Agentur für Arbeit angezeigt wurde.

Ein Arbeitsausfall ist erheblich, wenn

- er auf wirtschaftlichen Gründen oder einem unabwendbaren Ereignis beruht,
- er vorübergehend und nicht vermeidbar ist und
- im jeweiligen Kalendermonat mindestens ein Drittel der Arbeitnehmer von einem Entgeltausfall von mehr als 10 % ihres monatlichen Bruttoentgelts betroffen ist.

Der Arbeitsausfall ist vom Arbeitgeber oder der Betriebsvertretung bei der Agentur für Arbeit schriftlich anzuzeigen.

Die betrieblichen Voraussetzungen sind erfüllt, wenn in dem Betrieb regelmäßig mindestens ein Arbeitnehmer beschäftigt ist.

Zu den persönlichen Voraussetzungen gehört unter anderem, dass das Arbeitsverhältnis nicht gekündigt oder durch Auflösungsvertrag aufgelöst ist.

Anspruchszeitraum und Höhe

Das Kurzarbeitergeld wird frühestens von dem Kalendermonat an geleistet, in dem die Anzeige über den Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit eingegangen ist. Die Leistung beginnt mit dem ersten Kalendermonat, für den in dem Betrieb Kurzarbeitergeld gezahlt wird. Kurzarbeitergeld wird für den Arbeitsausfall für längstens zwölf Monate von der Agentur für Arbeit geleistet. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann

durch Rechtsverordnung die Bezugsdauer auf insgesamt 24 Monate verlängern, wenn außergewöhnliche Verhältnisse auf dem gesamten Arbeitsmarkt vorliegen.

Die Höhe des Kurzarbeitergeldes richtet sich nach der Differenz zwischen dem Nettoarbeitsentgelt, das ohne den Arbeitsausfall gezahlt worden wäre, und dem tatsächlich gezahlten Nettoentgelt. Es beträgt 60 % dieses Betrages; für Arbeitnehmer, die mindestens ein Kind erziehen, aber 67 %.

Saison-Kurzarbeitergeld

Als Schlechtwetterzeit gelten die Monate Dezember bis März.

Arbeitnehmer im Baugewerbe oder einem Wirtschaftszweig der von saisonbedingtem Arbeitsausfall betroffen ist, haben in der Schlechtwetterzeit Anspruch auf Saison-Kurzarbeitergeld, wenn es sich um einen erheblichen saisonbedingten Arbeitsausfall handelt. Als ergänzende Leistung besteht Anspruch auf Wintergeld als Zuschuss-Wintergeld und Mehraufwands-Wintergeld.

Die Arbeitgeber haben einen Anspruch auf Erstattung ihrer Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie für diese Zwecke Mittel durch eine Umlage aufgebracht haben.

Transferkurzarbeitergeld

Transferkurzarbeitergeld wird für längstens zwölf Monate gezahlt.

Arbeitnehmer haben Anspruch auf Kurzarbeitergeld zur Förderung der Eingliederung bei betrieblichen Restrukturierungen (Transferkurzarbeitergeld), wenn und solange sie von einem dauerhaften unvermeidbaren Arbeitsausfall mit Entgeltausfall betroffen sind und die betrieblichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Dadurch sollen Entlassungen vermieden und Vermittlungsaussichten verbessert werden.

Bevor über die Inanspruchnahme von Transferkurzarbeitergeld entschieden wird, müssen sich die Betriebsparteien im Rahmen ihrer Verhandlungen über einen die Integration fördernden Interessenausgleich oder Sozialplan von der Agentur für Arbeit beraten lassen sowie den dauerhaften Arbeitsausfall anzeigen.

Arbeitnehmer, die einen Anspruch auf Transferkurzarbeitergeld haben, können bei Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung durch die Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden, wenn

- ihnen ein Berufsabschluss fehlt oder sie bei Beginn der Teilnahme das 45. Lebensjahr vollendet haben,
- die Agentur für Arbeit sie vor Beginn der Teilnahme berät,
- der Träger der Maßnahme und die Maßnahme für die Förderung zugelassen sind,

- die Maßnahme während des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld endet und
- der Arbeitgeber mindestens 50 % der Lehrgangskosten trägt.

Insolvenzgeld

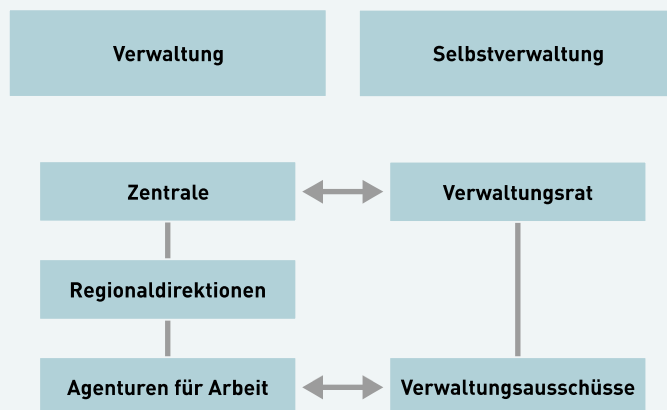
Arbeitnehmer haben Anspruch auf Insolvenzgeld, wenn sie bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen ihres Arbeitgebers für die vorausgehenden drei Monate des Arbeitsverhältnisses noch Ansprüche auf Arbeitsentgelt haben. Insolvenzgeld ist auch zu zahlen, wenn der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wurde.

Insolvenzgeld wird in Höhe des Nettoarbeitsentgelts geleistet. Daneben übernimmt die Agentur für Arbeit auch die noch nicht gezahlten Gesamtsozialversicherungsbeiträge.

Träger der Arbeitsförderung

Die Bundesagentur für Arbeit ist Träger der Arbeitsförderung. Sie ist eine rechtsfähige bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Sie gliedert sich in die Zentrale mit Sitz in Nürnberg, die Regionaldirektionen und die Agenturen für Arbeit. Die Agenturen für Arbeit und die sonstigen Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit sind zuständig für die Leistungen der Arbeitsförderung.

Gliederung der Bundesagentur für Arbeit



Grundsicherung für Arbeitsuchende

Durch die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll den Leistungsberechtigten ein Leben ermöglicht werden, das der Würde des Menschen entspricht.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können. Sie soll erwerbsfähige Leistungsberechtigte bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. Die Gleichstellung von Männern und Frauen wird als durchgängiges Prinzip verfolgt.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst die Beratung der Arbeitsuchenden sowie Leistungen zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit und Sicherung des Lebensunterhalts.

Grundlage der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist das Zweite Buch des Sozialgesetzbuches, das SGB II.

Berechtigte

Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende haben zwei Personengruppen: erwerbsfähige Leistungsberechtigte und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Sie müssen dafür bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Zur Altersgrenze für die Regelaltersrente siehe Seite 61.

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Leistungen erhalten Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze noch nicht vollendet haben, erwerbsfähig und hilfebedürftig sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Bedarfsgemeinschaft

Leistungen erhalten auch Personen, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Dienst- und Sachleistungen bekommen sie nur, wenn dadurch die Hemmnisse bei der Eingliederung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beseitigt oder vermindert werden.

Zur Bedarfsgemeinschaft gehören insbesondere die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihre Partner, die im Haushalt lebenden Eltern und die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder bis zu ihrem 25. Lebensjahr. Partner sind Ehe- oder Lebenspartner sowie Personen, die im wechselseitigen Willen Verantwortung füreinander tragen und füreinander eintreten. Hierzu zählen beispielsweise Verwandte oder Freunde.

Leistungen

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden in Form von Dienst-, Geld- und Sachleistungen erbracht.

Die Dienstleistungen – insbesondere Information, Beratung und umfassende Unterstützung durch einen persönlichen Ansprechpartner – haben das Ziel, den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wieder in die Arbeitswelt einzugliedern.

Geldleistungen dienen darüber hinaus auch der Sicherung des Lebensunterhalts der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen.

Bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres besteht keine Verpflichtung, eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen.

Leistungsberechtigte sind verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dadurch die Hilfebedürftigkeit vermieden, beseitigt, verkürzt oder verhindert werden kann.

Ab dem 63. Lebensjahr ist der Leistungsberechtigte verpflichtet, eine Altersrente vorzeitig, also mit Abschlägen, in Anspruch zu nehmen. Das Jobcenter kann ihn auffordern, einen Rentenantrag zu stellen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, kann das Jobcenter den Antrag selbst stellen.

Um Härten zu vermeiden, entfällt diese Verpflichtung, wenn die vorzeitige Inanspruchnahme unzumutbar wäre. Das ist zum Beispiel bei Verlust eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld, bei einer bevorstehenden abschlagsfreien Altersrente, einer Erwerbstätigkeit oder einer bevorstehenden Erwerbstätigkeit der Fall. Seit dem 1. 1. 2017 ist es außerdem unzumutbar, wenn der Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig werden würde.

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Die Leistungen umfassen den Regelbedarf, Mehrbedarfe und den Bedarf für Unterkunft und Heizung sowie für Bildung und Teilhabe.

Regelbedarf

Als Regelbedarf erhalten erwerbsfähige Leistungsberechtigte Arbeitslosengeld II und nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben, Sozialgeld.

Die Kosten für Heizung und Warmwasser werden zusätzlich gezahlt.

Der Regelbedarf dient der Sicherung des Lebensunterhalts und umfasst vor allem Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Hierzu gehört in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Er wird als monatlicher Pauschalbetrag gezahlt.

Jeweils zum 1. 1. eines Jahres werden die Regelbedarfsstufen neu festgelegt. Dabei werden die durchschnittliche Entwicklung der Preise für regelbedarfsrelevante Güter und Dienstleistungen sowie die durchschnittliche Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer zugrunde gelegt. Dann vergleicht man die Veränderungen in einem zurückliegenden Zwölfmonatszeitraum gegenüber dem davor liegenden Zwölfmonatszeitraum. Für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen zum 1. 1. 2017 wurden die regelbedarfsrelevanten Preise und die Nettolöhne

Die Regelbedarfe wurden ab 1. 1. 2017 um 3,46 % erhöht.

und -gehälter je Arbeitnehmer im Zeitraum Januar bis Dezember 2013 mit denen im Zeitraum von Juli 2015 bis Juni 2016 verglichen. Die entsprechende Veränderungsrate beträgt 3,46 %.

Regelbedarf bei Arbeitslosengeld II/Sozialgeld ab 1. 1. 2017

Berechtigte	Regelbedarf
→ Volljährige, die allein in einer Wohnung leben (Alleinstehende), → Volljährige, die mit einem Kind oder Jugendlichen in einer Wohnung leben (Alleinerziehende), → Volljährige mit minderjährigem Partner	409 Euro
→ Volljährige, die in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem Ehe- oder Lebenspartner oder in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftsähnlicher Gemeinschaft mit einem Partner zusammenleben – pro Person	368 Euro
→ Volljährige bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres (18 bis 24 Jahre), die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, → Personen unter 25 Jahre, die ohne Zusicherung des kommunalen Trägers umziehen (18 bis 24 Jahre)	327 Euro
→ Kinder beziehungsweise Jugendliche im 15. Lebensjahr (14 Jahre) bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (14 bis 17 Jahre), die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, → Minderjährige Partner (14 bis 17 Jahre), die in einer Bedarfsgemeinschaft leben	311 Euro
→ Kinder ab Beginn des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (6 bis 13 Jahre)	291 Euro
→ Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (0 bis 5 Jahre)	237 Euro

Mehrbedarfe

Für werdende Mütter, die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind sowie für Personen, die mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern zusammen leben und allein für deren Pflege und Erziehung sorgen, wird ein Mehrbedarf anerkannt.

Bedarfe für Heizung und Unterkunft

Soweit dies angemessen ist, wird darüber hinausgehender Bedarf, wie Kosten für Heizung und Unterkunft, gezahlt. Mietschulden können als Darlehen übernommen werden, wenn Wohnungslosigkeit droht oder dadurch die Aufnahme einer in Aussicht stehenden Beschäftigung verhindert wird.

Bedarfe für Bildung und Teilhabe

Bedarfe für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft werden bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen neben dem Regelbedarf gesondert berücksichtigt. Bedarfe für Bildung werden nur bei Personen

Entsprechendes gilt auch für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen.

Als zumutbare Eigenleistung gilt in der Regel ein Betrag von 5 Euro monatlich.

berücksichtigt, die noch nicht 25 Jahre alt sind, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten.

Berücksichtigt werden bei Schülern Aufwendungen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung, Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten, den persönlichen Schulbedarf in Höhe von 70 Euro zum 1.8. und von 30 Euro zum 1.2. eines jeden Jahres, eine notwendige Schülerbeförderung, wenn sie nicht aus dem Regelbedarf bestritten werden können.

Sind die Leistungsberechtigten noch nicht 18 Jahre alt, wird ein Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft von monatlich 10 Euro für Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, Unterricht in künstlerischen Fächern (zum Beispiel Musikunterricht) und vergleichbare, angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung und die Teilnahme an Freizeiten berücksichtigt.

Einstiegs geld

Das Einstiegs geld kann auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit durch oder nach Aufnahme der Erwerbstätigkeit entfällt.

Zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit kann erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei Aufnahme einer sozialversicherungs-pflichtigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit ein Einstiegs geld gezahlt werden, wenn dies zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich ist.

Bis zum 31. 12. 2010 wurden Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung erworben.

Bezieher von Arbeitslosengeld II (nicht von Sozialgeld) werden in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung pflichtversichert. Die Zeit des Bezugs von Arbeitslosengeld II kann ab 1. 1. 2011 als Anrechnungszeit in der Rentenversicherung berücksichtigt werden.

Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende wird von der Bundesagentur für Arbeit (den örtlichen Agenturen für Arbeit) und den kreisfreien Städten und Kreisen (kommunale Träger) durchgeführt. Zu ihrer Unterstützung können sie Dritte mit der Wahrnehmung von Aufgaben beauftragen. Zudem sollen sie einen Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch einrichten.

Die kommunalen Träger erbringen

- Leistungen für Unterkunft und Heizung,
- Kinderbetreuungsleistungen,

- Schuldner- und Suchtberatung,
- psychosoziale Betreuung,
- besonderen, einmaligen Bedarf (etwa die Erstausrüstung für Bekleidung und Wohnung) und
- Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Für alle übrigen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind die Agenturen für Arbeit zuständig.

Zur einheitlichen Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agenturen für Arbeit und der jeweilige kommunale Träger eine gemeinsame Einrichtung, die sämtliche Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende wahrnimmt.

Die gemeinsamen Einrichtungen und die zugelassenen kommunalen Träger führen die Bezeichnung Jobcenter.

Anstelle der Bundesagentur für Arbeit können vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales kommunale Träger durch Rechtsverordnung zugelassen werden. Sie erbringen dann sämtliche Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Finanzierung aus Bundesmitteln

Der Bund trägt die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, soweit die Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit gezahlt werden.

Werden die Leistungen zur Grundsicherung von Arbeitsgemeinschaften erbracht, trägt der Bund die Aufwendungen einschließlich der Verwaltungskosten. Er beteiligt sich zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Die Erstattung der Leistungsausgaben für das Bildungspaket wird auf Basis der tatsächlichen Kosten jährlich fortlaufend angepasst.



Merke:

Leistungsarten sind insbesondere Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Arbeitslosengeld II, Leistungen für Unterkunft und Heizung und das Sozialgeld dienen dazu, den Lebensunterhalt zu sichern.

Krankenversicherung

Die Krankenversicherung hat die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern. Die Träger der Krankenversicherung erbringen die dafür erforderlichen Leistungen und helfen durch Aufklärung und Beratung. Sie haben auch auf gesunde Lebensverhältnisse der Versicherten hinzuwirken.

Die Versicherten sind für ihre Gesundheit mitverantwortlich. Sie sollen durch eine gesundheitsbewusste Lebensführung, durch frühzeitige Beteiligung an gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen sowie durch aktive Mitwirkung an Krankenbehandlung und Rehabilitation dazu beitragen, Krankheit und Behinderung zu vermeiden oder ihre Folgen zu überwinden.

Alle Einwohner der Bundesrepublik Deutschland sind verpflichtet, sich zur Absicherung im Krankheitsfall in der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung zu versichern.

Grundlage für die gesetzliche Krankenversicherung ist das Fünfte Buch des Sozialgesetzbuches, das SGB V. Für besondere Personengruppen regeln auch andere Gesetze den Krankenversicherungsschutz (zum Beispiel das Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte oder das Künstlersozialversicherungsgesetz).

Versicherte Personen

Alle Einwohner der Bundesrepublik Deutschland sind verpflichtet, bei einem Krankenversicherungsunternehmen mit Geschäftssitz in Deutschland eine Krankheitskostenversicherung abzuschließen und aufrechtzuerhalten, die mindestens eine Kostenerstattung für ambulante und stationäre Heilbehandlung umfasst. Diese gilt nicht für Personen, die bereits über einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügen (wie zum Beispiel Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung).

Der gesetzlichen Krankenversicherung kann man als Pflichtversicherter, freiwillig Versicherter und durch beitragsfreie Mitversicherung (Familienversicherung) angehören.

Pflichtversicherte

Pflichtversicherter wird man ohne Rücksicht auf seinen eigenen Willen oder den des Arbeitgebers. Die Pflichtversicherung ist eine Zwangsversicherung; sie kann weder schriftlich noch durch mündliche Absprache zwischen den Beteiligten ausgeschlossen werden.

Teilnehmer an dualen Studiengängen sind den Beschäftigten zur Berufsausbildung gleichgestellt.

Versicherungspflichtig sind im Wesentlichen

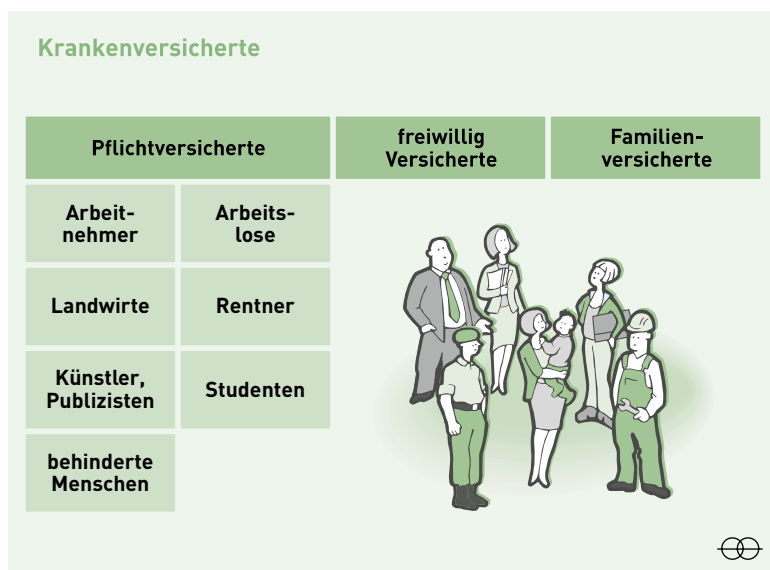
- Arbeitnehmer, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind, sowie zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte,
- Empfänger von Arbeitslosengeld oder Unterhaltsgeld,
- Personen, die Arbeitslosengeld II beziehen,
- Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteiler nach näherer Bestimmung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte,
- Künstler und Publizisten nach näherer Bestimmung des Künstlersozialversicherungsgesetzes,
- Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen,
- Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
- behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten oder in Blindenwerkstätten tätig sind oder die in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen in gewisser Regelmäßigkeit eine bestimmte Leistung erbringen,
- Studenten, die an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen eingeschrieben sind, bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters, längstens bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres (Ausnahmen möglich),
- Personen, die eine in Studien- oder Prüfungsordnungen vorgeschriebene berufspraktische Tätigkeit ohne Arbeitsentgelt verrichten (Praktikanten), sowie zu ihrer Berufsausbildung ohne Arbeitsentgelt Beschäftigte,

Diese Regelung gilt seit 1. 1. 2017. Sie gilt nicht für Waisen, die zuletzt vor der Rentenantragstellung privat krankenversichert waren, es sei denn, sie erfüllen die Voraussetzungen für eine Familienversicherung.

- Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn sie seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenantrags mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte des Zeitraums Mitglied oder Familienversicherter der gesetzlichen Krankenversicherung waren,
- Personen, die die Voraussetzungen für eine Waisenrente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen oder beantragt haben. Das gilt auch für entsprechende Leistungen einer berufsständischen Versorgungseinrichtung, wenn der verstorbene Elternteil zuletzt als Beschäftigter von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständischen Versorgungseinrichtung befreit war, sowie
- Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben und zuletzt gesetzlich oder noch nie krankenversichert waren.

Dafür wurde bei der Deutschen Rentenversicherung Bund die „Clearingstelle“ eingerichtet.

Selbständige Erwerbstätige sind in der Krankenversicherung nicht pflichtversichert. Bestehen Zweifel, ob eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit vorliegt, entscheidet der Rentenversicherungsträger in einem sogenannten Statusfeststellungsverfahren, ob eine Beschäftigung vorliegt.



Von der Pflichtversicherung ausgenommen

sind Arbeitnehmer, deren regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt die Jahresarbeitsentgeltgrenze übersteigt; sie sind dann nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres versicherungsfrei.

Im Jahr 2017 beträgt die Jahresarbeitsentgeltgrenze 57 600 Euro oder monatlich 4 800 Euro. Für Arbeitnehmer, die am 31. 12. 2002 bereits versicherungsfrei und bei einem privaten Versicherungsunternehmen versichert waren, beträgt die Jahresarbeitsentgeltgrenze 2017 52 200 Euro oder 4 350 Euro monatlich.

Versicherungsfrei sind außerdem Personen, die des Schutzes der gesetzlichen Krankenversicherung nicht bedürfen. Dazu zählen Beamte, Richter, Berufssoldaten oder Beschäftigte von Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge bei Krankheit und auf Beihilfe oder Heilfürsorge.

Beginn und Ende der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft der Arbeiter und Angestellten in der Krankenversicherung beginnt mit dem Tag des Eintritts in die Beschäftigung. Der Arbeitgeber meldet die Aufnahme der Beschäftigung der Krankenkasse.

Die Mitgliedschaft endet mit Ablauf des Tages, an dem das Beschäftigungsverhältnis endet.

Kündigt der Versicherungspflichtige die Mitgliedschaft zu einer Krankenkasse, beginnt die Mitgliedschaft bei der neugewählten Krankenkasse mit dem Tag nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Kündigung.

Bei Künstlern und Publizisten beginnt die Mitgliedschaft mit dem Tag, an dem die Künstlersozialkasse die Versicherungspflicht feststellt. Sie endet mit dem Tag, an dem die Künstlersozialkasse das Ende der Mitgliedschaft feststellt.

Studenten sind ab Semesterbeginn versichert, frühestens mit dem Tag der Einschreibung oder der Rückmeldung an die Hochschule. Die Mitgliedschaft endet sieben Monate nach Beginn des Semesters, für das sie sich zuletzt eingeschrieben oder zurückgemeldet haben, spätestens mit der Exmatrikulation.

Die Mitgliedschaft der Rentner beginnt mit dem Tag der Rentenantragstellung.

Die Mitgliedschaft der Bezieher von Arbeitslosengeld II und Arbeitslosengeld I beginnt mit dem Tag, von dem an die Leistung bezogen wird. Sie endet mit Ablauf des letzten Tages, für den die Leistung bezogen wird.

Die Mitgliedschaft konnte frühestens am 1.4.2007 beginnen.

Für Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben, beginnt die Mitgliedschaft mit dem ersten Tag ohne Absicherung.

Freiwillig Versicherte

Ein freiwilliges Versicherungsverhältnis ist – im Gegensatz zur Pflichtversicherung – weitgehend vom eigenen Willen des Versicherten abhängig.

Zur freiwilligen Versicherung ist unter anderem berechtigt,

- wer aus der Versicherungspflicht ausgeschieden ist und in den letzten fünf Jahren vor dem Ausscheiden mindestens 24 Monate oder unmittelbar vor dem Ausscheiden ununterbrochen mindestens zwölf Monate versichert war,
- wer aus der Familienversicherung ausgeschieden ist.

Der freiwillige Beitritt muss der gesetzlichen Krankenkasse innerhalb von drei Monaten angezeigt werden. Ein späterer Beitritt ist nicht möglich.

Der Beitritt ist schriftlich zu erklären.

Die Mitgliedschaft Versicherungsberechtigter beginnt mit dem Tag ihres Beitritts zur Krankenkasse. Bei Personen, die aus der Pflichtmitgliedschaft oder einer Familienversicherung ausscheiden, beginnt die freiwillige Mitgliedschaft im Anschluss an die vorherige Versicherung.

Familienversicherte

Die Familienversicherung begründet eine eigene Mitgliedschaft in der Krankenversicherung. Versichert sind der Ehepartner, der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern sowie die Kinder von familienversicherten Kindern, wenn diese Familienangehörigen

- ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben,
- nicht in der Krankenversicherung versicherungspflichtig oder freiwillig versichert sind,
- nicht versicherungsfrei oder nicht von der Versicherungspflicht befreit sind,
- nicht hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind und
- kein Gesamteinkommen haben, das im Jahr 2017 den Betrag von monatlich 425 Euro überschreitet.

Bei geringfügig Beschäftigten gelten 450 Euro.

Kinder werden bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres in der Familienversicherung aufgenommen. Wenn sie nicht erwerbstätig sind, gilt das 23. Lebensjahr.

Für Kinder, die als behinderte Menschen anerkannt und außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, gibt es keine Altersgrenze.

Liegt eine Schul- oder Berufsausbildung vor, ist eine Familienversicherung bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres möglich. Wurde die Schul- oder Berufsausbildung durch Erfüllung einer gesetzlichen Dienstpflicht des Kindes unterbrochen oder verzögert, verlängert sich die Familienversicherung über das 25. Lebensjahr hinaus für einen Zeitraum, der höchstens der Dauer dieses Dienstes entspricht.



Merke:

In der Krankenversicherung gibt es Pflichtversicherte, freiwillig Versicherte und Familienversicherte.

Pflichtversicherte sind hauptsächlich Arbeitnehmer und Rentner.

Arbeitnehmer sind versicherungsfrei, wenn ihr Arbeitsentgelt die Jahresarbeitsentgeltgrenze in einem Kalenderjahr übersteigt.

Freiwillig versichern kann sich grundsätzlich nur, wer zuletzt pflicht- oder familienversichert war.

Die Familienversicherung begründet eine eigene Mitgliedschaft.

Finanzierung

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung werden durch Beiträge und sonstige Einnahmen finanziert. Als Beiträge gelten auch die kassenindividuellen Zusatzbeiträge. Bundeszuschüsse aus Steuermitteln ergänzen die Finanzierung.

Gesundheitsfonds

Der Gesundheitsfonds ist eine zentrale Stelle, von der die Mittel für die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gesammelt und verwaltet werden, um diese dann an die Versicherungsträger (unter anderem Krankenkassen) zu verteilen. Die durchführende Stelle für den Gesundheitsfonds ist das Bundesversicherungsamt.

Landwirtschaftliche
Krankenkassen sind
am Gesundheitsfonds
nicht beteiligt.

Das Bundesversicherungsamt verwaltet als Sondervermögen (Gesundheitsfonds) die Krankenversicherungsbeiträge

- die von den Einzugsstellen eingezogen werden,
- aus Rentenzahlungen,
- aus geringfügigen Beschäftigungen,
- nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz, von Beziehern von Arbeitslosengeld I, Unterhaltsgeld und Arbeitslosengeld II sowie
- die vom Bund gezahlten Zuschüsse.

Die Bundeszuschüsse dienen der teilweisen Finanzierung versicherungsfremder Leistungen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die in keinem Zusammenhang mit dem typischen Versicherungsfall der gesetzlichen Krankenversicherung – der Krankheit – stehen. Hierzu zählen insbesondere Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft, Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsabbruch, Haushaltshilfe sowie Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes. Außerdem gehören noch die Beitragsfreiheit für die Dauer des Anspruchs auf Krankengeld oder Mutterschaftsgeld beziehungsweise bei Bezug von Elterngeld oder Betreuungsgeld sowie die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und anderen Familienangehörigen dazu.

Der Bund leistet zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen als Bundeszuschuss ab 2017 jährlich 14,5 Milliarden Euro. Der Zuschuss des Bundes wird in monatlichen Teilbeträgen jeweils zum ersten Bankarbeitstag an den Gesundheitsfonds überwiesen.

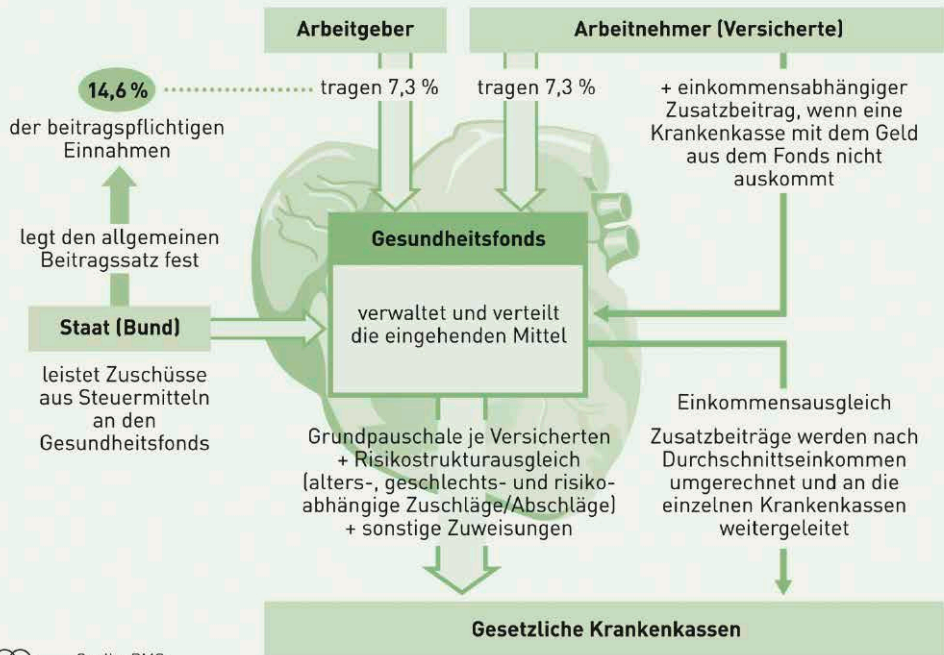
Der Gesundheitsfonds überweist dem Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung einen Teil der Bundeszuschüsse zur Weiterleitung an die Landwirtschaftlichen Krankenkassen.

Der Anteil ergibt sich aus dem Verhältnis der Anzahl der landwirtschaftlichen Versicherten zu der Gesamtzahl aller Versicherten.

Aus dem Gesundheitsfonds erhalten die Krankenkassen Pauschalbeträge für jeden ihrer Versicherten. Zur Grundpauschale werden Zu- und Abschläge zum Ausgleich des nach Alter, Geschlecht und Krankheit unterschiedlichen Versorgungsbedarfs der Versicherten gewährt. Kassen mit vielen kostenintensiven Behandlungsfällen (zum Beispiel chronisch Kranken oder älteren Menschen) erhalten dadurch höhere Zahlungen aus dem Gesundheitsfonds als Kassen mit jungen und gesunden Versicherten.

Dieses System wird als
morbidityorientierter
Risikostrukturausgleich bezeichnet.

Wie funktioniert der Gesundheitsfonds?



Quelle: BMG

Nach Durchführung eines Einkommensausgleichs zwischen den Krankenkassen weist das Bundesversicherungsamt die in den Gesundheitsfond eingezahlten Zusatzbeiträge anteilig den Krankenkassen zu, die einen Zusatzbeitrag erhoben haben.

Beim Einkommensausgleich wird der Zusatzbeitragssatz der Krankenkasse mit den voraussichtlichen durchschnittlichen beitragspflichtigen Einnahmen je Mitglied aller Krankenkassen und ihrer Mitgliederzahl multipliziert.

Beitragshöhe

Die Höhe der Beiträge richtet sich nach den beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder und dem Beitragssatz. Der Beitragssatz ist ein Vomhundertsatz. Angewendet auf die beitragspflichtigen Einnahmen ergibt er den Krankenversicherungsbeitrag. Für Familienversicherte muss kein zusätzlicher Beitrag gezahlt werden.

Beitragsfrei sind nur die genannten Leistungen.

Beitragsfrei krankenversichert sind Mitglieder für die Dauer des Anspruchs auf Krankengeld, Mutterschaftsgeld oder des Bezugs von Elterngeld oder Betreuungsgeld.

Beitragssatz

Es gibt einen einheitlichen allgemeinen Beitragssatz und einen einheitlichen ermäßigten Beitragssatz für alle Krankenkassen. Der ermäßigte Beitragssatz ist für diejenigen Mitglieder maßgebend, die keinen Anspruch auf Krankengeld haben. Der allgemeine Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung beträgt 14,6 %, der ermäßigte Beitragssatz 14,0 %.

Zusatzbeiträge

Ist der Finanzbedarf einer Krankenkasse durch die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht gedeckt, erhebt sie von ihren Mitgliedern einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag. Der Zusatzbeitrag ergibt sich aus der Multiplikation der beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds mit dem von der jeweiligen Krankenkasse festgelegten Zusatzbeitragssatz. Der Zusatzbeitragssatz ist so zu bemessen, dass die Einnahmen daraus zusammen mit den Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds und den sonstigen Einnahmen die im Haushaltsjahr voraussichtlich zu leistenden Ausgaben und die vorgeschriebene Höhe der Rücklage decken (kassenindividueller Zusatzbeitragssatz).

Für einige Personengruppen werden die Krankenversicherungsbeiträge einschließlich der Zusatzbeiträge durch den Bund, durch einen Träger, eine Einrichtung beziehungsweise durch den Arbeitgeber voll getragen. In diesen Fällen ist nur der durchschnittliche Zusatzbeitrag zu zahlen. Es handelt sich dabei insbesondere um

- Bezieher von Arbeitslosengeld II,
- Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen,
- Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
- behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten oder in Blindenwerkstätten tätig sind oder die in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen in gewisser Regelmäßigkeit eine bestimmte Leistung erbringen,
- Bezieher von Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld oder vergleichbaren Entgeltersatzleistungen,
- Auszubildende, mit einem monatlichen Bruttoverdienst bis zu 325 Euro,
- Personen, die ein freiwilliges soziales oder freiwilliges ökologisches Jahr beziehungsweise den Bundesfreiwilligendienst leisten.

In der landwirtschaftlichen Krankenversicherung wird der Zusatzbeitrag nicht mit dem kassenindividuellen, sondern dem durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz berechnet.

Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz ergibt sich aus der Differenz zwischen den voraussichtlichen jährlichen Ausgaben der Krankenkassen und den voraussichtlichen jährlichen Einnahmen des Gesundheitsfonds, geteilt durch die voraussichtlichen jährlichen beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder aller Krankenkassen, multipliziert mit 100.

Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz für 2017 beträgt 1,1 %.

Das Bundesministerium für Gesundheit legt die Höhe des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes für das Folgejahr fest und gibt diesen Wert jeweils bis zum 1. 11. eines Kalenderjahres im Bundesanzeiger bekannt.

Beitragspflichtige Einnahmen

Beitragspflichtige Einnahmen sind bei

Im Jahr 2017 beträgt die Beitragsbemessungsgrenze 52 200 Euro (monatlich 4 350 Euro).

Das sind im Jahr 2017 641,11 Euro.

- Arbeitnehmer: das Arbeitsentgelt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung (höchstens bis zur Beitragsbemessungsgrenze), die gesetzliche Rente und vergleichbare Versorgungsbezüge,
- Beziehern von Arbeitslosengeld I oder Unterhaltsgeld: 80 % des der Leistung zugrunde liegenden Arbeitsentgelts,
- Arbeitslosengeld-II-Empfängern: der 0,2155fache Teil der monatlichen Bezugsgröße,
- Kurzarbeitergeld-Empfängern: 80 % des Unterschiedsbetrags zwischen dem Sollentgelt und dem Istentgelt,
- Personen, die Pflegeunterstützungsgeld erhalten: 80 % des während der Freistellung ausgefallenen, laufenden Arbeitsentgelts,
- Beziehern von Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Übergangsgeld oder vergleichbaren Entgeltersatzleistungen: 80 % des Regelentgelts, aus dem die Leistung berechnet wurde,
- behinderten Menschen, die in anerkannten Werkstätten oder in Blindenwerkstätten tätig sind oder die in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen in gewisser Regelmäßigkeit eine bestimmte Leistung erbringen: das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt, mindestens jedoch 20 % der monatlichen Bezugsgröße,
- Studenten, die nicht bei ihren Eltern leben: der Bedarfssatz nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG),
- versicherungspflichtigen Rentnern: der Bruttobetrag der gesetzlichen Rente sowie vergleichbarer Einnahmen (Versorgungsbezüge, wie zum Beispiel Betriebsrenten) und etwaiges Arbeitseinkommen. Als Rente der gesetzlichen Rentenversicherung gelten Renten der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung einschließlich der Steigerungsbeträge aus Höherversicherungsbeiträgen.

Im Jahr 2017 sind das 595 Euro.

Seit 1.8.2016 beträgt er 649 Euro.

Der GKV-Spitzenverband legt Grundsätze für die Beitragseinstufung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung fest. Dabei ist sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitgliedes berücksichtigt. Für versicherte Familienangehörige werden keine Beiträge erhoben.

Meldung und Einzug der Sozialversicherungsbeiträge

Der Arbeitgeber zieht den Beitragsanteil des Beschäftigten vom Arbeitsentgelt ab und zahlt ihn zusammen mit dem Arbeitgeberanteil als Gesamtsozialversicherungsbeitrag (also Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung und zur Arbeitsförderung) an die Einzugsstelle. Zusammen mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag werden auch die Umlagen zur Erstattung der Aufwendungen bei krankheitsbedingter Entgeltfortzahlung oder Mutterschaft sowie für das Insolvenzgeld an die Einzugsstelle gezahlt.

Einzugsstelle ist grundsätzlich die Krankenkasse, von der auch die Krankenversicherung durchgeführt wird.

So errechnet sich der Gesamtsozialversicherungsbeitrag 2017



Arbeitnehmer		Arbeitgeber	
Beitrag zur Krankenversicherung (Allgemeiner Beitragssatz)			
7,3 % + kassenindividueller Zusatzbeitrag	14,6 % + kassenindividueller Zusatzbeitrag	7,3 %	
+			
Beitrag zur Pflegeversicherung			
1,275 % in Sachsen: 1,775 % +0,25 %	2,55 % + Beitragszuschlag für Kinderlose 0,25 %	1,275 % in Sachsen: 0,775 % 0	
+			
Beitrag zur Rentenversicherung			
9,35 %	18,7 %	9,35 %	
+			
Beitrag zur Arbeitsförderung			
1,5 %	3,0 %	1,5 %	
↓			
zu zahlen an die Einzugsstelle (Krankenkasse)			



Die Einzugsstelle teilt unter anderem den Gesamtsozialversicherungsbeitrag auf und leitet ihn arbeitstäglich an die einzelnen Träger beziehungsweise den Gesundheitsfonds weiter.

Sie ist auch für das Meldewesen, den Beitragseinzug und die Entscheidung über die Versicherungs- und Beitragspflicht in den Zweigen der Sozialversicherung zuständig. Für ihre Tätigkeit erhält sie von den anderen Sozialversicherungsträgern eine Vergütung.

Meldungen und Beitragsnachweise zur Sozialversicherung dürfen nur durch gesicherte und verschlüsselte Datenübertragung aus systemgeprüften Programmen oder maschinell erstellten Ausfüllhilfen vorgenommen werden. Alle Arbeitgeber dürfen deshalb die Sozialversicherungsmeldungen und Beitragsnachweise ihrer Beschäftigten nur noch als gesicherte und verschlüsselte elektronische Daten übermitteln. Die Regelung gilt unabhängig von der Betriebsgröße. Die Meldungen werden von der Einzugsstelle an die anderen Träger weitergeleitet.

Die Minijob-Zentrale hat ihren Sitz in Essen.

Für geringfügig Beschäftigte zieht die Minijob-Zentrale der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See die Sozialabgaben und die einheitliche Pauschalsteuer ein.

Beitragstragung in der Krankenversicherung

Für einen versicherungspflichtigen Beschäftigten ist der allgemeine Beitragssatz von 14,6 % zu zahlen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen jeweils 7,3 %. Erhebt die Krankenkasse einen kassenindividuellen Zusatzbeitrag, zahlt der Arbeitnehmer diesen allein.

Während einer Berufsausbildung trägt der Arbeitgeber den vollen Gesamtsozialversicherungsbeitrag allein, wenn der monatliche Bruttoverdienst 325 Euro nicht übersteigt.

Für Minijobs mit einem Verdienst bis zu monatlich 450 Euro (geringfügige Beschäftigungen) zahlt nur der Arbeitgeber einen Beitrag in Höhe von 13 % des Arbeitsentgelts für die Krankenversicherung. Bei Beschäftigten in Privathaushalten zahlt der Arbeitgeber einen Beitrag von 5 % des Arbeitsentgelts.

Diese Beschäftigungen werden als „Midijobs“ bezeichnet.

Liegt das Arbeitsentgelt zwischen 450,01 Euro und 850 Euro (Gleitzone), wird die Beitragsverteilung zwischen den Beschäftigten und dem Arbeitgeber variabel gestaltet.

Beitragsgestaltung in der Krankenversicherung

	Beitragsanteil Versicherter	Beitragsanteil Arbeitgeber/ andere
Versicherungspflichtige, Rentner	7,3 % + Zusatzbeitrag	7,3 %
Minijobber im Privathaushalt	–	5,0 %
Minijobber bis 450 Euro	–	13,0 %
Midijobber Gleitzone	variabel	variabel
Künstler, Publizisten	beteiligt	Hauptanteil KSK
Studenten, freiwillig Versicherte	voller Beitrag	–

Während des freiwilligen sozialen Jahres, des freiwilligen ökologischen Jahres und des Bundesfreiwilligendienstes zahlt der Arbeitgeber die Beiträge in voller Höhe.

Selbständige Künstler und Publizisten beteiligen sich an den Beiträgen, die die Künstlersozialkasse (KSK) für sie zahlt.

Für Studenten und Praktikanten ist ein Beitragssatz von sieben Zehntel des allgemeinen Beitragssatzes maßgebend. Seit 2015 gilt somit ein Beitragssatz von 10,22 %, der um den zusätzlichen kassenindividuellen Beitragssatz zu erhöhen ist. Studenten tragen ihre Beiträge in voller Höhe selbst. Sie zahlen diese für ein Semester im Voraus an die Krankenkasse.

Allgemeiner Beitrags-
satz von $14,6 \% \times 7/10$
= 10,22 %.

Die Beiträge der versicherungspflichtigen Rentner werden von der Rentenversicherung bei der Rentenzahlung einbehalten und an die Krankenversicherung abgeführt. Für Rentner gilt der allgemeine Beitragssatz von 14,6 %. Die Rentenversicherung und der Rentner zahlen jeweils 7,3 % der Rente. Den kassenindividuellen Zusatzbeitrag trägt der Rentner allein.

Eine Veränderung des
Zusatzbeitragssatzes
beispielsweise ab
1. 1. 2017 gilt für
Renten ab 1.3.2017.

Änderungen des Zusatzbeitragssatzes wirken sich auf die Rentenhöhe erst mit einem Abstand von zwei Monaten aus. Über den veränderten Zusatzbeitrag werden die Rentner aus Kostengründen nur mit einem Hinweis auf dem Kontoauszug der Bank informiert.

Versorgungsbezüge sind
zum Beispiel Betriebs-
und Zusatzrenten,
Pensionen oder Kapital-
leistungen aus einer
Direktversicherung.

Ebenfalls allein zahlen versicherungspflichtige Rentner auch Krankenversicherungsbeiträge von ihren Versorgungsbezügen nach dem allgemeinen Beitragssatz von 14,6 % zuzüglich des kassenindividuellen Beitrags.

In der Krankenversicherung versicherungspflichtige Personen müssen seit 1. 1. 2017 für Waisenrenten und entsprechende

Leistungen einer berufsständischen Versorgungseinrichtung keine Beiträge mehr zahlen. Sie sind beitragsfrei. Dies gilt insbesondere

- bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres,
- bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, wenn sie sich in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr oder einen entsprechenden Freiwilligendienst leisten,
- über das 25. Lebensjahr hinaus für einen Zeitraum, der der Erfüllung der gesetzlichen Dienstpflicht entspricht, wenn eine Schul- oder Berufsausbildung durch diesen unterbrochen oder verzögert wurde,
- wenn sie als behinderte Menschen außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

Die Beitragszahlung erfolgt nach dem allgemeinen Beitragsatz der Krankenversicherung.

Der Rentenversicherungsträger muss aber die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner zahlen, die er ohne die Beitragsfreiheit sonst zu tragen hätte.

Das gilt entsprechend auch für Waisenrenten der Alterssicherung der Landwirte.

Die Bundesagentur für Arbeit trägt die Beiträge für die Bezieher von Arbeitslosengeld I und Unterhaltsgeld einschließlich des kassenindividuellen Zusatzbeitrags in voller Höhe.

Für Personen, die Arbeitslosengeld II beziehen, gilt der ermäßigte Beitragssatz von 14,0 %. Die Beiträge einschließlich des durchschnittlichen Zusatzbeitrags trägt der Bund.

Soweit für Beschäftigte Beiträge für Kurzarbeitergeld zu zahlen sind, trägt diese der Arbeitgeber.

Der zuständige Rehabilitationsträger zahlt die Beiträge einschließlich des durchschnittlichen Zusatzbeitrags aufgrund von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, an Berufsfindung oder Arbeitserprobung sowie des Bezugs von Übergangsgeld, Verletzungsgeld oder Versorgungskrankengeld.

Der Träger der Einrichtung übernimmt für Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen, für behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten oder in Blindenwerkstätten tätig sind oder die in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen in gewisser Regelmäßigkeit eine bestimmte Leistung erbringen, den vollen Beitrag einschließlich des durchschnittlichen Zusatzbeitrags.

Bei Personen, die einen in der sozialen Pflegeversicherung versicherten Pflegebedürftigen pflegen und Pflegeunterstützungsgeld beziehen, übernehmen die Versicherten und die Pflegekasse jeweils zur Hälfte die Beiträge in Höhe des allgemeinen oder ermäßigten Beitragssatzes. Den kassenindividuellen Zusatzbeitrag trägt der Versicherte.

Freiwillig Versicherte zahlen ihren Krankenversicherungsbeitrag in voller Höhe allein.

Wer als Arbeitnehmer wegen Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungsfrei ist, erhält vom Arbeitgeber einen Beitragszuschuss.

Freiwillig versicherte Rentner erhalten den Zuschuss von der Rentenversicherung.

Wahltarife

Die Krankenkassen haben die Pflicht beziehungsweise die Möglichkeit, ihren Versicherten Wahltarife anzubieten.

Wahltarife der gesetzlichen Krankenkassen

obligatorische Angebote

Tarife für besondere Versorgungsformen

- hausarztzentrierte Versorgung
- ambulante ärztliche Versorgung bei vertraglich gebundenen Leistungserbringern
- strukturierte Behandlungsprogramme bei chronischen Krankheiten
- integrierte Versorgung (zum Beispiel ambulante Leistungen durch Krankenhäuser)

Tarife mit Anspruch auf Krankengeld

- für Mitglieder, die nur den ermäßigten Beitragssatz zahlen und bei Arbeitsunfähigkeit keinen Anspruch auf Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen haben (zum Beispiel für freiwillig versicherte Selbständige, kurzzeitig Beschäftigte)

zusätzliche Angebote

Tarife mit Selbstbehalt

Tarife für Kosten-erstattung

Tarife für Arzneimittel der besonderen Therapie-richtungen
(Homöopathie, Phytotherapie, Anthroposophie usw.)

Tarife mit eingeschränktem Leistungsumfang
Teilkostenerstattung für bestimmte Personengruppen (zum Beispiel Beamte)





Merke:

Die Mittel der Krankenversicherung werden durch Beiträge aufgebracht. Einkommensabhängige Beiträge richten sich nach den beitragspflichtigen Einnahmen und dem Beitragssatz.

Für Arbeitnehmer gibt es den allgemeinen Beitragssatz von 14,6 % oder den ermäßigten Beitragssatz von 14,0 %. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen ihn je zur Hälfte.

Erhebt die Krankenkasse einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag (kassenindividuellen Zusatzbeitrag), trägt der Arbeitnehmer diesen allein.

Für Rentner gilt der allgemeine Beitragssatz von 14,6 %. Der Rentenversicherungsträger und der Rentner tragen jeweils 7,3 %. Den kassenindividuellen Zusatzbeitrag zahlt der Rentner allein.

Wer familienversichert ist, zahlt keine Beiträge.

Leistungen

Nach dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung können die Versicherten vielfältige Leistungen in Anspruch nehmen – von der Gesundheitsförderung über Leistungen bei Krankheit bis hin zur Familienplanung.

Die Krankenversicherung gewährt

- Leistungen zur Förderung der Gesundheit, zur Verhütung und Früherkennung von Krankheiten,
- bei Krankheit Krankenbehandlung, insbesondere ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe, Krankenhausbehandlung, medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation, Betriebshilfe für Landwirte, Krankengeld,
- bei Schwangerschaft und Mutterschaft ärztliche Betreuung, Hebammenhilfe, stationäre Entbindung, häusliche Pflege, Haushaltshilfe, Betriebshilfe für Landwirte, Mutterschaftsgeld,

- Hilfe zur Familienplanung und Leistungen bei durch Krankheit erforderlicher Sterilisation und bei nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch.

Leistungen zur Verhütung von Krankheiten

Die Krankenkasse soll Leistungen anbieten, die den allgemeinen Gesundheitszustand verbessern und einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen bringen. Diese Leistungen heißen Leistungen zur primären Prävention. Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich die gesundheitliche Prävention oder die Rehabilitation von Versicherten bei bestimmten Krankheiten zum Ziel gesetzt haben, werden von den Krankenkassen und ihren Verbänden gefördert. Die Förderung kann durch pauschale Zuschüsse und als Projektförderung erfolgen.

Die Krankenkassen erbringen zudem Leistungen zur Gesundheitsförderung in Betrieben (betriebliche Gesundheitsförderung).

Zahnerkrankungen

Zur Verhütung von Zahnerkrankungen fördern die Krankenkassen gemeinsam mit Zahnärzten und den Ländern Maßnahmen für versicherte Kinder, die nicht älter als zwölf Jahre sind. Kinder, die älter als sechs Jahre, und Jugendliche, die noch nicht 18 Jahre alt sind, können sich zur Verhütung von Zahnerkrankungen in jedem Halbjahr einmal zahnärztlich untersuchen lassen.

Die Prävention soll vorrangig in Kindergärten und Schulen durchgeführt werden.

Vorsorgeleistungen

Auf medizinische Vorsorgeleistungen haben Versicherte einen Anspruch, wenn diese notwendig sind, um

- eine Schwächung der Gesundheit, die voraussichtlich zu einer Krankheit führen wird, zu beseitigen,
- einer Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken,
- Krankheiten zu verhüten oder deren Verschlimmerung zu vermeiden oder
- Pflegebedürftigkeit zu verhindern.

Vorsorgeleistungen sind hauptsächlich die ärztliche Behandlung und die Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln.

Anspruch besteht auch auf Vorsorgeleistungen in einer Einrichtung des Müttergenesungswerks oder einer gleichartigen Einrichtung (Vater- und Mutter-Kind-Kuren), die aus medizinischen Gründen erforderlich sind.

Versicherte haben Anspruch auf Leistungen für Schutzimpfungen. Ausgenommen sind solche Schutzimpfungen, die wegen eines

Auslandsaufenthalts mit erhöhtem Gesundheitsrisiko erforderlich sind.

Reichen die Leistungen nicht aus, kann die Krankenkasse erforderliche ambulante Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten erbringen. Hier übernimmt die Krankenkasse die Kosten für die medizinischen Leistungen. Für die übrigen Kosten kann sie einen Zuschuss in Höhe von bis zu 13 Euro zahlen.

Versicherte, die älter als 18 Jahre sind, zahlen dann für jeden Tag 10 Euro zu.

Darüber hinaus kann die Krankenkasse stationäre Leistungen in einer dafür geeigneten Rehabilitationseinrichtung erbringen. Hier übernimmt die Krankenkasse auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Empfängnisregelung

Versicherte haben Anspruch auf ärztliche Beratung über Fragen der Empfängnisregelung. Dazu gehören auch die erforderliche Untersuchung und die Verordnung von empfängnisregelnden Mitteln. Sie haben ebenso Anspruch auf Leistungen bei einer nicht rechtswidrigen Sterilisation und bei einem nicht rechtswidrigen Abbruch der Schwangerschaft durch einen Arzt. Die Leistungen bestehen insbesondere in der ärztlichen Beratung über die Erhaltung und den Abbruch der Schwangerschaft, der ärztlichen Untersuchung und Begutachtung, der ärztlichen Behandlung, der Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln sowie in der Krankenhauspflege.

Früherkennung von Krankheiten

Anspruch auf eine Untersuchung zur Früherkennung von

- Krebserkrankungen haben einmal jährlich Frauen vom 20. Lebensjahr und Männer vom 45. Lebensjahr an,
- Krankheiten, wie zum Beispiel Herz-, Kreislauf- und Nierenerkrankungen sowie Zuckerkrankheit, hat alle zwei Jahre jeder Versicherte, der das 35. Lebensjahr vollendet hat,
- Krankheiten, die ihre körperliche oder geistige Entwicklung gefährden, haben Kinder bis zum 6. Lebensjahr.

Leistungen bei Krankheit

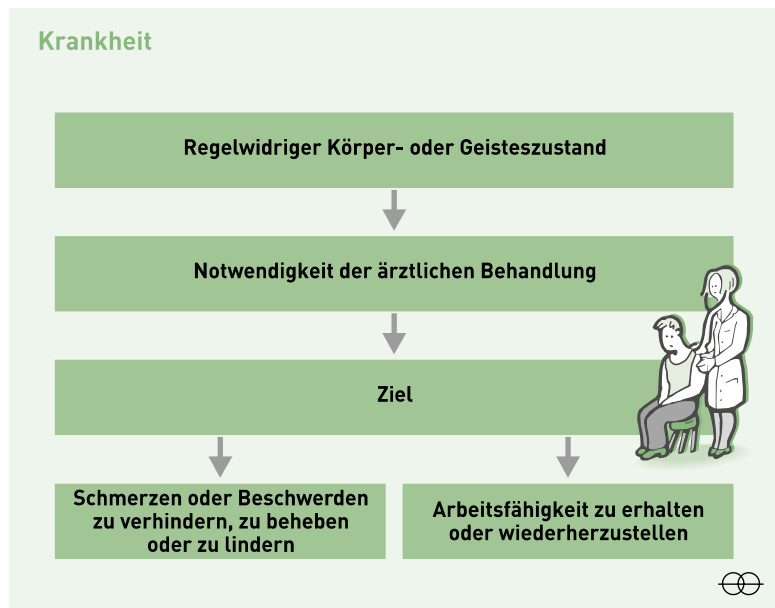
Die Leistungen bei Krankheit sind Krankenbehandlung und Krankengeld.

Krankenbehandlung

Versicherte haben Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern.

Die Krankenbehandlung umfasst

- ärztliche Behandlung einschließlich Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung,
- zahnärztliche Behandlung,
- Versorgung mit Zahnersatz einschließlich Zahnkronen und Suprakonstruktionen,
- Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln,
- häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe,
- Krankenhausbehandlung,
- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und ergänzende Leistungen.



Für die medizinisch notwendige Versorgung mit Zahnersatz – einschließlich der Zahnkronen – haben Versicherte einen Anspruch auf befundbezogene Festzuschüsse der Krankenkasse. Diese Zuschüsse umfassen 50 % der jeweiligen Regelversorgung.

Eigene Bemühungen um die Gesunderhaltung der Zähne werden besonders honoriert: die Festzuschüsse erhöhen sich dann um 20 %. Die Erhöhung kann aber auch entfallen, wenn der Gebisszustand des Versicherten regelmäßige Zahnpflege nicht erkennen lässt und während der letzten fünf Jahre keine regelmäßige zahnärztliche Behandlung oder Untersuchung stattgefunden hat.

Arzneimittel gegen Erkältungskrankheiten und grippale Infekte müssen Versicherte selbst bezahlen.

Bei Arznei- und Verbandmitteln trägt die Krankenkasse die Kosten bis zur Höhe der für diese Mittel festgesetzten Festbeträge. Versicherte, die älter als 18 Jahre sind, müssen 5 bis 10 Euro je Mittel zuzahlen. Gibt es noch keinen Festbetrag, übernimmt die Krankenkasse die vollen Kosten abzüglich der jeweiligen Zuzahlung des Versicherten.

Für Heil- und Hilfsmittel übernimmt die Krankenkasse die Kosten, soweit die Mittel nicht als allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens anzusehen sind oder die Kostenübernahme allgemein ausgeschlossen worden ist. Bei Heilmitteln und häuslicher Krankenpflege beträgt die Zuzahlung 10 % der Kosten sowie 10 Euro je Verordnung.

Häusliche Krankenpflege erhalten Versicherte in ihrem Haushalt oder ihrer Familie, wenn Krankenhausbehandlung nicht möglich ist oder durch die häusliche Krankenpflege vermieden wird. Sie besteht neben der ärztlichen Behandlung in der Pflege durch geeignete Pflegekräfte und in der Übernahme der hauswirtschaftlichen Arbeiten.

Dies kann insbesondere nach einem Krankenhausaufenthalt, einer ambulanten Operation oder einer ambulanten Krankenhausbehandlung der Fall sein.

Reichen Leistungen der häuslichen Krankenpflege bei schwerer Krankheit oder wegen akuter Verschlimmerung einer Krankheit nicht aus, erbringt die Krankenkasse die erforderliche Kurzzeitpflege für eine Übergangszeit, wenn keine Pflegebedürftigkeit mit Pflegegrad 2, 3, 4 oder 5 vorliegt.

Eine Haushaltshilfe ist von der Krankenkasse zu stellen, wenn dem Versicherten die Weiterführung des Haushalts wegen einer Krankenhausbehandlung, einer häuslichen Krankenpflege oder wegen Leistungen zur Rehabilitation nicht möglich ist. Voraussetzung ist, dass in dem Haushalt ein Kind lebt, das noch nicht zwölf Jahre alt oder behindert und auf Hilfe angewiesen ist.

Anspruch auf Krankenhausbehandlung besteht, wenn das Behandlungsziel nicht durch ambulante ärztliche Behandlung einschließlich häuslicher Krankenpflege erreicht werden kann. Es ist eine vollstationäre, teilstationäre, vor- und nachstationäre sowie ambulante Behandlung möglich. Bei einer vollstationären Behandlung zahlen Versicherte über 18 Jahre für längstens 28 Tage je Kalendertag 10 Euro selbst.

Versicherte mit einer nicht heilbaren, fortschreitenden oder weit fortgeschrittenen Erkrankung bei einer zugleich begrenz-

Hier sind auch
Leistungen zur
medizinischen
Rehabilitation möglich.

ten Lebenserwartung, die eine besonders aufwendige Versorgung benötigen, haben Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Diese umfasst ärztliche und pflegerische Leistungen einschließlich ihrer Koordination, insbesondere zur Schmerztherapie und Symptomkontrolle. Sie zielt darauf ab, die Betreuung der Versicherten in der vertrauten häuslichen Umgebung zu ermöglichen.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden ambulant und stationär in anerkannten Rehabilitationseinrichtungen durchgeführt. Stationäre Leistungen sind nur zu erbringen, wenn eine ambulante Leistung nicht ausreicht. Versicherte, die älter als 18 Jahre sind, haben für jeden Tag der Leistungen 10 Euro zuzuzahlen.

Zuzahlungen sind in jedem Kalenderjahr bis zur Belastungsgrenze zu leisten. Die Belastungsgrenze beträgt 2 % der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt. Chronisch Kranke, die wegen derselben schwerwiegenden Krankheit in Dauerbehandlung sind, zahlen bis zu 1 % zu.

Krankengeld

Versicherte haben Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfähig macht oder sie auf Kosten der Krankenkasse stationär in einem Krankenhaus oder einer Rehabilitationseinrichtung behandelt werden. Familienversicherte haben keinen Anspruch auf Krankengeld.

Krankengeld erhalten auch Versicherte, die wegen der Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege ihres erkrankten Kindes der Arbeit fernbleiben müssen. Außerdem ist es erforderlich, dass keine andere im Haushalt lebende Person das Kind beaufsichtigen, betreuen oder pflegen kann und das Kind nicht älter als zwölf Jahre ist. Krankengeld wird für jedes Kind je Kalenderjahr für längstens zehn Tage, an Alleinerziehende 20 Tage gezahlt.

Die Höhe des Krankengeldes richtet sich nach dem zuletzt erzielten regelmäßigen Arbeitsentgelt vor der Arbeitsunfähigkeit, dem Regelentgelt. Es beträgt 70 % dieses Betrages. Das Krankengeld darf 90 % des letzten pauschalierten Nettoarbeitsentgelts nicht übersteigen.

Das Krankengeld wird ohne zeitliche Begrenzung gezahlt. Bei einer Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit kann es jedoch nur für längstens 78 Wochen innerhalb von je drei Jahren gezahlt werden.

Krankengeld kann nicht gezahlt werden, wenn Versicherte unter anderem beitragspflichtiges Arbeitsentgelt erhalten oder Übergangsgeld, Mutterschaftsgeld, Verletztengeld, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II beziehen.

Der Anspruch auf Krankengeld ist ausgeschlossen, wenn Versicherte eine Rente wegen voller Erwerbsminderung, wegen Erwerbsunfähigkeit, eine Vollrente wegen Alters oder ein Ruhegehalt nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen beziehen. Bekommen die Versicherten nur eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, wegen Berufsunfähigkeit oder eine Teilrente wegen Alters, wird das Krankengeld um den Zahlungsbetrag dieser Leistung gekürzt.

Haben sich Versicherte eine Krankheit durch eine medizinisch nicht notwendige Maßnahme – wie zum Beispiel eine ästhetische Operation, eine Tätowierung oder ein Piercing – zugezogen, beteiligt die Krankenkasse die Versicherten in angemessener Höhe an den Kosten. Für die Dauer dieser Behandlung wird das Krankengeld ganz oder teilweise versagt oder zurückgefordert.

Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft

Die Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft umfassen

- ärztliche Betreuung und Hebammenhilfe,
- Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln,
- Entbindung,
- häusliche Pflege,
- Haushaltshilfe und
- Mutterschaftsgeld.

Gesetzlich versicherte Frauen erhalten während der Mutterschutzfrist von ihrer Krankenkasse Mutterschaftsgeld. Die Mutterschutzfrist umfasst die Zeit von sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung. Voraussetzung ist, dass die Frau bei Beginn der Schutzfrist in einem Arbeitsverhältnis steht oder in Heimarbeit beschäftigt ist oder ihr Arbeitsverhältnis während ihrer Schwangerschaft vom Arbeitgeber zulässig aufgelöst wurde.

Bei Früh- und Mehrlingsgeburten beträgt die Mutterschutzfrist zwölf Wochen.

Als Mutterschaftsgeld wird das um die gesetzlichen Abzüge verminderte durchschnittliche kalendertägliche Arbeitsentgelt der letzten drei abgerechneten Kalendermonate vor Beginn der Schutzfrist gezahlt (durchschnittliches Nettoarbeitsentgelt). Das Mutterschaftsgeld beträgt höchstens 13 Euro je Kalendertag.

Übersteigt das durchschnittliche Nettoarbeitsentgelt 13 Euro je Kalendertag, muss der Arbeitgeber einen Zuschuss in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Mutterschaftsgeld und dem um die gesetzlichen Abzüge verminderten durchschnittlichen kalendertäglichen Arbeitsentgelt zahlen.

Andere gesetzlich versicherte Frauen (zum Beispiel Arbeitslosengeldempfängerinnen oder Selbständige mit einer Krankengeldversicherung) erhalten Mutterschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes.

Sowohl das Mutterschaftsgeld als auch der Arbeitgeberzuschuss sind sozialversicherungs- und steuerfrei, die Mitgliedschaft bei der gesetzlichen Krankenkasse bleibt aber bestehen.

Frauen, die nicht Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sind, erhalten während der Schutzfristen sowie für den Entbindungstag Mutterschaftsgeld, wenn sie bei Beginn der Schutzfrist in einem Arbeitsverhältnis stehen (zum Beispiel Minijob) oder in Heimarbeit beschäftigt sind. Das sind insgesamt höchstens 210 Euro. Das Mutterschaftsgeld wird diesen Frauen auf Antrag vom Bundesversicherungsamt gezahlt.

Die Kosten hierfür trägt der Bund.



Merke:

Die Leistungen der Krankenversicherung müssen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein. Die wichtigsten Leistungen sind die bei Krankheit sowie bei Schwangerschaft und Mutterschaft.

Bei Krankheit haben die Versicherten Anspruch auf Krankenbehandlung, das heißt, auf ärztliche und zahnärztliche Behandlung, auf häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe, auf Krankenhausbehandlung oder auf Leistungen zur Rehabilitation.

Bei Schwangerschaft und Mutterschaft haben die Versicherten Anspruch auf ärztliche Betreuung, stationäre Entbindung, häusliche Pflege und Haushaltshilfe sowie auf Mutterschaftsgeld.

Versicherungsträger

Träger der Krankenversicherung sind die Krankenkassen. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.

Es gibt folgende Kassenarten:

- Allgemeine Ortskrankenkassen,
- Betriebskrankenkassen,
- Innungskrankenkassen,
- SVFLG, Landwirtschaftliche Krankenkasse,
- Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der Krankenversicherung und
- Ersatzkassen.

Organe

Lesen Sie hierzu auch das Kapitel „Selbstverwaltung“ ab Seite 19.

Organe der Selbstverwaltung sind bei den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie den Ersatzkassen der Verwaltungsrat und der hauptamtliche Vorstand.

Bei den übrigen Krankenversicherungsträgern sind Organe der Selbstverwaltung die Vertreterversammlung und der Vorstand.

Errichtung von Krankenkassen

Ortskrankenkassen bestehen für abgegrenzte Regionen. Die Regierung eines Bundeslandes kann die Abgrenzung der Regionen regeln und einzelne oder alle Ortskrankenkassen des Bundeslandes vereinigen. Solche Entscheidungen der Landesregierung werden durch Rechtsverordnung getroffen. Vorher müssen jedoch die betroffenen Ortskrankenkassen und ihre Landesverbände angehört werden. Ortskrankenkassen können sich auf Beschluss ihrer Verwaltungsräte auch dann zusammenschließen, wenn sich der Bezirk der neuen Krankenkasse nach der Vereinigung über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt.

Die Errichtung einer Betriebskrankenkasse bedarf der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde.

Betriebskrankenkassen kann jeder Arbeitgeber für einen oder mehrere seiner Betriebe einrichten, wenn in diesen Betrieben regelmäßig mindestens 1 000 Versicherungspflichtige beschäftigt werden und die Leistungsfähigkeit der Krankenkasse auf Dauer gesichert ist. Auf Antrag des Arbeitgebers kann eine Betriebskrankenkasse auf weitere Betriebe desselben Arbeitgebers ausgedehnt werden. Betriebskrankenkassen können sich auf Beschluss ihrer Verwaltungsräte zu einer gemeinsamen Betriebskrankenkasse vereinigen. Der Beschluss bedarf der

Genehmigung der vor dem Zeitpunkt der Vereinigung zuständigen Aufsichtsbehörden.

Innungskrankenkassen können von Handwerksinnungen für ihre Mitglieder errichtet werden, wenn in den Handwerksbetrieben dieser Mitglieder regelmäßig mindestens 1 000 Versicherungspflichtige beschäftigt werden und die Leistungsfähigkeit der Krankenkasse auf Dauer gesichert ist. Die Errichtung einer Innungskrankenkasse bedarf der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde. Innungskrankenkassen können sich auf Beschluss ihrer Verwaltungsräte vereinigen. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der vor dem Zeitpunkt der Vereinigung zuständigen Aufsichtsbehörden.

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist auch Träger der Krankenversicherung. Für diesen Bereich gelten die allgemeinen Regeln der Krankenversicherung.

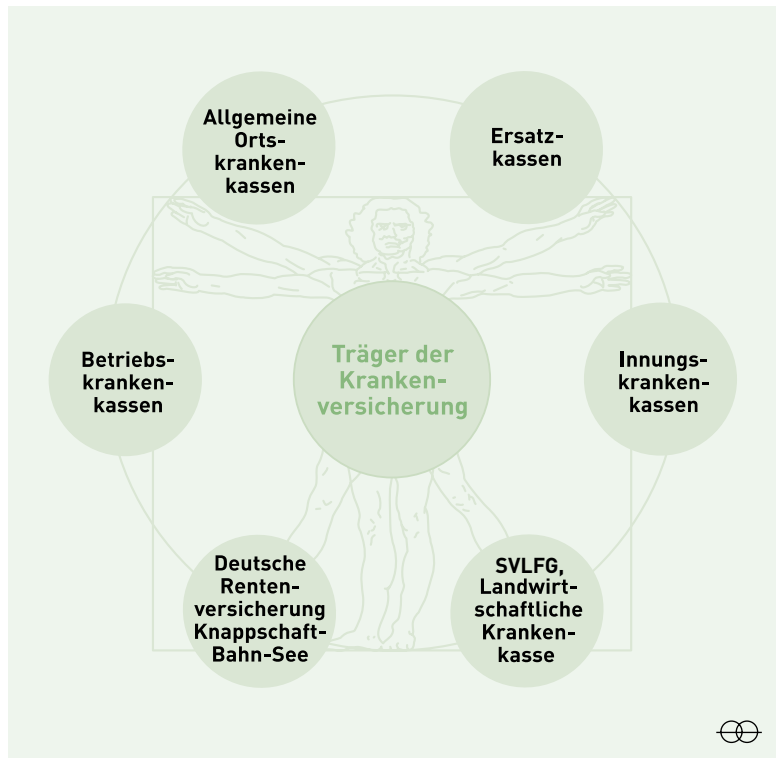
Die SVLFG führt in diesen Angelegenheiten die Bezeichnung Landwirtschaftliche Krankenkasse.

Für die Krankenversicherung der Landwirte ist die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) mit Hauptsitz in Kassel und den Geschäftsstellen und Standorten in den jeweiligen Regionen zuständig. Die Durchführung erfolgt dabei unter Beachtung der besonderen Vorschriften der landwirtschaftlichen Krankenversicherung.

Ersatzkassen sind die Krankenkassen, bei denen die Mitgliedschaft nicht kraft Gesetzes, sondern aufgrund freier Wahl begründet wird und die am 31. 12. 1992 bereits bestanden haben. Sie können sich auf Beschluss ihrer Verwaltungsräte vereinigen. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der vor dem Zeitpunkt der Vereinigung zuständigen Aufsichtsbehörden. Das Bundesministerium für Gesundheit kann auf Antrag einer Ersatzkasse oder eines Spitzenverbandes der Ersatzkassen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates einzelne Ersatzkassen nach Anhörung vereinigen.

Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und Ersatzkassen können sich auf Beschluss ihrer Verwaltungsräte auch über die Kassenartengrenzen hinweg freiwillig mit Krankenkassen anderer Kassenarten vereinigen. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der vor der Vereinigung zuständigen Aufsichtsbehörden.

Die Krankenkassen bilden einen Spitzenverband mit der Bezeichnung „Spitzenverband Bund der Krankenkassen“. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.



Wahlrecht

Für die Mitgliedschaft bei den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sowie den Ersatzkassen gibt es ein Wahlrecht.

Die Versicherungspflichtigen und die Versicherungsberechtigten können wählen:

- die Ortskrankenkasse des Beschäftigungs- oder Wohnorts,
- jede Ersatzkasse, deren Zuständigkeit sich nach der Satzung auf den Beschäftigungs- oder Wohnort erstreckt,
- die Betriebs- oder Innungskrankenkasse, wenn sie in dem Betrieb beschäftigt sind, für den die Betriebs- oder Innungskrankenkasse besteht, oder wenn die Satzung der Krankenkasse ein allgemeines Wahlrecht vorsieht,
- die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See,
- die Krankenkasse, bei der zuletzt eine Mitgliedschaft oder eine Familienversicherung bestanden hat und
- die Krankenkasse, bei der der Ehepartner versichert ist.

Betriebs- und Innungskrankenkassen, für die bisher kein allgemeines Wahlrecht besteht, hatten bis zum 31.12.2008 die Möglichkeit, sich für betriebs- und innungsfremde Versicherte

zu öffnen. Machten sie hiervon keinen Gebrauch, bleiben sie dauerhaft nur für Versicherte der Betriebe beziehungsweise Innungsbetriebe wählbar, für die sie errichtet worden sind.

Die gewählte Krankenkasse ist von der Ausübung des Wahlrechts zu unterrichten. Sie darf die gewünschte Mitgliedschaft nicht ablehnen. Das Wahlrecht besteht erst ab dem 15. Lebensjahr.

Die Krankenkasse stellt dem Versicherten unverzüglich eine Mitgliedsbescheinigung aus. Sie ist dem Arbeitgeber oder den sonstigen zur Meldung verpflichteten Stellen vorzulegen. Liegt die Bescheinigung nicht spätestens zwei Wochen nach Eintritt einer Versicherungspflicht vor, hat der Arbeitgeber oder die sonstige Stelle den Versicherungspflichtigen bei einer Krankenkasse anzumelden.

Kündigung

Der Versicherte ist bei Ausübung des Wahlrechts für 18 Monate an die gewählte Krankenkasse gebunden. Nach Ablauf dieser Zeit kann der Versicherte jederzeit seine Mitgliedschaft bei der Krankenkasse kündigen. Er bleibt aber bis zum Ablauf des zweiten Kalendermonats nach dem Monat der Kündigung Mitglied. Die Krankenkasse stellt unverzüglich eine Kündigungsbestätigung aus.

Die Kündigung wird wirksam, wenn das Mitglied innerhalb der Kündigungsfrist die Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse durch eine Mitgliedsbescheinigung nachweist. Geschieht dies nicht, bleibt die Mitgliedschaft in der bisherigen Kasse bestehen.

Die Krankenkassen müssen ihre Mitglieder auf ihr Sonderkündigungsrecht, die Höhe des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes sowie auf die Übersicht der Zusatzbeitragssätze aller Krankenkassen hinweisen.

Erhebt die Krankenkasse erstmals einen Zusatzbeitrag oder erhöht sie diesen, besteht für jedes Mitglied ein Sonderkündigungsrecht. Die Bindungsfrist von 18 Monaten gilt in diesen Fällen nicht. Die Kündigung muss bis zum Ablauf des Monats erklärt werden, für den die Krankenkasse einen Zusatzbeitrag erstmals erhebt oder ihn erhöht. Sie wird zum Ablauf des übernächsten Kalendermonats wirksam. Bis dahin zahlt das Mitglied den einkommensabhängigen Zusatzbeitrag und kann erst dann in eine andere Krankenkasse wechseln.

Hat sich das Mitglied für einen Wahltarif entschieden, ist eine Kündigung der Mitgliedschaft frühestens nach Ablauf der dreijährigen Mindestbindungsfrist möglich. Ein Sonderkündigungsrecht gibt es nur in Härtefällen.



Merke:

Träger der Krankenversicherung sind die Krankenkassen. Es gibt folgende Kassen:

- Allgemeine Ortskrankenkassen,
- Betriebskrankenkassen,
- Innungskrankenkassen,
- SVFLG, Landwirtschaftliche Krankenkasse,
- Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und
- Ersatzkassen.

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung können zwischen den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sowie den Ersatzkassen wählen. Die gewählte Krankenkasse kann die Mitgliedschaft nicht ausschließen. Der Versicherte ist für 18 Monate an die gewählte Krankenkasse gebunden. Danach kann er jederzeit die Mitgliedschaft zum Ablauf des zweiten Kalendermonats kündigen und eine neue Kasse wählen.

Wird ein Zusatzbeitrag erstmals erhoben oder erhöht, hat das Mitglied ein Sonderkündigungsrecht. Hat sich das Mitglied für einen Wahltarif entschieden, ist das Kündigungsrecht eingeschränkt, da die Bindungsfrist mindestens drei Jahre gilt.

Unfallversicherung

Aufgabe der Unfallversicherung ist es,

- mit allen geeigneten Mitteln Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu vermeiden,
- bei Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit wiederherzustellen sowie die Versicherten oder ihre Hinterbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen.

Diese Aufgaben lassen sich gliedern in

- Prävention,
- Rehabilitation und
- Entschädigung durch Geldleistungen.

Die gesetzliche Grundlage ist seit dem 1. 1. 1997 das Siebte Buch des Sozialgesetzbuches, das SGB VII.

Versicherte Personen

Bei den Versicherten der Unfallversicherung wird unterschieden in Pflichtversicherte und freiwillig Versicherte.

Pflichtversicherte

Pflichtversicherter wird man ohne Rücksicht auf den eigenen Willen oder den des Arbeitgebers.

Die Pflichtversicherung ist eine Zwangsversicherung; sie kann weder schriftlich noch durch mündliche Absprache zwischen den Beteiligten ausgeschlossen werden.

Pflichtversichert sind im Wesentlichen

- Beschäftigte und Lernende während der beruflichen Aus- und Fortbildung,
- behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten, in anerkannten Blindenwerkstätten oder für diese Einrichtungen in Heimarbeit tätig sind,
- landwirtschaftliche Unternehmer und ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehe- oder Lebenspartner und Familienangehörige,
- Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister sowie ihre mitarbeitenden Ehe- oder Lebenspartner,
- selbständig tätige Küstenschiffer und Küstenfischer sowie ihre mitarbeitenden Ehe- oder Lebenspartner,
- Kinder während des Besuchs von Tageseinrichtungen,
- Schüler während des Besuchs von allgemein- oder berufsbildenden Schulen,
- Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen,
- Personen, die im Gesundheitswesen oder in der Wohlfahrtspflege, bei Unglücksfällen oder Zivilschutz ehrenamtlich tätig sind,
- Personen, die bei Unglücksfällen oder allgemeiner Gefahr oder Not Hilfe leisten oder einen anderen aus erheblicher gegenwärtiger Gefahr für seine Gesundheit retten oder Blut oder körpereigene Organe, Organteile oder Gewebe spenden,
- Pflegepersonen bei der Pflege eines Pflegebedürftigen im Rahmen der sozialen Pflegeversicherung.

Die Satzung der Träger der Unfallversicherung kann außerdem die Versicherungspflicht auf Unternehmer (Arbeitgeber) und ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehe- oder Lebenspartner erstrecken.

Aufgaben der Unfallversicherung



Unfallverhütung



Leistungen bei
Unfallfolgen



Von der Versicherungspflicht ausgenommen

sind Personen, die anderweitig gegen Arbeitsunfälle oder bei Berufskrankheiten geschützt sind, zum Beispiel Beamte, Richter, Berufssoldaten sowie Mitglieder geistlicher Genossenschaften, Diakonissen und Mitglieder ähnlicher Gemeinschaften. Diese Personen sind versicherungsfrei.

Freiwillig Versicherte

Ein freiwilliges Versicherungsverhältnis ist – im Gegensatz zur Pflichtversicherung – weitgehend vom eigenen Willen abhängig.

Der Unfallversicherung freiwillig beitreten können

- Unternehmer, die nicht kraft Gesetzes oder Satzung versicherungspflichtig sind, und ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehe- oder Lebenspartner sowie
- Personen, die in Kapital- oder Personenhandelsgesellschaften wie Unternehmer selbständig tätig sind.

Die freiwillige Versicherung muss schriftlich beantragt werden. Sie erlischt, wenn ein Beitrag nicht innerhalb von zwei Monaten nach Fälligkeit gezahlt wird.



Merke:

Die Aufgaben der Unfallversicherung gliedern sich in Prävention, Rehabilitation und Entschädigung durch Geldleistungen.

Die Unfallversicherung kennt sowohl Pflichtversicherte als auch freiwillig Versicherte.

Finanzierung

Beitragspflichtig sind in der Unfallversicherung nur die Unternehmer. Ihre Beiträge sind die einzige Finanzierungsgrundlage. Die Finanzierung durch die Arbeitgeber ersetzt die individuelle Unternehmerhaftpflicht.

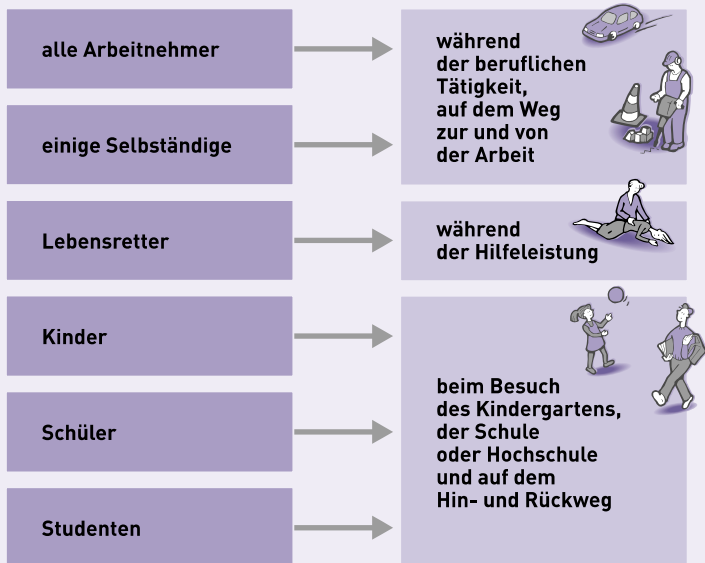
Bis zur Bescheiderteilung können die Unfallversicherungsträger Vorschüsse erheben.

Die Beiträge werden nach Ablauf eines Kalenderjahres im Wege der Umlage festgesetzt. Jeder Unternehmer erhält dazu einen Bescheid über die von ihm zu zahlenden Beiträge. Die Umlage muss den Bedarf des abgelaufenen Kalenderjahres einschließlich der zur Ansammlung der Rücklage nötigen Beträge decken. Darüber hinaus dürfen Beiträge nur für die Betriebsmittel erhoben werden.

Berechnungsgrundlage für die Beiträge sind der Finanzbedarf (Umlagesoll), die Arbeitsentgelte der Versicherten und die Gefahrenklassen.

Die Gefahrenklassen sind in einem Gefahrentarif zusammengestellt. Er wird von den Unfallversicherungsträgern mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Kalenderjahren erlassen und bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Die

Bei Unfall geschützte Personen



Gefahrenklassen berücksichtigen den unterschiedlichen Grad der Unfallgefahren in den einzelnen Gewerbezeigen.

Zu den Beiträgen können Zuschläge erhoben oder Nachlässe gegeben werden. Die Höhe der Zuschläge und Nachlässe richtet sich nach der Zahl, der Schwere und den Aufwendungen für die Arbeitsunfälle. Auch Prämien bei besonders wirkungsvollen Maßnahmen zur Verhütung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sind möglich.

Mittel der Unfallversicherungsträger

Die Mittel der Unfallversicherungsträger umfassen die Betriebsmittel, die Rücklage und das Verwaltungsvermögen.

Betriebsmittel

Betriebsmittel dürfen nur für die vorgesehenen Aufgaben, für die Verwaltungskosten sowie zur Auffüllung der Rücklage und zur Bildung von Verwaltungsvermögen verwendet werden. Die Betriebsmittel sind im erforderlichen Umfang bereitzuhalten und so liquide anzulegen, dass sie bei Bedarf verfügbar sind.

Rücklage

Der Unfallversicherungsträger bildet zur Sicherstellung seiner Leistungsfähigkeit – vorrangig für den Fall, dass Einnahme- und Ausgabeschwankungen durch Betriebsmittel nicht mehr ausgeglichen werden können – sowie zur Beitragsstabilisierung eine Rücklage.

Die Rücklage wird mindestens in zweifacher Höhe und höchstens bis zur vierfachen Höhe der durchschnittlichen monatlichen Ausgaben des abgelaufenen Kalenderjahres gebildet. Bis die Rücklage die vorgesehene Mindesthöhe erreicht hat, wird ihr jährlich ein Betrag in Höhe von 1,5 % der Ausgaben des abgelaufenen Kalenderjahres zugeführt.

Die Rücklage ist so anzulegen, dass sie entsprechend verfügbar ist.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen des Unfallversicherungsträgers umfasst insbesondere

- alle Vermögensanlagen für die Verwaltung des Unfallversicherungsträgers sowie die Mittel, die zur Anschaffung und Erneuerung dieser Vermögensteile bereitgehalten werden,
- betriebliche Einrichtungen, Eigenbetriebe, gemeinnützige Beteiligungen und gemeinnützige Darlehen,
- Mittel für künftig zu zahlende Versorgungsbezüge der Bediensteten und ihrer Hinterbliebenen,
- die zur Finanzierung künftiger Verbindlichkeiten oder Investitionen gebildeten Sondervermögen.



Merke:

Die Finanzierung der Unfallversicherung hat nur eine Grundlage: die Beiträge der Unternehmer. Die Beiträge werden im Wege der Umlage erhoben. Berechnungsgrundlage sind der Finanzbedarf des abgelaufenen Kalenderjahres, die Arbeitsentgelte und die Gefahrenklassen. Die Gefahrenklassen berücksichtigen die unterschiedlichen Unfallgefahren in den Gewerbebezügen.

Prävention

Die Unfallversicherungsträger haben mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und für eine wirksame Erste Hilfe zu sorgen. Sie sollen dabei auch den Ursachen von arbeitsbedingten Gefahren für Leben und Gesundheit nachgehen.

Erlass von Unfallverhütungsvorschriften

Die Unfallversicherungsträger können unter Mitwirkung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. Unfallverhütungsvorschriften erlassen. Die Vorschriften bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Entscheidung hierüber wird im Einvernehmen mit den zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder getroffen.

Sie enthalten im Wesentlichen Regelungen über

- Einrichtungen, Anordnungen und Maßnahmen, welche die Unternehmer zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu treffen haben,
- das Verhalten der Versicherten zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren,
- vom Unternehmer zu veranlassende arbeitsmedizinische Untersuchungen und Maßnahmen sowie
- die Sicherstellung einer wirksamen Ersten Hilfe durch den Unternehmer.

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. unterstützt die Unfallversicherungsträger bei der Erfüllung ihrer Präventionsaufgaben.

Die Prüfungsordnung
erlässt der Unfall-
versicherungsträger.

Überwachung und Beratung

Die Unfallversicherungsträger überwachen die Durchführung der Maßnahmen zur Unfallverhütung und beraten die Unternehmer und die Versicherten. Sie können entsprechende Maßnahmen anordnen.

Für die Überwachung und Beratung werden Aufsichtspersonen eingesetzt. Sie müssen ihre Befähigung für diese Tätigkeit durch eine Prüfung nachweisen.

Die Aufsichtspersonen sind befugt, Grundstücke und Betriebsstätten zu betreten und zu besichtigen, Arbeitsmittel und persönliche Schutzausrüstungen zu prüfen sowie Arbeitsverfahren und -abläufe zu untersuchen. Sie sind berechtigt, bei Gefahr im Verzug sofort vollziehbare Anordnungen zur Abwendung von arbeitsbedingten Gefahren zu treffen.

Sicherheitsbeauftragte

In Unternehmen mit regelmäßig mehr als 20 Beschäftigten hat der Unternehmer Sicherheitsbeauftragte zu bestellen. In Unternehmen mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit kann der Unfallversicherungsträger anordnen, dass auch bei einer geringeren Zahl der Beschäftigten Sicherheitsbeauftragte bestellt werden. Der Betriebs- oder Personalrat ist dabei zu beteiligen.

Die Sicherheitsbeauftragten haben den Unternehmer bei der Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu unterstützen. Sie haben sich von dem Vorhandensein und der Benutzung der vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen und persönlichen Schutzausrüstungen zu überzeugen. Auf besondere Unfall- und Gesundheitsgefahren haben sie aufmerksam zu machen.



Merke:

Die Unfallversicherungsträger haben für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu sorgen. Sie erlassen dazu Unfallverhütungsvorschriften. Die Durchführung der Maßnahmen zur Unfallverhütung wird von Aufsichtspersonen überwacht.

In Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten sind von dem Unternehmer Sicherheitsbeauftragte zu bestellen.

Leistungen

Leistungen der Unfallversicherung erhalten Versicherte und ihre Hinterbliebenen nach Eintritt eines Versicherungsfalls. Die wichtigsten Leistungen sind Heilbehandlungen und Renten.

Versicherungsfälle sind Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten. Ein verbotswidriges Handeln schließt einen Versicherungsfall nicht aus. Personen, die den Tod von Versicherten vorsätzlich herbeigeführt haben, haben keinen Anspruch auf Leistungen. Ist der Versicherungsfall bei einer von dem Versicherten begangenen Handlung eingetreten, die nach dem Strafrecht ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen ist, können die Leistungen ganz oder teilweise versagt oder entzogen werden.

Arbeitsunfälle

Arbeitsunfälle sind Unfälle von Versicherten während einer versicherten Tätigkeit. Das ist hauptsächlich die Tätigkeit, die den Versicherungsschutz in der Unfallversicherung begründet. Als versicherte Tätigkeit ist auch das Zurücklegen des Weges von der Wohnung zum Ort der Tätigkeit und zurück anzusehen. Damit sind Unfälle auf diesem Weg Arbeitsunfälle. Dies gilt jedoch nur für den unmittelbaren, also den kürzesten Weg zwischen der Wohnung und dem Tätigkeitsort. Umwege sind unschädlich, wenn sie wegen der Unterbringung eigener Kinder während der beruflichen Tätigkeit oder wegen der gemeinsamen Nutzung von Kraftfahrzeugen zusammen mit anderen Berufstätigen erforderlich sind.

Auf das Verkehrsmittel, das der Versicherte für den Weg von seiner Wohnung zum Tätigkeitsort benutzt, kommt es nicht an. Geschützt sind damit auch Unfälle mit dem eigenen Auto. Dabei ist es unerheblich, ob der Versicherte den Unfall verschuldet hat. Ausgenommen sind jedoch Unfälle, die durch Trunkenheit verursacht wurden.

Arbeitsunfälle sind auch Unfälle bei dem Verwalten, Befördern, Instandhalten und Erneuern von Arbeitsgeräten oder Schutzausrüstungen.

Berufskrankheiten

Krankheiten der Versicherten können nur dann als Berufskrankheiten anerkannt werden, wenn sie durch Rechtsverordnung der Bundesregierung auch als Berufskrankheit bezeichnet worden sind.

Als Berufskrankheiten werden solche Krankheiten bezeichnet, die nach Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte Personengruppen durch ihre versicherte Tätigkeit in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind. In der Rechtsverordnung kann festgelegt werden, dass die Krankheiten nur dann Berufskrankheiten sind, wenn sie durch Tätigkeiten in bestimmten Gefährdungsbereichen verursacht worden sind.

Die Erkrankung muss auf der schädigenden Einwirkung beruhen. Dies wird immer dann angenommen, wenn der Versicherte nach den Bedingungen seines Arbeitsplatzes der Erkrankungsgefahr in erhöhtem Maße ausgesetzt war und sich keine Anhaltspunkte für eine andere Ursache ergeben.

Feststellung der Leistungen

Die Anzeige ist innerhalb von drei Tagen zu erstatten.

Die Unternehmer haben Unfälle von Versicherten in ihren Unternehmen dem Unfallversicherungsträger anzuzeigen, wenn Versicherte getötet oder so verletzt sind, dass sie mehr als drei Tage arbeitsunfähig werden.

Haben Unternehmer Anhaltspunkte, dass bei Versicherten ihrer Unternehmen eine Berufskrankheit vorliegen könnte, haben sie dies ebenfalls dem Unfallversicherungsträger anzuzeigen.

Die Meldungen lösen bei dem Unfallversicherungsträger ein Verfahren aus, in dem Art und Schwere der Schädigung festgestellt und gleichzeitig darüber befunden wird, mit welchen Maßnahmen und durch welche Leistungen die Erwerbsfähigkeit des Versicherten wiederhergestellt werden kann. Besteht ein Anspruch auf Geldleistungen, so werden sie von Amts wegen festgestellt. Eines Antrages des Versicherten oder seiner Hinterbliebenen bedarf es nicht.

Heilbehandlung und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Heilbehandlungen sind auch Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.

Ziel der Heilbehandlung ist,

- den durch den Versicherungsfall verursachten Gesundheitsschaden zu beseitigen oder zu bessern, seine Verschlimmerung zu verhüten und seine Folgen zu mildern,
- den Versicherten einen ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz im Arbeitsleben zu sichern,

- Hilfen zur Bewältigung der Anforderungen des täglichen Lebens und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft bereitzustellen,
- ergänzende Leistungen zu erbringen und
- Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zu gewähren.

Die Leistungen zur Heilbehandlung haben Vorrang vor Rentenleistungen.



Heilbehandlung

Die Heilbehandlung umfasst insbesondere die ärztliche Behandlung einschließlich der Erstversorgung, die zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Zahnersatz, die Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, die häusliche Krankenpflege und die Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen. Ferner beinhaltet sie Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Unfallversicherungsträger haben für eine möglichst frühzeitige und sachgemäße Heilbehandlung zu sorgen.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Hierzu zählen insbesondere

- Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes,

- Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung und
- berufliche Anpassung und Weiterbildung, auch soweit sie einen zur Teilnahme erforderlichen schulischen Abschluss einschließen.

Zu den Leistungen gehört auch die Übernahme der erforderlichen Kosten für

- Unterkunft und Verpflegung,
- sonstige Kosten, zum Beispiel Lehrgangskosten, Prüfungsgebühren, Lernmittel, Arbeitskleidung und Arbeitsgerät,
- technische Hilfsmittel und
- die Beschaffung, die Ausstattung und die Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung.

Die Leistungen werden regelmäßig durch Berufsbildungswerke, Berufsförderungswerke und vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt.

Zu den Leistungen zur Teilhabe gehören auch Zuschüsse an Arbeitgeber, insbesondere als Ausbildungszuschüsse oder Eingliederungszuschüsse.

Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und ergänzende Leistungen

Diese Leistungen umfassen

- Beiträge zur Sozialversicherung,
- ärztlich verordneten Rehabilitationssport in Gruppen,
- Reisekosten,
- Betriebs- oder Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten,
- Kraftfahrzeughilfe und
- sonstige Leistungen zur Erreichung und zur Sicherstellung des Erfolges der Leistungen zur Rehabilitation und zur Teilhabe.

Kraftfahrzeughilfe wird erbracht, wenn die Versicherten infolge der Art und Schwere des Gesundheitsschadens nicht nur vorübergehend auf die Benutzung eines Autos angewiesen sind. Sie umfasst Leistungen zur Beschaffung des Autos, für eine behinderungsbedingte Zusatzausstattung und zur Erlangung der Fahrerlaubnis.

Leistungen bei Pflegebedürftigkeit

Solange Versicherte infolge des Versicherungsfalls so hilflos sind, dass sie für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheb-

lichem Umfang der Hilfe bedürfen, wird Pflegegeld gezahlt, eine Pflegekraft gestellt oder Heimpflege gewährt.

Die letzte Erhöhung
war am 1.7.2017.

Das monatliche Pflegegeld beträgt zwischen 351 Euro und 1 400 Euro in den alten und zwischen 330 Euro und 1 324 Euro in den neuen Bundesländern. Es wird jeweils zum 1.7. eines Jahres wie die gesetzlichen Renten angepasst.

Verletztengeld und Übergangsgeld

Verletztengeld wird gezahlt, wenn der Versicherte infolge des Versicherungsfalls arbeitsunfähig ist oder wegen der Heilbehandlung keine Erwerbstätigkeit ausüben kann. Übergangsgeld wird während der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gezahlt.

Die Höhe des Verletztengeldes und des Übergangsgeldes richtet sich nach dem zuletzt erzielten regelmäßigen Arbeitsentgelt, dem Regelentgelt.

Das Verletztengeld beträgt 80 % des Regelentgelts. Es darf allerdings das letzte, pauschalisierte Nettoarbeitsentgelt nicht übersteigen.

Die Höhe des Übergangsgeldes richtet sich nach der Berechnungsgrundlage. Das sind 80 % des zuletzt regelmäßig erzielten Arbeitsentgelts (Regelentgelt) oder des Arbeitseinkommens, für das zuletzt Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt wurden. Berechnungsgrundlage ist mindestens ein Betrag von 65 % des fiktiven Arbeitsentgelts einer altersmäßig und beruflich vergleichbaren nicht behinderten Person.

Auf das Übergangsgeld
ist eigenes Einkommen
anzurechnen.

Das Übergangsgeld beträgt 68% der Berechnungsgrundlage; für Versicherte, die mindestens ein Kind erziehen, aber 75%. Ist der Versicherte arbeitslos, kann das Übergangsgeld nach dem Ende der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Dauer von drei Monaten weitergezahlt werden. Es beträgt dann jedoch nur noch 60% beziehungsweise 67% der Berechnungsgrundlage.

Das Übergangsgeld wird nach Ablauf eines Jahres angepasst. Maßgebend dafür ist die Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer.

Renten an Versicherte

Renten an Versicherte werden gezahlt, wenn die infolge des Versicherungsfalls geminderte Erwerbsfähigkeit nicht wieder-

hergestellt werden kann. Anspruch auf eine Rente besteht, wenn die Erwerbsfähigkeit über die 26. Woche hinaus um wenigstens 20 % gemindert ist. Die Minderung der Erwerbsfähigkeit richtet sich nach dem Umfang der verminderten Arbeitsmöglichkeiten auf dem gesamten Gebiet des Erwerbslebens.

Bei vollständigem Verlust der Erwerbsfähigkeit wird die volle Rente gezahlt. Sie beträgt zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Ansonsten wird eine Teilrente geleistet. Sie wird in der Höhe des Vomhundertsatzes der Vollrente festgesetzt, der dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit entspricht. Ist die Erwerbsfähigkeit um 25 % gemindert, werden also 25 % der Vollrente gezahlt.

Ist die Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 % gemindert (Schwerverletzte) und kann der Versicherte einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen, erhöht sich seine Rente um 10 %. Dies gilt aber nur, wenn er keinen Anspruch auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung hat.

Die Renten werden von dem Tag an gezahlt, der dem Wegfall des Verletztengeldes folgt. Besteht kein Anspruch auf Verletzten-geld, wird die Rente von dem Tag an gezahlt, der dem Versicherungsfall folgt. Die Rente kann befristet werden.

Leistungen an Hinterbliebene

Hinterbliebene haben Anspruch auf

- Sterbegeld und Erstattung von Überführungskosten sowie
 - Hinterbliebenenrenten,
- wenn der Tod des Versicherten Folge eines Versicherungsfalles ist.

Lesen Sie hierzu auch Seite 170/171.

Ist der Tod nicht Folge eines Versicherungsfalles, können die Hinterbliebenen eine Beihilfe erhalten.

Sterbegeld und Erstattung von Überführungskosten

Das Sterbegeld beträgt ein Siebtel der zum Zeitpunkt des Todes geltenden jährlichen Bezugsgröße der Sozialversicherung. Im Jahr 2017 sind das 5 100 Euro in den alten Bundesländern und 4 560 Euro in den neuen Bundesländern.

Kosten der Überführung an den Ort der Bestattung werden erstattet, wenn der Tod nicht am Wohnort des Versicherten eingetreten ist. Dies ist regelmäßig dann der Fall, wenn der Versicherte wegen des Arbeitsunfalls in ein Krankenhaus in

einem anderen Ort eingeliefert wurde und dort gestorben ist.

Witwen- und Witwerrente

Bis zum 31. 12. 2011 galt ein Lebensalter von 45 Jahren. Bei Todesfällen in den Jahren 2012 bis 2028 erfolgt eine stufenweise Anhebung auf 47.

Rente an Witwen und Witwer ist vom Todestag an zu zahlen. Sie beträgt 40 % des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, wenn die Witwe oder der Witwer das 47. Lebensjahr vollendet hat, ein waisenrentenberechtigtes Kind erzieht oder vermindert erwerbsfähig im Sinne der Rentenversicherung ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, beträgt die Witwen- oder Witwerrente nur 30 % des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Für eingetragene Lebenspartner gilt dies ebenso.

Der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente besteht nur für 24 Monate nach Ablauf des Todesmonats. Die Rente wird aber auf Dauer gezahlt, wenn der Partner vor dem 1. 1. 2002 gestorben ist oder ein Partner vor dem 2. 1. 1962 geboren und die Ehe vor dem 1. 1. 2002 geschlossen wurde.

Für die ersten drei Kalendermonate nach Ablauf des Sterbemonats beträgt die Rente zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Sie ist damit für diese Zeit so hoch wie die Vollrente an Versicherte.

Ab 1. 7. 2017 beträgt der monatliche Freibetrag 819,19 Euro in den alten und 783,82 Euro in den neuen Bundesländern.

Eigenes Einkommen der Witwe oder des Witwers wird auf die Hinterbliebenenrente angerechnet, soweit es den Freibetrag überschreitet. Das über diesem Betrag liegende Einkommen wird zu 40 % auf die Witwen- oder Witwerrente angerechnet. Der Freibetrag wird jährlich angepasst.

Die Rente fällt weg, wenn die Witwe oder der Witwer wieder heiratet. Wird diese Ehe wieder aufgelöst oder für nichtig erklärt, lebt der Anspruch auf die Rente wieder auf.

Frühere Ehepartner von Versicherten, deren Ehe mit ihnen geschieden, für nichtig erklärt oder aufgehoben ist, erhalten auf Antrag eine Witwen- oder Witwerrente, wenn die Versicherten ihnen während des letzten Jahres vor ihrem Tod Unterhalt geleistet haben oder den früheren Ehepartnern im letzten wirtschaftlichen Dauerzustand vor dem Tod der Versicherten ein Anspruch auf Unterhalt zustand.

Waisenrente

Kinder haben Anspruch auf eine Halbwaisenrente, wenn ein Elternteil gestorben ist. Sind beide Eltern gestorben, haben sie Anspruch auf Vollwaisenrente.

Die Waisenrente ist bis zum 18. Lebensjahr zu zahlen, darüber hinaus längstens bis zum 27. Lebensjahr, wenn die Waise sich in Schul- oder Berufsausbildung befindet, ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst sowie weitere nationale und internationale Freiwilligendienste leistet oder wegen einer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Über das 27. Lebensjahr hinaus wird die Waisenrente dann gezahlt, wenn die Schul- oder Berufsausbildung durch Wehr- oder Zivildienst unterbrochen oder verzögert wurde.

Die Halbwaisenrente beträgt 20 %, die Vollwaisenrente 30 % des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Waisenrenten werden unabhängig vom eigenen Einkommen gezahlt.

Rente an Verwandte der aufsteigenden Linie

Verwandte der aufsteigenden Linie erhalten eine Rente, wenn sie von dem Verstorbenen aus seinem Arbeitsverdienst wesentlich unterhalten worden sind oder ohne den Versicherungsfall unterhalten worden wären. Das sind hauptsächlich Eltern, Großeltern, Stief- oder Pflegeeltern des Verstorbenen.

Die Rente ist zu zahlen, solange gegen den Verstorbenen ein Anspruch auf Unterhalt wegen Unterhaltsbedürftigkeit hätte geltend gemacht werden können.

Die Rente beträgt für ein Elternteil 20 % und für ein Elternpaar 30 % des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen.

Höchstbetrag der Hinterbliebenenrenten

Werden mehrere Hinterbliebenenrenten gezahlt, dürfen sie zusammen 80 % des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen. Sollte dieser Wert überschritten werden, sind die Witwen-, Witwer- und Waisenrenten nach dem Verhältnis ihrer Höhe zu kürzen.

Die Rente an Verwandte der aufsteigenden Linie kann nur insoweit gezahlt werden, als durch die Renten an Witwen, Witwer, frühere Ehepartner sowie Waisen der Höchstbetrag noch nicht ausgeschöpft ist.

Beihilfe für Witwen, Witwer und Waisen

Eine einmalige Beihilfe ist zu zahlen, wenn ein Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente nicht besteht, weil der Versicherte nicht an den Folgen des Versicherungsfalls gestorben ist. Der Versicherte muss aber ein Schwerverletzter gewesen sein,

die Minderung der Erwerbsfähigkeit muss also mindestens 50 % betragen haben.

Die Beihilfe beträgt 40 % des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen.

Die einmalige Beihilfe ist auch den Vollwaisen zu zahlen, die bei Tod von Versicherten mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben oder von ihnen überwiegend unterhalten worden sind. Sind mehrere Waisen vorhanden, wird die Beihilfe gleichmäßig verteilt.

Statt der einmaligen Beihilfe kann eine laufende Beihilfe bis zur Höhe einer Hinterbliebenenrente gezahlt werden, wenn der Versicherte länger als zehn Jahre eine Rente aufgrund einer Erwerbsminderung von mindestens 80 % bezogen hat. Außerdem muss der Versicherte wegen seiner Erwerbsminderung an der Ausübung einer Erwerbstätigkeit gehindert gewesen sein und die unterbliebene Erwerbstätigkeit eine Minderung der Versorgung für die Hinterbliebenen um mindestens 10 % verursacht haben.

Abfindung von Renten

Versicherte, die Anspruch auf eine Rente wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 40 % haben, können die Abfindung ihrer Rente beantragen. Als Abfindung wird der Kapitalwert der Rente gezahlt. Er ist durch Rechtsverordnung festgelegt.

Bei einer Erwerbsminderung von mindestens 40 % kann die Abfindung der Rente bis zur Hälfte für einen Zeitraum von zehn Jahren beantragt werden. Als Abfindungssumme wird das Neunfache des Jahresbetrages der Rente gezahlt, der der Abfindung zugrunde liegt. Insoweit erlischt ab Auszahlung der Abfindung für die Dauer von zehn Jahren der Rentenanspruch.

Eine Witwen- oder Witwerrente wird bei der ersten Wiederheirat der Berechtigten mit dem 24fachen Monatsbetrag der Rente abgefunden.

Anpassung der Renten

Die Renten folgen der wirtschaftlichen Entwicklung. Grundsätzlich zum 1. 7. eines Jahres werden die Renten um einen Anpassungsfaktor erhöht. Er richtet sich nach den Anpassungswerten für die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und wird von der Bundesregierung per Rechtsverordnung bestimmt.

Die letzte Renten-
erhöhung war am
1. 7. 2017.

Die Renten werden angepasst, indem ein neuer Monatsbetrag auf der Grundlage des mit dem Anpassungsfaktor vervielfältigten Jahresarbeitsverdienstes berechnet wird.



Merke:

Leistungen der Unfallversicherung erhalten Versicherte und ihre Hinterbliebenen nach Eintritt eines Versicherungsfalles. Versicherungsfälle sind Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

Die Leistungen zur Heilbehandlung haben Vorrang vor Rentenleistungen.

Renten an Versicherte werden gezahlt, wenn die infolge des Versicherungsfalles geminderte Erwerbsfähigkeit nicht wiederhergestellt werden kann. Die Minderung muss mindestens 20 % betragen.

Hinterbliebene haben Anspruch auf Hinterbliebenenrente sowie auf Sterbegeld und Erstattung von Überführungskosten, wenn der Tod des Versicherten Folge eines Versicherungsfalles ist. Ist der Tod nicht Folge eines Versicherungsfalles, können die Hinterbliebenen nur eine Beihilfe erhalten.

Versicherungsträger

Zuständig für Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung sind die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie die landes- und bundesunmittelbaren Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Berufsgenossenschaften können sich durch Beschluss ihrer Vertreterversammlungen vereinigen. Hierzu ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde notwendig.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften sind nach Branchen gegliedert:

- Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI)
- Berufsgenossenschaft Holz und Metall
- Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM)
- Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe
- Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU)
- Berufsgenossenschaft Handel und Warenverteilung
- Verwaltungs-Berufsgenossenschaft

- Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation (BG Verkehr)
- Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW)

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung ist für landwirtschaftliche Unternehmen zuständig und wird von der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) durchgeführt.

Siehe hierzu Seite 102.

Die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand gliedern sich in die Gemeindeunfallversicherungsverbände, die Feuerwehr-Unfallkassen, die Unfallkassen der Länder und Gemeinden, die gemeinsamen Unfallkassen für den Landes- und kommunalen Bereich und die Unfallversicherung Bund und Bahn.

Selbstverwaltung

Die Unfallversicherungsträger werden selbstverwaltet. Organe der Selbstverwaltung sind Vertreterversammlung und Vorstand. Sie setzen sich je zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammen. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bestehen die Organe zu je einem Drittel aus Vertretern von Versicherten, Selbständigen und Arbeitgebern. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Unfallversicherungsträger werden von hauptamtlichen Geschäftsführern geführt. Sie gehören dem Vorstand mit beratender Stimme an.

Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften sowie der landes- und bundesunmittelbaren Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ist die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV). Es handelt sich hier um einen eingetragenen Verein, der die Interessen seiner Mitglieder vertritt.

Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) ist der Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. In diesen Angelegenheiten führt sie die Bezeichnung Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Merke:

Die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung werden von gewerblichen und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft sowie von landes- und bundesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand erbracht.

Pflegeversicherung

Die soziale Pflegeversicherung dient der sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit. Sie ist ein eigenständiger Zweig der Sozialversicherung und zum 1. 1. 1995 eingeführt worden.

Die Pflegeversicherung hat die Aufgabe, Pflegebedürftigen zu helfen, die wegen der Schwere ihrer Pflegebedürftigkeit auf solidarische Unterstützung angewiesen sind.

Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen dem Pflegebedürftigen helfen, trotz seines Hilfsbedarfs ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.

Die Hilfen sind darauf auszurichten, die körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte der Pflegebedürftigen wiederzugewinnen oder zu erhalten.

Die gesetzliche Grundlage ist das Elfte Buch des Sozialgesetzbuches, das SGB XI.

Versicherte Personen

In der sozialen Pflegeversicherung gibt es verschiedene Versicherungsarten: die Pflichtversicherung, die Familienversicherung und die Weiterversicherung.

Pflichtversicherte

Der versicherungspflichtige Personenkreis ist mit dem in der gesetzlichen Krankenversicherung identisch. Dazu gehören im Wesentlichen:

Lesen Sie hierzu auch Seite 129.

- Arbeitnehmer, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind, sowie Beschäftigte zur Berufsausbildung,
- Empfänger von Arbeitslosengeld I,
- Bezieher von Arbeitslosengeld II,
- Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteiler,
- selbständige Künstler und Publizisten,
- Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
- behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten oder Blindenwerkstätten oder in Heimarbeit tätig sind,
- Studenten, die an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen eingeschrieben sind,
- Personen, die eine in Studien- oder Prüfungsordnungen vorgeschriebene berufspraktische Tätigkeit ohne Arbeitsentgelt verrichten (Praktikanten) sowie zu ihrer Berufsausbildung ohne Arbeitsentgelt Beschäftigte,
- Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung sowie
- Personen, die keinen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben und daher in der Krankenversicherung der Versicherungspflicht unterliegen.

Ausnahmen sind möglich.

Versicherungspflichtig sind außerdem Personen, die nicht Mitglied einer Krankenkasse sind, ihren Wohnsitz im Inland haben und

- nach dem Bundesversorgungsgesetz einen Anspruch auf Heil- und Krankenbehandlung haben oder
- laufende Leistungen zum Unterhalt und Leistungen der Krankenhilfe im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe erhalten oder
- krankenversorgungsberechtigt nach dem Bundesentschädigungsgesetz sind.

Darüber hinaus sind in der sozialen Pflegeversicherung auch die Personen versicherungspflichtig, die freiwillige Mitglieder einer Krankenkasse sind. Versicherte, die bei einem privaten Versicherungsunternehmen gegen das Krankheitsrisiko versichert

sind, gehören nicht zu diesem Personenkreis. Sie sind jedoch gesetzlich verpflichtet, zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit einen privaten Versicherungsvertrag abzuschließen.

Lesen Sie hierzu auch
Seite 130.

Versicherungsfrei sind Beschäftigte, wenn ihr Einkommen über der Jahresarbeitsentgeltgrenze der Krankenversicherung liegt.

Die freiwilligen Mitglieder einer Krankenkasse können sich von der Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung befreien lassen, wenn sie nachweisen, dass sie bei einem privaten Versicherungsunternehmen gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit versichert sind. Der Antrag auf Befreiung kann nur innerhalb von drei Monaten nach dem Beginn der Versicherungspflicht gestellt werden. Die Befreiung kann nicht widerrufen werden.

Familienversicherte

Familienversichert sind der Ehe-, der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern der sozialen Pflegeversicherung. Die Familienangehörigen sind nur dann familienversichert, wenn sie selbst

- ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben,
- nicht in der Pflegeversicherung versicherungspflichtig sind,
- nicht von der Versicherungspflicht befreit oder in der privaten Pflegeversicherung pflichtversichert sind,
- nicht hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind und
- ein Gesamteinkommen haben, das im Jahr 2017 monatlich 425 Euro (bei geringfügig Beschäftigten 450 Euro) nicht überschreitet.

Für die Kinder sind außerdem Altersgrenzen zu beachten; sie gelten aber nicht für Behinderte, die außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

Weiterversicherte

Freiwillig weiterversichern können sich in der sozialen Pflegeversicherung diejenigen,

- die aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind und nicht in der privaten Pflegeversicherung pflichtversichert sind, wenn sie in den letzten fünf Jahren mindestens 24 Monate oder unmittelbar vor dem Ausscheiden mindestens zwölf Monate versichert waren,
- deren Familienversicherung erlischt.

Der Antrag auf Weiterversicherung ist innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Mitgliedschaft oder nach Erlöschen der Familienversicherung zu stellen.



Merke:

Die soziale Pflegeversicherung kennt Pflichtversicherte, Familienversicherte und Weiterversicherte.

Pflichtversichert sind hauptsächlich Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung; dazu gehören auch die freiwilligen Mitglieder.

Familienversichert können der Ehe- oder Lebenspartner und die Kinder des Mitgliedes sein.

Weiterversichern kann sich, wer aus der Versicherungspflicht ausgeschieden oder dessen Familienversicherung erloschen ist.

Finanzierung

Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung werden durch Beiträge der Mitglieder und der Arbeitgeber finanziert. Deckungsmittel sind außerdem sonstige Einnahmen.

Beitragshöhe

Die Höhe der Beiträge richtet sich nach dem Beitragssatz und den beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder. Der Beitragssatz ist ein Vomhundertsatz, der, auf die beitragspflichtigen Einnahmen angewendet, den Beitrag zur Pflegeversicherung ergibt. Familienversicherte zahlen keinen Beitrag.

Beitragssatz

Der Beitragssatz wird durch Gesetz festgesetzt. Er beträgt seit dem 1. 1. 2017 bundeseinheitlich 2,55 %.

Für kinderlose Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung, die das 23. Lebensjahr vollendet haben, erhöht sich der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,25 % (Beitragszuschlag für Kinderlose). Von der Zuschlagspflicht generell ausgenommen

sind Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung, die vor dem 1. 1. 1940 geboren sind.

Für Mitglieder, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit und Pflege Anspruch auf Beihilfe oder Heilfürsorge haben, beträgt der Beitragssatz nur die Hälfte, also 1,275 %. Diese Personen erhalten die Leistungen der Pflegeversicherung aber auch nur zur Hälfte.

Beitragspflichtige Einnahmen

Für die Beitragsbemessung in der Pflegeversicherung sind die gleichen Einnahmen wie in der Krankenversicherung maßgebend. Das sind vor allem das Arbeitsentgelt aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, die Rente der gesetzlichen Rentenversicherung sowie vergleichbare Versorgungsbezüge. Die Einnahmen sind nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung zu berücksichtigen. Bei Beziehen von Krankengeld sind 80 % des Arbeitsentgelts, das der Bemessung des Krankengeldes zugrunde liegt, in der Pflegeversicherung beitragspflichtig.

Lesen Sie hierzu auch Seite 137.

Verteilung der Beitragslast

Die Arbeitnehmer, die auch in der Krankenversicherung versicherungspflichtig sind, und ihre Arbeitgeber tragen die Beiträge jeweils zur Hälfte, das sind 1,275 %. Den Beitragszuschlag für Kinderlose tragen die Beschäftigten allein.

Die Beiträge der Beschäftigten erhöhen sich nicht, wenn Länder im Jahr 2017 den Reformationstag einmalig zum gesetzlichen Feiertag erheben.

Im Freistaat Sachsen müssen Arbeitnehmer einen Beitrag von 0,5 % allein tragen. Sachsen hat als einziges Bundesland von den gesetzlichen Feiertagen am 31. 12. 1993 keinen Feiertag gestrichen. Das war aber zum Ausgleich der mit den Arbeitgeberbeiträgen verbundenen Belastungen der Wirtschaft vorgesehen. Arbeitnehmer in Sachsen tragen ab 1. 1. 2017 1,775 % und Arbeitgeber 0,775 % des Pflichtbeitrages zur Pflegeversicherung.

Der Arbeitgeber trägt den vollen Beitrag allein, wenn bei einer Beschäftigung zur Berufsbildung das monatliche Arbeitsentgelt 325 Euro nicht übersteigt. Auch für Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst leisten, trägt der Arbeitgeber die Beiträge in voller Höhe.

In der Krankenversicherung freiwillig versicherte Arbeitnehmer zahlen den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung selbst. Sie erhalten aber von ihren Arbeitgebern einen Zuschuss in Höhe des Betrags, der als Arbeitgeberanteil zu zahlen wäre.

Für selbständige Künstler und Publizisten zahlt die Künstler-sozialkasse die Beiträge. Diese müssen sich an den Beiträgen beteiligen.

Studenten tragen ihre Beiträge in voller Höhe selbst. Sie zahlen die Beiträge zusammen mit den Beiträgen zur Krankenversicherung in einer Summe für ein Semester im Voraus.

Die Beiträge der pflichtversicherten Rentner, die auch in der Krankenversicherung versicherungspflichtig sind, werden vom Rentenversicherungsträger bei der Rentenzahlung einbehalten. Der Rentner trägt den Beitrag in voller Höhe allein.

Bildung eines Pflegevorsorgefonds

2015 wurde in der sozialen Pflegeversicherung das Sondervermögen „Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung“ errichtet. Es dient der langfristigen Stabilisierung der Beitragsentwicklung und darf nur zur Finanzierung von Leistungen der sozialen Pflegeversicherung verwendet werden.

Das Sondervermögen ist nicht rechtsfähig. Es kann unter seinem Namen im rechtsgeschäftlichen Verkehr handeln, klagen und verklagt werden. Der allgemeine Gerichtsstand des Sondervermögens ist Frankfurt am Main.

Die Verwaltung und die Anlage der Mittel des Sondervermögens werden der Deutschen Bundesbank übertragen. Die dem Sondervermögen zufließenden Mittel einschließlich der Erträge sind zu marktüblichen Bedingungen anzulegen. Dabei ist der in Aktien oder Aktienfonds angelegte Anteil des Sondervermögens ab 2035 über einen Zeitraum von höchstens zehn Jahren abzubauen. Das Bundesministerium für Gesundheit ist im Anlageausschuss vertreten.

Für die Verwaltung des Sondervermögens und seiner Mittel werden der Bundesbank keine Kosten erstattet.

Das Bundesversicherungsamt überweist dem Sondervermögen monatlich einen Betrag zu Lasten des Ausgleichsfonds, der einem Zwölftel von 0,1 % der beitragspflichtigen Einnahmen der sozialen Pflegeversicherung des Vorjahres entspricht. Die erste Überweisung erfolgte zum 20.2.2015 und endet mit der Zahlung für Dezember 2033.

Ab 2035 kann das Sondervermögen zur Sicherung eines stabilen Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung verwendet werden, wenn ohne zusätzliche Mittel an den Ausgleichsfonds eine Beitragssatzanhebung erforderlich wäre, die nicht auf Leistungsverbesserungen beruht.

Das Vermögen ist von dem übrigen Vermögen der sozialen Pflegeversicherung sowie von seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten. Die Deutsche Bundesbank legt dem Bundesministerium für Gesundheit jährlich einen Bericht über die Verwaltung der Mittel des Sondervermögens vor. Darin sind der Bestand des Sondervermögens einschließlich der Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die Einnahmen und Ausgaben auszuweisen. Das Sondervermögen gilt nach Auszahlung seines Vermögens als aufgelöst.



Merke:

Die Ausgaben werden durch Beiträge der Mitglieder und der Arbeitgeber finanziert. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach dem Beitragssatz und den beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder. Familienversicherte zahlen keinen Beitrag.

Seit dem 1. 1. 2017 beträgt der Beitragssatz 2,55 %.

In der Krankenversicherung versicherungspflichtige Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeber tragen die Beiträge jeweils zur Hälfte (ausgenommen Freistaat Sachsen).

In der Krankenversicherung freiwillig versicherte Arbeitnehmer entrichten die vollen Beiträge selbst. Sie erhalten jedoch von ihrem Arbeitgeber einen Beitragszuschuss in Höhe des Arbeitgeberanteils.

Beiträge zahlen auch Krankengeldbezieher und Rentner.

Für Kinderlose, die das 23. Lebensjahr vollendet haben, wird ein Beitragszuschlag von 0,25 % erhoben, den das Mitglied allein trägt.

Von 2015 bis 2033 wird aus einem Teil der Beiträge ein Sondervermögen („Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung“) zur langfristigen Stabilisierung des Beitrags in der sozialen Pflegeversicherung ab 2035 gebildet.

Leistungsberechtigte Personen

Bis zum 31. 12. 2016 war die Pflegebedürftigkeit in drei Stufen gegliedert, ergänzt durch die Pflegestufe 0. Seit dem 1. 1. 2017 gilt ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff. Er erfasst die individuellen Beeinträchtigungen und Fähigkeiten des Pflegebedürftigen. In sechs Lebensbereichen wird das Ausmaß eingeschätzt, in dem sich die pflegebedürftige Person noch selbst ohne fremde Hilfe versorgen kann. Daraus ergibt sich einer von fünf Pflegegraden.

Kognitive Beeinträchtigungen sind Einschränkungen im Wahrnehmen, Denken, Erkennen.

Pflegebedürftigkeit

Pflegebedürftig sind Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb Hilfe benötigen. Sie können körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen nicht selbständig bewältigen.

Dabei werden sechs Lebensbereiche (Module) nach Pflegefachkriterien beurteilt:

1. Mobilität (zum Beispiel Positionswechsel im Bett, Fortbewegen innerhalb des Wohnbereichs, Treppensteigen),
2. kognitive und kommunikative Fähigkeiten (zum Beispiel Erkennen von Personen aus dem näheren Umfeld, örtliche und zeitliche Orientierung, Erinnern an wesentliche Ereignisse oder Beobachtungen, Beteiligen an einem Gespräch),
3. Verhaltensweisen und psychische Problemlagen (motorisch geprägte Verhaltensauffälligkeiten, nächtliche Unruhe, physisch und verbales aggressives Verhalten, Wahnvorstellungen),
4. Selbstversorgung (zum Beispiel Waschen, Duschen und Baden, An- und Auskleiden, mundgerechtes Zubereiten der Nahrung, Eingießen von Getränken, Essen, Trinken, Benutzen einer Toilette oder eines Toilettenstuhls, Bewältigen der Folgen einer Harn- oder einer Stuhlinkontinenz),
5. Bewältigung von und selbständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen (zum Beispiel Medikation, Injektionen, Verbandswechsel und Wundversorgung, Arztbesuche, Besuche anderer medizinischer oder therapeutischer Einrichtungen, Einhalten einer Diät oder anderer krankheits- oder therapiebedingter Verhaltensvorschriften),
6. Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte (zum Beispiel Gestaltung des Tagesablaufs und Anpassung an Veränderungen, Ruhen und Schlafen, Kontaktpflege zu Personen außerhalb des direkten Umfelds).

Die Pflegebedürftigkeit muss auf Dauer (voraussichtlich für mindestens sechs Monate) bestehen.

Ermittlung des Grades der Pflegebedürftigkeit

Für die Einschätzung der Schwere ihrer Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten (Pflegebedürftigkeit) ermitteln Gutachter das Ausmaß, in dem die Pflegebedürftigen die Hilfe anderer Personen benötigen. Das Ergebnis ist die Einstufung in einen von fünf Pflegegraden. Der Pflegegrad ist allein ausschlaggebend für die Höhe der Pflegeleistungen. Er wird mit Hilfe eines pflegefachlich begründeten Begutachtungsinstruments ermittelt.

Begutachtungsinstrument

Das Begutachtungsinstrument ist in sechs Module gegliedert, die den sechs Bereichen der Pflegebedürftigkeit entsprechen. In jedem Modul sind verschiedene Kategorien vorgesehen, die das jeweilige Ausmaß der Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten darstellen. Den Kategorien werden pflegefachlich fundierte Einzelpunkte zugeordnet. Die Summe der Punkte drückt den Schweregrad der Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aus:

- Punktbereich 0: keine Beeinträchtigungen,
- Punktbereich 1: geringe Beeinträchtigungen,
- Punktbereich 2: erhebliche Beeinträchtigungen,
- Punktbereich 3: schwere Beeinträchtigungen,
- Punktbereich 4: schwerste Beeinträchtigungen.

Jedem Punktbereich in einem Modul werden unter Berücksichtigung der in ihm zum Ausdruck kommenden Schwere der Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten gewichtete Punkte zugeordnet.

Gewichtung der Module

Modul 6:

Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte mit 15 %

Modul 5:

Bewältigung von und selbständiger Umgang mit krankheitsbedingten Anforderungen und Belastung mit 20 %

Modul 1:

Mobilität mit 10 %

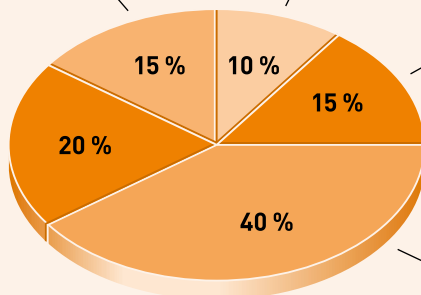
Modul 2:

kognitive und kommunikative Fähigkeiten

Modul 3: Verhaltensweisen und psychische Problemlagen [höherer Wert aus Modul 2 oder 3 mit 15 %]

Modul 4:

Selbstversorgung mit 40 %



Anschließend werden die gewichteten Punkte der Module addiert. Anhand der erreichten Gesamtpunkte wird der Pflegegrad bestimmt.

Pflegegrad		
Gesamtpunkte	Pflegegrad	Beeinträchtigung der Selbständigkeit/ Fähigkeiten
12,5 bis unter 27	1	geringe Beeinträchtigung
27 bis unter 47,5	2	erhebliche Beeinträchtigung
47,5 bis unter 70	3	schwere Beeinträchtigung
70 bis unter 90	4	schwerste Beeinträchtigung
90 bis 100	5	schwerste Beeinträchtigung mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung

Pflegebedürftige mit besonderen Bedarfskonstellationen, die einen spezifischen, außergewöhnlich hohen Hilfebedarf mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung aufweisen, können aus pflegfachlichen Gründen dem Pflegegrad 5 zugeordnet werden, auch wenn ihre Gesamtpunkte unter 90 liegen.

Bei der Begutachtung sind auch solche Kriterien zu berücksichtigen, die zu einem Hilfebedarf führen, für die Leistungen der Krankenversicherung vorgesehen sind. Dies gilt auch für krankheitsspezifische Pflegemaßnahmen.

Bei pflegebedürftigen Kindern wird der Pflegegrad durch einen Vergleich der Beeinträchtigungen ihrer Selbständigkeit und ihrer Fähigkeiten mit altersentsprechend entwickelten Kindern ermittelt.

Pflegebedürftige Kinder im Alter bis zu 18 Monaten werden wie folgt eingestuft:

- ab 12,5 bis unter 27 Gesamtpunkte in den Pflegegrad 2,
- ab 27 bis unter 47,5 Gesamtpunkte in den Pflegegrad 3,
- ab 47,5 bis unter 70 Gesamtpunkte in den Pflegegrad 4,
- ab 70 bis 100 Gesamtpunkte in den Pflegegrad 5.

Überleitung der Pflegestufen in die Pflegegrade

Pflegebedürftige, bei denen das Vorliegen einer Pflegestufe oder einer erheblich eingeschränkten Alltagskompetenz festgestellt worden ist und bei denen alle Voraussetzungen für einen Anspruch auf eine regelmäßig wiederkehrende Leistung der Pflegeversicherung am 31. 12. 2016 vorlag, wurden ab 1. 1. 2017

Die Zuordnung wurde dem Versicherten schriftlich mitgeteilt.

ohne erneute Antragstellung und ohne erneute Begutachtung einem Pflegegrad zugeordnet:

Überleitung der Pflegestufen in Pflegegrade

Von	Nach
Pflegestufe 0	Pflegegrad 2
Pflegestufe I	Pflegegrad 2
Pflegestufe I mit eingeschränkter Alltagskompetenz	Pflegegrad 3
Pflegestufe II	Pflegegrad 3
Pflegestufe II mit eingeschränkter Alltagskompetenz	Pflegegrad 4
Pflegestufe III	Pflegegrad 4
Pflegestufe III/Härtefall	Pflegegrad 5
Pflegestufe III mit eingeschränkter Alltagskompetenz	Pflegegrad 5

Begutachtung

Die Pflegebedürftigkeit wird von dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung geprüft. Er beurteilt auch den Pflegegrad der Pflegebedürftigkeit. Er trifft auch die Feststellungen, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung der Pflegebedürftigkeit geeignet, notwendig und zumutbar sind. Der Versicherte ist in seinem Wohnbereich zu untersuchen. Die behandelnden Ärzte – insbesondere der Hausarzt – sollen in die Begutachtung einbezogen werden.

Die Pflegekasse kann die Pflegebedürftigkeit auch von einem unabhängigen Gutachter feststellen lassen.



Merke:

Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung haben pflegebedürftige Versicherte.

Das sind Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb auf Hilfe durch andere angewiesen sind. Diese Personen können ihre körperlichen, kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingten Belastungen oder Anforderungen nicht selbständig kompensieren oder bewältigen.

Seit dem 1. 1. 2017 wird die Pflegebedürftigkeit in fünf Pflegegrade eingeteilt. Bis zum 31. 12. 2016 gab es drei Pflegestufen, die durch die Pflegestufe „0“ ergänzt wurden.

Leistungen der Pflegeversicherung

Die Leistungen der Pflegeversicherung sind Dienst-, Sach- und Geldleistungen für den Bedarf an körperbezogenen Pflegemaßnahmen, pflegerischen Betreuungsmaßnahmen und Hilfen bei der Haushaltsführung sowie Kostenerstattung. Art und Umfang der Leistungen richten sich nach dem Ausmaß der Pflegebedürftigkeit und danach, ob häusliche, teilstationäre oder vollstationäre Pflege in Anspruch genommen wird.

Leistungsvoraussetzungen

Die Leistungen müssen wirksam, wirtschaftlich und notwendig sein. Leistungen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, können Pflegebedürftige nicht beanspruchen.

Maßnahmen zur Rehabilitation haben Vorrang. Die Pflegekasse hat daher in jedem Einzelfall zu prüfen, welche Leistungen zur Rehabilitation geeignet und zumutbar sind, um Pflegebedürftigkeit zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhindern. Sind Leistungen zur Rehabilitation angezeigt, ist das dem zuständigen Rehabilitationsträger unverzüglich mitzuteilen.

Ein Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung besteht nur, wenn

- der Pflegebedürftige einen Antrag stellt. Wird der Antrag später als einen Monat nach Eintritt der Pflegebedürftigkeit gestellt, besteht ein Anspruch auf die Leistungen erst ab dem Monat der Antragstellung.
- der Pflegebedürftige bei der Antragstellung in der sozialen Pflegeversicherung versicherungspflichtig, familienversichert oder weiterversichert ist,
- eine Vorversicherungszeit von mindestens fünf Jahren in den letzten zehn Jahren vor der Antragstellung zurückgelegt ist.

Leistungen bei Pflegegrad 1

- Pflegeberatung,
- Beratung in der eigenen Häuslichkeit,
- zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen,
- Versorgung mit Pflegehilfsmitteln,
- finanzielle Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen oder gemeinsamen Wohnumfeldes,
- zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen,
- Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen.

Zusätzlich gewährt die Pflegeversicherung einen Entlastungsbeitrag in Höhe von 125 Euro monatlich, der für die Inanspruchnahme von Leistungen der Tages- und Nachtpflege sowie der Kurzzeitpflege, von Leistungen der ambulanten Pflegedienste sowie von Angeboten zur Unterstützung im Alltag in Anspruch genommen werden kann. Wählen Pflegebedürftige des Pflegegrades 1 die vollstationäre Pflege, wird ein Zuschuss in Höhe von 125 Euro monatlich gezahlt.

Pflegeberatung

Bei der Pflegeberatung wird ein individueller Versorgungsplan erstellt.

Personen, die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung erhalten, haben bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Sozialleistungen sowie sonstigen Hilfsangeboten, die auf die Unterstützung von Menschen mit Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsbedarf ausgerichtet sind, Anspruch auf individuelle Pflegeberatung und Hilfestellung.

Die Pflegekasse hat den Versicherten innerhalb von zwei Wochen nach Antragseingang einen Beratungstermin anzubieten. Sie kann auch einen Beratungsgutschein für andere Beratungsstellen ausstellen, bei denen innerhalb dieser Frist eine Einlösung möglich ist.

Die Pflegeberatung findet im Pflegestützpunkt statt. Pflegestützpunkte werden von den Pflege- und Krankenkassen eingerichtet. Sie sollen eine wohnortnahe Pflege, Versorgung und Betreuung der Pflegebedürftigen gewährleisten. An den Pflegestützpunkten sind Stellen der Alten- und Sozialhilfe beteiligt.

Leistungen bei Pflegegrad 2 bis 5

- Pflegesachleistung,
- Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen,
- Kombination von Geldleistung und Sachleistung,
- häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson,
- Pflegehilfsmittel und wohnumfeldverbessernde Maßnahmen,
- Tagespflege und Nachtpflege,
- Kurzzeitpflege,
- vollstationäre Pflege,
- Pflege in vollstationären Einrichtungen der Hilfe für behinderte Menschen,
- zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen,
- Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen,
- zusätzliche Leistungen bei Pflegezeit und kurzzeitiger Arbeitsverhinderung,

- Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen,
- Umwandlung des ambulanten Sachleistungsbetrags,
- Entlastungsbetrag,
- Leistungen des Persönlichen,
- zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen.

Pflegesachleistung

Häusliche Pflegehilfe soll Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten des Pflegebedürftigen so weit wie möglich durch pflegerische Maßnahmen beseitigen oder mindern und eine Verschlimmerung verhindern.

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 haben bei häuslicher Pflege Anspruch auf körperbezogene Pflegemaßnahmen und pflegerische Betreuungsmaßnahmen sowie auf Hilfen bei der Haushaltsführung als Sachleistung (häusliche Pflegehilfe). Der Anspruch umfasst pflegerische Maßnahmen in den sechs Lebensbereichen. Bestandteil der häuslichen Pflegehilfe ist auch die pflegfachliche Anleitung von Pflegebedürftigen und Pflegepersonen. Pflegerische Betreuungsmaßnahmen umfassen Unterstützungsleistungen zur Bewältigung und Gestaltung des alltäglichen Lebens im häuslichen Umfeld.

Anstelle der häuslichen Pflegehilfe können Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 ein Pflegegeld beantragen. Der Anspruch setzt voraus, dass der Pflegebedürftige mit dem Pflegegeld in entsprechendem Umfang die erforderlichen körperbezogenen Pflegemaßnahmen und pflegerischen Betreuungsmaßnahmen sowie Hilfen bei der Haushaltsführung in geeigneter Weise selbst sicherstellt.

Höhe der Pflegesachleistung (häusliche Pflegehilfe) und des Pflegegeldes

ab 2017

Pflegegrad	Pflegesachleistung Euro/Monat	Pflegegeld Euro/Monat
2	bis 689	316
3	bis 1 298	545
4	bis 1 612	728
5	bis 1 995	901

Kombination von Geld- und Sachleistung (Kombinationsleistung)

Pflegesachleistung und Pflegegeld kann der Pflegebedürftige miteinander kombinieren. Das Pflegegeld wird dann in dem Verhältnis vermindert, in dem er die Pflegesachleistung in Anspruch genommen hat. An seine Entscheidung ist der Pflegebedürftige sechs Monate lang gebunden.

Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen

Pflegebedürftige haben Anspruch auf einen pauschalen Zuschlag in Höhe von 241 Euro monatlich, wenn

- sie mit mindestens zwei und höchstens elf weiteren Personen in einer ambulant betreuten Wohngruppe in einer gemeinsamen Wohnung zur gemeinschaftlich organisierten Pflege leben und davon mindestens zwei weitere Personen pflegebedürftig sind,
- sie Pflegesachleistungen, Pflegegeld, eine Kombination von Geldleistung und Sachleistung (Kombinationsleistung), zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen oder verbesserte Pflegeleistungen für Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz erhalten,
- die Wohngruppe eine Pflegekraft beauftragt hat, unabhängig von der individuellen pflegerischen Versorgung allgemeine organisatorische, verwaltende, betreuende oder das Gemeinschaftsleben fördernde Tätigkeiten zu verrichten oder hauswirtschaftliche Unterstützung zu leisten,
- keine Versorgungsform vorliegt, in der der Anbieter der Wohngruppe oder ein Dritter Leistungen erbringt, die dem Leistungsumfang für vollstationäre Pflege weitgehend entsprechen.

Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson

Ist eine private Pflegeperson durch Urlaub, Krankheit oder aus anderen Gründen an der Pflege gehindert, übernimmt die Pflegekasse für Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 die nachgewiesenen Kosten einer notwendigen Ersatzpflege für längstens sechs Wochen (42 Kalendertage) je Kalenderjahr. Voraussetzung ist, dass die Pflegeperson den Pflegebedürftigen bereits mindestens sechs Monate in seiner häuslichen Umgebung gepflegt hat. Die Pflegekasse übernimmt bis zu 1 612 Euro im Kalenderjahr, wenn die Ersatzpflege durch Personen erfolgt, die nicht nahe Angehörige des Pflegebedürftigen sind.

Als nahe Angehörige gelten Personen, die mit dem Pflegebedürftigen bis zum zweiten Grad verwandt oder verschwägert sind, sowie Personen, die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben.

Übernehmen nahe Angehörige die Ersatzpflege, dürfen die Aufwendungen der Pflegekasse regelmäßig den Betrag des jeweiligen Pflegegeldes für bis zu sechs Wochen nicht überschreiten.

Bei einer Ersatzpflege kann der Leistungsbetrag um bis zu 806 Euro aus noch nicht in Anspruch genommenen Mitteln der Kurzzeitpflege auf insgesamt 2 418 Euro im Kalenderjahr erhöht werden. Der für die Verhinderungspflege in Anspruch genom-

mene Erhöhungsbetrag wird auf den Leistungsbetrag für eine Kurzzeitpflege angerechnet.

Pflegehilfsmittel und wohnumfeldverbessernde Maßnahmen

Die Pflegekasse ist nur zuständig, wenn die Hilfsmittel nicht wegen Krankheit oder Behinderung von der Krankenversicherung oder anderen zuständigen Leistungsträgern zu zahlen sind.

Pflegebedürftige haben Anspruch auf Pflegehilfsmittel, die zur Erleichterung der Pflege oder zur Linderung ihrer Beschwerden beitragen oder ihnen eine selbständigere Lebensführung ermöglichen. Die Pflegekasse überprüft die Notwendigkeit der beantragten Pflegehilfsmittel zusammen mit einer Pflegefachkraft oder dem Medizinischen Dienst. Entscheiden sich Versicherte für eine Ausstattung des Pflegehilfsmittels, die über das Maß des Notwendigen hinausgeht, haben sie die Mehrkosten und die dadurch bedingten Folgekosten selbst zu tragen.

Die Aufwendungen der Pflegekassen für zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel dürfen monatlich 40 Euro nicht übersteigen. Die Leistung kann auch als Kostenerstattung erbracht werden.

Für zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel ist keine Zuzahlung zu leisten.

Pflegebedürftige über 18 Jahre haben eine Zuzahlung je Pflegehilfsmittel von 10 %, höchstens jedoch von 25 Euro zu leisten. Eine Befreiung von der Zuzahlung ist in Härtefällen ganz oder teilweise möglich.

Dies können zum Beispiel technische Hilfen im Haushalt sein.

Für Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes des Pflegebedürftigen können die Pflegekassen nachrangig finanzielle Zuschüsse gewähren, wenn dadurch die häusliche Pflege im Einzelfall ermöglicht, erheblich erleichtert oder eine möglichst selbständige Lebensführung des Pflegebedürftigen wiederhergestellt wird. Die Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des gemeinsamen Wohnumfeldes dürfen höchstens 4 000 Euro je Maßnahme betragen. Leben mehrere Pflegebedürftige in einer gemeinsamen Wohnung, sind die Zuschüsse auf einen Betrag von 4 000 Euro je Pflegebedürftigem begrenzt.

Der Gesamtbetrag je Maßnahme darf 16 000 Euro nicht übersteigen.

Teilstationäre Pflege

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 haben Anspruch auf teilstationäre Pflege, wenn häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann. Sie besteht in Tages- oder Nachtpflege in hierfür vorgesehenen Einrichtungen und umfasst auch die notwendige Beförderung der Pflegebedürftigen von der Wohnung zur Einrichtung und zurück.

Die Pflegekasse übernimmt die pflegebedingten Aufwendungen der teilstationären Pflege einschließlich der Aufwendungen für Betreuung und die in der Einrichtung notwendigen Leistungen der medizinischen Behandlungspflege.

Der Anspruch auf teilstationäre Pflege umfasst je Kalendermonat für Pflegebedürftige

- des Pflegegrades 2 bis zu 689 Euro,
- des Pflegegrades 3 bis zu 1 298 Euro,
- des Pflegegrades 4 bis zu 1 612 Euro,
- des Pflegegrades 5 bis zu 1 995 Euro.

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 können teilstationäre Tages- und Nachtpflege zusätzlich zu ambulanten Pflegesachleistungen, Pflegegeld oder der Kombinationsleistung in Anspruch nehmen, ohne dass eine Anrechnung auf diese Ansprüche erfolgt.

Kurzzeitpflege

Kann die häusliche Pflege nicht erbracht werden und reicht auch teilstationäre Pflege nicht aus, besteht Anspruch auf Kurzzeitpflege in einer vollstationären Einrichtung.

Sie kann beansprucht werden

- für eine Übergangszeit im Anschluss an eine stationäre Behandlung des Pflegebedürftigen oder
- in sonstigen Krisensituationen, in denen vorübergehend häusliche Pflege oder teilstationäre Pflege nicht möglich oder nicht ausreichend ist.

Der Anspruch auf Kurzzeitpflege ist auf acht Wochen pro Kalenderjahr beschränkt. Die Pflegekasse übernimmt die pflegebedingten Aufwendungen einschließlich Betreuung und medizinischer Behandlungspflege bis zu einem Gesamtbetrag von 1 612 Euro im Kalenderjahr.

Der Leistungsbetrag kann um bis zu 1 612 Euro aus noch nicht in Anspruch genommenen Mitteln der Verhinderungspflege auf insgesamt bis zu 3 224 Euro im Kalenderjahr erhöht werden. Der für die Kurzzeitpflege in Anspruch genommene Erhöhungsbetrag wird auf den Leistungsbetrag für eine Verhinderungspflege angerechnet.

Vollstationäre Pflege

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 haben Anspruch auf Pflege in vollstationären Einrichtungen. Die Pflegekasse übernimmt die pflegebedingten Aufwendungen einschließlich Betreuung und medizinischer Behandlungspflege.

Wählen Pflegebedürftige des Pflegegrades 1 vollstationäre Pflege, erhalten sie einen Zuschuss in Höhe von 125 Euro monatlich.

Der Anspruch beträgt je Kalendermonat

- 770 Euro für Pflegebedürftige des Pflegegrades 2,
- 1 262 Euro für Pflegebedürftige des Pflegegrades 3,
- 1 775 Euro für Pflegebedürftige des Pflegegrades 4,
- 2 005 Euro für Pflegebedürftige des Pflegegrades 5.

Ist der pauschale Leistungsbetrag höher als die tatsächlichen Kosten für die vollstationäre Pflege, darf der übersteigende Betrag für Unterkunft und Verpflegung verwandt werden.

Pflege in vollstationären Einrichtungen der Hilfe für behinderte Menschen

Bei Anspruch auf anteiliges Pflegegeld an Tagen, an denen pflegebedürftige Behinderte zu Hause gepflegt und betreut werden, gelten An- und Abreise als volle Tage der häuslichen Pflege.

Für Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 in einer vollstationären Einrichtung der Hilfe für behinderte Menschen, in der die Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft, die schulische Ausbildung oder die Erziehung behinderter Menschen im Vordergrund des Einrichtungszwecks stehen, übernimmt die Pflegekasse 10 % des vereinbarten Heimentgelts. Die Aufwendungen der Pflegekasse dürfen im Einzelfall je Kalendermonat 266 Euro nicht überschreiten.

Zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen

Pflegebedürftige in stationären Pflegeeinrichtungen haben Anspruch auf zusätzliche Betreuung und Aktivierung, die über die nach Art und Schwere der Pflegebedürftigkeit notwendige Versorgung hinausgeht.

Leistungen für Pflegepersonen

Zur Verbesserung der sozialen Sicherung der Pflegepersonen, die einen Pflegebedürftigen mit mindestens Pflegegrad 2 pflegen, entrichten die Pflegekassen und die privaten Versicherungsunternehmen für die Pflegeperson Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Voraussetzung ist, dass die Pflegeperson regelmäßig nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich erwerbstätig ist.

Bis 31. 12. 2016 ist ein Pflegebedürftiger wenigstens 14 Stunden wöchentlich zu pflegen.

Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung oder ein von der Pflegekasse beauftragter unabhängiger Gutachter prüft, ob die Pflegeperson eine oder mehrere Pflegebedürftige wenigstens 10 Stunden wöchentlich (regelmäßig mindestens zwei Tage pro Woche) pflegt.

Die Versicherung zur Arbeitsförderung erfolgt frühestens ab 2017.

Pflegen mehrere Pflegepersonen einen Pflegebedürftigen (Mehrfachpflege), wird zudem der Umfang der jeweiligen Pflegetätigkeit je Pflegeperson im Verhältnis zum Gesamtpflegeaufwand ermittelt. Dabei werden die Angaben der beteiligten Pflegepersonen zugrunde gelegt. Werden keine oder keine übereinstimmenden Angaben gemacht, erfolgt eine Aufteilung zu gleichen Teilen. Die Feststellungen zu den Pflegezeiten und zum Pflegeaufwand der Pflegeperson sowie bei Mehrfachpflege zum Einzel- und Gesamtpflegeaufwand trifft die für die Pflegeleistungen zuständige Stelle. Diese Feststellungen sind der Pflegeperson auf Wunsch zu übermitteln.

Während der pflegerischen Tätigkeit sind Pflegepersonen, die einen Pflegebedürftigen mit mindestens Pflegegrad 2 pflegen, auch in der gesetzlichen Unfallversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung versichert.

Angebote zur Unterstützung im Alltag

Angebote zur Unterstützung im Alltag tragen dazu bei, Pflegepersonen zu entlasten. Sie helfen Pflegebedürftigen, möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten und ihren Alltag weiterhin möglichst selbständig zu bewältigen.

Angebote zur Unterstützung im Alltag sind

- Angebote, in denen vor allem ehrenamtliche Helfer unter pflegfachlicher Anleitung die Betreuung von Pflegebedürftigen mit allgemeinem oder mit besonderem Betreuungsbedarf in Gruppen oder im häuslichen Bereich übernehmen (Betreuungsangebote),
- Angebote zur gezielten Entlastung und beratenden Unterstützung von pflegenden Angehörigen und vergleichbar nahestehenden Pflegepersonen in ihrer Eigenschaft als Pflegende (Angebote zur Entlastung von Pflegenden),
- Angebote zur Unterstützung der Pflegebedürftigen bei der Bewältigung von allgemeinen oder pflegebedingten Anforderungen des Alltags oder im Haushalt, besonders bei der Haushaltsführung, oder bei der eigenverantwortlichen Organisation individuell benötigter Hilfeleistungen (Angebote zur Entlastung im Alltag).

Die Angebote umfassen unter anderem Betreuung und allgemeine Aufsicht, Alltagsbegleitung sowie Unterstützungsleistungen für Pflegende zur besseren Bewältigung des Pflegealltags.

Realisiert werden die Angebote zur Unterstützung im Alltag durch besondere Betreuungsgruppen für an Demenz erkrankte Menschen, Helferkreise zur stundenweisen Entlastung pflegender Angehöriger im häuslichen Bereich, Tagesbetreuung in Kleingruppen oder Einzelbetreuung durch anerkannte Helfer,

Agenturen zur Vermittlung von Betreuungs- und Entlastungsleistungen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige sowie vergleichbar nahestehende Pflegepersonen, familienentlastende Dienste, Alltagsbegleiter, Pflegebegleiter und Serviceangebote für haushaltsnahe Dienstleistungen.

Umwandlung des ambulanten Sachleistungsbetrags (Umwandlungsanspruch)

Pflegebedürftige in häuslicher Pflege mit mindestens Pflegegrad 2 können als Ersatz von Aufwendungen für Angebote zur Unterstützung im Alltag eine Kostenerstattung erhalten. Sie wird auf den Anspruch auf ambulante Pflegesachleistungen angerechnet, soweit für den entsprechenden Leistungsbetrag im jeweiligen Kalendermonat keine ambulanten Pflegesachleistungen bezogen wurden. Der hierfür verwendete Betrag darf je Kalendermonat 40 % des für den jeweiligen Pflegegrad vorgesehenen Höchstleistungsbetrags nicht überschreiten. Die Anspruchsberechtigten erhalten die Kostenerstattung auf Antrag.

Die Umwandlung des ambulanten Sachleistungsbetrags ist unabhängig vom Entlastungsbetrag.

Entlastungsbetrag

Pflegebedürftige in häuslicher Pflege haben Anspruch auf einen Entlastungsbetrag in Höhe von bis zu 125 Euro monatlich. Der Betrag ist zweckgebunden einzusetzen: für qualitätsgesicherte Leistungen zur Entlastung pflegender Angehöriger und vergleichbar Nahestehender in ihrer Eigenschaft als Pflegende sowie zur Förderung der Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit der Pflegebedürftigen bei der Gestaltung ihres Alltags.

Er dient der Erstattung von Aufwendungen im Zusammenhang mit

- Leistungen der Tages- oder Nachtpflege,
- Leistungen der Kurzzeitpflege,
- Leistungen der ambulanten Pflegedienste in den Pflegegraden 2 bis 5, jedoch nicht von Leistungen im Bereich der Selbstversorgung,
- Leistungen von anerkannten Angeboten zur Unterstützung im Alltag.

Die Aufwendungen werden auch erstattet, wenn für die Finanzierung der Leistungen Mittel der Verhinderungspflege eingesetzt werden.

Die Pflegebedürftigen erhalten den Entlastungsbetrag auf Antrag von der zuständigen Pflegekasse, dem zuständigen privaten Versicherungsunternehmen oder im Fall der Beihilfeberechtigung anteilig von der Beihilfefestsetzungsstelle gegen Vorlage

Wird die Leistung in einem Kalenderjahr nicht ausgeschöpft, kann der nicht verbrauchte Betrag in das folgende Kalenderhalbjahr übertragen werden.

Die Freistellung wird nicht bezahlt.

Dies gilt auch, wenn die Beschäftigung durch eine kürzere Arbeitszeit geringfügig wird.

Das Pflegeunterstützungsgeld wird als Ausgleich für entgangenes Arbeitsentgelt gezahlt.

Der Antrag ist unverzüglich zu stellen.

entsprechender Belege über entstandene Eigenbelastungen. Die Leistung kann innerhalb des jeweiligen Kalenderjahres in Anspruch genommen werden.

Kurzzeitige Arbeitsverhinderung und Pflegezeit

Beschäftigte sind von der Arbeitsleistung vollständig oder teilweise freizustellen, wenn sie einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen (Pflegezeit). Die Pflegezeit beträgt für jeden pflegebedürftigen nahen Angehörigen längstens sechs Monate (Höchstdauer).

In diesem Zusammenhang gelten als nahe Angehörige:

- Großeltern, Eltern, Schwiegereltern, Stiefeltern,
- Ehepartner, Lebenspartner, Partner einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft, Geschwister, Schwägerinnen und Schwäger,
- Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder sowie die Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder des Ehe- oder Lebenspartners, Schwiegerkinder und Enkelkinder

Während der Pflegezeit, in der die Beschäftigten von der Arbeitsleistung vollständig freigestellt werden, erhalten sie auf Antrag Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung. Sie sind auch nach dem Recht der Arbeitsförderung versichert.

Beschäftigte haben das Recht, bis zu zehn Arbeitstage der Arbeit fernzubleiben, um für einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in einer akut aufgetretenen Pflegesituation eine bedarfsgerechte Pflege zu organisieren oder eine pflegerische Versorgung in dieser Zeit sicherzustellen (kurzzeitige Arbeitsverhinderung). Der Arbeitgeber ist zur Entgeltfortzahlung nur verpflichtet, soweit sich dies aus anderen gesetzlichen Vorschriften oder aufgrund einer Vereinbarung ergibt.

Erhält der Beschäftigte für die Zeit der kurzzeitigen Arbeitsverhinderung keine Entgeltfortzahlung vom Arbeitgeber und kein Kranken- oder Verletzengeld bei Erkrankung oder Unfall eines Kindes, so hat er Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld für bis zu zehn Arbeitstage aus der sozialen oder privaten Pflegeversicherung des pflegebedürftigen nahen Angehörigen.

Das Pflegeunterstützungsgeld wird von der Pflegekasse oder dem privaten Pflegeversicherungsunternehmen des pflegebedürftigen nahen Angehörigen auf Antrag gewährt. Dem Antrag ist eine ärztliche Bescheinigung beizufügen.

Das Pflegeunterstützungsgeld wird in gleicher Höhe wie das Krankengeld gezahlt. Vom Pflegeunterstützungsgeld sind Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung sowie zur Arbeitsförderung zu zahlen.

Merke:

Die Pflegeversicherung gewährt Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1 insbesondere Pflegeberatung, zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen, Versorgung mit Pflegehilfsmitteln, finanzielle Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen oder gemeinsamen Wohnumfeldes, Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen.

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 erhalten insbesondere Pflegesachleistungen, Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen, kombinierte Geld- und Sachleistungen, häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson, Tagespflege und Nachtpflege, Kurzzeitpflege, vollstationäre Pflege, Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen sowie einen Entlastungsbetrag.



Versicherungsträger

Träger der Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Bei jeder Krankenkasse ist eine Pflegekasse eingerichtet. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Ihre Organe (Vertreterversammlung und Vorstand) sind die Organe der Krankenkasse, bei der sie errichtet sind.

Für die Durchführung der Pflegeversicherung ist jeweils die bei der Krankenkasse eingerichtete Pflegekasse zuständig. Wechselt der Versicherte die Krankenkasse, so wechselt er auch die Pflegekasse.

Merke:

Die Pflegeversicherung wird von Pflegekassen durchgeführt. Jede Krankenkasse hat auch eine Pflegekasse. Zuständig ist die Pflegekasse, die bei der Krankenkasse eingerichtet ist, bei der die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung besteht.

Sozialgerichtsbarkeit

Der Rechtsschutz auf dem Gebiet der Sozialversicherung ist so alt wie die Sozialversicherung selbst. Ihn gibt es seit 1884.

Für alle Streitigkeiten auf dem Gebiet des Sozialrechts gibt es heute eine besondere, von den Verwaltungsbehörden getrennte Sozialgerichtsbarkeit mit drei Instanzen: Sozialgericht, Landessozialgericht, Bundessozialgericht. Verwaltung und Rechtsprechung sind klar voneinander getrennt (Grundsatz der Gewaltenteilung).

An der Rechtsprechung wirken neben Berufsrichtern auch ehrenamtliche Richter (Laienrichter) mit.

Aufbau der Gerichte

Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit sind die Sozialgerichte, die Landessozialgerichte und das Bundessozialgericht. Sie sind Kollegialgerichte, besetzt mit Berufsrichtern und ehrenamtlichen Richtern. Die Berufung der ehrenamtlichen Richter geschieht aufgrund von Vorschlagslisten, die von den Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen aufgestellt werden.

Sozialgerichte

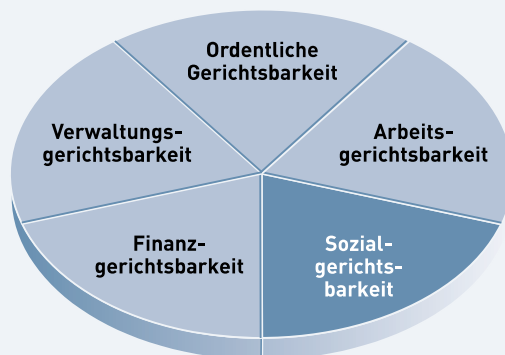
Die Sozialgerichte entscheiden in erster Instanz über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten

- der Sozialversicherung,
- der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit,
- der Grundsicherung für Arbeitsuchende,
- der Sozialhilfe,
- des Asylbewerberleistungsgesetzes,
- des sozialen Entschädigungsrechts (Recht der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden) und
- des Schwerbehindertenrechts.

Die Sozialgerichte verhandeln und entscheiden in Kammern, die für die jeweiligen Angelegenheiten gebildet werden (beispielsweise die Kammer für Rentenversicherung).

Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau können eigene Kammern gebildet werden.

Gerichtsbarkeiten in der Bundesrepublik Deutschland



Für alle Streitigkeiten, die aufgrund der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Vertragsärzten, Psychotherapeuten, Vertragszahnärzten (Vertragsarztrecht) einschließlich ihrer Vereinigungen und Verbände entstehen, werden bei den Sozialgerichten eigene Kammern eingerichtet. Die Kammer ist mit drei Richtern besetzt: ein Vorsitzender (Berufsrichter) und zwei ehrenamtliche Richter (Beisitzer).

Die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter beträgt fünf Jahre. Eine Wiederberufung ist möglich.

Die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Grundsicherung für Arbeitssuchende (einschließlich der Streitigkeiten wegen des Zuschlags zum Kindergeld und der Arbeitsförderung) mitwirken, werden aus dem Kreis der Versicherten und aus dem Kreis der Arbeitgeber berufen.

Landessozialgerichte

Die Landessozialgerichte entscheiden als zweite Instanz über die Berufungen gegen die Urteile der Sozialgerichte. Sie entscheiden außerdem in erster Instanz über Klagen, in denen es vorwiegend um übergeordnete Rechtsfragen und weniger um Tatsachenfragen des Einzelfalls geht.

Die Landessozialgerichte Nordrhein-Westfalen und Berlin-Brandenburg haben wegen der örtlichen und erstinstanzlichen Zuständigkeit außerdem besondere Aufgaben.

In diesen Verfahren werden grundsätzliche und komplexe Rechtsfragen geklärt. Es handelt sich hier zum Beispiel um Klagen gegen Entscheidungen der Landesschiedsämter, der Schiedsstellen in Angelegenheiten der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Sozialhilfe, außerdem in Aufsichtsratsangelegenheiten gegenüber Trägern der Sozialversicherung, bei denen die Aufsicht von einer Landes- oder Bundesbehörde ausgeübt wird.

Die Landessozialgerichte verhandeln und entscheiden in Senaten. Jeder Senat ist mit fünf Richtern besetzt: drei Berufsrichtern – davon ist einer der Vorsitzende des Senats – und zwei ehrenamtlichen Richtern. Auch hier kommen die ehrenamtlichen Richter im Allgemeinen aus dem Kreis der Versicherten und Arbeitgeber.

Bundessozialgericht

Das Bundessozialgericht ist das oberste Gericht für die Sozialgerichtsbarkeit. Es hat seinen Sitz in Kassel. Das Bundessozialgericht ist als dritte Instanz für die Entscheidung über die Revision zuständig. Es verhandelt und entscheidet in Senaten, die wie die Senate beim Landessozialgericht gebildet sind. Jeder Senat ist mit fünf Richtern besetzt: drei Berufsrichtern – hiervon ist einer der Vorsitzende des Senats – und zwei ehrenamtlichen Richtern.

Außerdem gibt es beim Bundessozialgericht einen Großen Senat, der aus dem Präsidenten des Bundessozialgerichts, sechs weiteren Berufsrichtern und vier ehrenamtlichen Richtern besteht.

Der Große Senat muss entscheiden, wenn ein Senat von der Entscheidung eines anderen Senats des Bundessozialgerichts abweichen will oder wenn es sich um grundsätzliche Fragen zur Fortbildung des Rechts handelt.



Merke:

Es besteht eine besondere, von der Verwaltung getrennte Sozialgerichtsbarkeit (Grundsatz der Gewaltenteilung). An der Rechtsprechung wirken Berufsrichter und ehrenamtliche Richter (Beisitzer) mit. Der Instanzenzug ist dreistufig: Sozialgericht, Landessozialgericht, Bundessozialgericht.

Das Sozialgericht verhandelt und entscheidet in Kammern und ist mit drei Richtern besetzt (ein Berufsrichter und zwei ehrenamtliche Richter). Das Landes- und das Bundessozialgericht entscheiden in Senaten (drei Berufsrichter und zwei ehrenamtliche Richter). Das Landessozialgericht entscheidet über die Berufung, das Bundessozialgericht über die Revision.

Gerichtsverfahren

Zum Gerichtsverfahren gehören die Richter und die Parteien, die in der Sozialgerichtsbarkeit „Beteiligte“ heißen. Beteiligte am Verfahren sind: der Kläger, der Beklagte und der Beigeladene. Beigeladen wird, wessen berechnigte Interessen durch die Entscheidung des Rechtsstreits berührt werden.

Beteiligte können schon Minderjährige sein, wenn sie durch Vorschriften des bürgerlichen oder öffentlichen Rechts für den Gegenstand des Verfahrens als geschäftsfähig anerkannt sind.

Die Beteiligten können vor den Sozialgerichten und Landessozialgerichten selbst auftreten, verhandeln und Anträge stellen, sie können sich jedoch auch vor diesen Gerichten vertreten lassen.

Man spricht auch von „Vertretungszwang“.

Vor dem Bundessozialgericht darf man nicht selbst auftreten; hier muss man sich durch eine Gewerkschaft, eine andere anerkannte sozialpolitische Vereinigung oder durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen.

Grundsätze des Verfahrens

Das Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit beruht auf folgenden Grundsätzen:

Grundsatz der Amtsermittlung (Offizialmaxime)

Zum Streitstoff gehören alle für die Entscheidung des Rechtsstreits wesentlichen Tatsachen.

Im sozialgerichtlichen Verfahren wird der gesamte Streitstoff durch das Gericht von Amts wegen ermittelt (im Gegensatz zum Zivilprozess, in dem die Parteien selbst den Streitstoff beibringen müssen). Deshalb muss der Vorsitzende bereits vor der mündlichen Verhandlung alle Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Rechtsstreit möglichst in einer mündlichen Verhandlung zu erledigen.

Grundsatz der Mündlichkeit und des rechtlichen Gehörs

Die Beteiligten haben das Recht auf Akteneinsicht, das allerdings vom Vorsitzenden beschränkt oder untersagt werden kann.

Die Entscheidung des Gerichts muss in der Regel aufgrund mündlicher Verhandlung ergehen. Die Beteiligten erhalten dadurch das Recht, ihre Auffassung dem Gericht unmittelbar vorzutragen. Sie sind daher zu jedem Termin zu laden. Werden Zeugen vernommen, so haben die Beteiligten das Recht, an der Zeugenvernehmung teilzunehmen. Das Urteil des Gerichts darf nur auf Tatsachen gestützt werden, zu denen sich die Beteiligten äußern konnten.

Grundsatz der Unmittelbarkeit

Das Gericht muss den streitigen Sachverhalt aus eigener und unmittelbarer Wahrnehmung kennen. Das Urteil kann nur von Richtern gefällt werden, die an der Verhandlung teilgenommen haben.

Grundsatz der freien Beweiswürdigung

Das Gericht hat nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis der Verhandlung gewonnenen Überzeugung zu entscheiden.

Grundsatz der Öffentlichkeit

Der Zutritt zum Verhandlungsraum steht allen Personen frei, auch wenn sie am Prozess selbst nicht beteiligt sind. Nicht öffentlich sind Beratung und Abstimmung. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden (zum Beispiel bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung), im sozialgerichtlichen Verfahren hauptsächlich dann, wenn die Offenlegung der gesundheitlichen oder

Familienverhältnisse gegen die Grundsätze des Datenschutzes verstößt.

Gang des Verfahrens

Vorverfahren

Hier wird gegen die Verwaltungsentscheidung zunächst Widerspruch erhoben, über den die Widerspruchsstelle entscheidet. Sie wird von Organen der Selbstverwaltung bestimmt und setzt sich aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und einem Vertreter des Versicherungsträgers zusammen. Die Widerspruchsstelle kann dem Widerspruch abhelfen oder ihn zurückweisen; weist sie ihn zurück, kann gegen die Entscheidung der Widerspruchsstelle Klage erhoben werden.

Dieses Vorverfahren gibt es unter anderem in allen Angelegenheiten der Kranken- und der Pflegeversicherung, der Arbeitsförderung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der allgemeinen und knappschaftlichen Rentenversicherung sowie der Kriegsopferversorgung.

Bei den Sozialleistungsträgern kommt es immer wieder zu sogenannten „Massenwiderspruchsverfahren“, bei denen eine Vielzahl gleichgerichteter Widersprüche gegen gleichartige Entscheidungen eingelegt wird. Um das Verfahren zu erleichtern, wurde die Möglichkeit der öffentlichen Bekanntgabe der Widerspruchsentscheidung geschaffen. Neben der Bekanntmachung in behördlichen Verfügungen, im elektronischen Bundesanzeiger und in den überregionalen Tageszeitungen besteht die Möglichkeit der Internetbekanntmachung. Diese muss allerdings für die Widerspruchsführer leicht auffindbar sein.

Hierzu zählen millionenfache Widersprüche gegen die Rentenanpassungsmittelungen.

Da bei einer öffentlichen Bekanntgabe die Gefahr besteht, dass die betroffenen Widerspruchsführer nicht ausreichende Kenntnis von der Entscheidung der Widerspruchsbehörde erhalten, beträgt die Frist zur Einreichung der Klage ein Jahr.

Erhebung der Klage

Das Gerichtsverfahren beginnt mit der Klage. Sie kann vom Kläger selbst oder von seinem Vertreter erhoben werden. Die Einreichung der Klage ist an eine Frist gebunden; diese beginnt mit der Bekanntgabe der Verwaltungsentscheidung beziehungsweise der Entscheidung der Widerspruchsstelle und beträgt einen Monat.

Bei Wohnsitz im Ausland beträgt die Frist drei Monate.

Die Klage ist bei dem zuständigen Gericht der Sozialgerichtsbarkeit zu erheben. Zuständig ist das Sozialgericht, in dessen

Bezirk der Kläger zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz hat. Die Klage kann auch bei jeder inländischen Behörde oder beim Versicherungsträger selbst eingereicht werden. Bei Wohnsitz im Ausland ist das Sozialgericht zuständig, in dessen Bezirk der Versicherungsträger seinen Sitz hat.

Eine telefonische Erklärung genügt demnach nicht.

Die Klage ist schriftlich oder auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten beim Gericht zu erheben. Die Klageschrift ist an keine feste Form gebunden. Hat man ohne Verschulden die Klagefrist versäumt, so kann man beantragen, so gestellt zu werden, als hätte man die Frist nicht versäumt (sogenannte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand).

Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein.

Vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen, schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen der Beteiligten sowie schriftlich einzureichende Auskünfte, Aussagen, Gutachten, Übersetzungen und Erklärungen Dritter können ab 1.1.2018 als elektronisches Dokument beim Gericht eingereicht werden.

Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

In Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens wird die Streitsache erst mit Zustellung der Klage rechtshängig.

Mit der Erhebung der Klage wird die Streitsache rechtshängig. Das bedeutet, dass jetzt ein Gericht mit der Sache befasst ist.

Um den Sozialgerichten die Erledigung der eingehenden Klagen zeitnah zu ermöglichen, muss der Streitgegenstand begründet und die Beteiligten angegeben werden.

Die Frist beträgt regelmäßig drei Monate.

Sind diese Anforderungen nicht erfüllt, muss der Vorsitzende den Kläger zu einer entsprechenden Ergänzung auffordern. Hierzu setzt er ihm eine angemessene Frist, in der der Kläger die gebotene und ihm mögliche Mitwirkungshandlung erbringt oder begründet, warum er die geforderte Handlung nicht vornehmen kann.

Wenn der Kläger nicht mitwirkt oder das Verfahren nicht weiter betreibt, gilt die Klage als zurückgenommen (Fiktion einer Klagerücknahme).

Klagearten

Nach der Art des verlangten Rechtsschutzes lassen sich vier Klagearten unterscheiden: Anfechtungsklage, Leistungsklage, Feststellungsklage, Untätigkeitsklage.

Mit der Anfechtungsklage wird die Aufhebung oder Abänderung der Verwaltungsentscheidung angestrebt. Der Kläger muss bei der Anfechtungsklage darlegen, dass er durch die Verwaltungsentscheidung in einem subjektiven Recht verletzt (beschwert) ist. Das Gericht hat in diesem Fall zu prüfen, ob die Entscheidung der Verwaltung mit dem geltenden Recht übereinstimmt und ob die Behörde den objektiv richtigen Sachverhalt zugrunde gelegt hat. Dabei kann das Gericht zu dem gleichen Ergebnis kommen wie die Verwaltung und die Widerspruchsstelle, dann wird die Klage abgewiesen. Wenn dagegen das Vorbringen des Klägers begründet ist, so wird die fehlerhafte Verwaltungsentscheidung durch das Gerichtsurteil aufgehoben, und die Verwaltung muss daraufhin erneut prüfen und entscheiden.

Mit der Leistungsklage wird nicht nur die Aufhebung des Verwaltungsaktes selbst, sondern auch die Verurteilung der Behörde zur Leistung angestrebt. Hier kann das Gericht nicht nur die fehlerhafte Verwaltungsentscheidung aufheben, sondern darüber hinaus die Verwaltung zur Erbringung der Leistung verurteilen (zum Beispiel zur Zahlung einer Rente).

Mit der Feststellungsklage kann begehrt werden: die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses (beispielsweise die Feststellung, in welchem Umfang Beiträge zu berechnen oder anzurechnen sind), die Feststellung, welcher Versicherungsträger der Sozialversicherung zuständig ist, oder auch die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes.

Die Untätigkeitsklage erhebt man, wenn die Verwaltung den Antrag längere Zeit hindurch nicht bearbeitet oder über ihn nicht entschieden hat. Mit der Untätigkeitsklage kann man folglich die Verwaltung zwingen, tätig zu werden und zu entscheiden.

Mündliche Verhandlung

Die mündliche Verhandlung ist das Kernstück des Prozesses. In ihr wird alles erörtert, was erforderlich ist, um eine gerechte Entscheidung zu finden.

Die mündliche Verhandlung beginnt nach Aufruf der Sache mit der Darstellung des Sachverhalts durch den Vorsitzenden oder den von ihm bestimmten Berichterstatter. Anschließend erhalten die Beteiligten die Möglichkeit, ihre Auffassungen dem Gericht vorzutragen, im Allgemeinen zuerst der Kläger, dann der Beklagte. Der Vorsitzende hat dabei die Pflicht, darauf hinzuwirken,

Mit Einverständnis der Beteiligten kann das Gericht ohne mündliche Verhandlung durch Urteil entscheiden.

Die Beratung ist geheim.

ken, dass alles vorgetragen wird, was zur Klärung des Streitstoffes dient. Soweit es erforderlich ist, hat er auch auf die rechtliche Bedeutung des Vorgebrachten hinzuweisen.

In der mündlichen Verhandlung werden auch die Beweise erhoben. Das geschieht durch Vernehmung von Zeugen oder sachverständigen Zeugen, durch Anhörung von Sachverständigen, durch Vorlage von Urkunden oder durch Einvernahme des Augenscheins.

Ist die Streitsache genügend erörtert, erklärt der Vorsitzende die mündliche Verhandlung für geschlossen. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. In der Beratung werden Streitstoff und Ergebnis der mündlichen Verhandlung gewürdigt und die Entscheidung getroffen. Über das Beratungsergebnis wird abgestimmt, es entscheidet die absolute Mehrheit.

Nach der Beratung entscheidet das Gericht durch Urteil. Dieses besteht aus der Urteilsformel, einer Darstellung des Tatbestandes und den Urteilsgründen. Zum Schluss hat das Urteil eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.

Das Verfahren braucht aber nicht immer mit einem Urteil zu enden. Die Beteiligten können auch einen Vergleich abschließen:

- Die Verwaltung kann ein Anerkenntnis abgeben, also erklären, dass die Klage begründet ist.
- Der Kläger kann schließlich seine Klage zurücknehmen, wenn er eingesehen hat, dass sein Anspruch nicht begründet ist.



Merke:

Beteiligte am Verfahren sind: der Kläger, der Beklagte und der Beigeladene. Auch Minderjährige können schon beteiligt sein.

Grundsätze des Verfahrens sind: Grundsatz der Amtsermittlung, der Mündlichkeit und des rechtlichen Gehörs, der Unmittelbarkeit, der freien Beweiswürdigung und der Öffentlichkeit.

Die mündliche Verhandlung ist das Kernstück des Prozesses.

Das Gerichtsverfahren beginnt mit der Klage; ihm muss das Widerspruchsverfahren vorausgehen.

Rechtsmittel

Rechtsmittel geben den Beteiligten die Möglichkeit, eine gerichtliche Entscheidung durch ein Gericht höherer Instanz überprüfen zu lassen. In der Sozialgerichtsbarkeit gibt es die Berufung, die Revision und die Beschwerde. Das Verfahren ist kostenfrei.

Berufung

Die Berufung findet gegen die Urteile der Sozialgerichte statt. Um eine Überlastung der Landessozialgerichte zu vermeiden, schließt das Gesetz für bestimmte Fälle (meistens Bagatellfälle) die Berufung ausdrücklich aus.

Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils beim Landessozialgericht oder Sozialgericht einzulegen. Die Berufungsschrift soll (muss aber nicht) das angefochtene Urteil bezeichnen, einen bestimmten Antrag enthalten und die zur Begründung dienenden Tatsachen angeben.

Die mündliche Verhandlung verläuft in gleicher Weise wie beim Sozialgericht.

Im Berufungsverfahren wird der gesamte Streitstoff wie in der ersten Instanz nach der rechtlichen und der tatsächlichen Seite hin geprüft. Das Landessozialgericht prüft den Streitfall im gleichen Umfang wie das Sozialgericht und hat hierbei auch neu vorgebrachte Tatsachen und Beweismittel zu berücksichtigen.

Ist die Berufung begründet, so wird das Urteil des Sozialgerichts aufgehoben und je nachdem der Klage stattgegeben oder die Klage abgewiesen. Kommt das Landessozialgericht zu dem Ergebnis, dass die Berufung nicht begründet ist, so wird die Berufung als unbegründet zurückgewiesen.

Revision

Die Revision findet gegen Urteile der Landessozialgerichte statt. Auch gegen das Urteil eines Sozialgerichts kann schon Revision eingelegt werden (sogenannte Sprungrevision, weil das Landessozialgericht hierbei übersprungen wird). Die Revision ist zulässig, wenn das Landessozialgericht oder – im Fall der Sprungrevision – das Sozialgericht sie ausdrücklich zugelassen hat.

Die Revision ist innerhalb eines Monats nach Urteilszustellung schriftlich beim Bundessozialgericht einzulegen; sie kann nicht zur Niederschrift des Urkundsbeamten erklärt werden.

Im Gegensatz zu Klageschrift und Berufungsschrift ist die Revision streng an Formen gebunden. Die Revision muss das

angefochtene Urteil bezeichnen und einen bestimmten Antrag enthalten. Die verletzte Rechtsnorm muss angegeben und die Revision ausführlich begründet werden. Da beim Bundessozialgericht Vertretungszwang besteht, müssen Revision und Begründung von einem Prozessbevollmächtigten unterzeichnet sein. Einem Bedürftigen kann für das Revisionsverfahren Prozesskostenhilfe bewilligt und ein Rechtsanwalt als Prozessbevollmächtigter an die Seite gestellt werden.

Die mündliche Verhandlung verläuft in gleicher Weise wie beim Sozialgericht und Landessozialgericht.

Das Bundessozialgericht prüft den Streitstoff nicht mehr nach der tatsächlichen Seite hin; es ist an die tatsächlichen Feststellungen des Landessozialgerichts oder – im Fall der Sprungrevision – des Sozialgerichts gebunden. Im Gegensatz zum Berufungsverfahren erfolgt hier eine Überprüfung lediglich nach der rechtlichen Seite.

Das Bundessozialgericht kann die Revision verwerfen, wenn sie nicht formgerecht ist, oder sie zurückweisen, wenn sie sachlich unbegründet ist. Das Gericht kann aber auch das Urteil des Landessozialgerichts aufheben und in anderer Weise entscheiden.

Beschwerde

Bis zum Abschluss des Verfahrens durch das Urteil sind vom Sozialgericht häufig Entscheidungen zu treffen, die sich aus dem laufenden Verfahren ergeben, zum Beispiel Ordnungsstrafen beim Ausbleiben von Zeugen und Sachverständigen. Dagegen kann ebenfalls Beschwerde eingelegt werden, über die das Landessozialgericht durch einen Beschluss entscheidet.

Wird die Revision durch das Landessozialgericht nicht zugelassen, kann diese Nichtzulassung beim Bundessozialgericht mit der Beschwerde angefochten werden.

Wiederaufnahmeverfahren

Wenn ein Urteil rechtskräftig geworden ist, kann es durch Rechtsmittel nicht mehr angefochten werden. Dennoch kann sich die Notwendigkeit ergeben, ein rechtskräftiges Urteil abzuändern. Für diese Fälle sieht das Gesetz die Wiederaufnahme des Verfahrens vor.

Sie ist zulässig, wenn das rechtskräftige Urteil mit schweren Mängeln behaftet ist, zum Beispiel wenn das Gericht fehlerhaft besetzt war, ein Zeuge wegen Meineids bestraft oder nachträglich eine Urkunde gefunden wurde (zum Beispiel die Versicherungskarte), die für das Urteil von Bedeutung gewesen wäre.

Kosten

Man unterscheidet gerichtliche und außergerichtliche Kosten.

Für die gerichtlichen Kosten gilt der Grundsatz, dass bei allen Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit keine Gerichtskosten zu zahlen sind (Kostenfreiheit). Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (wie zum Beispiel die Versicherungsträger) haben jedoch für jede Streitsache, an der sie beteiligt sind, eine Pauschalgebühr zu zahlen – unabhängig vom Ausgang des Rechtsstreits.

Außergerichtliche Kosten sind alle für die Rechtsverfolgung notwendigen Aufwendungen, also auch die Kosten für den Rechtsanwalt. Das Gericht entscheidet im Urteil, wer diese Kosten zu tragen hat. Die Gebühren für Rechtsanwälte sind gesetzlich geregelt.



Merke:

Rechtsmittel in der Sozialgerichtsbarkeit sind: Berufung, Revision und Beschwerde.

Das Verfahren ist kostenfrei.

Beispiel aus der Praxis

Dipl.-Ingenieur Max A. hat die Regelaltersgrenze erreicht. Die Deutsche Rentenversicherung Bund schickt ihm den Rentenbescheid. Am Schluss des Bescheides steht die Rechtsmittelbelehrung: „Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats Widerspruch bei der Deutschen Rentenversicherung Bund erheben.“

Widerspruch

Max A. ist der Ansicht, dass die Rente nicht richtig berechnet ist. Er schreibt in einem Brief an die Widerspruchsstelle der Deutschen Rentenversicherung Bund:

„Die Deutsche Rentenversicherung Bund hat meine Praktikantenzeit nicht rentensteigernd angerechnet (siehe beiliegendes Zeugnis des Arbeitgebers). Es fehlt die Zeit von 1975 bis 1977. Ich war damals in Mexiko und habe bei VW in Mexiko-City

gearbeitet. Ich verlange, dass die Deutsche Rentenversicherung Bund meine Rente neu berechnet.“

Die Widerspruchsstelle der Deutschen Rentenversicherung Bund weist den Widerspruch zurück, weil die rechtlichen Voraussetzungen für die Anrechnung der Praktikantenzeit von 1975 bis 1977 nicht vorliegen.

Max A. erhält einen Widerspruchsbescheid. Am Schluss des Bescheides heißt es: „Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats bei dem Sozialgericht in Stuttgart Klage erheben.“

Klage

Max A. überzeugen die Gründe der Widerspruchsstelle nicht; er ist nach wie vor der Ansicht, dass seine Rente nicht richtig berechnet ist.

Er schreibt deshalb an das Sozialgericht in Stuttgart: „Die Auffassung der Widerspruchsstelle der Deutschen Rentenversicherung Bund kann ich nicht teilen. Meine Praktikantenzeit in Mexiko von 1975 bis 1977 muss rentensteigernd angerechnet werden. Ich beantrage, die Deutsche Rentenversicherung Bund zur Neuberechnung zu veranlassen.“

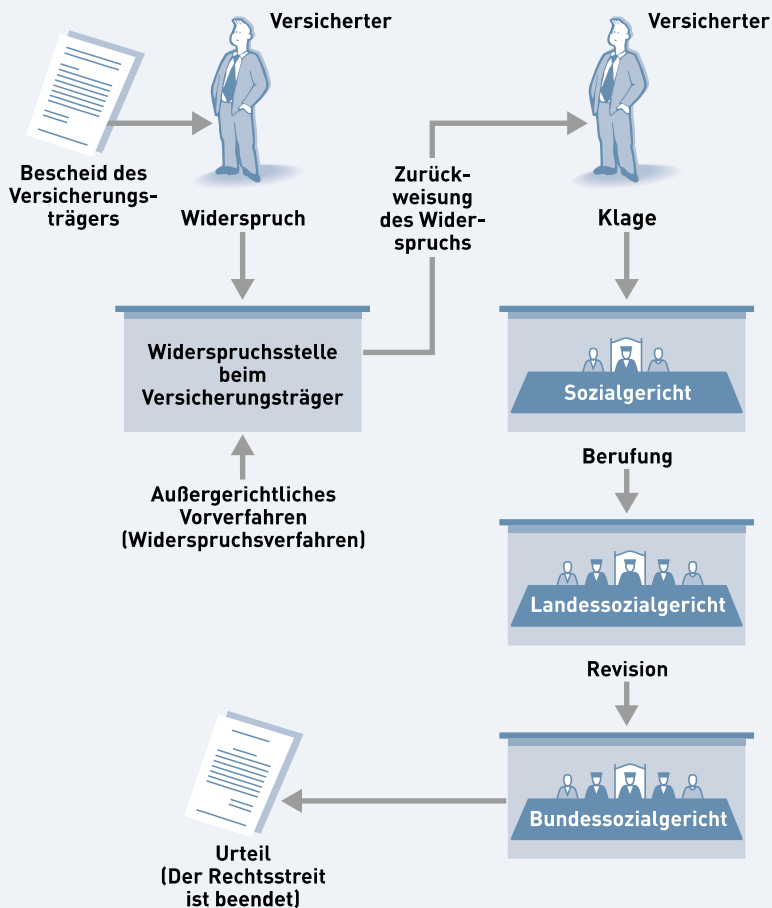
Das Sozialgericht schickt der Deutschen Rentenversicherung Bund die Klage zur Stellungnahme.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund schreibt dazu: „Wir beantragen, die Klage abzuweisen, denn der Kläger hat auf die Erhöhungen keinen Anspruch.“ Es folgen rechtliche Ausführungen.

Das Sozialgericht (Kammer für Rentenversicherung) setzt den Termin zur mündlichen Verhandlung fest. Der Kläger geht selbst zum Gericht. Für die Deutsche Rentenversicherung Bund kommt ein Verwaltungsbeamter. Den Vorsitz hat ein Berufsrichter, neben ihm sitzen als ehrenamtliche Richter ein Arbeitnehmer und ein Arbeitgebervertreter. Der Kläger und der Beklagte tragen dem Gericht ihre Ansichten vor. Nach der Beratung verkündet der Richter das Urteil. Die Klage wird abgewiesen. Er erläutert kurz die rechtlichen Gründe.

Der Kläger erhält später das schriftliche Urteil. Am Schluss des Urteils heißt es: „Gegen dieses Urteil können Sie innerhalb eines Monats beim Landessozialgericht Baden-Württemberg in Stuttgart Berufung einlegen.“

Sozialgerichtsbarkeit



Berufung

Max A. überzeugen die Gründe des Gerichts nur zum Teil: Er schreibt deshalb an das Landessozialgericht in Stuttgart: „Ich sehe jetzt ein, dass meine Zeit bei VW nicht angerechnet werden kann. Ich nehme insoweit meine Klage zurück. Meine Praktikantenzeit muss jedoch als Fachschulzeit angerechnet werden.“

Das Landessozialgericht schickt der Deutschen Rentenversicherung Bund die Berufung zur Stellungnahme.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund schreibt: „Wir beantragen, die Berufung zurückzuweisen. Der Kläger hat keinen An-

spruch auf Anrechnung der Praktikantenzeit. Das Gesetz sieht nur die Anrechnung von Zeiten der Fachschulausbildung vor. Bei Praktikantenzeiten handelt es sich nicht um Fachschulausbildung.“

Das Landessozialgericht (Senat für Rentenversicherung) setzt den Termin zur mündlichen Verhandlung fest. Der Kläger geht selbst zum Gericht. Für die Deutsche Rentenversicherung Bund kommt eine Verwaltungsfachfrau. Kläger und Beklagte tragen dem Gericht ihre Ansichten vor.

Nach der Berufung verkündet der Vorsitzende Richter das Urteil: Die Berufung wird zurückgewiesen. Er erläutert kurz die rechtlichen Gründe.

Der Kläger erhält später das schriftliche Urteil. Am Schluss des Urteils heißt es: „Die Revision wird zugelassen, weil über die Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist: Sind Praktikantenzeiten als Zeiten der Fachschulausbildung anzusehen?“

Revision

Max A. will Revision einlegen. Er geht deshalb zu seinem Rechtsanwalt.

Dieser schreibt nun an das Bundessozialgericht in Kassel: „Ich beantrage, das Urteil des Sozialgerichts und Landessozialgerichts aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die Praktikantenzeiten des Klägers anzurechnen. Das Landessozialgericht hat § 58 Abs. 1 Nr. 4 SGB VI nicht richtig angewendet.“ Es folgen rechtliche Ausführungen.

Das Bundessozialgericht schickt die Revisionsschrift der Deutschen Rentenversicherung Bund zur Stellungnahme.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund schreibt: „Wir beantragen, die Revision als unbegründet zurückzuweisen, denn das Urteil des Landessozialgerichts ist richtig.“ Es folgen Rechtsausführungen.

Das Bundessozialgericht setzt den Termin zur mündlichen Verhandlung fest. Für den Kläger erscheint ein Rechtsanwalt. Die Beteiligten tragen dem Gericht ihre jeweiligen Rechtsauffassungen vor.

Nach der Beratung verkündet der Vorsitzende Richter das Urteil: Die Revision wird zurückgewiesen. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Anrechnung der Zeiten. Der Wortlaut des Gesetzes ist maßgebend: Dieser sieht nur die Anrechnung von Zeiten der Fachschulausbildung vor.

Der Rechtsstreit ist beendet.

Fragen:

1. Welche Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit gibt es?
2. Wofür ist die Sozialgerichtsbarkeit zuständig?
3. Ist die Gewaltenteilung in der Sozialgerichtsbarkeit verwirklicht?
4. Wer wirkt an der Rechtsprechung mit?
5. Wie sind das Sozialgericht, das Landessozialgericht und das Bundessozialgericht besetzt?
6. Welche Aufgaben haben das Sozialgericht, das Landessozialgericht und das Bundessozialgericht?
7. Wer kann am Gerichtsverfahren beteiligt sein? Gilt das auch für Minderjährige?
8. Kann jeder vor dem Gericht der Sozialgerichtsbarkeit selbst auftreten?
9. Auf welchen Grundsätzen beruht das Gerichtsverfahren?
10. Was ist zu tun, wenn man mit einer Entscheidung der Verwaltung nicht einverstanden ist?
11. Wie läuft eine mündliche Verhandlung ab?
12. Welche Rechtsmittel gibt es?
13. Welche Kosten können entstehen, und wer bezahlt sie?

Aufgaben:

1. Informieren Sie sich über den Aufbau der Gerichte, ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten.
2. Diskutieren Sie über die Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung.
3. Erörtern Sie die Einrichtung von Laienrichtern und Kollegialgerichten.
4. Besprechen Sie die Zusammensetzung der Sozialgerichte mit Arbeitgeber-/Arbeitnehmervertretern. Rolle der Gewerkschaften?
5. Vergleichen Sie das Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit mit den Verfahren vor anderen Gerichten: Gerichtsverfahren und Rechtsmittel.

Begriffe

Altersgrenze

Altersgrenze ist die Grenze zwischen dem aktiven Erwerbsleben und dem Ruhestand, also der Übergang vom Beitragszahler zum Rentner. Die Geburtsjahrgänge bis 1946 erreichten die Regelaltersgrenze mit 65. Für die Jahrgänge 1947 bis 1963 wird sie stufenweise angehoben. Ab Jahrgang 1964 liegt sie bei 67 Jahren.

Anschlussrehabilitation (AHB)

Anschlussrehabilitation (AHB) – auch Anschlussheilbehandlung genannt – ist eine ganztägig ambulante oder stationäre Leistung zur medizinischen Rehabilitation. Sie kommt nur bei bestimmten Erkrankungen in Betracht und schließt unmittelbar an eine stationäre Krankenhausbehandlung an. Die AHB wird bereits im Krankenhaus eingeleitet. Dies gilt nur für Versicherte, die einer gesetzlichen Krankenkasse angehören.

Beitrittsgebiet

Beitrittsgebiet ist das Gebiet der ehemaligen DDR. Es wird so bezeichnet, weil es mit Wirkung vom 3. 10. 1990 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 31. 8. 1990 ist dieses Gebiet in Kapitel II, Artikel 3 bezeichnet. Es umfasst die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ferner gehört der Teil des Landes Berlin dazu, in dem das Grundgesetz vor dem 3. 10. 1990 nicht galt: das frühere Berlin (Ost). Diese Länder werden heute neue Bundesländer genannt.

Berufsförderungswerke

Berufsförderungswerke sind gemeinnützige außerbetriebliche Bildungseinrichtungen, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (insbesondere Fortbildung und Umschulung) für erwachsene Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen erbringen. Die Durchführung der Maßnahmen wird behindertengerecht organisiert. Es findet eine auf die individuellen Belange der Betroffenen ausgerichtete medizinische, psychologische und soziale Betreuung statt.

Bundesgarantie

Reichen die Beiträge in der Rentenversicherung zusammen mit den sonstigen Einnahmen (zum Beispiel Zinsen) nicht aus, um

die Ausgaben für die Dauer des folgenden Jahres zu decken, so sind die erforderlichen Mittel vom Bund aufzubringen.

**Bundesministerium
für Arbeit und
Soziales**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ist zuständig für die Themen Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsförderung, für Arbeitsrecht, -schutz und -medizin, außerdem für Renten- und Unfallversicherung, für das Sozialgesetzbuch, Prävention und Rehabilitation, Versorgungsmedizin sowie für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. Zum Geschäftsbereich dieses Ministeriums gehören das Bundesarbeitsgericht, das Bundessozialgericht, das Bundesversicherungsamt sowie die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Außerdem obliegt dem BMAS die Rechtsaufsicht über die Bundesagentur für Arbeit. Zu seinem Geschäftsbereich gehören ferner die der Rechtsaufsicht des Bundesversicherungsamtes unterstehende Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, die Unfallversicherung Bund und Bahn, die übrigen bundesunmittelbaren Träger der Unfallversicherung und die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau.

**Bundesministerium
für Gesundheit**

Zu den zentralen Aufgaben des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) zählt, die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu erhalten, zu sichern und fortzuentwickeln. Die Drogenbeauftragte und die Patientenbeauftragte der Bundesregierung sind dem Ministerium zugeordnet, da die Krankheitsbekämpfung und die Prävention der Drogen- und Suchtgefahren ein zentraler Verantwortungsbereich des Ministeriums sind. Um die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung zu gewährleisten, fallen auch die Berufsgesetze für die Ausbildungen in den Heilberufen in den Aufgabenbereich des BMG.

**Bundesversiche-
rungsamt**

Das Bundesversicherungsamt (BVA) ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit Sitz in Bonn. Kernaufgabe des BVA ist die Rechtsaufsicht über die bundesunmittelbaren Träger der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, der sozialen Pflegeversicherung sowie der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau. Daneben ist das BVA für die Bewirtschaftung der Bundeszuschüsse und sonstigen Zuweisungen des Bundes an die Rentenversicherung, für die Zulassung von Behandlungsprogrammen für chronisch Kranke, für die Durchführung des Finanzausgleichs in der sozialen Pflegeversicherung und des Risikostrukturausgleichs sowie für

die Verwaltung des Gesundheitsfonds zuständig. Außerdem wirkt das BVA an der Ausbildung des qualifizierten Nachwuchses der bundesunmittelbaren Sozialversicherungsträger mit. Für Arbeitnehmerinnen, die kein Mutterschaftsgeld von der gesetzlichen Krankenkasse erhalten, ist das BVA die Mutterschaftsgeldstelle.

Datenschutz

Aufgabe des Datenschutzes ist es, die personenbezogenen Daten der Versicherten und ihrer Hinterbliebenen bei der Datenverarbeitung vor Missbrauch zu schützen. Für den Schutz der Sozialdaten gibt es besondere Regelungen. Diese sind im SGB X enthalten.

Dynamisierung der Rente

Dynamisierung der Rente bedeutet, dass eine Rente an die wirtschaftliche Gesamtentwicklung angepasst wird. Die Renten aus der Rentenversicherung, Unfallversicherung, Alterssicherung der Landwirte und die Versorgungsrenten werden aus diesem Grund regelmäßig erhöht (angepasst, dynamisiert).

Europäischer Sozialfonds

Der Europäische Sozialfonds bezweckt die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen, welche die Arbeitslosigkeit verhindern und beseitigen und die Wirtschafts-, Agrar- oder Vermögenspolitik in der Gemeinschaft fördern. Er ist eine vom Rat der Europäischen Gemeinschaft beschlossene Einrichtung.

Europäisches Sozialbudget

Um Sozialleistungssysteme in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft durchschaubar und vergleichbar zu machen, wird – nach dem Vorbild des Sozialbudgets der Bundesrepublik Deutschland – ein Europäisches Sozialbudget geschaffen. Dies ist zugleich ein Mittel zum Konzipieren und Verwirklichen gemeinsamer sozialpolitischer Ziele.

Generationenvertrag

Der Generationenvertrag ist eine unausgesprochene und nicht schriftlich festgelegte Vereinbarung zwischen den Generationen, nämlich der beitragszahlenden und der rentenempfangenden Generation. Inhalt der Vereinbarung ist die Verpflichtung der heutigen Generation, durch ihre Beiträge die Renten der vorangehenden Generation zu sichern, in der Erwartung, dass die nach ihr folgende Generation in gleicher Weise mit ihren Beiträgen die Renten finanziert.

Gesamtsozialversicherungsbeitrag

Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag ist die Zusammenfassung der Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung und zur Arbeitsförderung zu einem einheitlichen Beitrag, der dem Versicherten vom Lohn oder Gehalt abgezogen und zusammen mit dem Arbeitgeberanteil an die Einzugsstelle überwiesen wird.

Grundsicherung	<p>Leistungen der Grundsicherung sind eigenständige Sozialleistungen. Diese Leistung soll den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt der Menschen sicherstellen, die wegen Alters oder voller Erwerbsminderung endgültig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und deren Einkünfte für den notwendigen Lebensunterhalt nicht ausreichen.</p> <p>Die Leistungen der Grundsicherung sind keine Leistungen der Sozialversicherung. Zuständig sind deshalb auch die Grundsicherungsämter bei den Stadt- und Kreisverwaltungen. Die Rentenversicherungsträger müssen aber ihre Rentner über die Leistungen der Grundsicherung aufklären und beraten.</p>
Intelligenzrente	siehe Zusatzversorgung
Körperschaften des öffentlichen Rechts	Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist eine rechtsfähige Verwaltungseinheit unter staatlicher Aufsicht; sie ist eine juristische Person, die – wie die natürliche Person – Träger von Rechten und Pflichten sein kann. Die Sozialversicherungsträger sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.
Minijob	Ein Minijob (geringfügige Beschäftigung) liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 450 Euro nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist, es sei denn, die Beschäftigung wird berufsmäßig ausgeübt, und ihr Entgelt übersteigt 450 Euro im Monat.
Rechtsanspruch	Rechtsanspruch ist das Recht, beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen vom Versicherungsträger die vom Gesetz vorgeschriebene Verwaltungsentscheidung zu verlangen (zum Beispiel den Anspruch auf Zahlung von Rente).
Rehabilitation	Unter Rehabilitation (lat.: rehabilitis = wieder geistig und physisch fähig gemacht) versteht man alle Leistungen, die in der Sozialversicherung zur Erhaltung, Besserung und der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit durchgeführt werden. Man unterscheidet medizinische Leistungen zur Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.
Seemannskasse	Die Seemannskasse ist eine Vorruhestands- und Zusatzversorgungskasse für Seeleute an Bord deutscher Schiffe. Aufgabe der Seemannskasse ist die Gewährung eines Überbrückungsgeldes nach Vollendung des 55. Lebensjahres an die bei ihr versicher-

ten Seeleute sowie an Küstenschiffer und Küstenfischer, die aus der Seefahrt ausgeschieden sind. Außerdem besteht die Möglichkeit, auch nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze ergänzende Leistungen zu erhalten.

Die Seemannskasse wurde zum 1.1.2009 in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingegliedert. Die Selbstverwaltungsorgane und die Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See vertreten und verwalten die Seemannskasse nach dem für die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Rentenversicherungsträger geltenden Recht und nach Maßgabe der Satzung der Seemannskasse.

Selbstverwaltung

Selbstverwaltung ist das paritätische Mitwirken der Versicherten und Arbeitgeber an der Erledigung der dem Versicherungsträger übertragenen Aufgaben. Ehrenamtliche Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber werden gewählt und „regieren“ eigenverantwortlich ihren Versicherungsträger. Organe der Selbstverwaltung sind die Vertreterversammlung und der Vorstand.

Solidaritätsprinzip

Die Sozialversicherung beruht auf dem Solidaritätsprinzip. Es besagt, dass die zu versichernden Risiken von allen Versicherten gemeinsam (solidarisch) getragen werden. Jeder zahlt nach der gesetzlichen Verpflichtung Beiträge zur Sozialversicherung; die Leistungen aber werden zum Teil ohne Rücksicht auf diesen Beitrag erbracht (zum Beispiel bei Anrechnung beitragsfreier Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung). Es braucht also, anders als beim Versicherungsprinzip, kein Gleichgewicht zwischen Beitrag und Leistung zu bestehen.

Sonderversorgung

In der ehemaligen DDR wurden neben den Renten aus der allgemeinen Sozialversicherung auch Renten aus Sonderversorgungssystemen gezahlt. Hierzu gehören die Sonderversorgung der Nationalen Volksarmee (seit dem 1.7.1957), die Sonderversorgung des Ministeriums des Innern (dazu gehören die Deutsche Volkspolizei sowie die Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs) sowie die Sonderversorgung der Zollverwaltung der DDR und des Ministeriums für Staatssicherheit / Amtes für Nationale Sicherheit.

Die bereits Ende 1991 aus der Sonderversorgung gezahlten Renten werden ab 1992 von der Rentenversicherung weitergezahlt und bestehende Ansprüche und Anwartschaften in die gesetzliche Rentenversicherung überführt.

Sozialbeirat

Der Sozialbeirat hat insbesondere die Aufgabe, in einem Gutachten zum Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung Stellung zu nehmen. Er besteht aus je vier Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber, einem Vertreter der Deutschen Bundesbank sowie drei Vertretern der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Geschäfte des Sozialbeirats führt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Sozialbericht

Die Bundesregierung gibt mit dem Sozialbericht dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat einen Überblick über die sozial- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen und Vorhaben. Damit erhält die Öffentlichkeit einen umfassenden Einblick, in welchem Umfang Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und eine humanere Gestaltung des Arbeitslebens erreicht worden sind. Der Sozialbericht ist die Bilanz der auf sozial- und gesellschaftspolitischem Gebiet geleisteten Arbeit.

Sozialbudget

Das Sozialbudget ist ein Überblick über alle sozialen Leistungen und ihre Finanzierung in Deutschland, verbunden mit einer kurz- und mittelfristigen Vorausschau. Die Leistungen und ihre Finanzierung werden nach Institutionen, aber auch nach Zweck und Ursache (Funktionen) und Herkunft gegliedert. Die Zahlen des Sozialbudgets stimmen mit den wirtschaftlichen Grundannahmen und Daten über Sozialleistungen und ihre Finanzierung überein, die in die gesamtwirtschaftliche Voraussetzung der Bundesregierung eingegangen sind (volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). Das Sozialbudget ist zugleich Grundlage der internationalen Berichterstattung.

Sozialdaten

Sozialdaten sind personenbezogene Informationen über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer natürlichen Person, die von einem Träger der Sozialversicherung im Hinblick auf seine Aufgaben erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Sozialdaten unterliegen dem Datenschutz (siehe auch die Ausführungen zu den Stichwörtern „Datenschutz“ und „Sozialgeheimnis“).

Soziale Sicherheit

Die Soziale Sicherheit (auch Soziale Sicherung genannt) ist ein Sammelbegriff für die Sozialversicherung, die Versorgung und die Sozialhilfe. Der Begriff wurde 1948 von den Vereinten Nationen in die allgemeine Erklärung der Menschenrechte aufgenommen: „Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf Soziale Sicherheit.“

Das Schwergewicht der Sozialen Sicherheit liegt in der Bundesrepublik Deutschland in der Sozialversicherung.

Sozialer Rechtsstaat

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat (Art. 20 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 Grundgesetz).

Das damit anerkannte Prinzip besagt, dass jeder Bürger Anspruch auf angemessene Lebensmöglichkeit und ein menschenwürdiges Dasein hat, dass die Tätigkeit des Staates an Gesetz und Recht gebunden ist und Rechtssicherheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten sind.

Sozialgeheimnis

Jeder hat Anspruch darauf, dass seine Geheimnisse (insbesondere die zum persönlichen Lebensbereich gehörenden Geheimnisse) von den Sozialversicherungsträgern und ihren Verbänden nicht unbefugt offenbart werden. Eine Offenbarung ist nur dann zulässig, wenn der Versicherte zustimmt oder eine gesetzliche Mitteilungspflicht besteht.

Sozialgerichtsbarkeit

Die Sozialgerichtsbarkeit ist der Rechtsschutz auf allen Gebieten der Sozialversicherung. Die Sozialgerichtsbarkeit wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden und Versicherungsträgern getrennte, besondere Gerichte ausgeübt. Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit sind die Sozialgerichte, die Landessozialgerichte und das Bundessozialgericht.

Sozialgesetzbuch

Im Sozialgesetzbuch werden alle sozialen Rechte und Pflichten zusammengefasst. Es soll dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit bürgernah und allgemein verständlich zu beschreiben. Das wird schrittweise verwirklicht.

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe will die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Sie hilft dem einzelnen Bedürftigen je nach der Besonderheit seiner Notlage (individuelle Art der Hilfeleistung); sie wird nur subsidiär gewährt. Ihre Mittel werden durch Steuern aufgebracht.

Sozialinvestitionen

Sozialinvestitionen sind Investitionen für soziale Zwecke beziehungsweise Einrichtungen wie Krankenhäuser, Heilstätten, Kliniken, Altenheime, Berufsförderungswerke. Die Versicherungsträger sind gesetzlich gehalten, ihr Vermögen mit Vorrang für soziale Zwecke anzulegen.

Sozialleistungen

Sozialleistungen sind alle Leistungen, die im Rahmen der Sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden. Innerhalb der Sozialleistungen liegt das Schwergewicht auf der Sozialversicherung; auf sie entfallen fast 70 % der Sozialleistungen.

Sozialpolitik

Sozialpolitik ist heute Gesellschaftspolitik. Sie ist nicht nur (wie früher) auf die sozialen Probleme der wirtschaftlich schwachen und schutzbedürftigen Bevölkerung gerichtet; sie erfasst vielmehr die sozialen und gesellschaftlichen Probleme aller Schichten des Volkes.

Sozialreform

Zur Sozialreform gehören alle staatlichen Maßnahmen, die dazu beitragen, eine neue soziale Ordnung entsprechend dem verfassungsmäßigen Auftrag zu schaffen und soziale (gesellschaftliche) Fehlentwicklungen zu verhindern.

Sozialversicherung

Die Sozialversicherung ist eine durch öffentliche Rechte geregelte, auf dem Solidaritätsprinzip beruhende Zwangsversicherung, die nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung aufgebaut ist und unter staatlicher Aufsicht steht. Zur Sozialversicherung gehören die Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

Die Sozialversicherung ist eine Mischform aus Versicherung, Versorgung und Fürsorge: Sie ist Versicherung (überwiegende Finanzierung aus Beiträgen); sie ist Versorgung (Staatszuschüsse, Ausgleich nach sozialen Gesichtspunkten); sie ist auch Fürsorge (Leistungen zur Rehabilitation).

Sozialversicherungsabkommen

Die Systeme der Sozialen Sicherheit vieler Staaten benachteiligen die Ausländer im Inland. Diese Nachteile zu beseitigen ist die wichtigste Aufgabe der Sozialversicherungsabkommen. Mit ihnen soll erreicht werden, dass Leistungen auch durch Versicherungsträger im anderen Vertragsstaat gewährt werden und zurückgelegte Beitrags- und gleichgestellte Zeiten bei der Anspruchsprüfung berücksichtigt werden. Man unterscheidet zwischen zweiseitigen (bilateralen) und mehrseitigen (multilateralen) Abkommen.

Sozialversicherungsausweis

Der Sozialversicherungsausweis ist bei Aufnahme der ersten Beschäftigung auszustellen. Er enthält die Versicherungsnummer der Rentenversicherung, den Familiennamen und den Vornamen des Beschäftigten. Unter bestimmten Bedingungen, zum Beispiel im Schaustellergewerbe, ist er mit einem Lichtbild des Beschäftigten auszustatten.

Der Sozialversicherungsausweis ist bei Beginn jeder Beschäftigung dem Arbeitgeber vorzulegen. Bestimmte Beschäftigte haben ihn auch während der Ausübung ihrer Beschäftigung mitzuführen und bei Kontrollen zur Aufdeckung von illegalen Beschäftigungsverhältnissen vorzulegen.

**Sozialversicherungs-
wahl**

Die Sozialversicherungswahl ist die Wahl der Abgeordneten in die Vertreterversammlung des Versicherungsträgers. Versicherte und Arbeitgeber wählen ihre Vertreter. Sozialversicherungswahlen finden alle sechs Jahre statt.

Umlageverfahren

Das Umlageverfahren ist ein Finanzierungssystem, bei dem die durch Beiträge aufgebrachten Mittel sogleich in die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen „umgelegt“ werden (Gegensatz: Ansammlung von Kapital).

**Versicherten-
berater**

Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund heißen die Versichertenältesten Versichertenberater und Versichertenberaterin. Sie haben die Aufgabe, Versicherte und Leistungsberechtigte zu beraten und zu betreuen sowie deren Interessen wahrzunehmen.

**Versicherten-
nummer**

Die Versichertennummer wird in der Krankenversicherung verwendet, sie wird auch als Krankenversicherungsnummer bezeichnet. Jedem Versicherten der Krankenversicherung, auch den Familienversicherten, ist von der Krankenkasse, bei der er Mitglied ist, eine Versichertennummer zu vergeben. Er erhält darüber eine Krankenversichertenkarte. Unter der Versichertennummer führt die Krankenkasse ein Versichertenverzeichnis, das alle Angaben zum Versicherungsverhältnis und zur Feststellung des Leistungsanspruchs enthält.

Versicherung

Versicherung bedeutet: Gleichgewicht von Leistungen und Gegenleistungen. Der Versicherte muss einen Beitrag zahlen, der dem Wert der ihm (nach dem Versicherungsvertrag) zu gewährenden Leistungen entspricht. Die Höhe des Beitrages hängt von der Größe des Risikos ab (Gesundheitszustand, Alter), mit dem der einzelne Versicherte die Versichertengemeinschaft belastet (risikogerechte Beiträge). Das Versicherungsprinzip ist am deutlichsten in der Privatversicherung verwirklicht, in der Sozialversicherung zum Teil.

Versicherungsfall

Der Versicherungsfall ist das Ereignis, das in der Sozialversicherung den Leistungsanspruch auslöst. Versicherungsfälle sind in der Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit, in der Krankenversicherung Krankheit und Entbindung sowie in der Unfallversicherung Arbeitsunfall und Berufskrankheit.

**Versicherungs-
nummer**

Die Versicherungsnummer (VSNR) wird in der Rentenversicherung verwendet, sie wird auch als Rentenversicherungsnummer bezeichnet. Jedem Versicherten der Rentenversicherung wird von dem bei Beginn der Versicherung zuständigen Versiche-

Träger eine VSNR vergeben. Über die Vergabe der VSNR erhält der Versicherte einen Sozialversicherungsausweis. Unter der VSNR wird das Versicherungskonto des Versicherten geführt.

Versicherungsträger

Versicherungsträger sind öffentlich-rechtliche Körperschaften, die die Aufgabe haben, die Sozialversicherung durchzuführen. Das bedeutet, dass sie die notwendigen Mittel (Beiträge) einziehen und daraus die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen gewähren müssen.

Versicherungszweig

Mit dem Wort Versicherungszweig bezeichnet man die Art der Sozialversicherung, der man aufgrund seiner Beschäftigung oder Beitragsleistung angehört. In der gesetzlichen Rentenversicherung gibt es zwei Zweige: die allgemeine Rentenversicherung und die knappschaftliche Rentenversicherung.

Versorgung

Versorgung (zum Beispiel Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich) ist die Entschädigung für ein der Allgemeinheit erbrachtes persönliches Opfer. Im Gegensatz zur Versicherung führt nicht die eigene Beitragsleistung zur Versorgung, sondern ein vorausgegangenes Opfer. Die Versorgung wird durch Steuermittel finanziert.

Versorgungsausgleich

Versorgungsausgleich ist die Aufteilung der während der Ehe erworbenen Renten- und Versorgungsansprüchen auf beide Ehepartner zu gleichen Teilen (ähnlich dem Zugewinn-Ausgleich).

Ausgleichspflichtig ist der Ehepartner mit den werthöheren Ansprüchen oder Aussichten auf eine auszugleichende Versorgung. Dem berechtigten Ehepartner steht als Ausgleich die Hälfte des Wertunterschiedes zu. Ziel des Versorgungsausgleichs ist die eigenständige Soziale Sicherung der Frau im Fall der Scheidung.

Volksversicherung

Volksversicherung ist die Einbeziehung der nahezu gesamten Bevölkerung in das soziale Versicherungssystem des Staates und Leistungsgewährung entsprechend dem Beitragsaufkommen (mit staatlichen Zuschüssen) sowie Verwaltung des Systems auf genossenschaftlicher Grundlage (Selbstverwaltung).

Gegensatz ist die Staatsbürgerversorgung. Sie wird im Wesentlichen aus Steuermitteln finanziert, gewährt allen Bürgern eine gleich hohe Grundsicherung (Mindestversorgung) und wird vom Staat verwaltet.

Vorruhestandsgeld	Das Vorruhestandsgeld ist keine Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung. Es wird vom Arbeitgeber aufgrund tariflicher Vereinbarung gezahlt.
Wander- versicherung	Wanderversicherung liegt vor, wenn für einen Versicherten wirksame Beiträge zu mehreren Versicherungszweigen der gesetzlichen Rentenversicherung (zum Beispiel allgemeine Rentenversicherung und knappschaftliche Rentenversicherung) gezahlt wurden.
Zusatzversorgung	Neben der allgemeinen Sozialversicherung und den Sonderversorgungssystemen gab es in der ehemaligen DDR eine ganze Reihe von Zusatzversorgungssystemen, beispielhaft wäre die Altersversorgung der Intelligenz zu nennen. Neben der Rente aus der Sozialversicherung erhielten die Berechtigten Leistungen aus der Zusatzversorgung. Die Ansprüche und Anwartschaften aus den Zusatzversorgungssystemen sind 1992 nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) grundsätzlich in die gesetzliche Rentenversicherung überführt worden. Die Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) war kein Zusatzversorgungssystem, sondern gehörte zur allgemeinen Sozialversicherung der DDR.

Sachverzeichnis

Abfindung von Renten der Unfallversicherung	171	Beitragshöhe in der	
Abgabe des Unternehmens der Landwirtschaft	96	→ allgemeinen Rentenversicherung	46
Aktive Arbeitsförderung	107	→ Alterssicherung der Landwirte	90
Aktueller Rentenwert	67, 70	→ Arbeitsförderung	106
Allgemeiner Rentenwert	99	→ knappschaftlichen Rentenversicherung	82
Altersgrenze	61, 62, 63, 212	→ Krankenversicherung	135
Altersrenten	61, 84, 93	→ Pflegeversicherung	177
Alterssicherung der Landwirte	88	→ Unfallversicherung	159
Anfechtungsklage	202, 203	Beitragsnachweis,	
Anschlussrehabilitation (AHB)	212	Rentenversicherung	48, 83
Anpassung der Leistungen der		Beitragstragung (Beitragslast) in der	
→ Alterssicherung der Landwirte	98, 99	→ allgemeinen Rentenversicherung	45
→ Rentenversicherung	71	→ Alterssicherung der Landwirte	90
→ Unfallversicherung	167, 171	→ Arbeitsförderung	106
Anrechnungszeiten	49, 50	→ knappschaftlichen Rentenversicherung	82
Arbeitsförderung	103	→ Krankenversicherung	139
Arbeitslosengeld	115	→ Pflegeversicherung	178
Arbeitslosengeld II	124	→ Unfallversicherung	159
Arbeitslosenversicherung, s. Arbeitsförderung	103	Beitragszeiten für die	
Arbeitsmarktberatung	109	Wartezeit	49, 96
Arbeitsunfall	163	Beitragszuschuss an Landwirte	91
Arzneimittel	143, 147	Beitragszuschuss zur Krankenversicherung	75
Aufsichtspersonen	162	Beitragsgebiet	
Ausbildungsvermittlung	108	(neue Bundesländer)	73, 212
Bedarfsgemeinschaft	123	Bergmannsrente, s. Rente für	
Beitragsbemessungsgrenze in der		Bergleute	84
→ allgemeinen Rentenversicherung	46	Berücksichtigungszeit	50
→ Arbeitsförderung	106	Berufliche Orientierung	109
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	82, 83	Berufliche Weiterbildung	113
→ Krankenversicherung	137	Berufsausbildung	111
→ Pflegeversicherung	178	Berufsausbildungsbeihilfe	112
		Berufsberatung	108
		Berufsförderungswerke	212

Berufsgenossenschaft	172, 173
Berufskrankheit	163, 164
Berufsorientierung	109
Berufsunfähigkeit	58, 84
Berufung	205
Beschwerde	206
Besteuerung von	
→ Beiträgen	76
→ Renten	76, 77
Beteiligte am Sozialgerichts- verfahren	199
Betriebliche Altersversorgung	38
Betriebskrankenkasse	151
Betriebs- und Haushaltshilfe	100
Bundesagentur für Arbeit	29, 121
Bundesgarantie	44, 212
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	213
Bundesministerium für Gesundheit	213
Bundessozialgericht	206
Bundesversicherungsamt	213
 Datenschutz	 214
Deutsche Rentenversicherung Bund	25, 77
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See	78, 86, 152
Deutsche Rentenversicherung – Regionalträger	24, 78
Dynamisierung der Leistungen der	214
→ Alterssicherung der Landwirte	98, 99
→ Rentenversicherung	71
→ Unfallversicherung	167, 171, 172
 Eingliederungsvereinbarung	 109
Eingliederungszuschuss	113
Einkommensanrechnung	72, 99, 169
Entgeltpunkte	67, 68, 69
Ersatzkassen	152
Ersatzzeiten	49
Erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	123
Erwerbsminderung	57, 58, 92, 167

Familienangehörige, mitarbeitende	89
Familienversicherte	132, 176
Feststellungsklage	202, 203
Finanzierung der	
→ allgemeinen Renten- versicherung	44
→ Alterssicherung der Landwirte	90
→ Arbeitsförderung	106
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	82
→ Krankenversicherung	133
→ Pflegeversicherung	177
→ Unfallversicherung	159
Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	114
Freiwillige Versicherung in der	
→ allgemeinen Renten- versicherung	43
→ Alterssicherung der Landwirte	90
→ Krankenversicherung	132
→ Unfallversicherung	158
Früherkennung von Krankheiten	145
 Generationenvertrag	 44, 214
Gesamtsozialversicherungs- beitrag	138, 214
Gesetzliche Grundlage der	
→ allgemeinen Renten- versicherung	38
→ Alterssicherung der Landwirte	88
→ Arbeitsförderung	103
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	81
→ Krankenversicherung	128
→ Pflegeversicherung	174
→ Unfallversicherung	156
Grundsicherung	215
Grundsicherung für Arbeit- suchende	122
 Haushaltshilfe	 100, 147
Heilbehandlung	54, 92, 164
Heil- und Hilfsmittel	146, 147, 166
Hinzuverdienst bei Altersrenten	63

Hinzuverdienst bei Renten wegen Erwerbsminderung	59	→ Pflegeversicherung	185
Innungskrankenkasse	152	→ Unfallversicherung	163
Insolvenzgeld	121	Leistungen zur primären Prävention	144
Intelligenzrente	215	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in der	
Kapitalgedeckte Altersvorsorge	38	→ Rentenversicherung	52
Kindererziehungsleistung	38, 72	→ Unfallversicherung	164
Kindererziehungszeiten	41	Leistungsklage	202, 203
Kinderheilverfahren	54	Medizinische Rehabilitation, Leistungen in der	
Klagearten	202	→ Alterssicherung der Landwirte	91
Knappschaftlicher Betrieb	82	→ Krankenversicherung	148
Knappschaftliche Rentenversicherung	81	→ Rentenversicherung	52
Konkursausfallgeld, s. Insolvenzgeld	121	→ Unfallversicherung	163
Krankenbehandlung	145	Medizinische Vorsorgeleistungen	144
Krankengeld	148	Minijob	40, 215
Krankenhausbehandlung	147	Mitwirkung (Selbstverwaltung)	20
Krankenkasse	151	Mündlichkeitsgrundsatz	200
Krankenkassenwahlrecht	153	Mutterschaftsgeld	149
Krankenpflege	147	Nachweis (Beiträge – Rentenversicherung)	48, 83
Krankenversicherung	128	Öffentlichkeitsgrundsatz	200
Krankenversicherung der Rentner	74	Offizialmaxime	200
Kurzarbeitergeld	119	Organe der Selbstverwaltung	20
Kurzzeitpflege	190	Ortskrankenkasse	152
Landabgaberrante	95	Persönliche Entgeltpunkte	67
Landessozialgericht	198	Pflegebedingte Aufwendungen	191
Landwirte	89	Pflegebedürftigkeit	181
Landwirtschaftliche Alterskasse	102	Pflegegeld	187
Landwirtschaftliche Krankenkasse	152	Pflegegrade	184
Leistungen aus der		Pflegehilfsmittel	189
→ Arbeitsförderung	107	Pflegekasse	195
→ Rentenversicherung	38, 81	Pflegesachleistung	187
Leistungen der		Pflegestufen	181, 183
→ allgemeinen Rentenversicherung	38	Pflichtversicherung in der	
→ aktiven Arbeitsförderung	107	→ allgemeinen Rentenversicherung	39
→ Alterssicherung der Landwirte	88	→ Alterssicherung der Landwirte	89
→ Arbeitsförderung	107	→ Arbeitsförderung	104
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	81	→ knappschaftlichen Rentenversicherung	82
→ Krankenversicherung	143		

→ Krankenversicherung	129
→ Pflegeversicherung	175
→ Unfallversicherung	157
Pflegevorsorgefonds	179
Prävention	161
Private Pflegeversicherung	175, 176
Produktionsaufgaberente	88, 95

Rechtliches Gehör	200
Rechtsmittel	205
Rehabilitation, Leistungen der	
→ allgemeinen Rentenversicherung	53
→ Alterssicherung der Landwirte	91
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	83
→ Krankenversicherung	148
→ Unfallversicherung	164
Reisekosten	166
Rente an Verwandte	170
Rente für Bergleute	84
Rente wegen Alters	61, 84, 93
Rente wegen Kindererziehung (Erziehungsrente)	65
Rente wegen Todes	63
Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	57, 84, 92, 168
Renten Anpassung	71, 98, 171
Rentenansprüche im Beitrittsgebiet, Schutz der	73
Rentenanspruch	65
Rentenarten der	
→ Rentenversicherung	57, 84
→ Unfallversicherung	167
Rentenartfaktor	70, 85, 99
Rentenauskunft	52
Rentenformel der Rentenversicherung	67
Rentenhöhe in der	
→ allgemeinen Rentenversicherung	67
→ Alterssicherung der Landwirte	98
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	85
→ Unfallversicherung	168

Renteninformation	51
Rentensplitting unter Ehegatten	69
Rentenwert	70, 99
Rentnerkrankenversicherung	74
Rentnerpflegeversicherung	75
Revision	205
Risikostrukturausgleich	135

Saison-Kurzarbeitergeld	120
Schutz der Rentenansprüche des Beitrittsgebiets	73
Seemannskasse	87, 215
Selbstverwaltung	19
Sicherheitsbeauftragte	162
Sonderversorgung	216
Sozialdaten	217
Sozialgeld	125
Sozialgerichte	197
Sozialgesetzbuch	16, 218
Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau	32, 102, 152, 173
Sozialversicherungsausweis	47
Sozialwahlen	19, 21, 220
Sperrzeit	118
Sprungrevision	205
Staatliche Förderung der Altersvorsorge	38
Steigerungszahl	98
Sterbegeld	168
Sterbeübergangszeit („Sterbevierteljahr“)	70
Teilarbeitslosengeld	118
Teilrente der Altersrente	64
Teilstationäre Pflege	189
Träger der	
→ allgemeinen Rentenversicherung	24, 77
→ Alterssicherung der Landwirte	102
→ Arbeitsförderung	121
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	86
→ Krankenversicherung	151
→ Pflegeversicherung	195
→ Unfallversicherung	172

Transferkurzarbeitergeld	120
Übergangsgeld	56, 92, 118, 167
Unfallverhütung	161
Unfallversicherung	156
Untätigkeitsklage	203
Unternehmen der Landwirtschaft	89
Verhütung von Krankheiten	144
Verletztengeld	167
Verletztenrente	167
Versichertennummer	220
Versicherungsfall	163, 220
Versicherungsfreiheit in der	
→ Alterssicherung der Landwirte	89
→ Arbeitsförderung	105
→ Pflegeversicherung	176
→ Rentenversicherung	42
→ Unfallversicherung	158
Versicherungsnummer	47, 220
Versicherungspflicht in der	
→ allgemeinen Rentenversicherung	39
→ Alterssicherung der Landwirte	89
→ Arbeitsförderung	104
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	82
→ Krankenversicherung	129
→ Pflegeversicherung	175
→ Unfallversicherung	157
Versicherungspflichtverhältnis	19
Versicherungsschutz in der	
→ allgemeinen Rentenversicherung	38
→ Alterssicherung der Landwirte	88
→ Arbeitsförderung	103
→ knappschaftlichen Rentenversicherung	81
→ Krankenversicherung	128
→ Pflegeversicherung	174
→ Unfallversicherung	156

Versorgungsausgleich	69
Vertreterversammlung	20, 22
Verwaltungsausschuss	29
Verwaltungsrat	20, 30, 31, 121, 151
Vollstationäre Pflege	191
Vorruhestandsgeld	222
Vorstand	20, 22
Vorverfahren	201
Wahlrecht der Krankenkassenmitgliedschaft	153
Waisenbeihilfe	170
Waisenrente	64, 95
Wartezeit	50, 92, 93, 94
Wegeunfall	163
Weiterbildungsförderung	113
Widerspruch	201
Widerspruchsstelle	201
Wiederaufnahmeverfahren	206
Winterbauförderung	106, 120
Witwen-/Witwerbeihilfe	170
Witwen-/Witwerrente aus der	
→ Alterssicherung der Landwirte	94
→ Rentenversicherung	63
→ Unfallversicherung	169
Zahnersatz	146
Zeiten aus einem Rentensplitting	50
Zeiten aus einem Versorgungsausgleich	50
Zugangsfaktor	69
Zurechnungszeit	50, 98
Zusatzversorgung	222
Zuzahlung des Versicherten	
→ für Heil- und Hilfsmittel	147
→ bei Krankenhausbehandlung	147
→ bei medizinischen Leistungen zur Rehabilitation	54, 148
Zusatzbeiträge in der Krankenversicherung	136



Diese Broschüren erhalten Sie kostenlos.

Broschüren-Paket zum Thema „Junge Menschen“

Die Deutsche Rentenversicherung bietet auch jungen Menschen einen umfassenden Schutz im Fall der Fälle, zum Beispiel mit einer Rehabilitation oder einer Erwerbsminderungsrente.

Wie sich Berufsausbildung, ein Job neben dem Studium, freiwilliger Wehrdienst und Freiwilligendienste auswirken, welche Versicherungszeiten für Ihre spätere Rente zählen und viele andere Fragen werden Ihnen in diesen kostenlosen Broschüren beantwortet. Und obwohl die gesetzliche Rentenversicherung der wichtigste Baustein der Altersversorgung ist und bleibt, sollten Sie auch über die unterschiedlichen Möglichkeiten der privaten Vorsorge Bescheid wissen.

Die Broschüren können Sie über das kostenlose Servicetelefon der Deutschen Rentenversicherung unter 0800 10004800 oder im Internet über www.deutsche-rentenversicherung.de (Services → Broschüren & mehr → Broschüren-Pakete → Junge Menschen) bestellen.



www.rentenblicker.de
speziell für junge Leute



alles Wichtige
zum Rentensystem



Deutsche
Rentenversicherung
Sicherheit
für Generationen